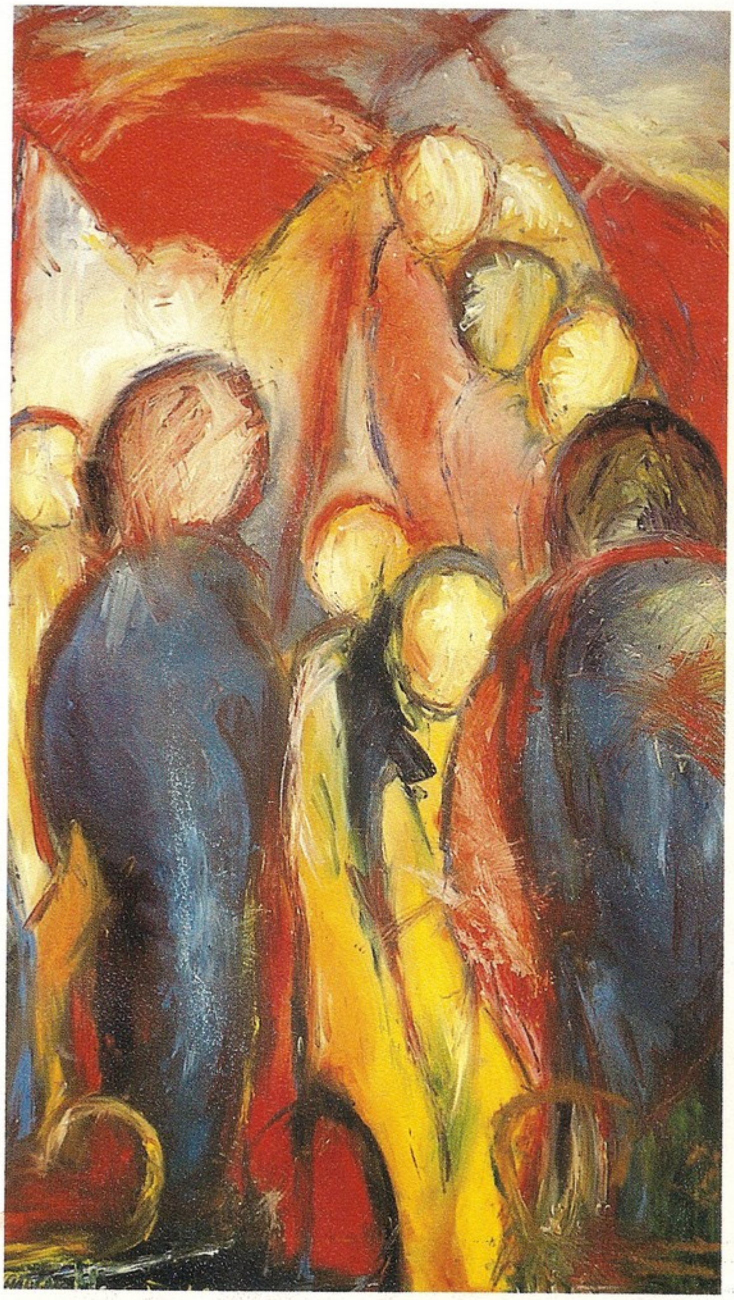
NR.30 1/89 6.-DM

schwarzer faden

VIERTELJAHRESSCHRIFT
FÜR LUST UND FREIHEIT



Genkongreß

Antifa-Kongreß

Generalstreik

Medien und Europa

AKTION/knipselkrant

Räterepublik

Editorial

30 Nummern haben wir also geschafft, zählen wir die Nullnummer im Mai 1980 mit, dann sind es sogar 31. Von den anfänglichen 6,5 RedakteurInnen sind 2,5 noch immer dabei. Uns erschien dies wenig, aber verglichen mit der zum selben Zeitpunkt gegründeten AKTION, um die es in dieser Nummer im Schwerpunktteil (leider) geht, sind es viele; so daß von einem hohen "Verschleiß" bei solcher Tätigkeit ausgegangen werden muß. Sicher hat sich der SF in diesen fast 9 Jahren verändert und einige dieser Veränderungen waren auch gewollt: höhere Auflage, besseres Erscheinungsbild, Satz, Computer, "eigene" Photos, Diskussionsbeiträge, deren Grundtendenz nicht notwendig anarchistisch zu sein braucht, eine größere Aktualität, mehr MitarbeiterInnen, höhere Seitenzahl, mehr Resonanz, das FLI in seiner Funktion (neben vielen anderen!) als Diskussionsforum/Rückkopplung für die Redaktion.
Weniger gewollt waren Begleiterscheinungen wie: unerwartete und erwartete Austritte aus der Redaktion, höhere Preise, ein Totalschaden mit 1500 SF im Auto, Berufsverbote, oftmals viel Ärger in und mit einer meist sehr rechthaberischen A-Szene, eine Hausdurchsuchung, persönliche Anmachen für einzelne abgedruckte Artikel, zu denen wir viel lieber Gegenartikel gebracht hätten usw.
Praktisch geholfen haben uns immer wieder GenossInnen aus verschiedenen Zusammenhängen, vor allem aus Karlsruhe, aus dem FLI, aus Stuttgart; nicht zu vergessen die WiederverkäuferInnen und SpenderInnen, die regelmäßig ein sonst auftauchendes finanzielles Defizit auffangen.
Für die Zukunft wünschen wir uns vor allem Leute, die sich selbst als MitarbeiterInnen begreifen, indem sie in ihren Städten zu Veranstaltungen gehen und für den 'Faden' darüber berichten, indem sie wichtige Vorträge als Artikel für den SF organisieren oder ein Interview führen. Wie ihr vielleicht bemerkt habt, wird dies derzeit noch am ehesten für die Regionen Köln, Frankfurt, Stuttgart eingelöst; es bleibt also vielen von Euch die Möglichkeit problemloser Mitarbeit, insbesondere sollte sich jemand in Hamburg, Berlin und München verantwortlich fühlen und seinem /ihrem Engagement den SF hinzufügen. Nach wie vor wünschen wir uns ÜbersetzerInnen oder gar Leute, die eh fremdsprachige Zeitschriften lesen und uns von sich aus Artikel zur Übersetzung vorschlagen. Wenn sich auf diese Weise noch sehr viel mehr Material als bisher einfinden wollte, werden wir an ein zweimonatliches Erscheinen denken. Ändern soll sich auch, daß der Faden noch immer ohne eigene Räume funktioniert. Das macht zwar die Betriebskosten billig, aber es fordert diejenigen, die in der/den betreffenden Wohnung(en) leben doch ganz schön. Ein Umstand, der eine Beteiligung Interessierter beim Lay Out bislang verhindert hat. Übergangsweise wird deshalb das Lay Out ab der nächsten Nummer in Köln stattfinden, wo die Bedingungen ein wenig mehr Leute zulassen. 1990 werden dann vermutlich Räume zur Verfügung stehen, die - um die Finanzen des SF zu schonen - von einem Verein für libertäre Informationen o.ä. angemietet werden sollen. Um Vereinszugehörige werben wir jedoch erst, wenn es konkret wird. Aus all dem könnt Ihr immerhin entnehmen, daß wir nicht vorhaben, uns zur Ruhe zu setzen.
Zu dieser Nummer: was drin ist, bedarf keiner Einleitung. Was fehlt schon eher: kein Beitrag zu den beginnenden Prozessen um die Startbahn West, trotz unserer Versuche, war das Interesse seitens Frankfurter Autonomer einen Beitrag zu schreiben, offensichtlich gering; wir hoffen, daß sich dies im Verlauf des Prozesses positiv ändert.

Inhalt

Impressum

HERAUSGEBER: SF-Redaktion/Trotzdem-Verlag
V.i.S.d.P: Herby Sachs, Moosweg 165, 5090 Leverkusen; namentlich gezeichnete Beiträge stehen unter der Verantwortlichkeit der VerfasserInnen und geben *nicht* die Meinung der Herausgeber oder gar des presserechtlich Verantwortlichen wieder.
Mitarbeit: Der SF versucht eine Mischung aus aktuellen politischen Ereignissen, anarchistischer Diskussion, Aktualisierung libertärer Theorie, Aufarbeitung frei-heitlicher Geschichte und Beiträgen, die sich mit Kulturkritik oder einer Kultur von unten befassen. Eingesandte Artikel sind erwünscht, speziell solche von Augen-zeugInnen aktueller Ereignisse, die eine analytische Aufarbeitung versuchen. Des weiteren suchen wir dringend ÜbersetzerInnen von polit-soziologischen Beiträgen aus dem Italienischen. Leute, die regelmäßig bestimmte fremdsprachige Zeitschriften lesen, sollen uns dies mitteilen und uns Artikel zur Übersetzung vorschlagen. Allgemein bevorzugen wir namentlich oder von Gruppen gekennzeichnete Beiträge. Telefonische Vorabsprache von Beiträgen ist sinnvoll; Photos, Grafiken etc. sind erwünscht.
Endredaktion: Über einen Abdruck entscheiden MitarbeiterInnen der Re-daktion; ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht. Honorare bleiben auch unsere Wunschvorstellung. Ausnahmen können wir machen, in dem wir gegen Vorabsprache z.B. die Unkosten für aufwendige Interviews mit Photos ersetzen. Eine überregionale Diskussionsmöglichkeit (Kritikmöglichkeit/Mitarbeitsangebote) mit Mit-arbeiterInnen der Redaktion besteht auf den zweimal jährlich stattfindenden Treffen des *Forums für libertäre Informationen* (FLI). Anmeldung und Information zu den Arbeits-gruppen der Treffen bei:
FLI-Rundbriefstelle, c/o Gerhard Kern, Dörrwiese 4, 5552 Morbach-Merscheid.
Nachdrucke: sind gegen Quellenangabe und Belegexemplare und nach vorheriger Absprache mit der Redaktion erwünscht.
Knastfreiexemplare bleiben solange Eigentum des Verlags, bis sie den Gefangenen ausgehändigt sind. Eine "Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung!
Rechtsstaat-Konto des SF (für Prozesse gegen Leute, die wegen anarchistischer Umtriebe - §129a, z.B. - angeklagt werden): Volksbank Döffingen - Wolfgang Haug - Ktonr. 42 622 000; BLZ 603 901 30, in 7043 Grafenau-1.
Auflage: 3000 Exemplare: Verlag, Satz und Vertrieb: Trotzdem-Verlag, Grafenau; Druck und Weiterverarbeitung: Druckcooperative Karlsruhe.
Erscheinungsweise: vierteljährlich. Ungezeichnete Photos aus dem SF-Archiv.
Abonnementsgebühren: 20.- für 4 Nummern Bezahlung im voraus. Mit der letzten bezahlten Nummern erhalten Abonennten eine neue Rechnung für die nächsten 4 Nummern; wer nicht verlängern will, schicke uns eine kurze Nachricht.
Einzelnummer: 6.-DM
Sondernummer Arbeit: 5.-DM
Sondernummer Feminismus: 6.-DM
Sondernummer Nostalgie
(SF Artikel aus Nr.0-12): 10.-DM
Förderabo: 50.-DM (8 Nummern)
SF-Konto: Postscheckamt Stuttgart, F.Kamann, KtoNr. 574 63-703



Photo: Ciao Anarchici, Bezug: *SF*

Anzeigenpreise: 1 Spalte: 200.-DM + MWST; 1/2 Seite: 350.-DM + MWST; 1 Seite (wollen wir nicht!): 1000.-DM+MWST. Anarchistische und alternative Kleinverlage erhalten 20% Rabatt; Dauerkunden 50%.!!
Redaktionsanschrift: Schwarzer Faden, Postfach 1159, 7043 Grafenau-1, Tel.: 07033/ 44273; ISSN: 0722-8988.

SF-Spendenliste:

A.T., Hildesheim 10.-; F.R., Nürnberg 5.-; B.G., Pforzheim 100.-; K.K., Bremen 10.-; G.M., Kiel 10.-; T.M., Lübeck, 5.-; K.N., Wiesbaden 10.-; Peka Nato, Köln 50.-; H.N., Regensburg 10.-; H.Z., Aßlar 5.-; H.J., Hamburg 10.-; Freunde der Revolution 20.-; M.G., Gießen 10.-; U.K., Münster 10.-; H.S., Bochum, 10.-; M.A., CH-Basel 20.-;A.K. Helmstadt 50.-; Hel, Düsseldorf, 50.-; O.D, Bremen 10.-; J.A., Berlin 100.-; R.S., Overath 30.-; G.P., Berlin 30.-; K.W. Darmstadt 7.-
Merci!!

Spenden im monatlichen Dauerauftrag: Unsere Traumvorstellung: wieder eineR mehr als zuletzt!):
T.P., Köln insg. 190.-; T.A., Hersfeld insg. 60.-; E.T., Nürnberg insg. 30.-; A.R., Paderborn insg. 30.-; R.M., Darmstadt insg. 60.-; F-J.M., Dortmund insg. 15.-; xx, Gelsenkirchen insg. 15.-; N.H., Nürnberg insg. 75.-; W.F., Berlin insg. 30.-; T.S., Münster insg. 60.-TDL, insg. 30.-

SF-ABO-Aktion

Die SF-ABO-Aktion hat gute Resonanz gefunden und uns darin bestärkt, an die ca. 2200 Abos zu glauben, die wir eigentlich nötig hätten. Da jedoch gleichzeitig zwei größere Wiederverkaufsstellen ihr Engagement einstellen mußten, steigt die Kurve unter dem Strich nicht viel höher, als zuletzt geschildert. Wir rufen also erneut zu ABOs auf!

SF-ABO über 4 Nummern für 20.-DM. Als **Prämie** für ein ABO über 8 Nummern wird es weiterhin das Buch zum Selbstverwaltungskongreß in Venedig geben, mit Beiträgen von Bookchin, Lanza, Colombo u.a. (Trotzdem-Verlag, Grafenau).
Für die Förderabos - 8 Nummern zu 50.-DM - stehen einige wenige Exemplare, der zuletzt angebotenen Photobände "Die Chaoten"-Bilder aus Wackersdorf (AV-Verlag, Augsburg) noch zur Auswahl. Neu hinzukommt der Band "Technik des Glücks" von Franz Jung (Edition Nautilus)!
SF-Konto: Postgiro Stuttgart, F. Kamann - Ktonr. 57463-703.



Chumy Chumez



Photo: Theo Heimann

Wenn es ein Junge werden soll, muß das Spermium hell im Kopf sein

von Jutta Hackland

Mit dem 1. Bundesweiten Kongreß "Frauen gegen Gen- und Reproduktionstechnologie" im Frühjahr 1985 in Bonn, wurde erstmals in der BRD ein breiter Protest zu diesen Technologien öffentlich formuliert.

In der teilweise sehr kontrovers diskutierten Resolution, wurden sie als "Kriegserklärung für uns Frauen, für die Natur und die ausgebeuteten Völker" begriffen. Und weiter heißt es: "Wir werden alles daran setzen, diese Entwicklung zu stoppen und zu verhindern."

Viele Diskussionen waren auch in der Folgezeit von persönlichen Abwägungen und einem diffusen Selbstbestimmungsbegriff geprägt:

Humangenetik als Auslese? Nein! - Fruchtwasseruntersuchung nach Tschernobyl? Ja!

Militärische Nutzung? Natürlich nicht!... aber ölfressende Bakterien, ja klar... Hauptsache umweltfreundlich.

Oder die Einrichtung von feministischen Samenbänken, die Frauen die Erfüllung von Kinderwünschen ohne das Sich-Einlassen auf Männerbeziehungen ermöglichen sollen, wurden teilweise als Chancen begriffen. Die Technologien wurden oft als gesellschaftliches Problem definiert, ohne die gesellschaftlichen Verhältnisse anzugreifen.

Welche Frau, die sich mit dem Gedanken - Kind ja oder nein - trägt, hat sich in solchen Diskussionen nicht beschämend eingestehen müssen, wie sehr sie selbst eugenische Maßstäbe verinnerlicht hat, an denen sie andere Menschen mißt und damit zur Mittäterin wird.

In der Folge des Kongresses blieb die Organisation von nationalen und internationalen Zusammenhängen mit dem Ziel, Erfahrungen auszutauschen, Entwicklungen zu diskutieren, gemeinsame Aktionen vorzubereiten und so den Widerstand zu verbreitern.

Politiker, Betreiber und Forscher müssen seitdem nicht nur massive Kritik und Demaskierung ihrer Politik hinnehmen, sondern auch mit vielfältigen Aktionen rechnen.

> "Wir wollen nicht Chancen und Risiken diskutieren, nicht abwägen ... Wir halten das Übel schon für zu groß! Der 2. Kongreß soll über den aktuellen Stand von Gen-, Bio- und Reproduktiotechniken und ihre bevölkerungspolitische Funktion im eigenen Land und weltweit informieren ... Bestandsaufnahme aller Diskussionen und Aktivitäen sein ... Wir wollen überlegen, wie wir angesichts des Spaltungs- und Kriminalisierungsversuchs weitermachen..."

Der 2. Kongreß, Ende Oktober 1988, stand ganz unter dem Eindruck der Razzia vom 8.12.87 und ihren bekannten Folgen.

Auf den Plenen und in den Arbeitsgruppen war dies immer wieder Diskussionspunkt. Forciert auch durch Ingrid Strobl's schriftlichen Beitrag und Ulla Penselin, die ihre Haftbedingungen und ihre persönlichen Kämpfe im Knast, eindrucksvoll beschrieben. Ihre Forderungen den Widerstand gegen frauenunterdrückerische und menschenverachtende Politik konsequent fortzusetzen und für und mit den politischen Gefangenen weiterzukämpfen, stieß auf ungeteilten Beifall und schlug sich auch in den Abschlußresolutionen nieder.

Bleibt zu hoffen, daß sich die praktische Solidarität, während Ingrid's Prozeß auch so eindrucksvoll bemerkbar macht. Und nicht nur da!

Taten folgen ließen am letzten Tag des Kongresses ca. 400 Frauen, die in einer stimmungsvollen Demo sich lautstark u.a. vor dem Frankfurter Frauenknast bemerkbar machten.

Die Arbeitsgruppen liefen unter den Themenschwerpunkten: Bevölkerungspolitik, Naturwissenschafts- und Technologiekritik, Selbstbestimmung und Zur Legalisierung der Gen- und Reproduktionstechniken.

Da frau maximal 2 Arbeitsgruppen "schaffte", fiel die Entscheidung oft schwer. Das Angebot war quantitativ und teilweise auch qualitativ "überwältigend".

Über 2000 Frauen, junge, ältere, aus unterschiedlichen politischen Zusammenhängen, die eine mit grünen Haaren, die andere mit bravem Bubikopf, hocken einträchtig nebeneinander, hellwach, voller Energie und der Lust viel zu erfahren, zu diskutieren, auch zu streiten um Standpunkte zu klären, 'ne gemeinsame Perspektive zu entwickeln. Mal laut und aggressiv - mal leise und behutsam.

Die Diskussionen dokumentieren, daß die eingehende Beschäftigung mit diesen Technologien in in den letzten Jahren, ihre Anwendung und gesellschaftspolitische Bedeutung dazu geführt hat, daß sich widersprüchliche Haltungen bei vielen Frauen, immer stärker zu einer eindeutigen radikalen Ablehnung entwickeln.

Während des Abschlußplenums wurden auch die anfangs eingebrachten Resolutionen der ausländischen Frauen verabschiedet. Die Beiträge von Frauen aus Asien, Afrika und Lateinamerika machten deutlich, daß Frauen in sehr unterschiedlichen Lebensrealitäten von den Technologien betroffen sind. Ein weiterer intensiver Austausch ist unverzichtbar, auch damit wir unsere Vorstellungen, die aus einer privilegierten Wirklichkeit erwachsen, nicht zum hierarchischen Maßstab machen.

Zwei der verabschiedeten Resolution im kompletten Wortlaut:

Kongreßresolution

Dieser Kongreß mit über 2000 Frauen ist die Weiterführung der Diskussionen, die 1985 auf dem ersten bundesweiten Kongreß von Frauen gegen Gen- und Reproduktionstechnologien begonnen haben. Es gibt seither einen kontinuierlichen Zusammenhang auf nationaler und internationaler Ebene. Es hat Kampagnen, Veranstaltungen, Aktionswochen wie z.B. die erfolgreiche Verhinderung der Leihmütteragentur in Frankfurt gegeben. Das Ergebnis unserer Diskussion der vergangenen Jahre und dieser letzten Tage steht fest:

Wir Frauen lehnen die Erforschung und Anwendung der Gen- und Fortpflanzungstechnologien ab.
Unsere 1985 formulierten Ausblicke und Einschätzung der Weiterentwicklung der Gen- und Fortpflanzungstechnologien sind durch die Ereignisse der vergangenen drei Jahre bestätigt, z.T. sogar übertroffen worden.
Wir sehen heute noch deutlicher die diesen Technologien innewohnenden politischen, wirtschaftlichen und militärischen Interessen:

- eine umfassende Beherrschung von Frauen, nicht nur in unseren reproduktiven Fähigkeiten, sondern in unserem gesamten Leben.
- die Erschließung, Aneignung, Verwertung und Vermarktung alles Lebendigen.
- die Zurichtung von Leben, auch von menschlichem Leben, nach Interessen und Kriterien der industriellen Produktion.
- die Vernichtung von nicht-angepaßtem, nicht profitablem Leben.
- die Erfassung und Kontrolle sozialen Lebens.
- der Versuch, mit einer neuen Form des Krisenmanagements ökologische und soziale Probleme handhabbar zu machen.

Die neuen Reproduktions- und Gentechnologien treffen und betreffen Frauen weltweit in sehr unterschiedlichen Lebensbedingungen. Die Existenz einer imperialistischen Weltwirtschaftsordnung macht uns hier zu den Nutznießerinnen einer weltweit organisierten Ungleichheit. So werden zur Sicherung unseres Überflußes in der industrialisierten Welt und zur Bekämpfung einer konstruierten Bevölkerungsexplosion Frauen der sogenannten "3.Welt" zu Versuchskaninchen und ihre Länder zum Versuchsgelände für Produkte der Industrie- und Forschungsmafia gemacht: ein gentechnisch erzeugter Anti-Schwangerschafts-Impfstoff wird an Frauen in Brasilien getestet;
ein Tierimpfstoff gegen Tollwut wurde heimlich in Argentinien erprobt.
Vorangetrieben und abgesichert werden die Projekte der Genforscher und Betreiber von internationalen Einrichtungen wie WHO, OECD usw.

Die Gen- und Reproduktionstechnologien werden uns Frauen als Erweiterung unserer Selbstbestimmung verkauft. So werden wir mit unserer Forderung nach selbstbestimmtem Leben mit einer Wegwerffreiheit (junk liberty) abgespeist, die den Techodocs die Freiheit gibt, über unsere Körper zu verfügen.

Anstelle von Selbstbestimmung bleibt nur noch das "Recht" auf Eigentum und Verkauf des eigenen Körpers (bzw. der Körperteile). Die Medizin wird mit diesen Technologien zu einem verfeinerten Instrument in der Tradition der Auslese und Ausmerze unerwünschten Lebens. Sie legitimiert mit ihrem Anspruch von Heilung und Hilfe eine pervertierte Krankheitsprävention, die nicht Krankheitsursachen, sondern angeblich genetisch anfällige Menschen aufspüren und verhindern will. So lautet das klare Ziel des EG-Programms "Prädikative Medizin" zur Entschlüsselung der menschlichen Erbsubstanz.
Mit den Gen- und Reproduktionstechnologien wird die Grenze zwischen wissenschaftlichem Zugriff und industriellem Zuschnitt der Natur völlig aufgehoben. denn bei jedem gentechnischen Experiment geht es darum, Lebewesen als profitable Molekülmaschinen neu zu konstruieren. Auch in der sogenannten Grundlagenforschung ist das Ziel nicht Erkenntnisgewinn, sondern Beherrschung und Profitmacherei, wie das schon eröffnete Rennen auf Genpatente zeigt.
Zunhemend fordern nicht nur Politiker und Wissenschaftler, sondern auch Industrievertreter gesetzliche Regelungen der Gen- und Fortpflanzungstechnologien. Damit wird deutlich, daß es hier um die Legalisierung der Technologie geht, um die Sicherung ihres so definierten "gesetzmäßigen" Gebrauchs. Mit der Verabschiedung von Gesetzen soll so vor allem die öffentliche Debatte abgeschwächt werden. Gleichzeitig soll durch die Verfolgung von Frauen eine radikale Ablehnung kriminalisiert werden.
Unsere Kritik und Aktivitäten werden von den Betreibern, Forschern und verantwortlichen Politikern ernst genommen, denn sie haben bereits Konsequenzen aus unserem Widerstand gezogen. Sie wählen ihre Propagandalinie immer gezielter aus, argumentieren mit Krebs, AIDS und dem Hunger in der Welt und mit den Bedürfnissen von Frauen. Sie drohen mit Export von Forschung und Arbeitsplätzen in andere Länder, organisieren Polizeischutz für ihre Labore und Produktionsanlagen.
Wir fühlen uns in unserer Absicht bestärkt, öffentlich zu debattieren, nach widerständigen Frauenpositionen zu suchen, uns international zu treffen und zu organisieren. Wir möchten nach diesem Kongreß klarer denken, grundsätzlicher fragen, entschlossener handeln und widerspenstiger leben!"

Resolution

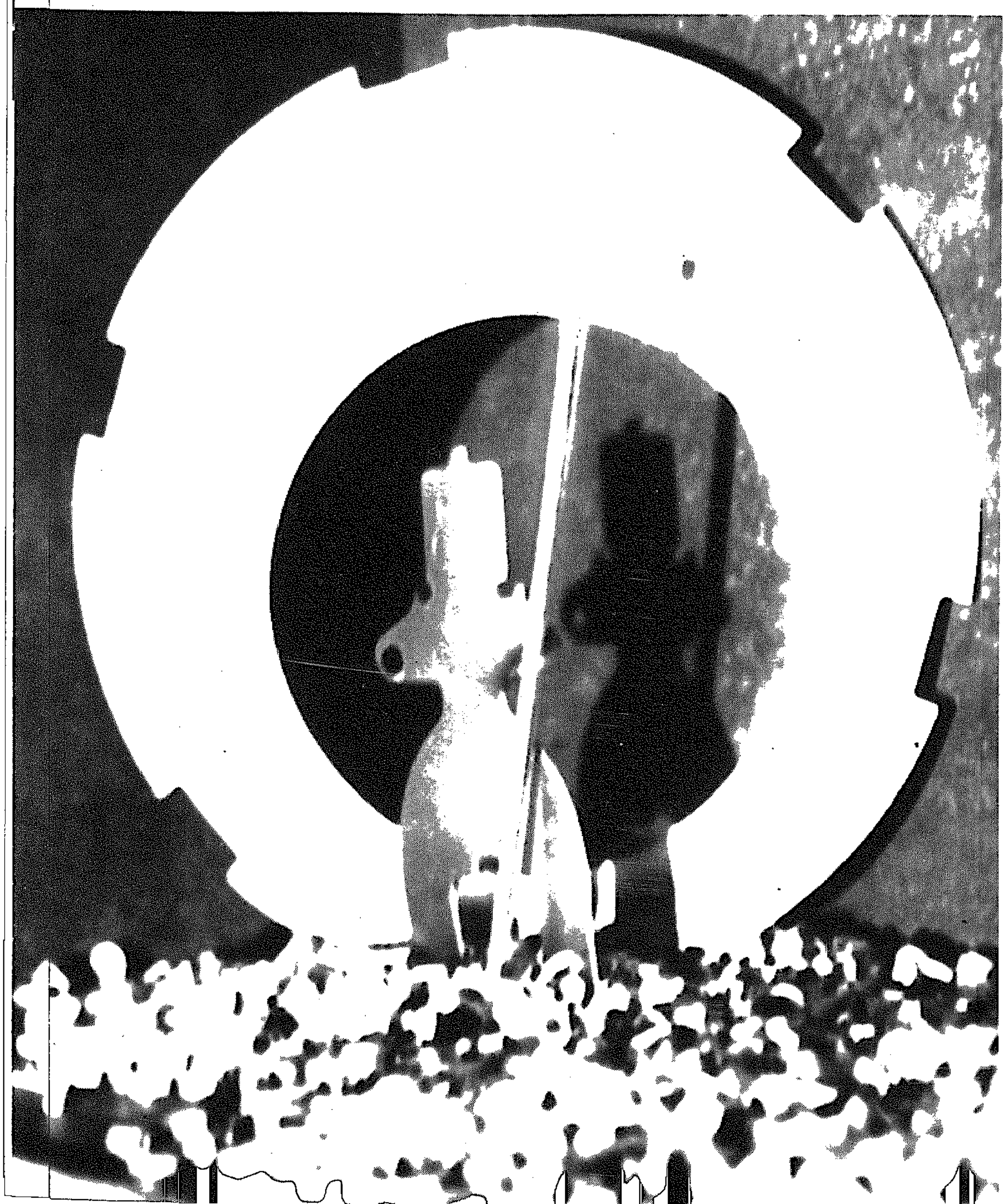
"Wir sind an diesem Wochenende mit über 2000 Frauen aus zahlreichen Ländern zusammengekommen, um unser Wissen über die Machenschaften der Bevölkerungsstrategen, der Reproduktionskontrolleure, der Genvoyeure und Genzerstückler offenzulegen und um gemeinsam weitere Möglichkeiten zu entwickeln, ihnen in ihr Unwerk zu pfuschen.

Wir haben uns auch getroffen, um unsere Solidarität mit den Frauen zu zeigen, die seit Ende letzten Jahres vom BRD-Staat verfolgt, kriminalisiert und in Haft gehalten werden, weil sie sich in ungenügender Weise an rechtsstaatlich-patriarchale Normen und Gesetze angepaßt haben sollen. Der Vorwurf gegen die Frauen: Mitgliedschaft in der "Roten Zora" oder den "Revolutionären Zellen". Wir freuen uns, daß Ulla Penselin wieder frei ist und an diesem Kongreß teilnehmen konnte. Wir sehen einen Grund für ihre Verhaftung im Dezember in ihrem frauenpolitischen Engagement zu Bevölkerungspolitik und den Reproduktions- und Gentechnologien. Ihre Freilassung erfolgte nicht zuletzt auf den starken öffentlichen Druck hin.

Dieser hat offensichtlich noch nicht ausgereicht, um auch Ingrid frei zu bekommen. Sie ist - wie ihr schriftlicher Beitrag zu diesem Kongreß am Freitagabend gezeigt hat - weiterhin ungebeugt in Beugehaft. Von ihr wird verlangt, die Person zu benennen, der sie einen Wecker gegeben haben soll, der angeblich bei einem Anschlag benutzt worden sein soll. Sie weigert sich, einen Namen zu nennen, weil es zu ihrer politischen Moral gehört, daß sie andere Menschen nicht einer zermürbenden, womöglich zerstörenden Verfolgung durch diesen Staat aussetzt. Sie sagt dazu selbst: "...wenn ich diese Haltung aufgebe, bin ich nicht mehr ich. Und das wäre ein noch viel fundamentalerer Eingriff in mein Leben als das Gefängnis."

Wir fordern die sofortige Freilassung von Ingrid Strobl und die Einstellung aller bekannten und unbekannten Ermittlungsverfahren!"

Photo: Wolfgang Neven



Die Resolution zu Ingrid ist inhaltlich ein bißchen mager ausgefallen - andere nicht vom Gesamtplenum verabschiedete, werden da doch wesentlich deutlicher. Nun ja, Tatsache ist halt, darauf konnte frau sich einigen. Der Stellenwert solcher Resolutionen zeigt sich sowieso erst im Alltag.

Eine umfassendere Einschätzung zum Stand der einzelnen Diskussionen - die Details sind meist spannender und realer - ist zum jetzigen Zeitpunkt leider nicht möglich, da bisher kaum Protokolle oder Ergebnisse der Arbeitsgruppen schriftlich vorliegen.

Eine andere Sache ist das große Schweigen im alternativen bundesrepublikanischen Blätterwald. Ignoranz, Schlafmützigkeit, Unfähigkeit, Lustlosigkeit?... ich kapier's nicht.

Auf den vollmundig angekündigten ausführlichen Bericht der TAZ (nicht die wichtigste, aber die "größte" Zeitung) warte ich heute noch.(Ende Januar)

???

Eine Diskussion, die wohl noch längere Zeit in Anspruch nehmen wird, ist die, um die andere oder neue Definition des Begriffs der Selbstbestimmung. Denn wenn wir Frauenbefreiung wollen, müssen wir uns klar darüber werden, welche Freiheiten, Möglichkeiten, Entscheidungen wir damit meinen, und welche nicht.

In-Frage-Stellungen dazu, aus dem Begleitheft zum Kongreß vom Frauenzentrum Bochum:

Selbstbestimmung

"Im Zusammenhang mit den Reproduktions- und Gentechnologien, betrachtet als bevölkerungspolitische Instrumente gegen Frauen, ergeben sich für Feministinnen neue Fragen an das Frauenbewegungs-'Leitmotiv' der SELBSTBESTIMMUNG. Fragen, denen wir uns stellen und die wir beantworten müssen, um zu entscheiden, ob und wenn ja, wie SELBSTBESTIMMUNG eindeutig zu definieren ist: Nicht als "feministischer Selbstbedienungsladen" (- alles, was Frau will und tut, ist gut), sondern als ein Konzept von FRAUENBEFREIUNG aller Frauen.

Die Selbstbestimmungsforderung ist Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre vor allem im Kampf gegen den § 218 in der neuen Frauenbewegung als kollektive Befreiungsvorstellung und -zielsetzung von Frauen aufgelebt. In dieser positiven Besetzung des Begriffs wurde Selbstbestimmung als radikale Gegenhaltung gegen männlich-patriarchale Fremdbestimmung verstanden. Die positive Bedeutung von Selbstbestimmung wurde verstärkt durch die parallel von Farbigen/Schwarzen erhobene Forderung nach Selbstbestimmung gegen Rassismus und durch die Selbstbestimmungsforderungen der Völker der 3.Welt gegen kolonialistische und imperialistische Fremdherrschaft. Im Rahmen der Entwicklungen der letzten 15 Jahre autonomer Frauenbewegung ist die kollektive, befreiende Zielrichtung des Selbstbestimmungsbegriffs jedoch nicht ungebrochen geblieben.

Folgende Fragen sind entstanden, die auf unterschiedlichen Ebenen ansetzen und unterschiedlich weitreichend in ihren In-Frage-Stellungen sind:

- Ist die Selbstbestimmung unter den gegebenen patriarchalen ökonomischen/sozialen/ politischen Zwangsverhältnissen überhaupt ein sinnmachender Begriff? Was bedeuten freie, selbstbestimmte Entscheidungen, Wahlen unter diesen Bedingungen?

Ein Beispiel: Der Kampf gegen den § 218 ist sicherlich ein Kampf gegen Fremdbestimmung. Die Streichung des § 218 aber mit Selbstbestimmung gleichzusetzen, wie es aktuell wieder im "Frauenbegehren für Selbstbestimmung - gegen " 218" geschieht, verschleiert die Fremdbestimmung patriarchaler, zwangsheterosexueller, ökonomischer, medizinisch-technologischer Herkunft. Grundlegende Bedingungen, die erst ungewollte Schwangerschaften entstehen lassen und die den Entscheidungsprozeß für oder gegen eine Abtreibung bestimmen.

Das Techno-Patriarchat bietet uns (besser: einigen von uns) Möglichkeiten der Erweiterung einer angeblichen Selbstbestimmung durch Nutzung der Technologien, und nicht wenige Frauen - auch Feminstinnen - greifen begeistert zu. Können wir diese Entwicklung abtun als Mißbrauch/Funktionalisierung der 'wahren' Forderung nach Selbstbestimmung? Oder geschieht hier die konsequente Weiterentwicklung eines Konzepts bürgerlicher Emanzipation: Selbstbestimmung als Verfügungsrecht über den eigenen Körper im Sinne bürgerlichen Eigentumsrechtes?

In der 1. Frauenbewegung wurde der Selbstbestimmungsbegriff im Zusammenhang von Mutterschutz und Sexualreform als eben solch bürgerlicher Eigentumsbegriff geprägt - die Frau sollte Besitzerin; Eigentümerin ihres Körpers werden. Diese Rechte sollten allerdings nur den Frauen zugesprochen werden, denen gleichzeitig die Bereitschaft und angebliche Fähigkeit zu verantwortungsvoller Mutterschaft zuzutrauen war; die anderen sollten eugenische Maßnahmen (Sterilisation, Abtreibung) treffen. Die Spaltung von Frauen war also von vornherein mit der so verstandenen Forderung nach Selbstbestimmung gegeben.

Wir fragen uns heute:

- Wie könnte ein Konzept von SELBSTBESTIMMUNG aussehen, das alle Formen von Fremdbestimmung der unterschiedliche Frauen an unterschiedlichen Orten und zu unterschiedlichen Zeiten ausgesetzt sind, berücksichtigt?

Ist ein SELBSTBESTIMMUNGSbegriff denkbar und möglich, der Spaltungen überwindet:

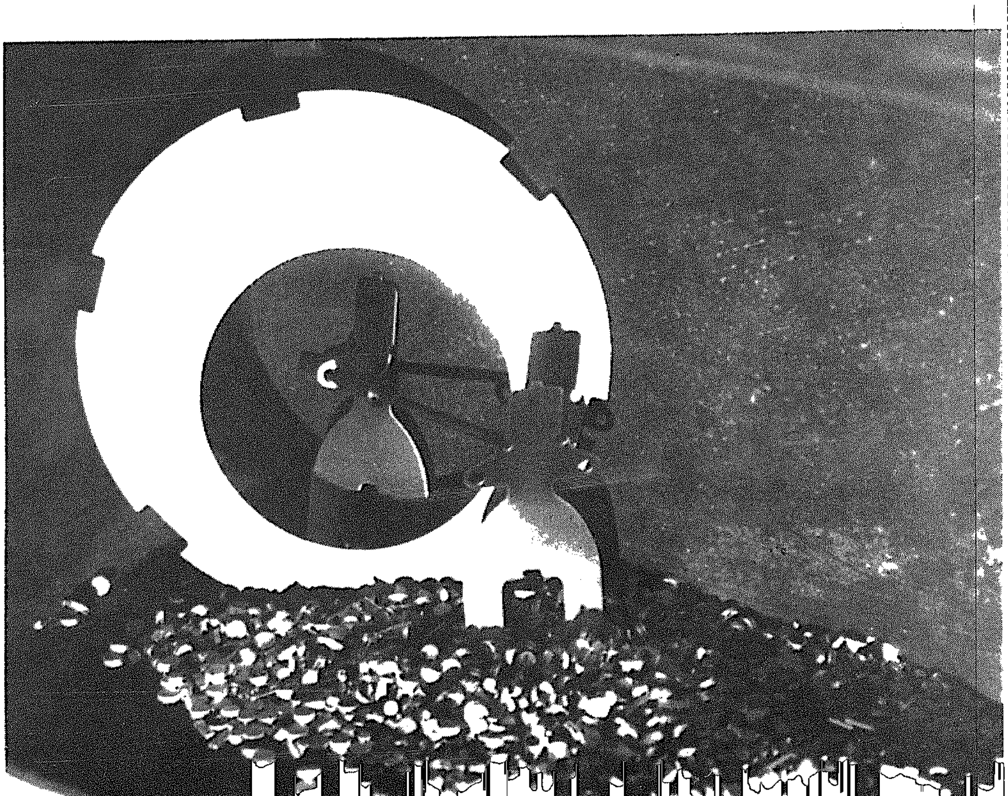
- Spaltungen zwischen 'wertvollen' und 'wertlosen' Frauen (im Faschismus wie in der Bevölkerungspolitik heute);
- zwischen Frauen, die gebären solllen, dürfen, nicht dürfen (Stichwort 1./3.Welt, arm/ reich...):
- zwischen Frauen, denen die neuen Technologien als Erweiterung ihrer Selbstbestimmung erscheinen und denen, die mit den 'Neuen Technologien' die letzte Winzigkeit an 'Selbstbestimung' geraubt sehen;
- zwischen Frauen, die trotz Kritik an eugenischem Denken und Handeln pränatale Diagnostik und eugenische Abtreibung fordern, um Selbstbestimmung zu erreichen, und denen, die nur in der radikalen Ablehnung eine Möglichkeit sehen, für Selbstbestimmung zu kämpfen;
- zwischen lesbischen Frauen, für die der Zugang zu den Reproduktions- und Gentechnologien eine Voraussetzung für lesbische Identität/Selbstbestimmung ist und anderen, für die nur die eindeutige Ablehnung zu einem selbstbestimmten lesbischen Leben führen kann.
- Wie gehen wir mit Tendenzen innerhalb (?) der Frauenbewegung um, die patriarchalische Strukturen und Institutionen durch eine feministische, 'selbstbestimmte' Variante einer grundsätzlichen Kritik entziehen wollen? (z.B. selbstbestimmte Pornographie, selbstbestimmter Sado-Masochismus, selbstbestimmte künstliche Insemination???)
- Und nicht zuletzt: Ist Selbstbestimmung ein RECHT, das wir einfordern wollen im Sinne des bürgerlichen Rechtsbegriffes?

Wenn wir einen Feminismus meinen, der - in Schlagworten - anti-patriarchal, anti-heterosexistisch, anti-kapitalistisch, anti-rassistisch (im weitesten Sinne) und anti-imperialistisch ist,

Was heißt das für unsere Entscheidungen, die eminent politsch, aber genauso privat unseren Körper, unsere Sexualität, unser 'Gebärpotential' unser Leben betreffen?

Und jetzt ist endlich Schluß! Die Arbeit war mangels Material etwas unbefriedigend... aber die Tatsache, daß der Kongreß (er/sie?) nun mal stattgefunden hat ... wir wollen uns ja nicht den Vorwurf der Ignoranz einhandeln ...... und ´ne kommentierte Teildokumentation ist besser als garnix!

Photo: Wolfgang Neven



Ingrid Strobl „Daß du deine eigene Zähigkeit entdeckst."

In den Briefen, die ich bekomme, taucht immer wieder eine Frage auf: Wie lebt man im Knast, und wie hält man das aus? Ich denke, daß auch einige von euch diese Frage interessiert. Ich selbst finde diese Frage auch sehr wichtig, weil das Thema Knast bei vielen Leuten tabu ist. Nicht das Thema Knast an sich, aber das ziemlich prosaische und gleichzeitig angsteinflößende Thema Alltag im Knast, Überleben im Knast. Die Horrorvorstellung, da fällt hinter dir eine Tür ins Schloß, von außen rasselt ein Schlüssel, und von diesem Moment an sitzt du in der Falle, dieser Albtraum ist wohl niemandem fremd, die und der sich schon einmal damit konfrontiert hat, daß sie oder er in diese Situation kommen könnte. Und dafür braucht es ja, wie wir wissen, manchmal nicht viel. Manchmal reicht es schon, daß mensch auf einer Demo in Reichweite der Bullen gestanden hat.

Knast, das heißt zuerst einmal, abgeschnitten sein vom Leben. Du wirst aus deinem Alltag gerissen, aus deinen liebgewordenen kleinen Gewohnheiten ebenso wie aus deiner politischen Praxis. Dieser Aspekt wird dir Tag für Tag klarer und gewinnt Tag für Tag mehr an Gewicht. Das erste Gefühl aber, das dich in der Zelle überfällt, wenn der Albtraum Realität geworden ist, und wirklich die Tür hinter dir ins Schloß fällt, das erste Gefühl, mit dem du in diesem Augenblick fertig werden mußt, ist die Angst zu ersticken. Meine Zelle ist exakt zweieinhalb Schritte breit und fünf Schritte lang, und ich spreche hier nicht von Riesenschritten. Gehen kann ich nur die fünf Schritte in der Länge. Die Breite ist nur theoretisch da, denn sie ist durch das Mobiliar völlig verbaut. Schrank, Toilette, Waschbecken, Tisch, Stuhl – alles für sich genommen zu klein, gleichzeitig aber zu groß für den winzigen Raum. In diesem Raum, mit diesem Raum wirst du nun Monate, wenn nicht länger, klar kommen müssen. An der Tür ist ein Guckloch, durch das sie dich jederzeit beobachten können. Alle paar Wochen kommen sie in die Zelle, um alles von oben bis unten zu durchwühlen, deine Aufzeichnungen zu lesen, in deinen Sachen zu kramen. Intimität, das lernst du sehr schnell, kannst du abschreiben. Die gibt es nicht im Knast. Einsamkeit ja, aber keine Intimität. Du bist gleichzeitig total allein und ebenso total allen Zugriffen ausgesetzt.

Knast heißt für politische Gefangene in den meisten Fällen Isolationshaft. Isolationshaft heißt Folter. Heißt, daß du Tag für Tag, Nacht für Nacht, nur auf dich allein angewiesen bist. Du fängst an, das Sprechen zu verlernen, merkst bei Besuchen, daß dir die Worte fehlen, daß du deine Zeit brauchst, um ins Reden zu kommen. Alle deine Sinne werden auf Entzug gesetzt. Du kannst nicht nur mit niemandem sprechen, du kannst auch niemanden berühren, mit niemandem lachen, niemandem zuzwinkern. Die meisten politischen Gefangenen in der Bundesrepublik sitzen seit Jahren unter diesen Bedingungen. Und kämpfen seit Jahren dagegen. Sie haben sich trotz Isolation, trotz Hochsicherheitstrakt, trotz der weißen Folter nicht zerstören, ihre Identität nicht rauben lassen. Auch das gehört dazu, auch das ist wichtig zu wissen.

Ich habe Glück gehabt. Ich kam nach drei Monaten Totalisolation in den sogenannten Normalvollzug, wobei das Wort „normal" der blanke Zynismus ist. Im Knast ist nichts normal. Meine Situation ist eine Art Mischmasch zwischen Isolationsbedingungen und sogenanntem Normalvollzug. Meine Besucherinnen und Besucher, einschließlich der Anwälte, kann ich nur hinter Trennscheibe sehen. Das heißt, wir können uns nicht umarmen, nicht berühren, nicht fühlen. Neben mir sitzt eine Beamtin aus dem Knast, nebem dem Besuch ein Bulle vom Landeskriminalamt, der jedes Wort mitschreibt. Ein ernsthaftes offenes Gespräch ist unter diesen Bedingungen nicht möglich. Und wenn ich auch nur das Wort Bulle laut ausspreche, droht selbiger, den Besuch abzubrechen. Da es in Neudeck bis vor kurzem keinen Trennscheibenraum gab (seit 10/88 hat die JVA Neudeck einen eigenen Trennscheibenraum), wurde ich zu jedem Besuch nach Stadelheim, in den Männerknast gekarrt. In Handschellen und im Konvoi: Ein Wagen mit schwer bewaffneten Spezialbullen vorne, einer mit mir drin in der Mitte, einer hinten. Dasselbe Rambotheater inszenieren sie auch, wenn ich zum Zahnarzt nach Stadelheim muß.

Meine Anwälte darf ich freundlicherweise ohne Zuhörer und Mitschreiber sehen, dafür wird meine Verteidigerpost überwacht, das heißt, von einem eigenen Richter gelesen. Das Recht auf uneingeschränkte Verteidigung gilt nicht für politische Gefangene. Der sogenannte Normalvollzug innerhalb des Knastes sieht unter bayrischen, speziell Neudecker Verhältnissen, so aus: wir Frauen haben nur zwei Stunden am Tag Kontakt miteinander. Eine Stunde vormittags beim Hofgang, eine Stunde nachmittags beim Aufschluß, was heißt, daß wir uns auf dem Flur „frei" bewegen können. Die Frauen aus den anderen Stockwerken sehen wir auch dann nicht. Den Rest der Zeit, also 22 Stunden pro Tag, sitze ich allein auf der Zelle. Zweimal pro Woche könnte ich an den sogenannten Gemeinschaftsveranstaltungen teilnehmen. Die bestehen aus der Bastelstunde und der Gesprächsstunde mit dem Pfarrer. Der Pfarrer ist ein aufrechter Bayer und spricht mit den gefangenen Frauen am liebsten über das Thema Heimat, über die heilige Dreifaltigkeit und über das Greuel der Abtreibung. Ich habe den Besuch dieser anregenden Gemeinschaftsveranstaltungen ziemlich schnell eingestellt.

Knast, das heißt vor allem auch Zensur. Die Gespräche mit den Besuchern werden mitgehört und zensiert. Die Briefe werden gelesen und zensiert. Aber nicht nur das. Das OLG Düsseldorf hat mir gedroht, wenn ich meine Korrespondenz nicht selbst einschränke, darf ich nur noch drei Briefe à drei Seiten pro Woche schreiben. Das ist nicht nur ein Angriff auf meine ohnehin massiv reduzierten Kommunikationsmöglichkeiten. Das ist ein Versuch, die Solidarität von draußen abzuwürgen. Wenn ich auf die für mich sehr wichtigen Briefe von all den Leuten, die ich nicht persönlich kenne, nicht mehr antworte, denken sie natürlich, es hat ja keinen Sinn, der zu schreiben. Aber inzwischen hat sich herumgesprochen, warum ich seit einiger Zeit gar nicht mehr oder nur selten und mit Wochen Verspätung antworten kann. Der Versuch, mich den Menschen draußen zu entfremden, ist kläglich gescheitert.

Die Zensur beschränkt sich aber nicht auf Besuche und Briefe. Bücher werden zensiert. Ich bekomme keine „konkret" und keinen „Arbeiterkampf", in denen nicht mehrere Seiten fehlen. Immer, wenn in der „taz" ein Loch ist, weiß ich, jetzt haben sie wieder etwas über mich geschrieben. Es muß aber in den zensierten Artikeln nicht einmal um mich gehen. Aus der August-„konkret" fehlten fünf Seiten, auf denen – Zitat: „die Tätigkeit von Strafverfolgungsorganen in entstellender und beleidigender Weise dargestellt und terroristische Straftaten gutgeheißen werden. Die Aushändigung derartigen Lesestoffes an die Angeschuldigte würde dem Zweck der Untersuchungshaft widersprechen."

Richtig. Zweck der Untersuchungshaft ist, die Angeschuldigte von jeglicher politischer Information fernzuhalten. Nach diesem Kriterium werden mir Briefe nicht ausgehändigt, in denen Leute über aktuelle politische Ereignisse schreiben und dabei mit ihrer Meinung nicht hinterm Berg halten. Nach diesem Kriterium werden mir bestimmte Bücher, die meisten Broschüren und grundsätzlich Flugblätter und Fotokopien gar nicht ausgehändigt. Neuerdings bekomme ich keine Originalausschnitte aus Zeitungen mehr. Planziel: Ich soll vertrocknen und verblöden. Planziel: Ich soll nicht mehr fähig sein, politische Texte zu schreiben, die sich auf aktuelle Auseinandersetzungen beziehen. Planziel: Ich soll vergessen, daß es draußen – und drinnen – Menschen gibt, die kämpfen und sich durch nichts davon abhalten lassen. Diese Kämpfe müssen noch nicht einmal in diesem unserem Lande stattfinden. Der neue Roman der baskischen Autorin Eva Forest wurde mir mit folgender Begründung verweigert: „Das oben bezeichnete Buch enthält einen umfangreichen Anhang, in dem Gewalt zur Durchsetzung politischer Forderungen propagiert wird."

Eine Grenze für Peinlichkeiten gibt es dabei nicht. Selbst ein völlig harmloses Italienisch-Lehrbuch mit dem etwas provokanten Titel „Italienisch für Mollis und Müslis" wurde mit einer ähnlichen Begründung von mir ferngehalten. Wie sagt doch der italienische Volksmund so schön? – „Il vero terrorismo e quello dello stato."

Aber das Spielchen geht noch weiter. Neulich sollte ich den neuerschienenen Roman der nicaraguanischen Autorin Gioconda Belli reszensieren. Der Verlag schickte die Fahnen – vergebens. Sie wurden mir nicht ausgehändigt mit der Begründung, eine Kontrolle sei zu arbeitsintensiv. Als hätte so ein Verlag nichts anderes zu tun, als mir in Druckfahnen Kassiber einzuschmuggeln. Aber es geht ja in Wirklichkeit nicht darum, das Schmuggeln von Kassibern zu verhindern, sondern darum, auch meine Arbeit als Journalistin unmöglich zu machen. – Und meine Arbeit als Buchautorin:

Ich habe im Knast unter nicht gerade besonders günstigen Bedingungen mein Buch über Frauen im bewaffneten Widerstand gegen Faschismus und deutsche Besatzung geschrieben. Mit der höchstgnädigen Erlaubnis sowohl der Bundesanwaltschaft als auch des Bundesgerichtshofes. Jetzt ist das Buch seit Wochen fertig, aber der hohe Senat des Oberlandesgerichtes Düsseldorf, listig wie Odysseus, hat sich einen Weg ausgedacht, um das Erscheinen des Buches womöglich doch noch zu verhindern. Eine Freundin hat meine Originalmanuskripte ins Reine getippt, damit ich sie noch einmal in Ruhe überarbeiten und dann an den Verlag schicken kann. Das Buch kann nicht gedruckt werden, ehe ich das Manuskript nicht noch einmal redigiert und auf Fehler durchgesehen habe. Das OLG aber weigert sich nun, sowohl meine Originale als auch die Reinschriften an mich zurückzugeben. Weil wiederum angeblich die Kontrolle der vielen Seiten zu viel Arbeit für die hohen Herren ist. Ich werde das nicht hinnehmen. Ich werden das ebenso wenig hinnehmen, wie den Versuch, mich politisch kaltzustellen.

Ich habe euch bisher nur von den negativen Aspekten erzählt. Von den Versuchen, einen fertig zu machen, von der Lebensfeindlichkeit und Isolation des Knastalltages. Das reicht aber nicht, um etwas über das Überleben im Knast zu sagen. Die Kehrseite des ganzen ist, daß deine Wut und deine Entschlossenheit jeden Tag wachsen. Daß dein Bestehen auf Würde das Selbstmitleid und die Beschränkungen täglich besiegt. Daß sie die Solidarität nicht verhindern können. Daß sich unzählige Menschen durch keine Computererfassung, keine Bespitzelung und Überwachung davon abhalten lassen, mit mir solidarisch zu sein und vor allem, weiter und verstärkt an den sogenannten anschlagsrelevanten Themen zu arbeiten.

Die Kehrseite zu den Versuchen, dich einzuschränken und zu zerstören ist, daß du dich selber kennenlernst wie nie zuvor. Daß du deine eigene Zähigkeit entdeckst und Kraftreserven, von denen du gar nicht wußtest, daß du sie hast. Meine Freundinnen und Freunde lernen, mir von Demonstrationen und Hausbesetzungen so zu berichten, daß die Briefe nicht angehalten werden können. – Auch Ironie ist eine Waffe. Ich lerne, bürgerliche Zeitungen so zu lesen, daß ich verstehe, was wirklich passiert ist. Ich lerne, mein vorhandenes Wissen, meine politische Erfahrung, die Informationen, die ich seit langem gespeichert habe, zu mobilisieren, aus den hintersten Gehirnecken hervorzuholen und mit dem zu kombinieren, was ich an neuen, verstümmelten Informationen bekomme. Und ich lerne vor allem etwas, zu dem man draußen oft nur theoretisch gezwungen ist: Absolute Prioritäten zu setzen. Intensive Gespräche, heftige Diskussionen, fetzige Demos, ein gutes Essen, ein langer Spaziergang, ein Konzert – all das ist schön und wichtig. Viel wichtiger aber und wirklich unverzichtbar sind die persönliche Integrität, die politische Integrität. Wirklich unverzichtbar ist, daß du dir selber in die Augen schauen kannst. Daß du dich und deine persönlichen Geschichte nicht verrätst. Daß du auch im Knast nicht aufhörst, politisch zu arbeiten und dich weiterzuentwickeln. Daran ist nichts Heroisches. Ganz im Gegenteil, das ist einfach ein elementares Bedürfnis. Man kann ja auch nicht aufhören zu atmen.

Und in ganz schwarzen Stunden, die es auch gibt, da hilft mir dann unerwartet der hohe Senat des Oberlandesgerichtes Düsseldorf, indem er meinen Sinn für Humor wieder aktiviert. Wenn er zum Beispiel einer Freundin, die mir in ihren Briefen parfümierte Watte mitschickt, damit ich was zu schnuppern habe, folgendes mitteilt: „Im übrigen wird der Absenderin angeraten, die jeder ihrer Postsendungen an die Angeschuldigte beigefügten, extrem stark parfümierten Wattestücke künftigen Postsendungen nicht mehr beizufügen, da die Kontrolle derartiger Postsendungen im Grunde unzumutbar ist."

Ingrid Strobl
München-Neudeck, 19.09.1988



Tausende demonstrierten in der Wahlnacht gegen die Republikaner. Foto: dpa

Die Grenzen verlaufen nicht zwischen Völkern, sondern zwischen Herrschenden und Beherrschten.

Ein Abriß über die internationale Konferenz gegen Faschismus, Rassismus und Sexismus vom 4.11.-10.11.88 in Berlin

vom Anarchistischen Forum Wiesbaden

Die Eingangskontrollen passierte ich relativ schnell, freundliche Menschen liefen wachend umher, mit Walki-Talkis ausgerüstet; ich wußte noch nicht, daß dieser Berliner Kongreß, der Nachfolger jener Stockholm-Konferenz, auf der eine kontinuierliche internationale Zusammenarbeit gegen Faschismus/Rassismus beschlossen worden war, von Berliner Faschisten per Telefon bedroht wurde. Organisierte Selbsthilfe war beschlossen worden, Wachen aufgestellt und ständige Verbindung (und Ablösung) mit dem gesamten Kongreß wurde gewährleistet. So wurden wir denn auch "beobachtet", aber im großen und ganzen blieb es bis zu meiner Abreise ruhig....(Den Einführungsvortrag hielt) Lida van der Brook, Vertreterin einer unabhängigen holländischen Organisation für die Interessenvertretung von EinwanderInnen und AusländerInnen in Holland, wo sie schon seit 10 Jahren tätig ist. Sie vertrat eine sehr psychologistisch/pädagogische Sicht des Antirassismus und Antifaschismus. [Vgl. ihr Buch "Am Ende der Weisheit, Orlanda Frauenverlag 1988] Mit Hilfe der Gruppendynamik, von Rollenspielen und Selbsterfahrungsaspekten entwickelte sie ein sehr individuelles Antirassismustraining. Dabei stellte sie Theorien auf, daß der Rassismus eine Form sei, seine eigene Unterdrückung auszudrücken, sozusagen sei der Faschismus eine destruktive Überlebensstrategie und die Gegenbewegung sollte sich das zunutze machen, indem sie lernt, den "Unzufriedenen" zuzuhören. Außerdem seien Faschisten sozusagen Opfer (der Gesellschaft)... zum Glück rissen mich diese Thesen nicht alleine vom Hocker, sondern auch die Ausländerkollegen. Denen und mir fehlte gerade in so einer Einführung die Ansätze, daß Faschismus nicht allein eine individuelle, sondern eine kollektive Art zu denken ist, von gerade jenen Unterdrückten, denen es staatlich ja verboten ist, für ihre Probleme einen anderen Ausweg zu finden, und nur nicht den sozialistischen, libertären oder sonstigen Ansatz!

Es fehlte mir etwas der Gedanke der repressiven Formen von Herrschaft ehemaliger Unterdrückter und jener Aspekt des Faschistenführers wird vergessen, der Unterdrückte, geistig verwirrte Arbeitslose bis hin zu Liberalen in seine Aktionen mitein-spannt und sie gedankenlos, was ja auch erwünscht ist, zu guten Faschiszen programmiert, selbst wenn's nur für kurze Zeit sein sollte. - Lida konterte damit, daß wir uns alle zuwenig damit befassen, wie der Faschismus in uns selbst aussieht. Das ist zweifellos richtig, dies beschrieb schon Wilhelm Reich, aber für mich dennoch kein Grund, den Faschismus nicht als Ausgeburt mieser Gesellschaftsbedingungen und Strukturen [ein arbeitsloser Skin aus Bremen: "endlich wieder was gelten wollen, stolz sein, ein Deutscher zu sein"], der Repression gegen Unterdrückte und Andersdenkende [dank Radikalenerlaß bis hin zu §129a etc.] und kaputter Vertuschungen seitens des Staates [obiger Skin: "endlich mal wieder auf was blicken wollen, was nicht stinkt"] zu erkennen.

Gegen Abend stellten sich einzelne Gruppen vor; es gab viel Kritik an Lida, gerade auch von Hugo Franz, dem Vorsitzenden der Sinti und Roma, der über 50 Verwandte und Bekannte in deutschen KZ's verlor und dem natürlich jedes "Verständnis" abhanden gekommen ist. Am Ende stand der Streit im Raum..., Peter Finger, seines Zeichens Mitorganisator des Kongresses stritt zudem mit einigen Afro-Deutschen schwarzer Hautfarbe, ob sie nun eingeladen waren und zwar extra und schriftlich oder nicht... Der deutsche Kleingeist kann ganz schön idiotisch sein.

In der Passionskirche war die öffentliche Veranstaltung inzwischen in vollem Gang. Thema: Europa 1992 - Weltmachtpläne im Schutze der europäischen Fahndungsunion (jener unheilvollen Union von führenden europäischen Vertretern der jeweiligen Exekutive, die die "Terroristenfahndung" europäisieren sollten und prompt mit dem "Asylantenproblem" weitermachten).

Am Podium ging's die ganze Zeit um Gesetzesvorschläge, die ins Europaparlament eingebracht werden sollten. Es war sterbenslangweilig...

(Bis) ein Zuhörer aufstand und sich beschwerte, daß die Berliner AL indirekt die Neonazis unterstützt hätte, indem sie mit dafür gesorgt hätte, daß sich die Faschisten als Partei zur Wahl hätten aufstellen lassen können. Jetzt wurde es unruhig im Saal, eine Frau von der AL rechtfertigte sich, daß die AL niemals für die Neonazis gewesen sei, aber, (!) man könne es sich auch nicht so einfach machen und ein Verbot fordern, damit wäre noch nichts gelöst und im Parlament wären die Faschisten ja auch besser unter Kontrolle. Hinter mir wurde es heftiger, der Protest wurde laut, wurde zum ...Streit...

Meinen sauer gewordenen Berliner Nachbarn fragte ich, warum denn so wenig Deutsche auf dem Kongreß vertreten seien, wo die ganzen Antifa-Gruppen aus größeren Städten seien. Er meinte, daß das Antifa-Bündnis den Kongreß lieber erst im Januar 89 gehabt hätte, die Berliner AL sich darüber jedoch einfach hinweggesetzt hätte. Mir wurd's fast schlecht.

Der für mich interessanteste Tag der Konferenz aber war der Samstag. Inhaltlich

sollte es um Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Faschistenaktivitäten in den westeuropäischen Ländern gehen und welche Perspektiven sich daraus für unsere antifaschistischen Aktivitäten ergäben. Gerry Gable, englischer Antifaschist und Mitherausgeber von "searchlight", vertrat in seinem Einleitungsreferat die Ansicht, daß es nicht nur einen europäischen Faschismus gibt, sondern auch einen internationalen.... Am Beispiel des Neofaschismus in Großbritannien, am Großwerden der nationalen Front (NF), konnte er einen guten Ein- und Überblick über die Neonaziaktivitäten in ganz Europa geben. Ein Höhepunkt seiner Rede war die Schilderung eines Treffens von Faschisten aus "aller Herren-Länder" in New Orleans, Ende der 70er, auf das noch weitere zwei Treffen folgten. Im Zusammenhang mit diesen Treffen entstanden faschistische Zukunftsentwürfe (und ein Buch), die eine faschistische Weltregierung zum Inhalt hatten ("die Welt der Weißen...") und in denen faschistische Systeme ersponnen wurden, wie z.B. über Kindererziehung in einer Art "Kibbuzim" etc. ...Weiter beschrieb Garry über die NF Anfang der 80er den Aufbau der neofaschistischen Organisation in 3 Teilen, was auch für andere Organisationen gelten dürfte:

1) Organisation
2). Repräsentation
3) Soldaten

1) meint Organisationen, die vom offen neofaschistischen Charakter (in der BRD z.B. FAP) bis hin zu rechtsintellektuellen Gruppierungen (Thule Seminar, Zeitschrift MUT) gehen und die von neofaschistischen bis hin zu konservativen Kreisen respektiert werden.

2). bedeutet so etwas, wie die PR-Agentur der Rechten über Wahlen in Parlamente bis zur bloßen Anwesenheit in Fußballstadien, dem Einsteigen in die Ökobewegung und New-Age-Gruppierungen etc.

3). das sind die Kadereliten als "politische" Soldaten, aber auch nichtdenkendes, benutzbares Fußvolk, Randgruppen (wie die Skins, früher Teile der Rocker etc.), die nur für Terroraktivitäten der "Führer" gebraucht werden. Der Terror soll die Verunsicherung der Bevölkerung erhöhen, so daß sie nach einem "Lichtblick" rechter Ordnung schreien. Dazu meinte unlängst ein Skin, daß er wüßte, daß sie die ersten wären, die von den Nazis nach "Gebrauch" und Machtübernahme an die Wand gestellt würden.

Die Dreierstruktur ist zwar zum Teil identisch besetzt, aber nach außen hin, soll natürlich keine Identität gezeigt werden, aus Selbstschutzgründen, aus Propagandagründen etc. (So wurde z.B. einem österreichischen Antifaschisten bekannt, daß Heider von der FPÖ sich mit Burger von der NPÖ geheimerweise traf, bei Veröffentlichung dieses Wissens gab es aber sofort einen Prozeß, in dem der Antifaschist nachweisen sollte, daß seine Aussagen stimmen. Von der Gegenseite wurde alles geleugnet. Verleumdungsklagen von rechts gibt es häufig.)

Die Aktivitäten der Neonazis sind vielfältig. Sie suchen Bündnisse und Annäherungen, ob bei der New Age-Bewegung oder der ökologischen Bewegung, ob in der Grünen Partei oder in sozialen Bewegungen, ob bei den Arbeitslosen oder in Randgruppen, ob auf dem Fußballfeld oder im Computerspiel, ob über Auslandsgruppen (so gab Gerry Gable den Hinweis, daß englische Neonazis mit Lybien kooperieren und die Faschos auf ihren Büchertischen die Reden Gaddafis verkaufen) oder ob sie versuchen, mit Anarchisten das Bündnis gegen den Imperialismus zu betreiben oder mit Polizei, Militär und Geheimdiensten zusammenarbeiten.

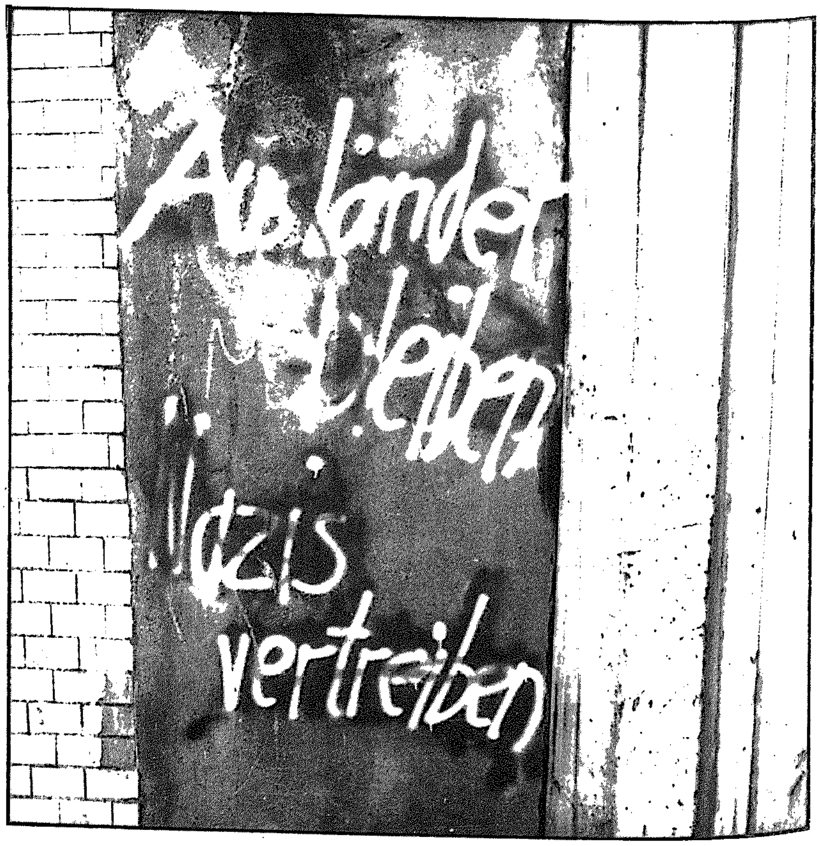
Diese Beobachtungen wurden auf dem Kongreß von anwesenden antifaschistischen Organisationen aus England, Holland, Belgien, Frankreich, Österreich, Katalonien, Deutschland, Dänemark, Norwegen, Schweden bestätigt.

[Als Beleg für den Sinn] internationaler Zusammenarbeit diente die Schilderung einer Zusammenarbeit von 120 antifaschistischen Organisationen in Stockholm 1985/86, die Demonstrationen von Faschisten verhinderten. Auf die Neonaziaktivitäten, die Stockholm als Schwerpunkt ausgesucht hatten, machte searchlight aufmerksam, die die Vorbereitungen der Neonazis in England mitbekamen.

Solche antifaschistischen Netzwerke seien in Zukunft absolut wichtig. In Großbritannien existiere, laut Gerry Gable, ein antifaschistisches Netzwerk, bestehend aus den verschiedensten Gruppen und Gruppierungen, von der liberalen Gewerkschaft bis zu orthodoxen Kommunisten, von Schwulengruppen bis zu Anarchisten. Jede Gruppe macht sich trotzdem auch für sich selber stark.

Zum Schluß wurde wieder gestritten, um das gemeinsame Motto: "Für ein offenes und solidarisches Europa, gegen Faschismus, Rassismus, Sexismus". Und/oder "gleiche Rechte für alle Menschen, egal welcher Hautfarbe, Geschlecht oder Herkunft." Da hörte ich schon von links eine Frau vor sich hinmurmeln: Mensch, da fehlt doch das Patriarchat, da fehlt doch, daß der Mann der Erzeuger des Faschismus..." Schon tönte es über Lautsprecher, daß die Motti dahingehend erweitert werden müßte, daß der Mann als Verursacher erwähnt wird, daß er die Frauen schon immer unterdrückte... Leider, der Versuch des Protests aus der schwedischen Ecke blieb erfolglos: bei ihnen sei schon der Begriff Sexismus kaum zu erklären, hätte er doch nicht den frauenfeindlichen Unterton (Zwischenruf: "Siehst Du, Patriarchat, ist doch klar!") und noch ein zusätzliches Motto sei einfach zuviel... Hilfesuchend, schuldbewußt schaute ich auf Lida, hatte sie nicht in der Einführung gesagt, "auch der Mann ist ein Opfer des Faschismus"? Auch die emanzipierte deutsche Kleingeistin kann so idiotisch sein!

Photo: Manfred Kampschulte





Generalstreik und Anarchismus in der Provinz

- Salamanca -

von Jörg Lange, Bettina Meier und Dieter Nelles
Photos von Jörg Lange

Vorne weg einige Bemerkungen: wir sind weder KennerInnen der gegenwärtigen sozialen und politischen Situation Spaniens noch der Sprache so mächtig um ein differenziertes Bild der Situation zu geben. Der folgende Artikel spiegelt unsere subjektiven Eindrücke und Diskussionen eines mehrtägigen Aufenthalts in Salamanca wider, der zufällig in die Zeit des Generalstreiks fiel und wo wir die Gelegenheit hatten mehrmals mit "Militanten" der CNT-AIT zu sprechen.

Salamanca ist eine Stadt mit 140 000 Einwohnern - davon 20000 StudentInnen - und liegt in der Provinz Kastilien in der Näghe der portugiesischen Grenze; die Stadt ist architektonisch geprägt durch mittelalterliche Sandsteinbauten und durch die Universität - die älteste Spaniens. Es gibt dort so gut wie keine Industrie, die Stadt lebt von der Universität. Im Sommer ist Salamanca voll von SprachstudenInnen aus aller Welt, weil dort ein gutes Spanisch (Kastillan) gesprochen wird. Die Stadt hat keine herausragende revolutionäre Tradition. Vor dem Bürgerkrieg gab es einige Landbestzungen in der Region, denen aber ein schnelles Ende gesetzt worden war; Franco hatte in Salamanca sein Hauptquartier.

Unmittelbarer Anlaß des Generalstreiks vom 14.Dezember 1988 waren ein Gesetzentwurf der Regierung, für ein "Stellenprogramm für Jugendliche". Er sah Zeitverträge für 18 bis 25 Jahre alte Jugendliche vor, bei denen sie aber nur einen Minimallohn von 600.-DM erhalten sollten. Die Gewerkschaften sahen darin zu Recht den Versuch von Kapital und "sozialistischer" Regierung eine neue Niedriglohn-Klasse ohne irgendwelche tariflichen Rechte zu schaffen. Auch für uns ist in diesem Zusammenhang interessant, daß die Pläne der Regierung in Zusammenhang mit der EG-Kommission ausgearbeitet wurden. Sie geben einen Vorgeschmack wie sich die herrschenden EG-Strategen und Kapitalisten eine zukünftige europäische Sozialpolitik vorstellen.

Der Generalstreik wurde auch in Salamanca weitgehend befolgt, nur einzelne Bars waren geöffnet und die öffentlichen Verkehrsbetriebe hatten einen Not-Fahrplan. Ein Zeichen für die große Unzufriedenheit mit der Politik der sozialdemokratischen Regierung, berücksichtigt man die Sozialstruktur der Stadt und die Tatsache, daß die größten Gewerkschaften (UGT und CCOO) nur ca. 10% der spanischen ArbeiterInnen repräsentieren.

Die CNT-AIT und die Juventudes Anarquistas hatten am Abend vor dem Streik die Stadt mit ihren Plakaten vollgeklebt und Transparente aufgehängt auf denen sie ihre Versammlungen für den nächsten Tag ankündigten. Doch hatten sie ein sehr zwiespältiges Verhältnis zum Generalstreik, war er doch von den Gewerkschaften initiiert worden, denen sonst ihre ganze Kritik gilt. Das Nationalkomitee schrieb in einem Flugblatt, daß auch am Tage des Generalstreiks verteilt wurde, die Mobilisierung von UGT und CCOO laufe nur darauf hinaus, ihre verloren gegangene Glaubwürdigkeit wieder zu erlangen, Widerstand gegen die Regierung vorzugaukeln, den linken Flügel der beiden Organisationen, die begonnen hätten sich kleineren, linkeren Organisationen anzunähern, wieder zu integrieren und "die einzige authentische, gewerkschaftliche Widerstandsposition, die der CNT-AIT, zu boykottieren und an den Rand zu drücken". Die CNT-AIT in Salamanca betont in ihrem Streikaufruf, daß sie keiner Parole einer Führung folgen werde und am 14. Dezember auf die Straße ginge "um für ein anderes Gesellschaftsmodell zu kämpfen und würdige Lebensformen zu fordern."

Während des Streiktages wurde bis zum Abend das Geschehen auf der Straße weitgehend von der CNT-AIT bestimmt. Auf einer öffentlichen Versammlung, an der allerdings nur ca. 50 Personen teilnahmen, machte ein Sprecher ihre Position klar. Die Stimmung war aber alles andere als kämpferisch, dies änderte sich erst als bekannt wurde, daß einer ihrer Genossen von der Polizei festgenommen worden war. Wie wir das von hier kennen - ein Trupp von Leuten zog vor ein Regierungsgebäude, blockierte die Straße und forderte lautstark die Freilassung des Verhafteten. Nach einigen, kleinen Rangeleien und der Freilassung des Festgenommenen ging die Kundgebung über in eine spontane Demo. Die Blockade von wenigen Bussen, die noch fuhren, rief schnell

die Polizei auf den Plan, die sich bis dahin zurückgehalten hatte. Das Auftauchen der Ordnungshüter verursachte eine kleine Panik - vor allem Zuschauer am Rande liefen sofort weg. Anders als dies hier meist der Fall ist, schlagen die spanischen Polizisten schnell und wahllos zu, wurde uns erzählt. In dieser Hinsicht ist die spanische Polizei noch nicht modernisiert. Doch wir können sicher sein, daß mit zunehmender Integration in die EG sich dies schnell ändern wird und die deutschen Kollegen gerne Entwicklungshilfe leisten. Als Anekdote am Rande sei noch bemerkt, daß während der Demo einige Kids unter allgemeinem Beifall einer Figur auf einem Denkmal die schwarzrote Fahne in die Hand steckten. Abgesehen von der "Schließung" zweier Bars - die noch geöffnet hatten - durch die Juventudas Anarquistas war wieder Ruhe in der Stadt.

Am frühen Abend hatten UGT und CCOO zu einer Demo aufgerufen, an der ca. 6-7000 Menschen teilnahmen, für Salamanca eine ungewöhnlich hohe Beteiligung, die alle mit denen wir sprachen überraschte. Die CNT-AIT kennzeichnete ihre politische Differenz zu den Demo-Aufrufern durch einen optischen Abstand, ihr Block - ca.150 Leute, meist Jugendliche - ging immer ein paar Meter hinter der Demo her und spaltete sich kurz vor dem Kundgebungsplatz ab. Für BRD-Verhältnisse war die Demo ausgesprochen lebhaft und lautstark; wir empfanden eine militante Stimmung, die man hier meist nur im autonomen Block spürt.

Die massive Beteiligung am Streik war - wie bereits erwähnt - für alle überraschend. Wir hatten den Eindruck, daß die Unzufriedenheit mit den Verhältnissen im allgemeinen und der sozialdemokratischen Regierung im besonderen noch keine Sprache gefunden hat. Auch der CNT-AIT, die als militante Organisation ein großes Interesse an einer Radikalisierung haben müßte, fiel außer ihrer Negativ-Fixierung auf die Reformisten nicht viel ein. Ein Flugblatt, das nach dem Streik verteilt wurde, trug den bezeichnenden Titel "Was Jetzt?", darin wurden nur die üblichen Befürchtungen bzgl. der Politik der UGT und CCOO wiederholt und die Versicherung gegeben, daß die CNT-AIT weiterhin für eine "Gewerkschaftsarbeit mit starken Forderungen, mit Aktionen..." eintreten werde.

Unser Eindruck war, daß die CNT-AIT einen sehr traditionellen anarchosyndikalistischen Standpunkt vertritt, in den Gesprächen betonten ihre (männlichen und weiblichen) Militanten immer den gewerkschaftlichen Charakter. Angesichts einer Arbeitslosigkeit von 18% und einer Jugendarbeitslosigkeit von 30% stößt dieser Ansatz deutlich an seine Grenzen. Hinzu kommt, daß die CNT-AIT keine Massenorganisation ist, die aus eigener Kraft in der Lage ist, ihre Forderungen praktisch durchzusetzen, sondern sich meist darauf beschränken muß, anarchosyndikalistische Ideen zu propagieren. Und dies beinhaltet immer die Gefahr des Dogmatismus, die zahlreichen Spaltungen innerhalb der CNT seit 1979 zeigen dies in aller Deutlichkeit.

Arbeitslosen, Jugendlichen und StudentInnen bietet dieser Ansatz keine direkten Handlungsmöglichkeiten, keine Aussicht auf Verbesserung ihrer katastrophalen, ökonomischen Situation. Hier wie in Spanien können wir als Linksradikale aber nur dann zu einer starken, gesellschaftlichen Kraft werden, wenn es uns gelingt, unsere Praxis und Utopien von einem selbstbestimmten und kollektiven Leben mit der konkreten Lebenssituation der Betroffenen in Verbindung zu bringen.

Der Kampf für einen Soziallohn, für ein egalitäres garantiertes Einkommen könnte ein Ansatzpunkt sein; eine gemeinsame Antwort von unten, von allen, die den verstärkten Angriffen des Kapitals auf ihre elementaren Lebensgrundlagen ausgesetzt sind. Dies wäre aber nicht mehr in ein starres anarcho-syndikalistisches Konzept zu pressen.

Für diesen Kampf - das war unser - Eindruck - bestehen in Spanien bessere Bedingungen als hier. Das öffentliche Leben ist dort noch nicht so zerstört wie hier; die Isolation noch nicht so weit fortgeschritten.

Daß Punks zusammen mit 50-60-jährigen in einer Bewegung zusammenarbeiten, das ist für uns hier nicht so recht vorstellbar. Dies war ein sehr positiver Eindruck, den wir von der CNT-AIT hatten. Ihr Versammlungslokal im Zentrum der Stadt ist allabendlicher Treffpunkt der verschiedensten Gruppen: Ateneos libertarios (eine Art anarchistische Volkshochschule), Mujeres libres und Juventudes Anarquistas. Die CNT-AIT macht auch regelmäßige Beratungen zu allen arbeitsrechtlichen Fragen.

Die starke Präsenz von Jugendlichen, vor allem während des Generalstreiks, zeigt, daß die CNT-AIT ein Ansprechpartner für radikale Jugendliche ist.

Falls es ihr gelingen sollte theoretisch und praktisch den Anarcho-Syndikalismus den veränderten Bedingungen anzupassen, dann gibt es in Spanien vielleicht wieder einen Frühling der Anarchie.

Anmerkung
Die zitierten Übersetzungen aus spanischen Zeitschriften besorgte Andreas Gampert.





14. Dezember - der Schlag saß! Generalstreik in Spanien

von Gundi Roth

"Nichts wird jemals wieder so sein, wie es heute war!"
"Ein Trauma für die Regierung!"
"Größter Generalstreik in der Geschichte Spaniens!"
"Das Straßenbild war bestimmt von der Abwesenheit der Bürger."
"Ein Fußtritt für die Regierung in den Hintern der Unternehmer!"

O Uhr. Mitten im Satz ist der Nachrichtensprecher plötzlich weg, das Testbild erscheint. Während der folgenden 18 Stunden schalten Millionen Spanier durchschnittlich jede halbe Stunde die Glotze an und, je nach Erwartungshaltung, enttäuscht oder befriedigt wieder aus. Nichts!

Auf den Straßen dasselbe: auch nichts! Keine Busse, keine Taxis, keine Züge - alles wie ausgestorben! Daß er so generell sein würde, der Generalstreik, damit hatte niemand gerechnet. Keine Zeitung, na gut - aber auch kein "café con leche", keine "tapa", kein Bierchen, keine Zigaretten... einfach nichts, null, niente, nada! Das Ganze Land ist lahmgelegt.

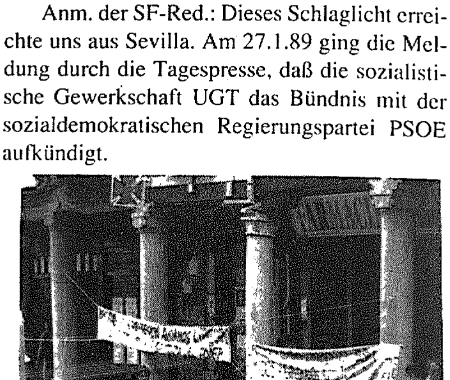
Das Einzige, was es an diesem 14. Dezember in Spanien gibt, sind Demos: große, laute, kämpferische, mit Meeren von Fahnen vor strahlend blauem Himmel. Zwar nicht der Auftakt zum revolutionären Umsturz, dafür läuft alles viel zu ruhig und geordnet ab, aber trotzdem: es riecht es nach Schweiß und Bier, und man versteht plötzlich, was gemeint war mit den Rädern, die alle stillstehen, wenn...

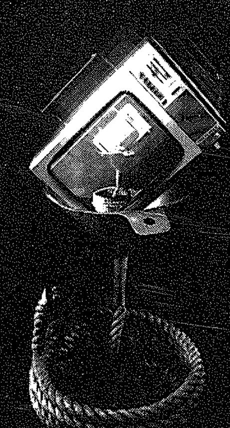
In der Analysenschlacht, die am Tag danach losgeht, wäre ein kleines Ereignis fast unbemerkt geblieben, das jedoch besser als alle Analysen zusammen die Bedeutung und den Inhalt dieses Streiks auf den Punkt bringt: Ein ungenannter Gewerkschaftler tritt bei einem höchst würdevollen Managertreffen an einen der widerwärtigsten Vertreter der PSOE-Technokratenkaste namens Miguel Boyer heran, beschimpft ihn als Verräter und haut ihm daraufhin kurz und kräftig eine runter - päng!

Volkes Methoden sind eben nicht immer die feinsten, aber wenigstens hat die Prügelstrafe diesmal den Richtigen getroffen. Der rächende Schlag zielte auf die offizielle, repräsentative Backe des Herrn Boyer: die feiste Backe der Wirtschaft, der er als Minister diente, die der obersten Bank, deren Präsident er war, die der neuen Finanzhaie, denen er jetzt als Berater bei ihren schmutzigen Geschäften hilft; und gleichzeitig traf der Schlag auch die gelackte Fratze des Jet-Set, der Yuppies und der "Beautiful People" - kurz: er richtete sich gegen all das, was die PSOE seit Jahren als die Erfolge ihrer neoliberalen Wirtschaftspolitik hochhält und zum neuen Spansih Way of Life erklärt hat.

Der Generalstreik zielte genau auf dasselbe. Und der Schlag saß! Das mußte sogar González zugeben, dessen "Felipismus" vor allem dafür steht, mit beispielloser Arroganz und Überheblichkeit über jegliche Kritik an Inhalt und Stil seiner Politik hinwegzugehen. Nachdem Felipe sich anfänglich vom Ausmaß des Streiks beeindruckt gezeigt hatte, hat er inzwischen wieder zu seiner alten Form zurückgefunden: die geforderte "soziale Wende" wird nicht stattfinden, der bisher bestehende Sozialpakt mit den Gewerkschaften wird gekündigt, sollten sich diese nicht bis Ende Januar den Regierungsvorstellungen beugen, und bei den danach zu erwartenden sozialen Auseinandersetzungen wird der Staat Härte zeigen. Es sieht so aus, als ob Spanien ein heißes 1989 bevorsteht.

Anm. der SF-Red.: Dieses Schlaglicht erreichte uns aus Sevilla. Am 27.1.89 ging die Meldung durch die Tagespresse, daß die sozialistische Gewerkschaft UGT das Bündnis mit der sozialdemokratischen Regierungspartei PSOE aufkündigt.





dings blieb konstant. Das illustre Quartett Maxwell, Murdoch, Kirch und Berlusconi befindet sich in der globalen Konzentration der Kommunikationsindustrie an vorderster Front. Zur Zeit sind sie dabei, ihre Einflußsphären zu verteilen und Joint-ventures zu gründen, die ihnen die Kontrolle über die meisten dieser Rundfunk-, Kabel- und Satelliten-Netzwerke sichern dürften. Ihre Bemühungen haben das Placet der Gemeinschaft erhalten.

In dem Maße, wie die Rolle des Staates abnimmt, spielt sich die „Viererbande" der Medienwelt vermehrt auf als führende Kraft hinter Europas neuer Bewußtseinsindustrie: Der ungestüme Robert Maxwell

taz SAMSTAG, 28/1.

Die Enteignung der Öffentlichkeit

von Herby Sachs

Die Europäisierung der audiovisuellen Medien auf breiter Front bedeutet keine Erneuerung, sondern eine weitere Nivellierung unseres (Selbst-)Bewußtseins. In einem unvergleichlichen Eroberungsfeldzug wird strategisch genau eine Wirklichkeitsstruktur geplant, die mit modernen Bilderwelten und Programmplanungen eine Legitimation für Simulationen jeder Art findet. Die Bewußtseinsindustrie bewegt sich inzwischen sicher auf dem Terrain unserer Hirne. Ihr vorläufiges Etappenziel ist: Die Kolonisation unserer Phantasie, mit der es keine Opposition mehr gibt, mit der unsere Wahrnehmungsvorgänge kalkulierbar werden, und mit der uns Tag für Tag Entscheidungen durch willkürliche Auslese der Themen und ihrer Präsentation abgenommen werden.

Durch die rosarote Brille der audiovisuellen Medien sollen wir uns in Europa eine Uniformierung des Denkens aneignen, egal ob es die einzelnen Menschen wollen oder soziale Zusammenhänge berührt. Die neuen (Fernseh-)Programme werden ein Bewußtsein zusammensetzen, das die Norm des Lebens um ein Vielfaches mehr bestimmt. Wenn sie gebrochen wird, ist ein neues Naturgesetz, ein Tabu der modernen Kommunikation, verletzt worden.

Der verkaufsstrategische Plan einer vernetzten europäischen Medienindustrie und -politik hat zum Ziel, mit den U.S.-amerikanischen Programm- und Bewußtseinsprodukten in Konkurrenz zu treten. Nach einer kurzen Lernphase anhand der Medienstrategien der U.S.-Amerikaner, wollen die Europäer auf dem Weltmarkt der neuen Medien eine beherrschende Rolle übernehmen.

"Auf dem Weltmarkt für Telekommunikation beträgt der Anteil der USA 35%, Japan liegt bei 11%, kein EG-Staat kommt derzeit über 6% hinaus. Seit 1984 arbeitet die EG an einer gemeinschaftlichen Telekommunikationspolitik. Untersuchungen der EG-Kommission haben ergeben, daß bis 1996 'geschäftliche Nutzer' einen Bedarf an Breitbandkommunikationsdiensten wie Videokonferenz, Bildfernsprecher, sehr schnelle Datenübertragung, sehr schnelle Faksimileübertragung, Tonübertragung mit hoher Qualität und Videoübertragung mit hoher Qualität (HDTV) haben werden. Nach einer nur sechsmonatigen Diskussion hat die EG-Kommission Leitlinien gesachaffen, die sie in ihrem 1987 vorgelegten "Grünbuch Telekommunikation" skizziert und am 30. Juni 1988 beschlossen hat: Vollständige Öffnung des Endgerätemarktes bis Ende 1990, schrittweise Liberalisierung des Marktes für Fernmeldedienste spätestens ab 1989, öffentliche Aufträge ausschließlich nach kommerziellen Kriterien, Trennung der hoheitlichen und betrieblichen Tätigkeiten der Fernmeldeverwaltung." (Kölner Stadtrevue, "Dynamik des Chaos", Nov. 1988)

Die "übrige Welt" soll weder technologisch noch inhaltlich eine Chance haben. In Zukunft setzt sich ihre Identität, noch industrieller betrieben, aus synthetischen Bildern zusammen, die auf dem Medienmarkt billig angeboten werden: Dallas und Schwarzwaldklinik, leichte US-amerikanische Shows und europäische Quizsendungen, Werbespots und Sportübertragungen überschwemmen schon jetzt den internationalen Markt.

Zu der einschlägig bekannten amerikanischen Medienstrategie wird sich eine europäische Medienindustrie gesellen, die, wie es heißt, um eine Nuance besser, neue Maßstäbe im Bereich des Kultur- und Bildungsprogramms und eine dem Standard angepaßte Technologie setzt. Die Menschen der dritten Welt werden einem noch massiveren Bombardement ihrer Hirne und Herzen ausgesetzt sein. Die Abrichtung muß perfekt funktionieren, um gefügige Konsumenten europäisch-amerikanischer Werte und Produkte heranzuzüchten. Bis in den kleinsten Winkel dieser Erde soll die Konsumideologie eindringen. Das Sendungsbewußtsein der Weißen ist unermeßlich. Mit der Freiheit des Geldes in der Tasche und im Namen des Fortschritts einer Bewußtseinsindustrie werden Kulturen weiter zerstört, um die Interessen der großen Medien- und Industrienationen zu befriedigen. Die zu erwartenden Profite teilen sich die US-Amerikaner, die Japaner und in Europa die vier Großen (BRD, Großbritannien, Frankreich und Italien) der Europäischen Gemeinschaft. Entsprechend ihrem finanziellen Einsatz und medienpolitischen Engagement werden die anderen europäischen Länder in unregelmäßigen Abständen einen ihrer Beiträge senden können - der Rest kommt aus dem Töpfchen der Großen und wandert ins Kröpfchen derselben. Wenn die Sahne dann abgeschöpft ist, bleibt für die Länder an Europas 'Peripherie' wie Griechenland, Portugal, Spanien usw. noch der Trostpreis übrig: Dabeisein ist alles!

Der europäische Medienbeauftragte redet in diesem Zusammenhang fast ausschließlich von einer *gemeinsamen* Anstrengung zur Vernetzung der Medien. Genannt wird eine Medienindustrie und in deren Schlepptau eine Politik anvisiert, die verstärkt darauf hinausläuft, regionale und kulturelle Unterschiede der Menschen in den verschiedenen europäischen Ländern zu nivellieren. Stellvertretend für die 4 großen Mediennationen rührt er, ohne einen Blick auf die Inhalte zu verschwenden, in einem großen Topf; heraus kommt ein aufbereiteter Einheitsbrei von Filmen, Nach-

richten, Unterhaltungs- und Quizsendungen, die den ominösen Bedürfnissen "der Europäer" angepaßt werden sollen. Doch gemeint sind ausschließlich die kommerziellen Verwertungsinteressen der Medienindustrie.

Den Inhalt bestimmen die Bilanzen. Die Informationspflicht wird erfüllt durch eine gigantische Anhäufung von Bildern. Die Kommentare und das Wort lassen sich wegrationalisieren und die Programme sind zusammengestellt nach häppchenartiger Dosierung: Sex, Gewalt, ein bißchen Klamauk und nicht zu vergessen die allzeit präsente Werbeindustrie.

Die Gleichschaltung der Bilder

Im Zuge der sich vollziehenden kapitalistischen Umstrukturierung in West und Ost und einer umfassenden Sozialtechnologie entsteht eine Gleichschaltung des Geschmacks, dem die kritischen Sendungen, die Betroffenenberichterstattung und eine Vielfalt an Informationsmöglichkeiten zum Opfer fällt.

Die Länder der'Dritten Welt', in denen schon der chemische Müll und der Abfall der Industrienationen abgeladen wird, sollen demnächst neben dem Abfall US-amerikanischer Medienprodukte auch noch den europäischen Müll schlucken. Was jetzt schon weltweit mehr zählt als die eigenen Probleme, ist das Wissen über Dallas und die simulierten Scheinprobleme dieser gestylten Retortenfamilie, die Haarfarbe der diversen Entertainer oder die auswendiggelernten Ergebnisse des Davis-Cup, der Europa- und Weltmeisterschaften. Die Kenntnis über unsere Fernsehhelden und ihre Welt ist oft größer und genauer als das Wissen um den Zustand des Freundes, der Freundin oder ...

Im Zeitalter der Medien gibt es kein größeres Glück für die Menschen, als das zu sein, was sie nicht sind: Die Mode ist wichtiger als der Körper - die Prunkheirat als die Liebe - und die Freiheit des Geldes wichtiger als die Befreiung von Herrschaft. Das Showspiel ist der totsichere Maßstab der westlichen Kultur. Die Medien versuchen alles auszulöschen, was nicht mit dieser Serienkultur in glitzernder Verbindung steht. Anstelle von Phantasie und Bewußtsein, Hoffnungen und eigenständigem Handeln, tritt das Abbild, der Kopierzwang. Das Wesen dieser Medienherrschaft des unerschöpflichen Scheins ist Ohnmacht, damit wir verlernen mit unserem Kopf zu denken und mit unserem Herzen zu fühlen. Die neuen Medien und ihre technologischen Potentiale schränken unsere letzten selbstbestimmten Plätze der Kommunikation ein. Übrig bleibt die Isolation (am Bildschirm).

"Daß ich etwas fühle oder denke, ist noch nicht der Rohstoff für mein Selbstbewußtsein, meine Identität. Daß ich bemerke, daß auch andere dies fühlen, denken, oder daß sie meinem Gefühl oder Denken widersprechen, sich also zu mir verhalten, daß es ein Ausdrucksvermögen gibt, daß das, was alle angeht, und das, was mich persönlich berührt, füreinander verständlich macht: Dies ist das Produkt von Öffentlichkeit. Es gibt keine Identität in der Isolierung. Die Gestalt des Selbstbewußtseins der Bevölkerung und des Einzelnen hängt von dem Ausdrucksvermögen unserer Öffentlichkeit ab." (Neue Medien contra Filmkultur: "Warum Kooperation zwischen Film und Fernsehen? Zur Mainzer Erklärung" von Alexander Kluge, S.239, Spiess-Verlag GmbH Berlin, 1987.

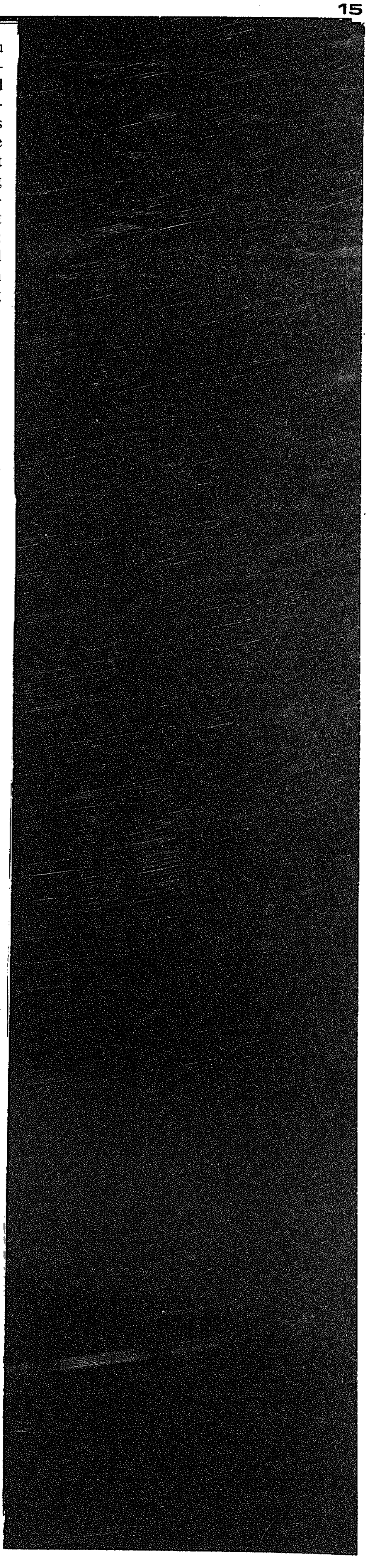
Die Industrialisierung des Bewußtseins

Wer die Medien besitzt und besetzt, bestimmt den Inhalt und die Form einer Kommunikations- und Informationspolitik. Orientierung und Leitlinien richtigen Handelns scheinen nur noch über Systeme von Verhaltensregeln - Maßnahmen zur Anleitung von Verboten - möglich. Der industrielle Eingriff mit Bildern und Worten in unser alltägliches Leben zerstückelt die Wahrnehmung in Bruchstücke - Sequenzen - und verkürzt unsere Handlungsmöglichkeiten. Eine industrielle Produktion, das verfeinerte System des vielgepriesenen Fortschritts der Massenmedien, ernährt sich psychologisch von unseren jeweiligen augenblicklichen Zuständen und der sozialen Situation, besonders dem ständigen Hin- und Her von Selbst- und Fremdbestimmung als Gradmesser für Geschmack und Zeitgeist. Wir leben alle in einer Welt, die der ursprünglichen (was immer das heißen mag) auf scheinbare Weise ähnlich ist. Die (entfremdeten) Dinge sind uns vertraut geworden - sie sind für uns authentisch. Es fehlen Unterscheidungsmöglichkeiten und eine kritische Distanz im Umgang mit den Medien. So verschwimmen die Unterschiede zwischen Realität und Simulation, wobei Simulation bedeutet, ein Ersatzsystem herzustellen, das unter anderem eine empirische Kontrolle über menschliche Vorgänge ausübt. Demnach ist Simulation aufgezwungene (Fremd-)Herrschaft.

Westliche Alptraumwelt Das Geheimnis der Disziplinierungsmaschine

Der Mensch ist heute ganz und gar der Technik verfallen. Mit den neuen Medien folgen seine Gefühle, seine Moral, seine Sinne einer Richtung, der die Verfeinerung seines Wahrnehmungsapparates diametral gegenübersteht. Die Sinne gehorchen den Gesetzen der Unterhaltungsmedien. Die Informationsmaschinen haben mit ihrer Technologie die Herrschaft angetreten. Mit dem Glasfaserkabel fließen Informationsströme, ob Unterhaltungs-, Kontroll- oder Kriegsstrategien über die gleichen Kanäle.

Eine große gesellschaftliche Täuschung



Bonn (dpa) — „Eine Weltpremiere" stellte Frankreichs Botschafter Serge Boidevaix auf Schloß Ernich bei Bonn vor: digitale und gestochen scharfe Fernsehbilder aus dem Weltraum vom französisch-deutschen Satelliten TDF.

das digitale, hochauflösende Bild war im wahrsten Sinne des Wortes bestechend und in dieser Brillanz noch nie zu sehen gewesen.

Herr Müller und Monsieur Dupont können es allerdings noch nicht empfangen. Frühestens im Sommer sind die kleinen Dach-„Schüsseln" von 40 Zentimetern Durchmesser und der notwendige Umsetzer im Handel zu haben, zunächst für wahrscheinlich 1.500 bis 2.000 Mark und in der Hoffnung, daß die Serie den Preis später drückt. Genausoviel

Dafür aber gibt es auch kein Sprachschwierigkeiten. Die ebenfalls digitalen Tonkanäle erlauben parallele Synchronisierungen neben dem Bild. Das war nicht unwichtig bei einem bisher ebenfalls beispiellosen Empfangsgebiet von rund 400 Millionen Menschen, von Nordafrika bis Mittelnorwegen.

kanalisiert soziale Verantwortung, politische Radikalität und individuelle Bedürfnisse auf ein Bedürfnis: Das Streben nach Harmonie, die Legitimation für allen Fortschritt. Im Besonderen werden darüber sowohl sozaile Brüche eliminiert, als auch an deren Stelle Begriffe wie Ordnung und Disziplin gesetzt. Sicherheit und Sauberkeit und andere Werte begrenzen den Spielraum alltäglicher Freiheitserfahrung. Synthetische Ereignisketten ersetzen wirkliche Erfahrungen. Die Grenzziehung findet im Geheimen in undurchschaubarer Vernetzung von Informations-, Kommunikations- und Unterhaltungstechniken statt.

Diese Strategie der reibungslosen Abläufe verhindert jeden Anflug von Sand im Getriebe als Kritik oder Selbstkritik. Sie unterwirft uns einer Fremdbestimmung gesellschaftlicher Täuschung, die zum Ziel hat, ihre Produktionsweise mit der gleichen Reibungslosigkeit als natürliches Konsumverhalten in allen Lebensbereichen festzusetzen. Diese gigantische Kriegs- und Säuberungskampagne beschlagnahmt endgültig unsere Sinne, da sie naturgeschichtlich hergeleitet, ihre sicheren Werte sucht in Ausgrenzung von Unkontrollierbarem oder in der Aufrechterhaltung von Hierarchien und Ordnungen gegen Subversion. Dabei übernimmt der Bildschirm die gesellschaftliche (staatliche) Disziplinierung und kalkuliert die Menschen in einer totalen Medienmaschinerie!

Die Bildschirmrealität zentralisiert Programme, sie transportiert unentwegt neue oder alte Hierarchien (Konventionen), die nichts mit der Freiheit einer Wahrnehmung, nichts mit einer verfeinerten Umgangsweise der Sinne, ihren Differenzierungsmöglichkeiten der Durchschaubarkeit sozialer Zusammenhänge zu tun haben.

Medien und ihre Verwertungsstrategien sind also Amüsier- und Kontrollorgane, die, schmackhaft und attraktiv, neben einer Organisation der Kommunikation den Widerstand gegen einen nahtlosen Übergang ins Zeitalter der Simulation zu brechen und zu kanalisieren suchen. Sie setzen sich zusammen aus der Verbreitung der Techniken sozialer Simulation, die immer mehr unsere Lebensweise als kommunizierende Menschen steuert, um unsere Wahrnehmung auf ein System perfekter Selektion hin zu konditionieren-

Die audiovisuellen Medien und nicht nur das Fernsehen sind als Technik der Sozialtherapie (z.B. in Altersheimen) bewußt eingesetzte und inzwischen sich regulierende Kontrollinstrumente.

Europa - im Medienrausch ohne Grenzen

Da ist die Rede von einem Europa der Medien, das ganz neue Dimensionen eröffnet, endlich wird er wahr der Traum einer Vernetzung, eine neue Medienpolitik muß her, da "die technologische Revolution der Telekommunikationsmedien beachtliche Möglichkeiten für eine Nutzung auf EG-Ebene enthält."[1]

Doch ein emanzipativer und demokratischer Gebrauch der Medien, ehemaliger Traum eines H.M. Enzensberger ist Lug und Trug, Schall und Rauch, glänzender Schein. Hinter der Fassade technologischer Revolution verbirgt sich nichts anderes, als die Realisierbarkeit eines gigantischen audiovisuellen Eureka-Projekts im Zuge der Entstehung des großen Marktes, "dem Raum ohne Grenzen", 1992.

Hektisch wird daran gearbeitet bis 1992 die vielbeschworenen Bedürfnisse nach Vermehrung der Fernsehkanäle und die Nachfrage nach Programmen zu befriedigen. Eine Neuordnung der Medienlandschaft, u.a. die Bemühungen nach perfekter Abwicklung des Kabel- und Satellitenfernsehens soll, bisher aufgestellten Eckdaten zufolge, eine Steigerung der Fernsehkanäle um das 10-fache in den nächsten 5-10 Jahren mit sich bringen. Die europäische Medienindustrie läßt sich diese einmalige Chance nicht entgehen. Das kalkulierte Potential des erweiterten Marktes voll und ganz auszuschöpfen, ist sicher nur eine Perspektive, - die andere besteht darin, im Medienbereich weltweit konkurrenzfähig zu werden. Europa will auf dem Medienmarkt der Welt nicht mehr nur präsent sein, sondern in den nächsten Jahren bilder- und tonangebend werden, um den Amerikanern den 1.Rang abzulaufen. Im Zusammenhang mit dem Rennen um die technische Norm der kommenden Fernsehapparate HDTV (High Definition Television; ein Fernseher mit erweiterter Bildqualität, die sich mit einem 35mm Kinofilm ergleichen läßt) bringt Carlo Ripa di Meana, Europäischer Kulturbeauftragter, die strategische Perspektive auf einen Punkt:

> "Der Einsatz ist ungeheuer: ökonomisch natürlich, aber auch kulturell. Wer die Schlacht um die Hardware gewinnt, wird auch die um die Software gewinnen. Wer die Geräte liefert, wird auch der erste Programmlieferant sein."[2]

Im Moment arbeiten die Europäer bei der HDTV-Entwicklung mit den Japanern zusammen. Eine gemeinsame Lösung, die für die ganze Welt Gültigkeit haben soll, ist fast vollendet. Deutsche Firmen sind maßgeblich an der Entwicklung beteiligt.

Die europaweite Ausdehnung neuer Kommunikations- und Informationstechniken unterliegt weniger einem medienpolitischen, als vielmehr einem medienindustriellen Interesse. Die Politiker sollen das rechtliche Instrumentarium liefern im "Raum ohne Grenzen".

Falls diese Vorteile nicht genutzt werden sollten, würde, so Ripa di Meana, dem zukünftigen Führungsanspruch der EG "ein Gesichtsverlust und der schwindende Einfluß in der Welt" drohen. Und außerdem wäre der kommerzielle Vorteil in einem der auf lange Sicht lukrativsten Wirtschaftszweige, neben der chemischen Industrie, in Frage gestellt. Die zukünftigen Profite des

Medienkuchens teilen die einflußreichsten Länder in Europa unter sich auf:

> "Frankreich, die Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien und Italien haben bereits beachtliche Summen ausgegeben, sind dabei sie auszugeben, damit Satelliten für ein leistungsstarkes Fernsehen in Betrieb genommen werden können. Über ganz Europa verteilt, werden sich die Kanäle kreuzen und überlagern, um Programme auszustrahlen, von denen man zur Zeit noch sehr wenig weiß."[3]

Das formulierte Ziel des gesteigerten medienpolitischen Interesses besteht wirtschaftlich in der optimalen Verwertung auf dem europäischen und internationalen Markt, politisch und rechtlich im "Schutz und der Ankurbelung" eines gigantischen Medienapparates.

Auch die bestehenden Sprachbarrieren sollen gelöst werden: Technisch und organisatorisch über die Schaffung eines "europäischen Kontrollzentrums" das die Synchronisation übernehmen, aber gleichzeitig auch die Auswahl bestimmen wird. Der projektierte Weg orientiert sich am Erfolg der auf dem Markt vorhandenen amerikanischen Medienprodukte, deren Gemeinsamkeit es ist, über einschlägig bekannte Klischees die sprachlichen Probleme in der ganzen Welt "zu lösen", d.h. sie zuzukleistern.

Mit unverhohlenen Vorwürfen nimmt der europäische Medienbeauftragte nationale Sendeanstalten, Filmemacherinnen und Produzenten aufs Korn: Seiner Meinung nach hätten sich diese

> "bereits zusammensetzen können, um eine wirkliche europäische Industrie zu begründen, die sich am Vorbild der Strukturen und Methoden der amerikanischen Konkurrenten orientiert,... wenn ihre Denkgewohnheiten und ihr traditioneller "Modus operandi" sie nicht daran gehindert hätten."[4]

Mit dem Entwurf des Programms "MEDIA" (Mesures pour l'Encouragement et Developement de L'Industrie Audiovisuelle) hat die europäische Kommission, zu den oben kurz zusammengefaßten darüberhinaus noch detaillierte Grundsätze ausgearbeitet. Gesetzesvorlagen werden folgen. Alle Mitglieder der EG sind daran beteiligt, zusätzlich noch Österreich, die Schweiz und Schweden. Insgesamt umfaßt MEDIA zehn Projekte, die in allen Bereichen der audiovisuellen Medien, Produktion, Vertrieb, Finanzierung und Ausbildung Einlaß finden. Mehrere 1000 (!) Firmen und Berufsverbände arbeiten seit 1986 in einem Zweiphasenmodell zur Beratung und Erprobung bis 1989. Die Ergebnisse werden dann die zukünftige Medienpolitik, die im Europarat und Europaparlament demnächst beschlossen wird, entscheidend bestimmen.

(Anmerkungen 1-4 aus einem Gespräch mit Carlo Ripa di Meana, europäischer Kulturbeauftragter; erschienen in Lettre International Nr.2, Herbst 1988)

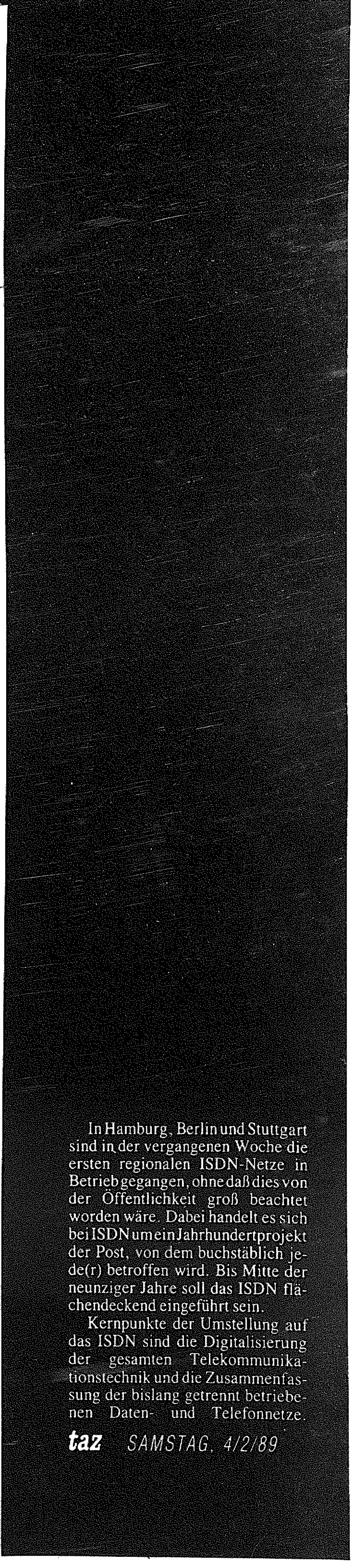
Die Meinungsfreiheit der neuen Medien

In der Nachrichten- und Informationsgesellschaft ist eine Information nicht mehr möglich. Sie ist Geschmacksdiktatur (privatisierter) Sensations- und Unterhaltungsindustrie. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist zumindest vom gesellschaftlichen Auftrag dazu angehalten, unterschiedliche Positionen und politische Standpunkte - auch die von Minderheiten - an die Öffentlichkeit zu bringen, auch wenn in der "freien" Medienwelt fast nur finanzstarke Kreise durch Werbung und andere private kommerzielle Interessen Vorteile in der Informationsverbreitung besitzen. Das Recht auf "freie Meinungsäußerung" beinhaltet in der "freien Welt" immer das Recht der Herrschenden nach zügelloser Verfolgung ihrer Interessen.

Während der rasanten Entwicklung im Bereich der elektronischen Medien wurde endgültig allen privaten, kommerziellen Anbietern Tür und Tor weit aufgerissen. Aus den USA (der Maßstab aller westlichen Medienkultur) kommt seit einiger Zeit die beunruhigende Nachricht vom weiteren Rückgang (30-35%) der Zuschauerzahlen der TV-Sendeanstalten. Steigend ist dagegen der Anteil bei Pay-TV und anderen individuell zusammenstellbaren Programmen, deren Ökonomie auf rein privatwirtschaftlicher Organisation beruht. Mit einer Flut von Unterhaltung und Werbung dringen diese in die vielversprechenden Märkte vor. Die "Programm- und Meinungsfreiheit" im Bereich der Telekommunikation ist im Zuge einer Privatisierung und Vernetzung natürlich demokratisches Alibi, um kapitalkräftigen Privatindustrien die bisher staatliche Verantwortung für Nachrichten, Informationen und Unterhaltung zu übertragen.

Die neuen Eroberungspläne Pay-TV, Medienmarkt und Machtkonzentration

Die Europäisierung des Fernsehens, die Vervielfachung der privaten Sender, Pay-TV und europäischer Satellit sollten nicht darüber hinwegtäuschen, daß es um viel mehr geht, als um die größere Sättigung der Medienlandschaft durch mehr Programme. Die Einführung neuer Informations- und Kommunikationstechniken besteht vielmehr im stückweisen Ausbau der bestehenden Übertragungs- und Kommunikationstechnologie zu einem gigantischen Verbundnetz aus Glasfaserkabel und Satelitten. Über ein integriertes Netz ist es möglich, alle vorstellbaren Informationen, Daten und Bilder zu übertragen. Mit einigen Milliardenbeträgen wird diese Variante der neuen Medien allein in der BRD finanziert. Und eine derartige Finanzierungsstrategie muß das Viel-


In Hamburg, Berlin und Stuttgart sind in der vergangenen Woche die ersten regionalen ISDN-Netze in Betrieb gegangen, ohne daß dies von der Öffentlichkeit groß beachtet worden wäre. Dabei handelt es sich bei ISDN um ein Jahrhundertprojekt der Post, von dem buchstäblich jede(r) betroffen wird. Bis Mitte der neunziger Jahre soll das ISDN flächendeckend eingeführt sein.

Kernpunkte der Umstellung auf das ISDN sind die Digitalisierung der gesamten Telekommunikationstechnik und die Zusammenfassung der bislang getrennt betriebenen Daten- und Telefonnetze.

taz SAMSTAG, 4/2/89

Mit Canal Plus zieht die nach in Frankreich herrschender Meinung gelungenste Variante französischen Privatfernsehens über den Rhein.

Für Canal Plus muß der TV-Konsument allerdings einen sendereigenen Spezialadapter für etwa 280 Mark erstehen und ein monatliches Abonnement zahlen. Diese Sonderpreise haben den Erfolg des Senders in Frankreich allerdings kaum beeinträchtigt. Heute haben ihn zweieinhalb Millionen Franzosen abonniert, und Canal Plus macht einen erstaunlichen Jahresumsatz von etwa 1,4 Milliarden Mark. Damit ist Canal Plus inzwischen das rentabelste Medienunternehmen Europas.

taz MONTAG, 6/2/89

fache des Einsatzes abwerfen.

Nicht umsonst erweitert die Post das Telefonnetz durch Digitalisierung, d.h. über computergerechte Codes werden die Möglichkeiten des Fernsprechverkehrs ausgeweitet. Der Weg zu allen Formen der Computerkommunikation ist dadurch geebnet. Außerdem testet die Bundespost im Moment die Anwendung des neuen Übertragungsweges: Glasfaserkabel. Mit der Serienproduktion werden diese technologischen Veränderungen auf breiter Basis ihre Wirkung haben.

Dabei geht es um die Elektronisierung der Haushalte - vom Homecomputer in einen zentralen Rechner und umgekehrt. Schon heute existieren leistungsfähige Netze, (z.B. ISDN von der Bundespost, das BKA-Netz oder die Informations- und Kommunikationsverbindungen der Banken und Industrien).

> "Während es bisher zwei getrennte Netze im Postbereich gab, einmal das Telefonnetz mit heute 26 Millionen Anschlüssen mit den Diensten: Fernsprechen, Telefax, langsame Datenübertragung mit Modems, BTX, und zum anderen das integrierte Text- und Datennetz IDN mit heute 300.000 Anschlüssen mit den Diensten: Telex, Teletex, Datex P, festgeschalteten Datenverbindungen (Standleitungen) sollen nun mit dem ISDN-Netz (Integrated Services Digital Network) alle diese Dienste zusammengefaßt werden. Man bezeichnet dieses neue Netz auch als schmalbandig, da es nur eine begrenzte Übertragungskapazität hat. Das breitbandige Netz des Kabelfernsehens bleibt weiterhin getrennt und soll erst zur Jahrtausendwende in ein Breitband-Glasfasernetz mit ISDN zusammengefaßt werden.
> Die derzeitige Planung der Post sieht den bundesweiten Start des ISDN-Serienbetriebs für Ende 1988 vor. Weitgehend flächendeckend soll der ISDN-Betrieb 1993 in der BRD möglich sein und dann etwa 1-3 Millionen Anschlüsse umfassen, ein lukrativer Markt für den privaten Anbieter der ISDN-Anschlüsse, die kein Postmonopol mehr sein sollen." (Kölner Stadt-Revue, "Kölsch Hai Täsch", Traumtheater Mediapark, Nov. 1987)

Ähnlich perfekt soll in absehbarer Zukunft der Fernseher als Terminal in der Wohnung funktionieren. Seit geraumer Zeit ist die Heimarbeit am Computer in die Lebenswelt eingedrungen. Alle Arten von Dienstleistungen bis hin zu Überwachung und Kontrolle sind mit diesem integrierten Netz möglich.

Unter dieser Perspektive treffen sich in einem "freizügigen Europa" ökonomische und politische Interessen. Mit aller Macht setzen die europäischen Regierungen auf die neuen Kommunikationstechniken, besonders die dem Neokonservatismus nahestehenden; die, die für mehr Markt -, weniger Staat - eintreten und dies z.B. durch die Privatisierung des Rundfunks, Fernsehens und der Post versuchen. Die Ausdehnung privater Kanäle, "gesponsert" von der Werbewirtschaft, liegt also nicht nur in großem Interesse der Markenartikelfirmen, die mit ihren Werbespots z.B. aus der täglichen 20-Minuten-Beschränkung des öffentlich-rechtlichen Fernsehens in der BRD herauswollen, um ihrer Form der TV-Gestaltung ungehindert freien Lauf zu lassen. Und die Privatsender haben natürlich großes Interesse an den jährlichen ca. 2 Milliarden DM an Fernsehwerbeeinnahmen.

In der BRD ist an den zu erwartenden Profiten die Elektronikindustrie genauso beteiligt wie die Bundespost und die Mediengiganten Bertelsmann, Springer, Leo Kirch u.a. oder die Banken.

Zentrale Bedeutung bekommt die Elektronisierung der privaten Haushalte unter anderem über die Möglichkeit des Computers, mit allen zu kommunizieren (falls keine Vermittlungsbeschränkungen existieren). Ideale Voraussetzungen auch für das Pay-TV (Abonnenten-Fernsehen). Ein Privatfernsehen, das sich nicht durch Werbung, sondern durch monatliche Gebühren finanziert). In verschiedenen Ländern, besonders der USA, wird an diesem (Ausgrenzungs-)Fernsehen seit Jahren blendend verdient. Ausgrenzung deshalb, weil eine der wichtigen Errungenschaften, die Versorgung der Menschen mit Fernseh- und Radioinformation infrage gestellt ist. Mit dem Pay-TV geht eine weitere soziale Selektion einher, da Fernsehen teurer wird. In Zukunft können europaweit EXCLUSIVE Programme für zahlungskräftige Kunden zusammengestellt werden! Für finanzschwache Kunden wird Billigware zu Sonderpreisen ausgestoßen.

Literatur

Kanalarbeit, Medienstrategien im Kulturwandel, Hrsg. Hans Ulrich Reck, Verlag Roter Stern, Frankfurt 1988

Neue Medien contra Filmkultur?, Wissenschaftsverlag Volker Spiess GmbH, Berlin 1987

Werner Heine, Die Hacker, Rowohlt Verlag, Reinbek b. Hamburg 1985

Film Faust, Internationale Filmzeitschrift, Oktober/November 1988

Autonomie Nr.13 - Der technologische Angriff

Lettre International, Nr.2, Herbst 1988

Detlev Hartmann, Die Alternative - Leben als Sabotage, iva-Verlag, Tübingen 1981



Zwischen Repression und Selbstzerstörung?

Schwerpunktthema: Zeitschriften

Zeitschriften aus dem anarchistischen und darüberhinausgehend - autonomen und antiimperialistischen - Spektrum stehen seit geraumer Zeit vor der Situation zwischen Legalität und Illegalität, zwischen offensivem politischem Anspruch oder offensivem Bekanntmachen der "herzschläge" entscheiden zu müssen. Wir glauben zwar, daß diese Entscheidungen in erster Linie politisch motiviert sind, daß u.a. gerade auch hier die Unterschiede von anarchistischen zu antiimperialistischen Konzeptionen sehr deutlich werden, doch wollen wir diesmal nicht zwischen den diversen politischen Linien der sogenannten "Widerstandspresse" trennen, sondern die Schwierigkeiten des Zeitungsmachens zwischen §129a etc., Selbstzensur, zwischen "Strukturen aufbauen", Repression und "Selbstdemontage" anhand der derzeitigen Geschehnisse allgemein behandeln. Dabei wird leider deutlich, daß es nicht nur die herrschenden Bedingungen allein sind, die zu den Schwierigkeiten führen, sondern im Fall der ***Aktion*** und des ***Knipselkrant*** sind es sehr spezifische eigene Verantwortlichkeiten, die zum Desaster geführt haben.

Hinzu kommt: Die ***Unzertrennlich*** hört auf, der ***freiraum*** vermutlich ebenso; beide wegen mangelnder Strukturen in der Szene; also wegen mangelnder Zuarbeit, Diskussion und Wichtigkeit des jeweiligen Projekts; beide betonen, daß nicht der finanzielle oder repressive Aspekt für die Entscheidung ausschlaggebend gewesen sei. Das nachfolgende Interview mit Beteiligten der neugegründeten ***Interim*** verdeutlicht den reduzierten Anspruch dieses Projekts und somit ebenfalls die Schwierigkeiten des Zeitungsmachens in der linksradikalen Szene; erst recht, wenn es um halblegales Zeitungsmachen geht, das für die Berichterstattung über militanten Widerstand offen bleiben will. Die Verurteilung Fritz Storims, des presserechtlich Verantwortlichen der Hamburger ***Sabot*** zu einem Jahr ohne Bewährung wiederum beweist, daß solche Berichterstattung legal nicht mehr [oder *noch nicht*, denn den Kampf um dieses Stück "Liberalität", (besser formuliert:) um unser Recht, dürfen wir nicht aufgeben!] zu leisten ist, wollen wir nicht unnötig Menschen verheizen.

In dieser prekären Situation, in der es trotz Libertärer Tage noch immer kaum verbindliche Strukturen der Linksradikalen gibt, platzt die Redaktion der ***Aktion*** nach einer Vergewaltigung auseinander und fordert ein übervorteilter Teil der RedakteurInnen nun zum Boykott des Wiederverkaufs, des Anzeigenaustauschs etc. auf. In dieser Situation zerstören Anhänger des ***Knipselkrant*** die Ladenräume des linksradikalen Buchladens Slagerzicht und die Einrichtung des internationalen Infozentrums ***frontline*** in Fascho-Manier, so daß sich *frontline* gezwungen sieht, international zum Boykott von *Knipselkrant* aufzurufen. Ein wüster Grabenkampf, von dem der SF besser die Finger lassen sollte? Was diese Geschichte (harmloses Wort) für uns berichtenswert macht, ist der fatale Mechanismus um den Begriff "Verrat", der auch in der autonomen/antiimperialistischen Diskussion um die Startbahn-Schüsse eine wichtige Rolle spielt und fehlende kollektive und antiautoritäre Strukturen genauso verdeutlicht wie die fehlende libertäre Lebenseinstellung der Beteiligten. Bei aller Vorsicht sind wir der Auffassung, daß falsche Solidarität mit solchen Selbstzerfleischungsmechanismen einer Weiterentwicklung linksradikaler Ansätze nur schadet, und daß andererseits die jetzige Situation dermaßen desolat erscheint, daß eine Weiterentwicklung dringender als je geboten ist; - allerdings können wir sie uns nicht vorstellen, solange der Gradmesser linksradikaler Politik allein der "radikale Widerstand" ist und jegliche Entwicklung einer libertären Kultur als eigentliche Basis hinten runterfällt, verachtet wird.

Wir dokumentieren in dieser Ausgabe die Stellungnahmen der ausgestiegenen Aktions-RedakteurInnen und die Einschätzung einer "Revolutionären Initiative Amsterdam" aus dem frontline-info. Zudem versuchen wir eine Kritik an der Sondernummer der AKTION zum Thema Vergewaltigung All dies sollte unserer Meinung nach - trotz der Verschiedenheit - im Zusammenhang gelesen werden.

Während wir die/den Macher des Knipselkrant nicht zu einer Gegenstellungnahme eingeladen haben, hatten wir die verbliebenen Aktions-Redakteure ausdrücklich gebeten, zu den Vorwürfen Stellung zu nehmen; jedoch keine Antwort erhalten. Wir erwarten also für den nächsten SF eine solche.

W.H./SF-Redaktion



Frontline/Knipselkrant

Aus den angebotenen Berichten des Buchladens Slagerzicht, des autonomen Plenums Amsterdam, der frontline-Redaktion haben wir uns für ausführliche Auszüge aus dem informativsten Beitrag der **Revolutionären Initiative Amsterdam** entschieden, weil er am meisten die Vorgeschichte des Knipselkrant/Untersuchungsgruppe-Überfalls berücksichtigt; dies deshalb, weil wir glauben, daß die holländischen Verhältnisse hier nur wenigen so bekannt sind, daß sie auf Vorinformationen verzichten können. (SF-Red.)

"Was ist passiert?

Am Donnerstag, den 6.10.88 hat Paul Moussault (Herausgeber des Knipselkrant) mit einigen seiner "Genossen" aus Amsterdam den linken Buchladen Slagerzicht und das Internationale Info-Zentrum frontline angegriffen. Innerhalb einer Minute wurden der Buchladen und das Info-Zentrum, die sich in einem Gebäude befinden, in einen Haufen Schutt verwandelt. Mit Eisenstangen wurde alles umgeschmissen und kaputtgeschlagen, z.B. ein fast neuer Kopierapparat, eine Schreibmaschine etc. Der totale Schaden beträgt mehr als 10 000 Gulden. Darüberhinaus wurde vor dem Laden ein Genosse von uns von Paul Moussault so angegriffen, daß er sich im Krankenhaus behandeln lassen mußte.

Der Angriff kam nicht aus heiterem Himmel, er ist aus einem jahrelang sich hinschleppenden Konflikt in der Amsterdamer Besetzerszene entstanden.

Die Untersuchungsgruppe

Die Amsterdamer "Genossen" von Paul Moussault, die sich an den Zerstörungen von slagerzicht/frontline beteiligt haben, gehören zu der sogenannten "Untersuchungsgruppe". Sie bezeichnen sich selbst als "politischen Flügel der Besetzerbewegung". Es ist eine Gruppe von ca.15 Leuten mit einem harten Kern von 8 Leuten, die aus der Besetzerszene kommen. Nachdem die Besetzerbewegung nach '83/'84 an Einfluß verlor, haben sie sich zum Ziel gesetzt *"die alte Bewegung abzubrechen und auf deren Trümmern eine neue, gesäuberte Bewegung aufzubauen"*. Mit dem Abbrechen waren sie in den letzten Jahren schwer beschäftigt.

Das alles resultiert aus der mangelhaften Analyse, daß die Besetzerbewegung durch "interne" Ursachen, wie Normverlust, Verrat und Geklüngel kaputt gegangen sein soll. Mit dieser "Sichtweise" stürzten sie sich 1986 auf das Thema "Verrat". Leute aus der Besetzerszene, die aussagten oder andere Leute verrieten, wurden hart angefaßt: ihre Gesichter erschienen auf Plakaten, Adressen wurden publiziert, Leute wurden bedroht und eingeschüchtert.

Ein Beispiel: Anfang '86 wurde in Nijmegen ein besetztes Haus ("de mariënburcht") geräumt. Das Gebäude wurde militant verteidigt. Zwei Monate später wurden 8 Leute festgenommen. Dabei wurde zum erstenmal der neue [binnenmarktgerechte; SF-Red.] § 140 - vergleichbar mit dem § 129a in der BRD - benutzt: die Gefangenen wurden monatelang in U-Haft gehalten und unter psychologischem Druck verhört. Die Besetzerbewegung in Nijmegen war darauf überhaupt nicht vorbereitet; die Folge war, daß sie fast alle aussagten. Dabei spielten viele Faktoren eine Rolle: die Paranoia draußen, die Tatsache, daß die Gefangenen anfangs schlechte Anwälte besaßen, die sie zu Aussagen drängten. Der wichtigste Faktor war natürlich, daß die Besetzerbewegung schon immer ein diffuse Bewegung war, in der Leute aus verschiedenen Gründen aktiv sein konnten, unverbindlich und ohne deutlichen politischen Inhalt.

Die U-Gruppe hat sich auf diese Sache gestürzt. Sie haben den Verrat nur unter dem Gesichtspunkt, daß mit den Verrätern "abgerechnet" werden muß, bekannt gemacht. Dabei nehmen sie ständig Bezug auf die Art und Weise, wie in Nordirland, Südafrika oder Nicaragua mit Verrätern umgegangen wird (Knieschuß, Genickschuß usw.).

Die "Diskussionen", die daraufhin entstanden waren sehr destruktiv. Es ging nur noch um die Methoden und absolut nicht mehr um die Frage nach den Ursachen von Verrat: Das Fehlen kollektiver Strukturen, politischen Inhalten und Perspektiven.

Die Verratsdiskussion wurde von der U-Gruppe nie konstruktiv gewendet: sie benutzten sie nur als Mittel zur Einschüchterung, um die sogenannte "Säuberung der

Bewegung" durchzuführen und ihre eigene Machtposition, die sie Anfang der 80er Jahre besessen hatten, zurückzuerobern....

.Anläßlich der Verratsdiskussion hat sich ein großer Teil der Besetzerbewegung deutlich gegen die U-Gruppe abgegrenzt. Der Zugang zu bestimmten Zusammenhängen wurde ihnen verweigert. Bei einigen Gruppen und in einigen Stadtteilen genoß die Gruppe noch etwas Vertrauen aufgrund ihrer gerechtfertigten Kritik an der Unverbindlichkeit der Bewegung. Dort wurde noch mit ihr zusammengearbeitet.

Der Anlaß für die letzten Ereignisse

Das Café "erste hilfe" in Amsterdam-Ost sollte renoviert und als politisches Café neu eröffnet werden. Die Café-Gruppe bestand aus 11 Leuten, darunter 2 aus der Untersuchungsgruppe. Kurz vor der Eröffnung entstand ein Konflikt über einen wöchentlichen Frauenabend im Café. Die 2 aus der U-Gruppe waren vehement dagegen, weil das getrennt Organisieren von Frauen sektiererisch sei und erzwangen eine Spaltung der Gruppe. Konkret lief dies darauf hinaus, daß die U-Gruppe das Café übernahm, indem sie das Schloß austauschten und das renovierte Café mit einem eigenen Programm eröffneten. Sechs der restlichen 9 Leute fanden sich damit nicht ab.

Sie publizierten ein Flugblatt über die Ereignisse, worauf eine Frau der sechs von der U-Gruppe bedroht wurde. Am 6.Oktober "wiederbesetzten" die sechs mithilfe von Sympathisanten das Café, der Versuch der U-Gruppe ins Café reinzukommen, wurde verhindert. Als eine Art "Vergeltungsschlag" schlugen sie kurz danach bei slagerzicht/ frontline alles kurz und klein.

Hierdurch bekam der Konflikt einen völlig anderen Charakter. Vom Stadtteilkonflikt zum städtischen, landesweiten, ja internationalen Konflikt. Die Untersuchungsgruppe teilte später mit, daß sie gegen frontline/slagerzicht vorgegangen sei, weil Leute von frontline an der Wiederbesetzung des erste hilfe-cafés beteiligt waren. [Außerdem führe frontline im Ausland eine Hetzkampagne gegen die Untersuchungsgruppe und stelle den Widerstand in Holland in "viel zu rosigem Licht dar".; SF-Zusammenfassung]

Nach den Verwüstungen bei frontline/ slagerzicht versuchte die Untersuchungsgruppe einen weiteren Überfall mit Eisenstangen auf die "erste hilfe". Dieser Angriff wurde abgeschlagen. Ein Verteidiger wurde dabei entführt, durchsucht und "verhört". Er wurde gezwungen, Namen von Leuten zu nennen, die an der Wiederbesetzung beteiligt waren und sie drohten ihm, seine Knie kaputt zu schlagen. Als den das nicht beeindruckte, holte einer einen Apparat für Elektroschocks und sagte: "Jetzt erzählst du alles, was du weißt, sonst kriegst du 'nen tödlichen Schock". Nachdem er etwas gesagt hat, mußte er zu all seinen Schlüsseln die entsprechenden Wohnungen nennen, bekam seine Sachen nicht zurück und wurde unter allerlei Bedrohungen auf die Straße gesetzt.

Wegen all dieser Ereignisse wurde am selben Abend auf einem städtischen Plenum beschlossen zurückzuschlagen. Die Wohnung, die für die Entführung benutzt worden war, wurde zertrümmert; ein im Umbau begriffenes Café der U-Gruppe ebenfalls; bei Gruppenmitgliedern gingen Fensterscheiben zu Bruch und politisch sollte die Gruppe isoliert werden.

In der darauffolgenden Woche lauerten Mitglieder der U-Gruppe fast täglich Leuten auf und schlugen sie zusammen. Es waren vor allem Leute, die nur am Rande mit dem Konflikt zu tun hatten und nicht gut organisiert sind. Bei fast all diesen Ereignissen ist Paul Moussault beteiligt gewesen.

In der Nacht vom 27. zum 28. Oktober drang die Untersuchungsgruppe in die "erste hilfe" ein und verwüstete das Café total. Brauchbare Sachen wurden geklaut. In den darauffolgenden Tagen wurden bei verschiedenen Wohnungen und gebäuden die Scheiben eingeworfen und ein Ultimatum mit 9 Fordeurngen wurde gestellt, bei dessen Nicht-Beachtung ein besetztes Haus in der Staatsliedengebuurt "dem Erdboden gleichgemacht" würde.

Auf dem städtischen Plenum wurde dann beschlossen, etwas zu unternehmen, um dem Terror ein Ende zu bereiten. Fast alle Aktionen der letzten 4 Wochen waren mit Autos unternommen worden. In dieser Nacht wurden 4 Autos zerstört, auch der Wagen von Paul Moussault. In der Staatsliedengebuurt kam es dabei zu einer Konfrontation mit Verletzten....[Auslassung, in der dem Knipselkrant wird vorgeworfen, daß er der Bewegung in Holland schade; SF]

Unser Verhältnis zum Knipselkrant im Laufe der Zeit

Für uns ist das Organisieren der internationalen Diskussion über revolutionären Kampf, über Praxis und Theorie von großer Wichtigkeit. Gerade dies hat uns lange gehindert, gegenüber dem Knipselkrant deutlich Stellung zu beziehen. Einerseits wollten wir den Bullen nicht in die Hände arbeiten, andererseits war da unser eigener Opportunismus: wir fanden es lange recht bequem, monatlich eine Fülle von Infos, Erklärungen und Diskussionspapieren aus verschiedenen Ländern gebündelt zu bekommen. Wir hatten auch keine Lust, unsere Zeit und Energie in so eine Konfrontation zu stecken, deren Konsequenzen wir schwer übersehen konnten. Wir haben daher bis vor kurzem lediglich Abstand genommen von der Zeitung und ihrem Zusammensteller. Unabhängig vom Knipselkrant haben wir eigene Kontakte zu Genossen anderer Länder entwickelt. Frontline und slagerzicht sind konkreter Ausdruck dieser Entwicklung ... Im Februar '88 ist slagerzicht von Groningen nach Amsterdam umgezogen und zusammen mit frontline unter ein Dach gezogen. Trotz der politischen Unterschiede (Autonome-Antiimperialisten) hat sich die Zusammenarbeit zu einem lebendigen Teil des politischen Kampfes hier entwickelt....[Auslassung zur diffusen Entwicklung antiimperialistischen Widerstands in den Niederlanden bis hin zum Kongreß "Solidarität und Widerstand" im November 1987 und dem Auftreten der rara-Gruppe, die Anschläge gegen Einrichtungen Südafrikas o.ä. unternimmt; SF-Red.]

Die Position des Knipselkrants hinsichtlich des Widerstands in den Niederlanden

Um die Position von 'de Knipselkrant' deutlich zu machen, ist ein geschichtlicher Rückblick nötig. Der Knipselkrant erscheint schon seit August '78. Er war eine Initiative von der roten Widerstandsfront (rvf). Das war eine antiimperialistische Gruppe, die von '77 bis '80 aktiv war. Ihr Hauptziel war es, Propaganda für den bewaffneten antiimperialistischen Kampf anderswo zu machen; namentlich in der BRD, Italien und Palästina....

Paul Moussault ist praktisch die einzige übriggebliebene Person aus dieser Gruppe...er war von Anfang an am Knipselkrant beteiligt...[Auslassung: Vorwürfe gegen die Arbeitsstruktur im Knipselkrant, hierarchisch, frauenfeindlich usw.; SF]

Die Infos, die über das Postfach reinkamen, wurden als persönlicher Besitz angesehen und manchmal sogar als Tauschmittel gebraucht, um dafür bestimmte Gegenleistungen zu erhalten. Infos über den revolutionären Kampf also als Handelsobkjekt, als Ware.

Eines der sich wiederholenden Probleme war z.B. das Zurückhalten von Erklärungen. Es mußte manchmal tagelang "gebettelt" werden um wichtige Texte und Erklärungen, die der Knipselkrant im Besitz hatte, zu bekommen....[Auslassung: Beispiele kritikwürdiger Veröffentlichungen und Vertriebsarten; SF]

Durch die Repression gegen Zeitungen in anderen west-europäischen Ländern, wie z.B. L'Internationale, Ligne Rouge, Radikal u.a., hat der Knipselkrant im Laufe der Jahre eine ständig wichtigere internationale Funktion bekommen. Die Tatsache, daß die niederländische Gesetzgebung bezüglich dieses Punktes noch nicht an das europäische Niveau angepaßt war, machte es bis dahin noch möglich, ein solches Blatt hier herauszugeben. In den Niederlanden selbst hatte die Zeitung allerdings fast keine Basis. Vom Knipselkrant wurde hier auch wenig dafür getan ...[z.B. Keine Erklärungen von holländischen antiimperialistischen Gruppen wie rara; keine Berichterstattung zum Prozeß gegen René (rara-Mitglied) etc./SF-Red.] ...

Der Knipselkrant und die Untersuchungsgruppe

Die Verbindung zwischen Knipselkrant und Untersuchungsgruppe datiert von Anfang 1987. Sie kam um das Thema "Verrat" zustande. dadurch, daß der Knipselkrant zu 99% aus Texten, Erklärungen von anderen plus Zeitungsausschnitten bestanden hat, war es für den/die Macher einfach, sich dahinter zu verstecken. Selten oder nie, hat der Knipselkrant selbst an Diskussionen teilgenommen. ...[wenige Ausnahmen, darunter Folgende:]

Ende 1986 kam es zu einer Welle von Kritik am Knipselkrant nach einigen üblen Beiträgen der Redaktion. So wurde in Nr.23 eine Art Fahndungsplakat abgedruckt, auf dem ein Peter Bormans (Ex-Mitarbeiter der Zeitung Ligne Rouge) beschuldigt wurde, ein Bulle zu sein, und es wurde dazu aufgerufen, ihn zu exekutieren oder seine Kniescheiben zu zertrümmern. Belohnung dafür sollte *"ein lebenslanges Gratis-Abonnement des Knipselkrant"* sein; über sein Foto war eine Zielscheibe gezeichnet....[weitere Beispiele, die wir euch ersparen wollen/SF-Red.]...

Was die Affaire Peter Bormans betrifft, ...war einiges deutlich geworden:

1. Peter Bormans scheint kein Bulle zu sein. Er hat zwar öffentlich in einem Interview behauptet, daß die CCC von den Bullen manipuliert würden, was natürlich Verleumdung ist, aber es gibt nicht das geringste Indiz dafür, daß er selber ein Bulle ist.

2. Bei Ligne Rouge haben anscheinend wirklich einige Infiltranten gesessen; daraus hatte Peter Bormans abgeleitet, daß dies auch bei den CCC der Fall sein müsse.

Abgesehen davon, daß der Knipselkrant also dazu aufgerufen hatte, jemanden zu exekutieren, der kein Bulle ist, gab es auch einen engen Kontakt zwischen Ligne Rouge und dem Knipselkrant. 1986 hatten sie eine gemeinsame Broschüre rausgebracht. Das sollte doch sicher Anlaß zu einer gründlichen Selbstkritik sein, aber darüber wird kein Wort verloren. ...

Der "Fall" Hans Alderkamp

Am 25. Mai 1988 wird Hans Alderkamp beim Grenzübergang Helmstedt wegen des Verdachts des Transports/der Verbreitung des Buches "Widerstand heißt Angriff" verhaftet. Nach seiner Verhaftung trat Paul Moussault öffentlich als sein "Sachwalter" auf. Jede Form von Öffentlichkeit wurde jedoch vermieden, und anderen Leuten wurde zu verstehen gegeben, daß sie nichts unternehmen dürften. Erst nach 6 Wochen wird die Verhaftung öffentlich bekannt, durch ein Radio-Programm! Es wird kein einziger Schritt unternommen um öffentliche, offensive Solidarität im Zusammenhang mit dieser Verhaftung zu organisieren. Niemand begreift das.... Ende August finden in verschiedenen Städten der BRD Hausdurchsuchungen statt, anscheinend im Zusammenhang mit der Verhaftung von Hans Alderkamp. Im Knipselkrant wird das "große Schweigen" auf zweifelhafte Weise gebrochen. Wegen eines unsinnigen Grundes distanziert man sich von Hans Alderkamp. Er wird beschuldigt, "ein typisches Beispiel für Liberalismus" zu sein. Der "Herausgeber des Buches" erklärt implizit, daß Hans Alderkamp tatsächlich mit ihm zusammengearbeitet hat und liefert so neues Material für die Konstruktion der deutschen Justiz.

Schlußfolgerung

(...) Bei der Beurteilung dieser ganzen Situation muß unserer Meinung nach das revolutionäre Prinzip "Menschen nach ihren Taten beurteilen anstelle nach ihren Worten" zentral stehen. In bezug auf den Knipselkrant bedeutet das, daß das Blatt nicht getrennt von der Handlungsweise, der politischen Praxis seines Zusammenstellers gesehen werden kann. Paul Moussault handelt mit seinem Auftreten objektiv wie ein Provokateur und funktionalisiert sich für die Interessen des Staates und des Kapitals, dadurch, daß er den radikalen Widerstand hier in den Niederlanden angreift und versucht, diesen zu zerstören. Darum kann der Knipselkrant nicht länger als eine Zeitung für die revolutionäre Linke gesehen werden.

Wir wollen eine internationale Diskussion über den Boykott des Knipselkrant. Dabei geht es uns vor allem um den Produktionsaspekt: daß dorthin keine Erklärungen mehr geschickt werden...."

Gegen-Info btr. AKTION

von Ex-AktionsmitarbeiterInnen

"Als Ex-AktionsmitarbeiterInnen wollen wir die Auseinandersetzungen innerhalb der Frankfurter Redaktion des anarchistischen Magazins AKTION ausgelöst durch die Vergewaltigungsdiskussion um einen Redakteur darstellen. Dieser Schritt bundesweit an die Öffentlichkeit zu gehen und gleichzeitig zum Boykott an einem Projekt aufzurufen, in das wir z.T. seit vier Jahren sehr viel Energie, Kraft aber auch Gefühle investiert hatten, ist uns sehr schwer gefallen.Aber aufgrund der sich verschärfenden Auseinandersetzungen ist eine breite Diskussion notwendig geworden. Zwar scheint es erstmal "nur" um eine Vergewaltigungsdiskussion zu gehen, aber für uns haben sich noch viele andere Fragen gestellt, wie wir zusammen leben, arbeiten aber auch streiten wollen. Und es ist verdammt schwer, nicht immer wieder in bürgerliche Reaktionsweisen zurückzufallen.

Unsere inhaltliche Kritik zu der AKTIONsdiskussion stimmt mit den Beiträgen eines Mannes aus der Männergruppe und der Frauengruppe des neuzuschaffenden Zentrums in Frankfurt überein. Diese zwei Beiträge sind in der neuen und leider vorerst letzten *Unzertrennlich*-Doppelnummer vom Dezember 1988 nachzulesen. Daher gehen wir auch nicht mehr auf die Auseinandersetzung Aktion contra Zentrum ein.

Der Gang der Ereignisse innerhalb der AKTION

Die AKTION entstand 1980 mit der Konzeption, ein Forum für libertäre Gruppen und Einzelpersonen im Rhein-Main-Gebiet zu sein. Eine Ausgabe sollte nach Bedarf von wechselnden Gruppen gemacht werden. Doch schon bald gab es einen festen Redaktionskreis und die AKTION wurde bundesweit zweimonatlich vertrieben. Schon damals entstanden zwei Redaktionen - eine in Frankfurt und eine in Karlsruhe. Nach Weggängen und einer Zahlungsunfähigkeit gegenüber der Karlsruher Druckerei erschien Ende '83 bis Anfang '85 keine Ausgabe mehr.

Erst mit der Reorganisation der Frankfurter Szene durch ein Anarcha/o-Plenum 1984 entstand eine fast komplett neue Frankfurter Redaktion, mit der auch die finanzielle Gesundung voranging. Zwischen 1985 und 1987 bestand eine ziemlich konstant arbeitende Gruppe in dem von der AKTION mitbegründeten Libertären Zentrum, was sich sowohl inhaltllich als auch von der praktischen Arbeit her positiv auswirkte. Auf den Libertären Tagen 1987, die die AKTION mitinitiierte, gab es viele neue Kontakte und Diskussionen bis hin zu Träumen von einer anarchistischen Tageszeitung.

Kurz danach stieg das letzte Gründungs-







mitglied nach heftigen Auseinandersetzungen aus der Redaktion aus und etliche neue Leute kamen hinzu. Hierbei entstand eine neue Konfliktlinie zwischen "alten" und "neuen" RedakteurInnen. War das ursprüngliche Konzept und die Arbeitsweise der AKTION während den letzten Ausgaben schon immer mehr verloren gegangen, geriet es jetzt durch die Veränderungen in der Redaktion ganz in Vergessenheit. Trotz mehrmaliger Versuche gelang es nicht eine neue gemeinsame Grundlage zu schaffen und die Zusammenarbeit erschöpfte sich in Techniks.

Nach dem 2.11.87 entwickelten wir für zwei Ausgaben nochmals Power, um der staatlichen Repressionswelle im Zusammenhang mit den Schüssen an der Startbahn West etwas entgegenzusetzen. Schließlich waren wir als AKTION und Libertäres Zentrum direkt davon betroffen. Dies verkleisterte für kurze Zeit die sich abzeichnenden Widersprüche und Konflikte. Die meisten RedakteurInnen konnten mit der Verdrängung leben.

Im Frühjahr 1988 überlegen zwei Frauen, vorläufig nicht mehr bei der AKTION mitzuarbeiten, da sie für sich momentan keine Perspektive einer weiteren Auseinandersetzung und kollektiven Zusammenarbeit sehen.

Die Konflikte

- Es besteht kein Kollektiv mehr, da das Vertrauen zueinander verloren ging
- der Diskussionsstil ist hart und patriarchalisch
- die inhaltliche Diskussion kommt nicht zusammen, d.h. keine Redaktionsartikel
- Der Zeitdruck durch den sechswöchigen Erscheinungsrhythmus ist zu hoch
- wichtige Inhalte werden nicht erarbeitet, sondern übernommen
- die AKTION verkommt zur Flugblattsammlung oder zum Forum individueller "Meinungen" der RedakteurInnen
- die verkaufte Auflage sinkt von 2500 auf unter 1700 (Ausnahme: Startbahn-Nummer)
- die Verankerung in den Regionen trotz Regionalredaktionen ist äußerst schwach (im Rhein-Main-Gebiet werden kaum noch Exemplare verkauft)...

Als Konsequenz daraus wollten einige keine neue Nummer nach der Nr.35 (Mai '88) mehr machen, bis diese ganzen Probleme geklärt sind. Dazu kommt dann die Nachricht, daß ein Redakteur vor jetzt vier Jahren "seine" damalige Freundin vergewaltigt hatte. Zu guter Letzt wurden dem Libertären Zentrum auf Juni '88 die Räume gekündigt und die AKTION stand vor der Diskussion, mit welchen Leuten und Gruppen sie ein neues Zentrum machen wollte.

Auf der Redaktionssitzung, bei der die Vergewaltigung zur Sprache kam, erklärt der presserechtlich Verantwortliche, daß er mit M. (= Mann, der vergewaltigt hatte) nicht mehr weiter zusammenarbeiten kann. Sehr schnell ist für die anderen Redaktionsmitglieder klar, daß sie erstmal mit M. weiter diskutieren und zusammenarbeiten wollen.

Die Schnelligkeit und die Art und Weise wie dieser Entschluß zustandekam, zeigte dann für eine der sich schon im Frühjahr zurückgezogenen Frauen endgültig, daß sie sich mit dieser Redaktion nicht mehr auseinandersetzen konnte und zusammenarbeiten wollte.

In diese Situation kommt ein § 129a-Verfahren wegen angeblichen Werbens für eine terroristische Vereinigung (Rote Zora-Interview Nr.34). Wegen der desolaten Situation der Redaktion wollen wir uns nicht auf einen politischen Prozeß einlassen, obwohl die Ausgangsbedingungen bei einer intakten Gruppe gut gewesen wären. So wurde ein Deal mit der Staatsanwaltschaft gemacht und die Sache abgebügelt.

Die Aktivitäten um die von der Hamburger Redaktion gemachte Nummer 36 verschütteten die letzten Reste der eh schon spärlichen Diskussion um die Vergewaltigung.

In die Zeit September/Oktober fallen dann die Beschlüße, daß die neue Zentrumsgruppe mit M. nicht zusammenarbeiten will und als Reaktion darauf, distanziert sich fast die ganze Redaktion von der Zentrumsgruppe und geht somit den Weg der Selbstisolierung. Mit dem Rücken an der Wand werden die Reaktionen der AKTION auf ihr politisches Umfeld immer heftiger und das Niveau der Auseinandersetzung kann mensch in der Schwerpunktnummer Vergewaltigung nachlesen. (Nr.37) ...

Von vielen Frauen und auch Männern kam inzwischen die Kritik, daß eine Frau, die vergewaltigt wurde, mit dieser Schwerpunktnummer rein gar nichts anfangen kann. Diese Ausgabe diene eher der öffentlichen Bewältigung interner Psychos...

Ende Oktober/Anfang November verließen dann die letzten zwei Kritiker die AKTION, da die Fronten sich noch mehr verhärteten und es für sie keine persönliche und politische Perspektive mit der Rest-Redaktion mehr gab. Damit waren fast alle "alten" RedakteurInnen aus der Redaktion ausgestiegen (worden).

Diesselben trafen sich zu einer Aufarbeitung und stellten dabei fest, daß sich durch ihre unterschiedlchen Hoffnungen in die AKTION zwar unterschiedliche Ausstiegszeitpunkte ergaben; daß die Gründe aber bei allen in den beschriebenen Konfliktpunkten innerhalb der Redaktion lagen und nicht daran, daß die Leute kein Interesse mehr an der AKTION hatten. Es entstand der Entschluß gemeinsam eine neue Zeitung zu machen.

Um einen Kampf darum, wer nun die richtige Redaktion ist und die AKTION weitermacht, zu vermeiden, wurde von uns der Vorschlag eingebracht, die Sach- und Geldmittel (u.a. das Archiv, die Schreibmaschine, der Verteiler, ca. 10.000.-DM), die im Lauf der Jahre kollektiv aufgebaut wurden zu verteilen. Dies wurde mit Spott und Hohn von seiten der Rest-Redaktion quittiert. Ganz unanarchistisch wurden alle Vorschläge abgebügelt, mit dem Wissen, eh am längeren Hebel zu sitzen. Zum Teil war die AKTION plötzlich arm und vorm finanziellen Kollaps, zum anderen wurde von uns ein genau ausgearbeitetes Konzept verlangt und wenn dies den Damen und Herren der Rest-Redaktion zusage, könne mensch auch gnädigerweise nen Tausender rüberschieben. Dies ist eine Frechheit, zumal die AKTION selbst zur Zeit nicht mal annähernd ein Konzept vorweisen kann. Wir interpretieren die Situation so, daß sich der Rest-Redaktion hier zum erstenmal die Möglichkeit bot, in eine scheinbare Offensive zu kommen, nachdem die ganze Zeit Druck von außen auf sie gemacht wurde (Druckerei, Zentrumsgruppe, inzwischen auch FAU)....

Eine weitere Eskalation ergab sich aus einem Vorfall, der die langjährige Druckerei der AKTION betraf. Während des Drucks der Vergewaltigungsnummer wurde die AKTION von den DruckerInnen mit einem Eindruck versehen, der die Stellungnahme der Druckerei zur Vergewaltigung enthielt. Da wir kommen sahen, daß dies nicht auf Verständnis stößt und wahrscheinlich - wie auch geschehen - der Eindruck überklebt werden würde, haben wir uns einen Teil der Auflage besorgt, der nun nicht überklebt ist. In diesem Zusammenhang erschienen nun die vier Leute der Rest-Redaktion bei einer Ex-Redakteurin und veranstalteten unter heftigem Sturmklingeln eine Art Belagerungszustand vor ihrer Wohnungstür, um mit dieser Drohgebärde die Herausgabe der bei ihr gar nicht vorhandenen sondern nur vermuteten Teilaufage zu verlangen....[herausgenommene Passage: die Schreibmaschine wird von der Rest-Redaktion nachts aus einer anderen Wohnung eines Ex-Redakteurs geholt, wobei die Art und Weise als geplante Überrumpelung einzustufen ist; SF]

Solchen Leuten sprechen wir das Recht ab, sich anarchistisch zu nennen. Sie schaden mit ihren Verhaltensweisen ganz konkret den anarchistischen Idealen und der Bewegung. Obwohl wir diesen Idealen in unserem Alltag sicher auch nicht gerecht werden können - dafür sind es eben Ideale - gibt es für uns dennoch eine, nicht einheitlich definierte Grenze, bei der wir sagen, mit solchen Leuten wollen wir nichts mehr zu tun haben.



Diese Grenze liegt für uns zum einen da, wo von ihrer Seite eine konstruktive Diskussion verweigert wird, zum anderen dort, wo sie versuchen mit sehr dubiosen Methoden (Konto sperren lassen etc.) ihr vermeintliches Recht durchzusetzen. Eine sehr trau-

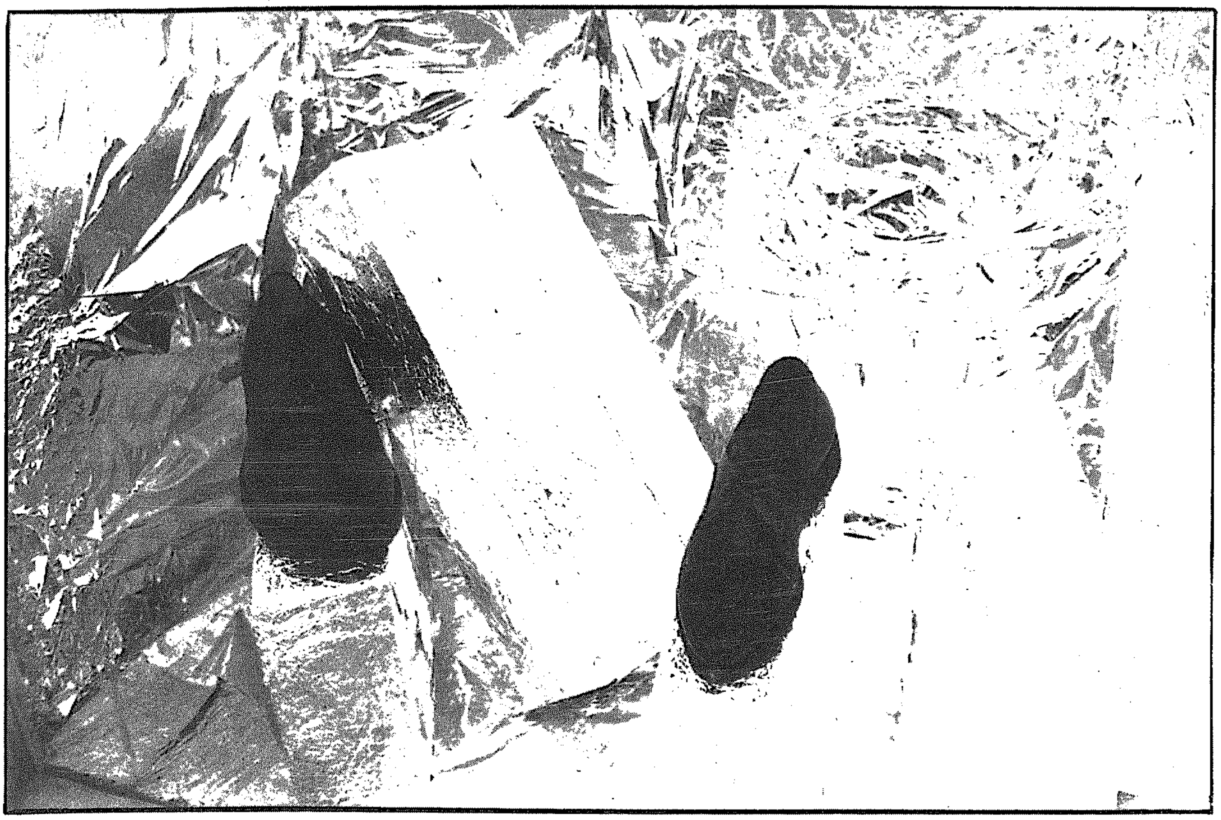


Photo: Herby Sachs

rige Position hat dabei eben M. inne, an dessen Verhalten ja schließlich die Diskussion eskalierte. Es ist richtig, daß er sich der Vergewaltigungsdiskussion stellte und sie zum Teil von der Redaktion einfordern mußte. Aber diese Offensive entsprang nicht dem Bedürfnis nach Bewältigung eigener, patriarchaler Strukturen, sondern eher dem Motto: Flucht nach vorne antreten, Vergewaltigung verarbeiten, ansonsten so weiter machen wie bisher. Dies zeigte sich daran, daß M. nicht bereit war, seine informelle und praktische Mach(k)erposition innerhalb der AKTION in Frage zu stellen. Auf einem Redaktionstreffen im September, als es um Motivationen ging, die AKTION so wie bisher weiterzumachen, war er der einzige, der diese Position mit Vehemenz vertrat. Alle anderen wollten "so" nicht mehr weitermachen oder waren am überlegen, prinzipiell auszusteigen....[Auslassung: Weitere Vorwürfe und Spekulationen über M.Rolle beim Vorgehen gegen die Ex-RedAKTIONäre; SF-Red.]

Wir fordern eine politische Isolierung der AKTION und eine Diskussion darüber. Das ist für uns kein Kleinkrieg zweier Fraktionen einer Zeitung, die mensch von außen amüsiert betrachten kann. Wir fordern von allen Gruppen und Menschen aus dem anarchistisch-autonomen Spektrum, daß sie sich informieren und ein Verhältnis zum politischen und sozialen Umgang mit dieser Situation finden.... Konkret geht die Aufforderung an die WiederverkäuferInnen, genau zu überlegen, ob und warum sie die AKTION weitervertreiben wollen. Zum anderen können sie unsere finanzielle Position dadurch stärken, daß sie mit uns die offenen Aktionsausgaben abrechnen. Da die Rest-Redaktion inzwischen so geschrumpft ist, daß wir sie für eine inhaltliche Arbeit nicht mehr für fähig halten, erheben wir für den Fall des Kollaps' den Anspruch auf die ganzen Mittel. Im Moment sehen wir für die Rest-Redaktion keine politische Existenzberechtigung, da die AKTION nicht mehr in Diskussionen eingreift, sie aufgreift oder sie gar initiiert. ...

An die anderen anarchistisch/autonomen Medien geht daher der Aufruf, keine Austauschanzeigen mehr zu veröffentlichen und zu versuchen, das entstehende Infoloch abzudecken.

Zu den Regionalredaktionen

Die Zeit zwischen 1985 und 1987 war die fruchtbarste Zeit der Regionalredaktionen, obwohl auch in dieser Zeit die Redaktionen immer nur sporadisch arbeiteten. Die einzigen, die sich bis jetzt praktisch und inhaltlich zur Vergewaltigungsdiskusion verhalten haben, waren die drei Hamburger AKTIONäre. Die Göttinger Redaktion hat sich aus inhaltlichen Gründen aufgelöst und arbeitet jetzt beim FAU-Organ "Direkte Aktion" mit. Die Rhein-Ruhr-Redaktion liegt im publizistischen Schlaf und wir wissen nicht ob und wie es bei ihnen weitergeht, geschweige denn ihre Position zur Vergewaltigung. Der Darmstädter Redakteur hat sich wohl aus persönlichen Bindungen auf die Seite der Rest-Redaktion gestellt. Obwohl er über die Vergewaltigungs-Schwerpunktnummer informiert war, gibt es bezeichnenderweise keinen Artikel zu diesem Thema aus Darmstadt. Denn gerade als vor einem halben Jahr die Diskussion in der AKTION losging, wurde auch in Darmstadt ein Vergewaltigungsfall innerhalb der Szene öffentlich. Aber dazu stand nichts in der AKTION. Allen Redaktionen gemeinsam ist, daß die inhaltliche Arbeit darniederliegt oder an Einzelpersonen hängt. Das Konzept der Regionalredaktionen ist für uns auf dieser Basis erstmal gescheitert.

Perspektiven

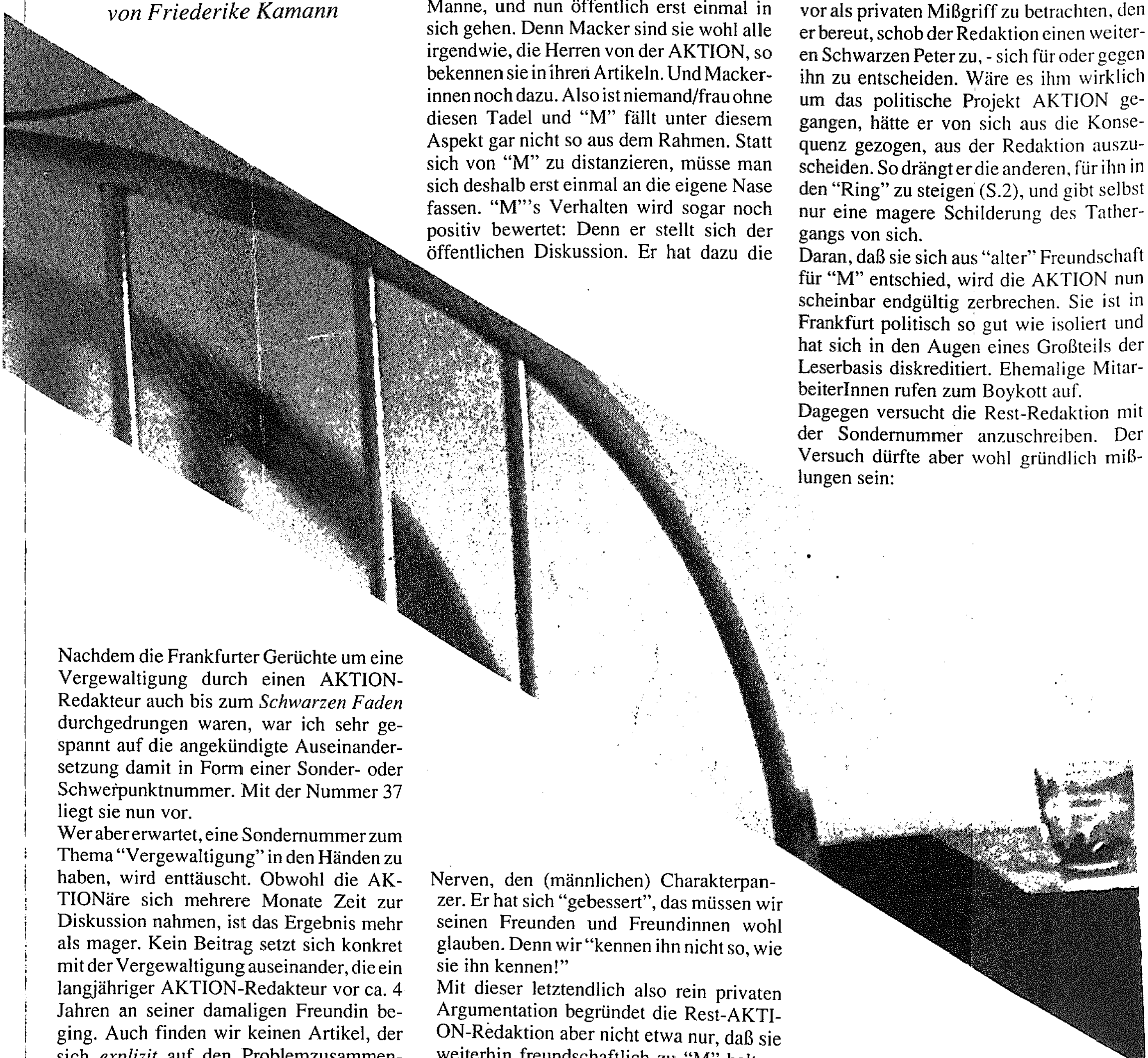
Wie schwierig es ist, bundesweite Zeitungsstrukturen aufzubauen, zeigt auch das Beispiel des autonomen Blattes *Unzertrennlich*. Nicht mangels Geld oder wegen Repression, nein, durch die Unfähigkeit selbstbestimmte Strukturen aufzubauen, die kontinuierlich und in der Szene verankert arbeiten, ist das Projekt gescheitert. Im Prinzip gilt für die AKTION das Gleiche, vom *Freiraum* hören wir ähnliches. :

Für einige Ex-AKTIONäre ist eine Konsequenz aus den Fehlern und dem Scheitern der AKTION, eine Zeitung aus der Region heraus zu machen. D.h. wir wollen auf alle Fälle weiter Zeitungmachen, weil es uns Spaß macht und wir die Vermittlung unserer Inhalte nach außen als sträflich vernachlässigt ansehen. Gerade wieder der Uni-Streik in Frankfurt hat uns gezeigt, daß die Infos und Inhalte des dortigen anarchistisch/autonomen Uni-Plenums sehr neugierig und interessiert von sogenannten Normala/os aufgenommen wurden. In unserer Konzeption für eine neue Zeitung wollen wir gerade auch solche Leute erreichen. Dies geht aber nur, wenn konkrete Probleme in einer Zeitung angepackt werden, mit denen wie in einer Stadt/Region konfrontiert sind.

Unsere Kontaktadresse: AKTION, c/o FKK, Schleusenstr.17, 6000 Frankfurt

Eine Vergewaltigung und die AKTION - eine mißlungene Sondernummer

von Friederike Kamann



Nachdem die Frankfurter Gerüchte um eine Vergewaltigung durch einen AKTION-Redakteur auch bis zum *Schwarzen Faden* durchgedrungen waren, war ich sehr gespannt auf die angekündigte Auseinandersetzung damit in Form einer Sonder- oder Schwerpunktnummer. Mit der Nummer 37 liegt sie nun vor.

Wer aber erwartet, eine Sondernummer zum Thema "Vergewaltigung" in den Händen zu haben, wird enttäuscht. Obwohl die AKTIONäre sich mehrere Monate Zeit zur Diskussion nahmen, ist das Ergebnis mehr als mager. Kein Beitrag setzt sich konkret mit der Vergewaltigung auseinander, die ein langjähriger AKTION-Redakteur vor ca. 4 Jahren an seiner damaligen Freundin beging. Auch finden wir keinen Artikel, der sich *explizit* auf den Problemzusammenhang von Vergewaltigungen in unserer sexistischen Gesellschaft bezieht. Diskutiert wird dagegen breit und bis zum Ermüden lang in ewigen Wiederholungen in den Statements der RedakteurInnen und Angehörigen des politischen Umfelds über die Konsequenzen, die die Rest-AKTION's-Redaktion aus einer "Saurerei" eines ihrer männlichen Mitglieder -"M"- zu ziehen bereit ist. "Rausschmiß" oder nicht ist hier die Frage. Auf die Tatsache der Vergewaltigung reagieren die indirekt Betroffenen durch die Bank hilflos. Sei es, daß sie sich gar nicht einig sind, ob es nun wirklich eine war, weil es laut Selbstaussage des Täters gar nicht zum Koitus kam, sondern er sein betäubtes Opfer "nur" als Wichsvorlage benutzte und diese Situation hinterher selbst als beschämend empfand. Sei es, daß sie erschrocken den möglichen Zusammenhang zwischen "Mackerverhalten" und Sexismus zu ahnen beginnen und die daraus abgeleitete Berechtigung der feministischen Bezichtigung des "potentiellen Vergewaltigers" in jedem Manne, und nun öffentlich erst einmal in sich gehen. Denn Macker sind sie wohl alle irgendwie, die Herren von der AKTION, so bekennen sie in ihren Artikeln. Und Mackerinnen noch dazu. Also ist niemand/frau ohne diesen Tadel und "M" fällt unter diesem Aspekt gar nicht so aus dem Rahmen. Statt sich von "M" zu distanzieren, müsse man sich deshalb erst einmal an die eigene Nase fassen. "M"'s Verhalten wird sogar noch positiv bewertet: Denn er stellt sich der öffentlichen Diskussion. Er hat dazu die Nerven, den (männlichen) Charakterpanzer. Er hat sich "gebessert", das müssen wir seinen Freunden und Freundinnen wohl glauben. Denn wir "kennen ihn nicht so, wie sie ihn kennen!"

Mit dieser letztendlich also rein privaten Argumentation begründet die Rest-AKTION-Redaktion aber nicht etwa nur, daß sie weiterhin freundschaftlich zu "M" halten, sondern auch, daß sie sich als Redaktion *politisch* nicht von ihm als Mitarbeiter trennen.

Diese Haltung wurde aber nicht von allen MitarbeiterInnen geteilt - und so kam es in der Zwischenzeit zu einigen Austritten, Distanzierungen, Rangeleien: 3 hören ganz auf, Zeitungen zu machen, 4 wollen eine neue Zeitung machen; die Rückseite der Nr.37 ist verziert mit einem Abziehbild, das eine Stellungnahme der DruckerInnen zensiert.

Mit der Diskussion um "M"'s Tat, deren Tragweite sämtliche Beiträge der Vergewaltigungsnummer überhaupt nicht begreifen, außer daß es wohl eine "Riesensauerei" war, die "absolute Scheiße", wurde die AKTION zu einem Zeitpunkt konfrontiert, als die weitere Existenz des Blattes ohnehin aufgrund inhaltlicher und gruppendynamischer Zerfallserscheinungen auf der Kippe stand. M's Entscheidung, aus der Vergewaltigung *für sich selbst keine politischen Konsequenzen* zu ziehen und sie nach wie vor als privaten Mißgriff zu betrachten, den er bereut, schob der Redaktion einen weiteren Schwarzen Peter zu, - sich für oder gegen ihn zu entscheiden. Wäre es ihm wirklich um das politische Projekt AKTION gegangen, hätte er von sich aus die Konsequenz gezogen, aus der Redaktion auszuscheiden. So drängt er die anderen, für ihn in den "Ring" zu steigen (S.2), und gibt selbst nur eine magere Schilderung des Tathergangs von sich.

Daran, daß sie sich aus "alter" Freundschaft für "M" entschied, wird die AKTION nun scheinbar endgültig zerbrechen. Sie ist in Frankfurt politisch so gut wie isoliert und hat sich in den Augen eines Großteils der Leserbasis diskreditiert. Ehemalige MitarbeiterInnen rufen zum Boykott auf.

Dagegen versucht die Rest-Redaktion mit der Sondernummer anzuschreiben. Der Versuch dürfte aber wohl gründlich mißlungen sein:

Statt ganz klar deutlich zu machen, daß eine Vergewaltigung Ausdruck eines hierarchischen Machtverhältnisses zwischen Mann und Frau ist und daher mit Anarchismus aber auch gar nichts zu tun haben kann, versuchen sie um Verständnis dafür zu werben, daß auch Anarchisten keine Heiligen sind, sondern eben Männer. Eine Auseinandersetzung mit dem zugrundeliegenden Sexismus ist nirgends zu finden. Statt dessen aber spaltenweise vordergründige "anarchistische" Reflexionen über das

"Strafen", den adäquaten Umgang mit Leuten, die den anarchistischen Prinzipien zuwiderhandeln, über die Berechtigung von Gewalt, den Umgang mit dem politischen Gegner etc. Eine Quintessenz: "Wenn wir es ernst meinen mit unserem Konzept für eine anarchistische Gesellschaft, müssen wir eben mit Menschen umgehen lernen, die gegen elementare Regeln des Zusammenlebens verstoßen." (S.9)
Eben nicht! Sondern, wir müssen alles dafür tun, diese Regeln erst einmal bei uns, unter uns umzusetzen und elementare Regelverletzungen bloßstellen! Sonst bleiben sie lediglich private Probleme.
Ist für die AKTION eine Vergewaltigung ein Kavaliersdelikt?
Wie wäre Mann damit umgegangen, wäre ein Redakteur nicht als Vergewaltiger sondern als ehemaliger V-Mann entlarvt worden, der sich heute als Anarchist begreift und alle Verbindungen zu den Nachrichtendiensten vor 3 Jahren abgebrochen hat? Oder als Ex-Fascho, der früher heutige politische Freunde bekämpft hatte, aber dann in sich gegangen wäre? Und so eine politische Kehrtwendung kommt mir, ehrlich gesagt, plausibler vor, als daß jemandem, der noch vor 3 Jahren solch ein Verhältnis zu Frauen hatte, daß er seine Freundin vergewaltigte, sowas heute nicht mehr zuzutrauen wäre. Denn eine Vergewaltigung ist Ausdruck einer männlichen sexuellen Haltung (nicht wie in der AKTION angedeutet, allein die Spitze einer 'Chaosbeziehung'), die Frauen nur als Objekte zur eigenen Lustbefriedigung ansieht. Der mögliche Widerstand der Frau wird mit Gewalt ausgeschaltet, um sie sich sexuell verfügbar = BEHERRSCHBAR zu machen. Um solch eine sexistische Haltung abzubauen, die in ihrer Substanz Herrschaft ist, bedarf es schon einer grundsätzlicheren persönlichen Infragestellung, als ein bißchen am "Mackerverhalten" zu arbeiten.
Die weitaus meisten Vergewaltigungen werden von Ehemännern, Freunden oder Bekannten der Opfer begangen. "M"'s Tat ist also typisch!
Die Liste der enttäuschten Erwartungen an eine Sondernummer zur Vergewaltigung ließe sich noch weiterführen. Für mich ist die Sondernummer eigentlich nur der hilflose Versuch, irgendwie politisch zu begründen, daß man einen langjährigen Freund nicht fallen läßt. Sie ist Ausdruck einer überraschenden inhaltlichen Substanz-losigkeit der Redaktion und ihrer Unterstützerkreise.
Zum Schluß möchte ich noch positiv auf die neuste Nummer der *Direkten Aktion* (Nr.73) hinweisen. Darin wird deutlich, daß nicht alle anarchistischen Kreise nun wie gehabt bei ihren oft vor allem männlichen Argumentationen stehen bleiben. Auch die FAU ist von "M", der dort Mitglied ist, betroffen. Gerade weil sie die Diskussion um die Frankfurter Vergewaltigung aber im Zusammenhang von Herrschaft diskutiert, kommt die DA zu klaren Aussagen, was das Verhalten gegenüber Vergewaltigern in den eigenen Reihen angeht:



"Ausschluß des Vergewaltigers aus den Gruppen, in denen sich Frauen von ihm bedroht fühlen.
(Ferner:) 1. Die persönliche Situation des Opfers hat Vorrang vor der Situation des Täters.
2. Die Auseinandersetzung mit dem Vergewaltiger/der Vergewaltigung hat Vorrang vor einem Ausschluß.
3. Ein Prozeß, der ausschließlich den Täter im Auge hat, greift zu kurz. Ein Entwicklungsprozeß unter uns entsteht erst, wenn wir in der Auseinandersetzung uns selbst und unsere Denk- und Umgangsformen hinterfragen."

In diesem Zusammenhang betont die DA:
"daß jede linksradikalePolitik auf der Entwicklungsmöglichkeit, der Emanzipationsfähigkeit zumindest der Beteiligten baut. Dieser Gedanke zielt grundsätzlich auf einen kollektiven wie individuellen Entwicklungsprozeß, statt auf einen Gerichtsprozeß! Statt sich der Sache durch Isolation des Beschuldigten oder Beschönigung seiner Tat zu entledigen, steht eine intensive Auseinandersetzung mit seinen und den eigenen Verhaltensformen an. Eine Konfrontation, die die tatsächliche Arbeit des Täters an sich selbst untersucht. Und von daher auch einen tiefgreifenden Prozeß innerhalb seiner Umgebung voraussetzt. Denn dieser Prozeß kann sich nicht auf verbale Eingeständnisse beschränken. Er thematisiert die ganze Person und ihr Umfeld. (...) Verbindlichkeit ist [dabei] eine der Grundvoraussetzungen für einen tiefgreifenden Entwicklungsprozeß."

Interview mit der Interim-Redaktion

geführt vom ID-Archiv im IISG-Amsterdam

Interim ist eine wöchentlich erscheinende Zeitung aus Berlin. In Interim werden Flugblätter, Erklärungen, Diskussionsbeiträge zur linksradikalen Theorie und Praxis unzensiert veröffentlicht. Interim erscheint (halb)legal, d.h. die Redaktion ist schriftlich von außen erreichbar, sie tritt jedoch öffentlich nicht in Erscheinung.
Angesichts zunehmender Repressalien und Gesetzesverschärfungen (§129a, §130b) [letzterer soll jetzt aufgrund der FDP-Bedenken doch fallen gelassen werden; Anm. SF-Red.] gegen Zeitungen, die Texte zur Auseinandersetzung um Positionen und Perspektiven militanter Politik veröffentlichen, sehen wir dieses Interview als einen notwendigen Beitrag zur Mediendiskussion in der BRD.
Das Interview wurde schriftlich geführt.



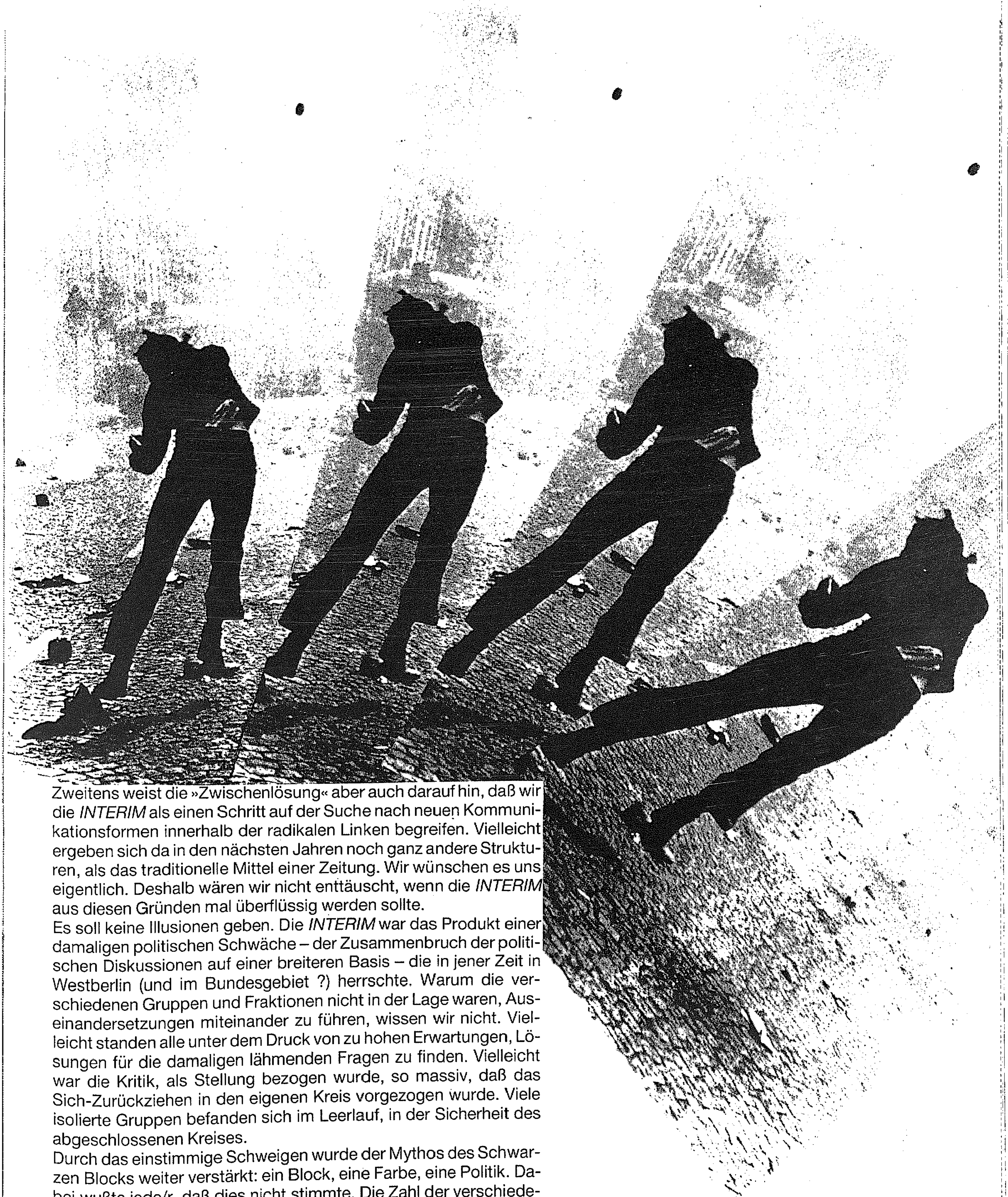
ID-Archiv: *Seit dem 1. Mai 1988 gibt es eine neue Zeitung aus dem linksradikalen Spektrum in Berlin. Warum erscheint die 1. Nummer gerade an diesem historischen Datum? Ist das ein Zufall oder gibt es einen politischen Bezug zu diesem Tag?*

INTERIM: 1. Mai – das war durchaus kein Zufall. Erstens sollte an dem Tag das erste Mal seit langer Zeit eine eigenständige revolutionäre Demo stattfinden. Außerdem waren vom vorangegangenen Jahr natürlich eine Menge Erwartungen da. Es zirkulierten ein Haufen Flugblätter, die mit der ersten Nummer gesammelt vorlagen. Es war der Versuch, die Anliegen, die am 1. Mai '87 geballt ans Licht kamen nun strukturiert wiederzugeben. Mit dem 1. Mai begann auch – zumindest in unserer Erwartung – sozusagen die »heiße Phase« der IWF-Kampagne, für die wir den kontinuierlichen und auch kurz-fristigen Austausch von Diskussionen aus den verschiedenen Zusammenhängen besonders wichtig fanden.

ID-Archiv: *Der Name INTERIM klingt ja fast schon akademisch. Auf der Rückseite der Nummer 1 dokumentiert ihr den Duden (?) und erklärt das Wort. Interim bedeutet »Zwischenlösung«, aber was heißt das für Euch?*
Soll es den Stand momentaner linksradikaler Bewegungen darstellen? Wohin geht dann eurer Meinung nach die Entwicklung dieser Bewegungen – und in welchem Zusammenhang sieht sich die Zeitung?

INTERIM: Obwohl die Namensgebung eher ein Zufallsprodukt war, finden wir heute den Namen gut gewählt. Einerseits ist die *INTERIM* nicht das Ergebnis unserer Vorstellungen, Ansprüche und Wünsche, sondern ein Produkt, in dem diese Vorstellungen und Wünsche erstmal gegen Null reduziert werden, dafür aber als technisches Medium »real existent« und offen für fast Alles ist. Uns hindert niemand daran, mehr redaktionelle Beiträge zu wollen und zu drucken – nur wir müssen sie eben aus unseren Köpfen rausquetschen. Die Strukturen dafür sind da. Ebenso wie jede/r LeserIn sich hinsetzen und etwas schreiben kann.
Gleichzeitig haben wir im ersten Vorwort ja ausgiebig erläutert, warum wir nicht den Ehrgeiz haben, eine Zeitung von historischem Format zu werden. Erstens wissen wir sehr gut, daß sich so ein Medium früher oder später zwischen den Widersprüchen zerreiben muß, in die es notwendigerweise gerät: Kontroversen auslösen zu wollen und die dann auch gegen sich gerichtet zu sehen, politisch mitzudenken, Stellung zu beziehen und dann doch wichtige »abseits« liegende Positionen auszublenden, die gerade wichtig wären. Die eigenen Ansprüche an ein gutes Kommunikationsmedium immer weniger erfüllen zu können, und schließlich der hohe Arbeitsaufwand, die vielen Diskussionen. Wenn der Reiz des Neuen aufhört und wir nicht mehr das Gefühl haben, auch selber was davon zu haben, dann wissen wir noch nicht, woher wir die Kraft für den wöchentlichen Streß nehmen können. Wenn wir ausgelutscht sind, dann müssen wir eben aufhören und andere kommen nach uns.





Zweitens weist die »Zwischenlösung« aber auch darauf hin, daß wir die *INTERIM* als einen Schritt auf der Suche nach neuen Kommunikationsformen innerhalb der radikalen Linken begreifen. Vielleicht ergeben sich da in den nächsten Jahren noch ganz andere Strukturen, als das traditionelle Mittel einer Zeitung. Wir wünschen es uns eigentlich. Deshalb wären wir nicht enttäuscht, wenn die *INTERIM* aus diesen Gründen mal überflüssig werden sollte.

Es soll keine Illusionen geben. Die *INTERIM* war das Produkt einer damaligen politischen Schwäche – der Zusammenbruch der politischen Diskussionen auf einer breiteren Basis – die in jener Zeit in Westberlin (und im Bundesgebiet ?) herrschte. Warum die verschiedenen Gruppen und Fraktionen nicht in der Lage waren, Auseinandersetzungen miteinander zu führen, wissen wir nicht. Vielleicht standen alle unter dem Druck von zu hohen Erwartungen, Lösungen für die damaligen lähmenden Fragen zu finden. Vielleicht war die Kritik, als Stellung bezogen wurde, so massiv, daß das Sich-Zurückziehen in den eigenen Kreis vorgezogen wurde. Viele isolierte Gruppen befanden sich im Leerlauf, in der Sicherheit des abgeschlossenen Kreises.

Durch das einstimmige Schweigen wurde der Mythos des Schwarzen Blocks weiter verstärkt: ein Block, eine Farbe, eine Politik. Dabei wußte jede/r, daß dies nicht stimmte. Die Zahl der verschiedenen Meinungen und Vorstellungen unter uns waren fast so viele wie die Zahl der an einer Diskussion teilnehmenden Menschen. Es kann sein, daß die Angst vor der Feststellung dieser Uneinigkeit die Entstehung einer Diskussion verhinderte. Die VVs in Westberlin waren katastrophal. Niemand bezog sich auf den anderen. Es wurde rumgebrüllt und demonstrativ gegangen, weil die »Anderen« alle »voll daneben« waren. Statt Auseinandersetzung gab es Schweigen.

Die *INTERIM* war deswegen eher das Ergebnis eines strategischen Rückzugs: der Versuch einer Diskussion auf einer alltäglichen, breiten, überschaubaren, regionalen, Ebene wiederherzustellen.

ID-Archiv: *Der Untertitel »Berlin Info« zeigt einige Parallelen zum »Info-Bug« auf. Das »Info« entstand Anfang der 70er Jahre, in ihm wurden Berichte, Termine, Aktionen und Analysen der undogmatischen Szene unzensiert veröffentlicht.*
Seht ihr euch in der Tradition vom »Info-Bug«, gibt es sowas wie eine »historische Linie« (Info-Bug – Radikal – Interim ?) und was gibt es Ende der 80er Jahre für Ansatzpunkte und Beweggründe für ein solches Blatt?
Steht das wöchentliche Erscheinen, mit dem enormen technischen und organisatorischen Aufwand, im Verhältnis zur politischen Bedeutung der Zeitung?
Was hat die Begrenzung auf Berlin für Gründe, eine »Metropolenzeitung« findet doch durchaus auch überregionales Interesse?

INTERIM: Zur Zeit des *Info-Bugs* gingen wir z.T. noch in den Kindergarten, viele haben noch nie ein Exemplar davon gesehen. Daher können wir uns zwar ideell in einer Kontinuität sehen, faktisch kaum.
Anders schon bei der *Radikal*, die wir wenigstens hin und wieder in irgendwelchen westdeutschen Provinznestern zu Gesicht bekamen und die sicher viele unserer Sehnsüchte und Träume mit produziert hat.
Jede historische Situation produziert ihre Zeitungen, die authentischer Ausdruck des jeweiligen Entwicklungsstandes sind. So wie die *radi* sich seit Sommer '80 zum Sprachrohr des militanten und sozialrevolutionären Flügels der (Hausbesetzer-) Bewegung entwickelte, dies jahrelang blieb, es aber spätestens ab Herbst '82 nicht mehr schaffte, eine politisch weiterführende Antwort auf den Zerfall der Bewegung zu finden, sondern sich verlebt hatte. Letztlich aber doch überlebte (ebenso wie die Autonomen), weil Menschen, die weiter in den politischen Fragmenten der Szene lebten und kämpften, sie weitermachten, so ist die *INTERIM* ein Ausdruck des wiederaufgenommenen Versuchs neue Kraft und Stärke zu entwickeln. Eine politische Struktur, die zur Zeit eine tatsächliche – wenn auch kleine – politische Kraft ist und an wichtigen Punkten (1. Mai, IWF) 8.000 Menschen zu revolutionären Demos mobilisieren kann, braucht einfach ein wöchentliches INFO.
Und Mann/Frau merkt schnell, ob er/sie das »Richtige« macht, es innerhalb von einem halben Jahr schafft, sich als Bezugspunkt in der Szene zu verstehen, oder ob die Zeitung in der Luft hängt.
Zum Aufwand: Umgekehrt – die politische Bedeutung steht in einem Verhältnis zum Aufwand. Wir glauben, daß gerade die wöchentliche Erscheinungsweise ganz wichtig ist für den Gebrauchswert der Zeitung. So können Diskussionen tatsächlich über mehrere Nummern laufen. In einem Monat hat frau/mann schon wieder andere Sorgen und Themen. Die Erfahrung aus dem ersten halben Jahr gibt uns darin recht. Dies verlangt eine Menge Verbindlichkeit und Zuverlässigkeit.
Berlin-Begrenzung: Erstens hat das technische Gründe. Wir haben keine Lust, jede Wochen ein paar Kisten Zeitungen, getarnt als DDR-Mastschweine durch den Transit zu schmuggeln. Zweitens ist das auch politisch unser Ansatzpunkt: Bewegung entzündet sich auf lokalen Kämpfen und verbindet sich erst dann überregional. Strukturen aufbauen heißt erstmal im Nahbereich anfangen. Wenn Zeitungen mit ähnlichem Konzept in Westdeutschland entstehen, was wir uns natürlich sehnlich wünschen, dann werden wir sicher einen regen Austausch mit ihnen haben.

ID-Archiv: *Im Editorial der 1. Nummer schreibt ihr, daß die Radikal sich in der Illegalität versteinert hat, gleichzeitig betont ihr in der Nr. 10, »daß es jedem/r einleuchten wird, daß wir diese Zeitung klandestin machen müssen«. Bleibt also die Frage, was ihr unter Klandestinität versteht? Gibt es eine notwendige Illegalität, die trotzdem eine lebendige Diskussion dokumentiert? Wie ist denn eine Zeitung vor drohender Repression zu schützen, die gleichzeitig in der aktuellen Diskussion bleibt und nicht in der Illegalität versteinert?*
Mittlerweile gibt es ja einige Zeitungen, die (halb) illegal erscheinen, bzw. erschienen (Freiraum, de Knispelkrant, Radikal, Sabot, Blättle...). In der Diskussion über Sinn und Notwendigkeit illegaler Zeitungsproduktionen ist die Repression des Staates eine Sache, die in der linksradikalen Szene vorherrschende Mystifizierung und das Konspirationsgehabe ein anderer Punkt. Inwiefern beeinflussen solche Zeitungen (so auch ihr) eine Diskussionskultur, die poli-

tische Auseinandersetzungen(fast) nur noch in Kleingruppen ermöglicht, denn größere Treffen (Vollversammlungen, Plenen) enden ja nicht selten in allgemeiner Sprachlosigkeit?

INTERIM: Klar ist es ein komisches Rumlavieren zwischen Konspirativität und offenem Auftreten. Zum Teil bekommen wir von anderen die nötige Rückkopplung für unsere Arbeit, zum anderen sind wir auf unsere eigenen Diskussionen angewiesen. Wenn wir das ausschließlich wären und wenn wir alle nicht noch in anderen Zusammenhängen steckten, an denen schließlich die Themen der *INTERIM* zusammenfließen, dann wäre tatsächlich bald die Versteinerung in der Klandestinität da. Im übrigen ist es natürlich auch wichtig, wie direkt und wie massiv wir kriminalisiert werden. Wenn wir an einem Punkt angekommen sind, wo wir uns hauptsächlich mit der Logistik des klammheimlichen Zeitungsmachen beschäftigen müssen, dann wäre es wahrscheinlich besser aufzuhören. Aber da sind wir zum Glück noch nicht. Auf der anderen Seite ist es schwer, zwischen »Konspirations-Gehabe« und notwendiger Vorsicht zu unterscheiden, wenn mann/frau (noch) keiner direkten Verfolgung ausgesetzt ist. Strukturen aufzubauen, die so konspirativ wie nötig und gleichzeitig so offen wie möglich sind, ist im übrigen kein Problem nur der *INTERIM*, sondern der ganzen Szene. Insofern sind wir da auch an den kollektiven Erfahrungen aus anderen Zusammenhängen, in denen wir stecken, beteiligt.



ID-Archiv: *Zum Schluß noch eine Frage zur Perspektive, auch wenn das in dieser Kürze natürlich nur knapp beantwortet werden kann. Orientiert sich eine Zeitung, wie ihr sie macht, an der »Bewegung«, wo doch die »Bewegung« oft orientierungslos ist.*
Kann eurer Meinung nach eine Zeitung die »Bewegung« positiv beeinflussen, neue Ideen hineintragen und Diskussionen entfachen oder ist eine Zeitung nur ein Spiegelbild allgemeiner Entwicklungen?

INTERIM: Wir sind genauso orientiert oder orientierungslos wie die Bewegung oder einzelne Teile von ihr. Wir versuchen, aus der Ratlosigkeit Fragen zu formieren, die sich sicher stellen, z.B. die nach möglichen Organisationsformen. Wir tun das nicht explizit, sondern durch eine Auswahl der Papiere, die wir bekommen oder irgendwo aussuchen. Eine Zeitung kann »die Bewegung« genauso vorantreiben wie andere Gruppen, die sich zusammensetzen und zu dem Ergebnis kommen: das ist der Punkt, da geht's weiter, das muß gemacht werden, und das dann eben anpacken und so anderen die Möglichkeit geben, sich daran zu orientieren oder sich eben daran zu reiben. Unsere Möglichkeiten dafür sind begrenzt. Sie liegen hauptsächlich in der Auswahl und allenfalls Kommentierung von Papieren, die von anderen kommen. Gleichzeitig sind wir durch unseren Anspruch, kursierende Flugblätter und Erklärungen soweit wie möglich zu dokumentieren natürlich auch ein Spiegelbild. Wenn wir nur das wären und auch nichts anderes wollten, dann wären wir bessere Fotokopierer oder jedenfalls keine politisch denkenden und handelnden Subjekte. Wir glauben das ein Spiegelbild die Bewegung vorantreiben kann, wenn es kein schönfärberischer Schneewittchenspiegel ist (... »ihr seid die radikalsten hier«) sondern eben auch ein schonungsloser Spiegel, der Fragen unausweichlich macht. Wohin wir ihn lenken, darin steckt die politische Subjektivität der Zeitung. Aber als ein Teil der Bewegung sind wir nicht besser oder schlechter als diese. Oder wie wir es mal in einer alten *Radi* gelesen haben: »von der Bewegung – für die Bewegung«.



Rechtsstaat-Konto:

Stand 25.1.89: 430.-DM
Konto: Wolfgang Haug - Volksbank Döffingen - **Ktonr.: 42 622 000**, BLZ 603 901 30 in 7043 Grafenau-1.

Erfeulich ist, daß wir *Ursula Wolf*, deren Prozeß die Gründung dieses Kontos initiiert hat überraschenderweise nicht finanziell unterstützen müssen. *Ursula Wolf* ging gegen das Urteil (3750.-DM) der bayerischen Richter in Revision und bekam zur allseitigen Überraschung vom Bundesgerichtshof einen Freispruch, der sich - zumindest für die bayerischen BuchhändlerInnen in Zukunft positiv auswirken kann.

Zur Erinnerung: Sie war als Buchhändlerin der Münchner Buchhandlung *Tramplpfad* verurteilt worden, weil sie eine Nummer des FREIRAUM verkauft haben sollte; mit ihr verurteilt wurde - leider schon vor der BGH-Entscheidung rechtskräftig - *Steffi Black*, Buchhändlerin der Münchner Buchhandlung *Basis*. Für das Urteil zog das Bayerische Oberste Landesgericht das - im Vergleich zur BRD-Rechtssprechung - schärfere bayerische Pressegesetz heran, indem es heißt:

> "Wer als verantwortlicher Redakteur, Verleger, Drucker oder Verbreiter am Erscheinen eines Druckwerks strafbaren Inhalts mitgewirkt hat, wird ... wegen fahrlässiger Veröffentlichung mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr und Geldstrafe oder mit einer dieser Strafen bestraft, sofern er nicht die Anwendung pflichtgemäßer Sorgfalt nachweist..."

Der BGH-Entscheid schränkt die grenzenlose Ausweitungspraxis der bayerischen Richter in Zukunft ein:

> "Ein Verbreiter, der mit seiner Handlung erst nach dem ersten Erscheinen des Druckwerks ansetzt, wird daher von § 11, Abs.3 BayrPressG nicht erfaßt. Der Anwendungsbereich der Vorschrift, soweit sie sich auf die Handlung eines Verbreiters bezieht, ist danach beschränkt auf Personen, die an der ersten Verbreitung vom Ort der Herstellung aus mitwirken, wie etwa der Leiter der Vertriebsabteilung eines Verlages, von dem aus die Verbreitung des Druckwerks beginnt. Eine ihm gesetzlich auferlegte Berufspflicht..., den Inhalt des Druckwerks auf einen strafbaren Inhalt zu überprüfen, ist auch praktisch erfüllbar. Von späteren Verbreitern des Druckwerks, wie Buchhändlern, Zeitungskioskinhabern und anderen Personen, deren Funktion in keiner Beziehung zur Herstellung des Druckwerks steht und die regelmäßig eine große Zahl verschiedenster Druckwerke verkaufen, könnte eine entsprechende Verpflichtung praktisch nicht erfüllt werden."

Die BuchhändlerInnen sind also raus, Wiederverkäufer müssen allerdings zumindest ihr Sortiment so stark erweitern, daß sie die Zeitschriften nicht mehr herumtragen können; so zumindest könnte das BGH-Urteil verstanden werden. Und wie sieht's mit den Druckern aus?

Aus dem BGH-Urteil wird deutlich, daß sie aus allen Landesgesetzen mit Ausnahme von Hessen und Bayern ausgenommen bleiben. Hier bleibt das BGH-Urteil recht vage, es macht allerdings deutlich, woher das bayerische Gesetz sein Vorbild bezog: Die "Gesetzgeber" sahen

> "eine der Struktur des §20 Abs.2 des Reichspressegesetzes entsprechende Vorschrift vor, nach der im Rahmen einer Stufenhaftung bestimmte für den Inhalt des Druckwerks verantwortliche Personen (Verleger oder Herausgeber, Drucker, verantwortlicher Redakteur) dann als Täter strafbar sein sollten, wenn der Verfasser des Druckwerks nicht ermittelt werden kann. Im Laufe der Beratung wurde diese Vorschrift, die vorsah, "jemanden als Täter zu bestrafen, obwohl man weiß, daß er es nicht ist", zu einer Vorschrift nach dem Vorbild des §21 des Reichspressegesetzes umgestaltet, die als Fahrlässigkeitstatbestand die Verletzung einer Überprüfungspflicht mit Strafe bedrohte."

Hätte ein §20-nachgeahmtes bayerisches Pressegesetz auch die Verbreiter erfaßt, so bleiben sie gemäß der gewählten §21-Fassung verschont; für die Druckerin bleibt jedoch in Bayern die Gefahr erhalten. In Hessen kann dieser Berufstand auch belangt werden, wobei jedoch nachgewiesen werden muß, daß der Drucker gegen den ausdrücklichen Entschluß des presserechtlich Verantwortlichen die Schrift dennoch gedruckt hat. Eine Regelung, die den Zugriff auf die DruckerInnen bei illegalen Schriften auch nach Landesgesetz erlaubt.

Verleger, Herausgeber und Redakteure sind eh nach wie vor dran. Ihnen allen wird "Vorsatz" unterstellt und dann droht weiterhin und nicht nur in Bayern - § 129a, wie das Urteil vom 17. Januar gegen den Hamburger Lehrer Fritz Storim, der für die Verbreitung der Zeitschrift *"Sabot"*, in der Redebeiträge einer Solidaritätsveranstaltung für die Hafenstraße veröffentlicht worden waren, zu einem Jahr Gefängnis ohne Bewährung verurteilt wurde. Entwarnung in Punkto Zensur kann also noch lange nicht gegeben werden.

Wolfgang Haug/Ursula Wolf

A-Szene

FLI-Treffen in Bad Sachsa

von Ulli Mamat und Siegbert Wolf

Fast 40 Männer und Frauen aus verschiedenen Regionen der BRD trafen sich im letztjährigen Herbst, vom 16.11.-20.11.88, im etwas ländlichen Tettenborn zum, wohl insgesamt 12. FLI-Treffen. Mindestens zehn verschiedene Themen und Arbeitsgruppen standen zur Diskussion: Neokonservatismus, Transnationalismus, Kulturkritik, Ökologie und Arbeit, Patriarchatskritik, Umstrukturierung, "Strukturen schaffen" und Anti3 - AG gegen Knast, Psychiatrie und Pädagogik. Der kulturpraktische Teil kam auch nicht zu kurz, ein Fest konnte 2 Tage nach "Buß-und Bet-Tag", mensch wollte den ortsansässigen Popen ja nicht verärgern, Tettenborns Zonenrandidylle musikalisch geißeln... Einige Diskussionsansätze und Inhalte sind im Folgenden kurz zusammengefaßt.

Transnationalismus

Nachdem der Diskussionszusammenhang dieser Arbeitsgruppe in eine inhaltliche Sackgasse geraten war, gelang ausgehend von den bisher vorliegenden Transnationalismusthesen (der Gruppe "Libertärer Frühling"), das Augenmerk auf einen zwar weltweit mit Interesse verfolgten, jedoch in libertären Kreisen bisher - von Ausnahmen z.B. im gewaltfreien Graswurzelanarchismus abgesehen - eher vernachlässigten, außenpolitischen Aspekt zu lenken: auf den Nahostkonflikt und hier wiederum speziell auf die nunmehr bereits jahrzehntelange Auseinandersetzung zwischen Israelis und Palästinensern.

Sehr rasch bewegte sich die in ihrer Emotionalität dem Gegenstand durchaus angemessene Diskussion, die oftmals allerdings von weitgehender Unkenntnis der Thematik getrübt blieb, auf jene beiden Problemfelder zu, die für diesen Gegenstand von hervorstechender Relevanz sind und an welchen auf den nächsten FLI-Treffen weiter diskutiert werden sollte:

1) Die im Rahmen einer zu entwickelnden freiheitlichen Stellungnahme dieses Nahostkonfliktes zu debattierende Haltung gegenüber dem "Staat" Israel als Organisationsform gesellschaftlichen Zusammenlebens (nicht jedoch in bezug auf das Existenzrecht der Israelis in dieser Region, das unbestritten bleiben muß!) sowie die libertäre Kritik an der Forderung eines eigenen palästinensischen Staates;

2) Das Verhältnis der anarchistischen Linken in der BRD zum Zionismus, Antizionismus, Antisemitismus und speziell zu der Frage: Gibt es einen Antisemitismus in der Linken oder gar einen linken Antisemitismus? ("Kauft nicht bei Juden!"), Aufruf zum Boykott Israels, Beurteilung der israelischen Politik gegenüber den Palästinensern - z.B. im Libanon - als neues "Auschwitz" usw.) Besteht für uns eine besondere moralische Verantwortung für die sogenannten "Opfer der Opfer", die Palästinenser?

Kulturkritik

Im Mittelpunkt dieser Arbeitsgruppe standen diesmal einige Thesen P. Virilios zu Geschwindigkeit und Gesellschaft und der "reine Krieg". Nach Virilio kam es mit der Industrialisierung zur Produktion von Geschwindigkeit, die heute zu einer Diktatur der Bewegung führen kann, die enteignet und entfremdet. Prothesen der Audiovisuellen und automobilen Bewegung, des Hörens und Fühlens, schaffen eine unterhalb der Bewußtseinsschwelle liegende Bequemlichkeit, eine Art Halluzination, die allmählich das Bewußtsein raubt, oder durch Forcieren der Geschwindigkeit konditioniert. Die Perspektive der Wahrnehmung wird zu einer des Filmsehens, Punkte tauchen auf, verschwinden, Bilder sind nicht mehr starr und fixiert, sie fliegen vorbei und verschwinden. Beständige Formen des Erscheines werden zu unbeständigen Formen der Bewegung. Dadurch verändert sich der Bezug des Passagiers zum Räumlichen, ein Nicht-Ort der Geschwindigkeit entsteht, ein Nicht-Ort illusorischer Freiheit, Geschwindigkeitsrausch!

Die Zeit gewinnt dadurch an Bedeutung, räumliche Entfernungen werden zunehmend durch zeitliche ersetzt - Institutionen der Zeit planen den Bewegungsstrom der Prothesen und ihrer BewohnerInnen. Entfernung mißt sich dann in ihrem Verhältnis zur Lichtgeschwindiglkeit. Das Primat der Geschwindigkeit ist gleichzeitig eines des Militärs.

Virilios "Reiner Krieg" bedeutet das Eindringen des Kriegs in alle gesellschaftlichen Bereiche, Krieg ist schon in seiner Vorbereitung existent, genährt vom "atomaren Glauben", Glauben an die Abschreckung. Ziel der Militärs ist die Entwicklung einer globalen "Öko-Logistik", das Umkehren ziviler Ressourcen in die militärische Produktion. Der moderne Krieg ist ein Krieg um Zeit, nicht um Raum.

Diese Thesen Virilios wurden zunächst schroff abgelehnt, als würde er, indem er den Aspekt der Geschwindigkeit akzentuiert, die ökonomischen und machtpolitischen Interessen eher verbergen als aufklären. Einige wichtige Thesen waren für die Diskutierenden jedoch von Bedeutung: Die Ästhetik der Unterbrechung.

Unsere politischen Widerstandsgewohnheiten bewegen sich auch in Dimensionen der Geschwindigkeit, unser Hetzen von Termin zu Termin, unsere Rastlosigkeit nimmt das Diktat der herrschaftlich gesetzen Zeit an, zwingt uns zum ständigen Reagieren - mit der illusorischen Hoffnung irgendwann doch einmal schneller zu sein? Wie schnell wechseln wir unsere Themen, wie oft verhindert das Rennen um die Zeit die Reflexion und die Solidarisierung?

Ist es nicht nötiger Barrikaden in der Zeit zu errichten, Verweigerungen und Blockaden des Geldflußes, der Produktion und der gelenkten und gesteuerten Bewegungsströme, als Barrikaden im Raum?

Anarchismus, Ökologie und Arbeit

Nach dem was in dieser AG diskutiert wurde, müßten die Anarcho/as die wahren NaturfreundInnen sein.

Gustav Landauer, der nach seinem Verhältnis zur Natur befragt wurde, beschwört die Einheit von Mensch und Natur. Arbeit mit und auch in der Natur, Mensch solle die Natur in sich lebendig werden lassen und Industrie, Handwerk und Landwirtschaft vereinigen. Als Vehikel zur Herstellung dieser Einheit diene das Bewußtsein des Geistes und die (knochenharte) Bodenbearbeitung.

Nachdem Landauers Begriffsinstrumentarium kritisiert wurde, Einheit und Ganzheit wurden zentrale Begriffe der Nazi-Ideologie, wurde etwas sprunghaft zur Technik-Diskussion gewechselt, zu der es mehr Fragen als Antworten gab. Welche Technik ist heute subversiv - oder kann es im Kapitalismus überhaupt eine solche geben? Ist es ausreichend Technik vielfältig, also nach Setzung individueller Kritierien zu verweigern, die sich dann in der Praxis komplementär (Verweigerungspluralismus als diffuse Strategie) und kritisch entwickelt?

Fürs nächste FLI-Treffen gibt es also noch genügend Fragestellungen:

- Naturverständnis
- Dezentralisierung der Technik und Destruktion des Kapitalismus
- Kriterien für die Bewertung von Technik

Neue Technologien in der Mikroelektronik, Biotechnologie und Medien-, Kommunikationstechnik; entgarantierte, flexible Arbeitsverhältnisse, Polarisierungen im Warenkonsum, soziale Verelendung, Veränderungen baulich-räumlicher Strukturen zu postmodernem Glanz einerseits, Verfall und Zerstörung ganzer Stadtteile und Regionen andererseits. Yuppies als Bürgermodell; Individualisierung und Abgrenzungen innerhalb der Linken sind nur einige Ausdrücke einer massiven Umbruchsituation und Umstrukturierung des kapitalistischen Staates.

Frauen und Männer von "Hyperbel A" haben an die 50 Thesen dazu aufgestellt, die zum Teil diskutiert wurden. Kritisiert wird, daß in vielen Analysen nur Teilbereiche der gegenwärtigen Situation untersucht werden,

die sich einseitig auf die Trikontinentale oder die Metropolen beziehen, oder daß auf politische oder ökonomische Kriterien eingeengt wird.

Begriffe wie Bookchins "Nachmangelgesellschaft" oder "Überflußgesellschaft" sind problematisch, da sie sich auch nur auf die Metropolen beziehen, in denen es durchaus auch Mangel gibt. Auch eine zentrale These von LAVA wurde relativiert: Die Abschaffung der Arbeit. Stattdessen: die Abschaffung lohnzentrierter, fremdbestimmter Arbeit.

Als weiterer Ansatzpunkt wurden die linken Mythen in Frage gestellt, von "das Kapital lenkt alles" bis zur Glorifizierung der Arbeiterklasse. Herausgestellt wurde, daß in den "Errungenschaften" der ArbeiterInnenkämpfe seit 1973 strategische Zugeständnisse kapitalistischer Interessen zu finden sind, die einen Übergang zur Krisenpolitik bildeten. "Krise ist die Voraussetzung für die Ausweitung und Intensivierung der Verwertung" (These 11) Die Verschärfung der Ausbeutungsverhältnisse in der Krise ermöglichen den Boom. Die gegenwärtige Umstrukturierung wird in einer Krisensituation gegen eine schwache ArbeiterInnenschaft durchgesetzt.

Weitere Aspekte kommen zur Wirkung:

- Strategie der "diffusen Fabrik", die Fabrik wird in Klitschen zergliedert, die als Zulieferbetriebe mit dem Großbetrieb per Kommunikationstechnik verbunden sind, d.h. ArbeiterInnen werden dezentralisiert, die Kontrolle über sie zentralisiert.
- Einbeziehen anderer Arbeitsformen und Gruppen (Zeit-, Leiharbeit, 440.-DM), die am Rande der Kernbelegschaften einen sekundären Sektor schaffen und so nach und nach niedrigere Löhne und höhere Arbeitszeiten durchsetzen
- Arbeitslosigkeit wird als Mittel benutzt um "Arbeitsbedingungen des Trikonts" durchzusetzen. Entgarantierung und Flexibilisierung der Arbeit.
- Bisherige, wenn auch minimale Einkommensquellen, des sogenannten Sozialen Netzes, werden rigoros gekürzt.

Frauenarbeit ist in die Analyse miteinzubeziehen. Der Arbeitsbegriff, der nur Lohnarbeit meint, läßt die unbezahlte Hausarbeit und unterbezahlte Erwerbsarbeit der Frauen außer acht. "Frauenarbeitsverhältnissen ist weltweit gemeinsam, daß sie prekär sind und verheimlicht werden." Das bedeutet Schwarzarbeit, Teilzeitarbeit, Heimarbeit außerhalb der Statistiken, der Gesetze und der Öffentlichkeit. Der westliche Lohnarbeiter ist eine minoritäre Erscheinung, 90% ungarantiert und unbezahlt Arbeitende sind "die Säule der Akkumulation". Die prekären Arbeitsverhältnisse wurden größtenteils in der Trikontinentale durchgesetzt, solange konnte es "privilegierte" Lohnarbeit geben, dies wird nach Meinung der Gruppe "Hyperbel A" zukünftig auch den Lohnarbeiter treffen. "Unsere Ökonomie wird sich auch hier 'hausfrauisieren'", d.h. unbezahlte und prekäre Arbeit wird sich ausweiten. Die geschlechtliche Arbeitsteilung führt zu einer Arbeitsanhäufung für Frauen als Hausarbeit oder prekäre Lohnarbeit.

Es ist abzusehen, daß die AG Umstrukturierung beim nächsten FLI-Treffen am Thema weiterdiskutieren wird.

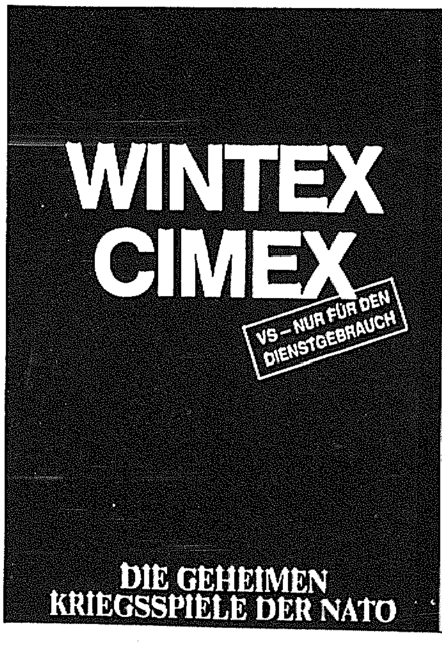
AG "Strukturen schaffen", Kommune

Im Gegensatz zur Umstrukturierung wirkten die Widerstandsperspektiven und eigenen Strukturen der diskutierenden Männer und Frauen sehr zaghaft. Zwar wurden die vielfältigen Lebensformen und Utopien gepriesen, die Fragen nach unabhängigen Wirtschaftskreisläufen, Abkopplung von Markt und Konsum usw. blieben offen. Die Erfahrungen und Hoffnungen blieben in ihrer Gegensätzlichkeit bestehen - dazwischen irgendwo läßt sich vielleicht Gemeinsames finden.

AG Anti³ - gegen Knast, Pädagogik und Psychiatrie

Die Zusammenfassung aller drei Bereiche ergab sich für uns aus ihren Ähnlichkeiten in ihren repressiven und normativen Funktionen. Sie sind institutionell verflochten, Experimentierfelder und Observationen der Wissenschaften vom Menschen - zwischen Wissen und Repression. Knast, Psychiatrie und Pädagogik wirken als Institutionen bis in die Theorie und Praxis der Linken, reproduzieren zwischen uns Hierarchien, Ausgrenzungen und Stigmata. In dieser Polarität bewegen wir uns. Das Ziel, das sich die AG gesteckt hat, ist eine Kritik dieser Institutionen, die Unterschiede und Ähnlichkeiten berücksichtigt und Gegenstrategien entwickelt.

Die Thesenpapiere zu Umstrukturierung und Kulturkritik sind über die Rundbriefstelle beziehbar. Diskutierte Meinungen der AG Patriarchatskritik und Politik des kleinen Unterschieds werden vermutlich im nächsten FLI-Rundbrief erscheinen.



Im SF-28 wurde der israelische Anarchist Josef Luden bereits wegen einiger Einschätzungen und Behauptungen (vorgetragen in Paris, übersetzt in TRAFIK) kritisiert. Unser ungarischer Genosse Emmanuel Goldstein (vgl. seine Beiträge zu Ungarn in SF-24 und 26) hat nun Anfang August 1988 ein Gespräch mit Josef Luden geführt. Das Interview fand vor der Hussein-Initiative statt, die den Palästinensern die bisher von Jordanien verwalteten Gebiete zusprach; die aktuellsten Ereignisse, wie auch die Arafat-Diplomatie, die Ausrufung des palästinensischen Staates und die negative Reaktion Israels können daher inhaltlich nicht Gegenstand dieses Gesprächs sein. Da Josef Luden jedoch auch in diesem Gespräch wieder für einige Unklarheiten sorgt, sahen wir uns veranlaßt, seinen Aussagen ergänzende Kommentare von Syma Popper, die selbst in Israel gelebt hat, beiseitezustellen.

SF-Redaktion



Ein Gespräch mit dem israelischen Anarchisten Josef Luden geführt von Emmanuel Goldstein, Budapest

Frage: Herr Luden, erzählen Sie bitte kurz über ihr Leben. Wie sind Sie eigentlich zum Anarchismus gekommen?

Luden: Ja, also eigentlich aus Enttäuschung über den Kommunismus. Ich stamme aus Polen, habe ziemlich lange kommunistische Untergrundarbeit betrieben und saß auch oft im Gefängnis deswegen. 1939 bin ich dann in die Sowjetunion gefahren, von dort bin ich dann nach Jahren "reportiert", also zurückverfrachtet worden nach Polen. Zu den Ideen des Anarchismus kam ich nach den Erfahrungen der Moskauer Prozesse, die mir die Augen geöffnet hatten über die Sowjetunion und die marxistisch-leninistische Ideologie. Nach dem Krieg versuchte ich dann drei Jahre lang, mit jüdischen Kindern, die durch Zufall den Holocaust überlebt hatten, auf irgendeine Weise nach Palästina hineinzukommen. Es war eine regelrechte Odyssee, denn die Briten waren vollkommen stur. Wir kamen mit den Kindern sogar in ein Flüchtlingslager nach Zypern. Danach konnten wir endlich legal nach Palästina. Ich brachte die Kinder sofort in einen der neugegründeten Kibbuzim und arbeitete selbst einige Jahre dort. Später fand ich dann die Stelle, wo ich bis zu meiner Pensionierung arbeitete, nämlich bei einer Baufirma des Histadrut (= israelischer Gewerkschafts-dachverband, Anm.). Ich begann mit meinen anarchistischen Aktivitäten gleich nach meiner Ankunft. Dies war auch gleichzeitig die erste Möglichkeit in meinem Leben, nicht nur anarchistisch zu denken, sondern mich auch bewußt organisieren zu können. Ich fand hier bereits 1948 eine wohlorganisierte libertär-sozialistische Gruppe vor, geschart um den russisch-jüdischen Anarchisten Aba Gordon. Es waren ungefähr 60-70 Leute, alles ältere Menschen, die entweder bei der zweiten Alliyah (=Immigration, Wiedereinwanderung der Juden in ihr Land; Anm.) ins damalige Palästina gekommen waren oder, wie ich nach dem zweiten Weltkrieg, als Überlebende des Holocaust. Sie kamen aus ganz Osteuropa, hauptsächlich aber aus Rumänien und Polen. Gordon selber kam aus den USA nach Israel; er war der erste Herausgeber unserer Zeitung "Problemen". Nach seinem Tod übernahm ich die Redaktion.

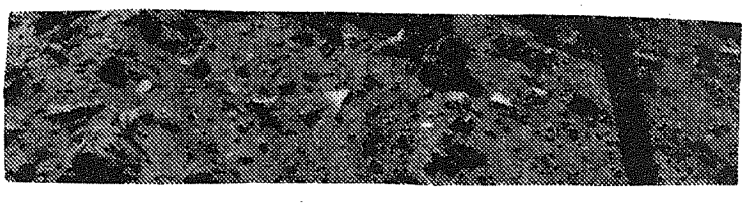
Frage: Wie sieht die anarchistische Bewegung heute in Israel aus? Welche Schwerpunkte setzen Sie bei der politischen Arbeit?

Luden: Also, zunächst einmal kann heute in Israel nicht von einer Bewegung die Rede sein. Leider, denn die Möglichkeiten dazu wären optimal. Die anarchistische Bewegung war früher stark

Streitgespräch

Schon die Terminologie enthält eine zionistische Gewichtsverlagerung: der Interviewer übersetzt das Wort **"Alliyah"** mit "Wiedereinwanderung der Juden in ihr Land" und damit wird die Tatsache, daß dieses Land auch den Palästinensern gehört, ignoriert.

Die objektive Übersetzung dieses Wortes wäre: Einwanderung der Juden nach Palästina (oder Israel). Im Wortsinn heißt "Alliyah": Aufstieg. Wenn Luden den zionistischen Geist dieses Wortes einfach wiedergeben wollte, so hätte er das sagen solllen und sich davon distanzieren müssen, was er nicht tun konnte, weil er selbst Zionist ist.



beteiligt am Aufbau dieses Landes, das ja von osteuropäischen radikal-sozialistischen, kommunistischen und anarchistischen Zionisten gegründet wurde - in den zehner, zwanziger Jahren. Libertäre gab es aber nicht nur, wie oft angenommen, in den gemeinschaftlichen Landwirtschaftssiedlungen der Kibbuzim und Moshavim (=mehr individualistische Kollektivfarmen; Anm.) Auch die Histadrut hatte am Anfang starke anarcho-syndikalistische Ziele. Dies mußte aber lange verschwiegen werden, denn die Mitglieder wollten den Zufluß der Gelder von bürgerlichen Juden aus dem Ausland nicht gefährden. Wir hatten viele bekannte Mitglieder in unserer Gruppe: Martin Buber zum Beispiel, der zusammen mit Nathan Chofshie versucht hat, seine libertären Prinzipien auf das konkrete Zusammenleben von Juden und Arabern hier zu übertragen. Bekannt war auch Yitzhak Tabori, ein Poet und Traktorist, der auch sehr viel internationale Solidaritätsarbeit für das kämpfende Spanien geleistet hat. Es gab dort übrigens eine libertäre Brigade aus Palästina. Erwähnen möchte ich aus der "alten Garde" noch Josef Trumpeldor, einen wahren Tolstoianer und Libertären, der auch vom "offiziellen" Israel anerkannt wird.

Diese Menschen, und mit ihnen das anarchistische Zentrum in Tel Aviv, sind jetzt tot. Sie waren bis hin zu den 70er Jahren noch aktiv. Nur wenige leben noch, sie sprechen meistens Yiddisch besser als hebräisch, auch die Zeitung "Problemen" erscheint bis heute auf Yiddisch. In den 60er und 70er Jahren unterstützten diese älteren, aber auch die inzwischen nachgewachsenen jüngeren Libertären und Radikal-Sozialisten fast alle progressiven Bewegungen und Reformen zur sozialen Umgestaltung Israels. Anfang der 80er Jahre haben wir uns voll in die neue Friedensbewegung integrieren, und sie mit neuen Gesichtspunkten bereichern können. Unsere Gruppe ist heute klein, sie besteht hauptsächlich aus ArbeiterInnen, weniger aus Leuten von der Intelligenz. Ich würde vielleicht sogar so weit gehen, zu sagen: wir sind lediglich ein Sammelbecken verschiedener EinzelaktivistInnen. Sie arbeiten in Städten wie in Kibbuzim, sie organisieren hier wie dort Diskussionen, Vorträge, Zirkel. Es gibt einen Kibbuz und zwei Moshavim, die auf rein anarchistischen Prinzipien aufgebaut sind. Die Zahl der Aktivistinnen ist zwar gering, doch sie erzielen Wirkung, ganz besonders innerhalb der Friedensbewegung "Peace Now". Da ja Hebräisch die Landessprache ist, müssen wir natürlich sehr viel in dieser Sprache publizieren. Das haben wir auch gemacht: wir geben - wenn auch unregelmäßig - libertäre Schriften auf Hebräisch heraus, und vor kurzem erschienen Bücher von Souchy, Arlasoroff (ein früherer Anarchist und Kropotkin-Anhänger; Anm.) und mir auf Hebräisch. Die Zeitung "Problemen" schicken wir an alle Kibbuzim. Auch von den israelischen Medien werden wir oft zum Thema Anarchismus befragt oder zu tagespolitischen Themen, hierbei spielt natürlich das medienpolitische Interesse am Wort "Anarchie" eine wichtige Rolle.



Frage: Anarchisten sind ja gegen die Existenz und gegen die Etablierung staatlicher Strukturen. Nun erstrebt aber das palästinensische Volk, und mit ihm viele progressive Menschen, die Gründung eines Staates "Palästina" in den heute von Israel besetzten Gebieten. Wie stehen Sie zu diesem Problem?

Radikal-sozialistische Zionisten: Das waren die eigentlichen Leute, die das Land für sich und andere Juden gegründet haben. Sie waren im Inneren der Kibbuzim oder der anfänglichen Histadrut egalitär, aber auf nationaler Ebene stark etatistisch.

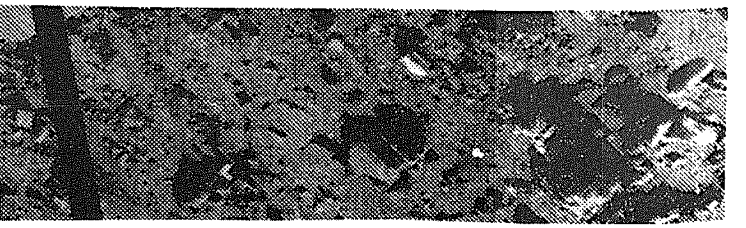
Kommunistische Zionisten: Meiner Meinung nach gab es solche unter den anfänglichen Siedlern nicht. Die "Palästinensische Kommunistische Partei" wurde Anfang der 20er Jahre gegründet und war nicht- oder antizionistisch. Nach der Gründung des israelischen Staates hat sie ihren Namen zu "Kommunistische Partei Israels" (hebräisch: "Maki") umbenannt. Erst 1965 trennte sich ein Teil ihrer jüdischen Mitglieder und entwickelte, unter Beibehaltung desselben Namens, eine pro-zionistische Linie. Nach fast 10 Jahren gründete diese Fraktion gemeinsam mit anderen Sozialisten die linkszionistische Organisation "Moked". Die "Maki"-Mutterpartei benannte sich 1965 zu "Rakach" um; sie ist gegen den Zionismus.

Anarchistische Zionisten: Diese Leute waren nationalistische Anarchisten und auch ihre Kibbuzim haben die Palästinenser verdrängt, wenn auch ohne Staatsideologie. Entsteht die Frage, ob jemand "Anarchist" genannt werden kann, der keine Solidarität mit armen Menschen eines anderen Volkes übt - also kein Internationalist ist - und sie sogar verdrängt, weil er dazu die Macht hat. Ich verneine diese Frage: Diese "Anarchisten" waren bloß nationalistisch-jüdische egalitäre Kollektivisten. Der Begriff "anarchistische Zionisten" ist unheilvoll, weil er widersprüchlich ist und Unterschiede verwischt, wie z.B. zwischen (jüdischem) Nationalismus und Internationalismus, zwischen Pazifismus und Militarismus, und seine Träger waren - oder sind - widersprüchlich im Denken und im Handeln. Wenn ein Jude als Anarchist nach Israel einwandern und sich mit den Palästinensern vermischen will (wie Luden ja fordert), so ist er kein Zionist, sondern ein Nicht- oder Anti-Zionist. Luden aber nennt sich Zionist.

Entsprechend diesem widersprüchlichen Begriff und dem widersprüchlichen Denken kam es dazu, daß der Vegetarier und Kibbuznik **Josef Trumpeldor**, einer der "alten Garde", den Luden als "anarchistischen Zionisten" bezeichnet und der sich auch selbst so gesehen haben mag, sich nicht etwa mit den Palästinensern vermischte - was ein Anarchist und sogar ein Sozialist als Internationalist tun sollte - sondern an der Grenze in Galiläa gegen die Palästinenser, die gegen ihre Verdrängung revoltierten, gekämpft hat und auf dem Schlachtfeld auch erschossen wurde. Im zaristischen Rußland war er Offizier in der Armee gewesen (Amos Elon: "Die Israelis, Gründer und Söhne") Wie ich schon in SF-28 ausführte, galt und gilt er als die kämpfende Symbolfigur der Rechtsradikalen. Auch nannte sich die rechtsradikale Partei von Wladimir (Zeev) Jabotinsky nach ihm: **"Betar"** (Betonung auf der letzten Silbe; = Abkürzung der beiden hebräischen Wörter "Brit Trumpeldor", die **"Trumpeldor Bund"** bedeuten. Diese Partei benannte sich später zu "Cherut" um und ihr Chef, der Nachfolger von Jabotinsky, war Menachem Begin. Entsprechend dem widersprüchlichen Begriff "anarchistischer Zionist" und dem widersprüchlichen Denken kommt es dazu, daß Luden ihn als "Tolstoianer" bezeichnet, obwohl von der Lehre des zutiefst pazifistischen Tolstoi bei Trumpeldor nicht gerade viel übrigbleibt.

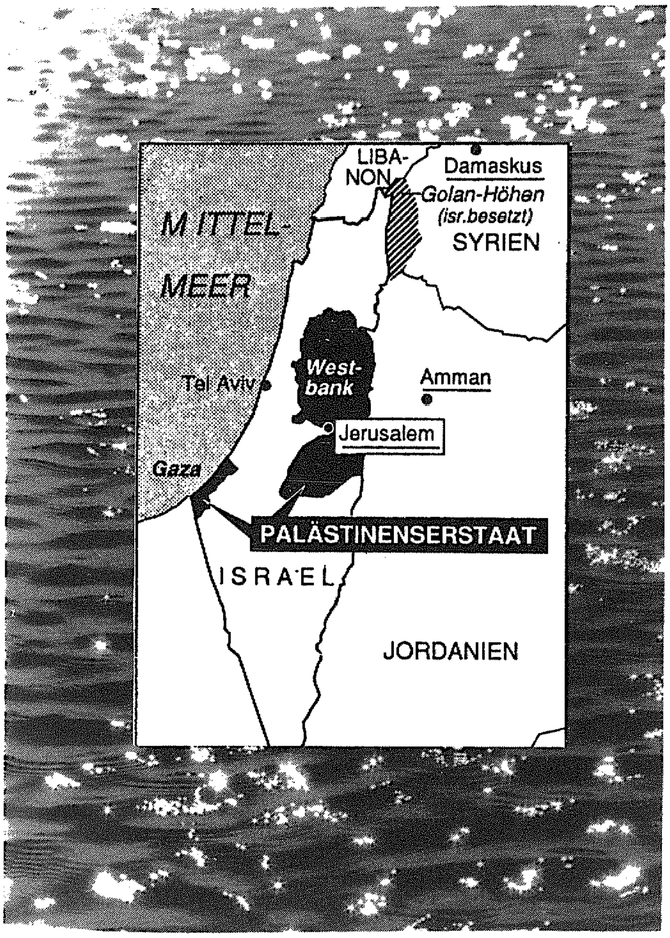
Martin Buber war in Israel hauptsächlich bemüht, dem israelischen Chauvinismus entgegen zu wirken und erbittert kritisierte er das Verhalten der Israelis gegenüber den Palästinensern und machte sich dadurch in Israel sehr unbeliebt.

Nathan Chofschie war Pazifist und Vorsitzender der Pazifistischen Vereinigung in Israel. D.h. Luden wirft den vom tiefsten Pazifismus geprägten Tolstoi, den großen Araberfreund und den Chef der israelischen Pazifisten mit dem großen Krieger Trumpeldor in einen Topf.



Luden: Es stimmt natürlich: wir Anarchisten sind gegen alle Staaten, wir sind der festen Überzeugung, daß Staaten sehr wohl entbehrlich sind zur sozialen Organisierung des Lebens. Dies trifft selbstverständlich auch auf Israel zu, der Staat tritt hier als ein unnützer Haufen Bürokratie hervor. Weshalb sollten wir dann die Gründung eines neuen Staates befürworten? Ein neuer arabischer Staat wird übrigens auch kaum bestehen können: weder ökonomisch, noch politisch, denn daß die anderen 21 arabischen Staaten Palästina nicht unterstützen werden, ist schon jetzt abzusehen. Ich glaube, materiell leben heute viele Palästineneser besser, als in einem zukünftigen Staat, wenn natürlich auch ohne jegliche politische Rechte.





Der israelische Staat ist schlimmer als ein "**Haufen Bürokratie**". Luden verniedlicht hier; der israelische Staat ist - wie alle anderen auch - vor allem ein schädlicher Herrschaftsfaktor. Das schlimmste aber ist, daß er über die Herrschaft im Innern hinaus, seine Nachbargebiete unter Fremdherrschaft zwingt.

Zum palästinensischen Staat: Ein solcher muß auch von Anarchisten respektiert werden. Die Palästinenser werden schon begreifen, daß ihre eigene Freiheit in einem eigenen Staat nicht so frei sein wird. Aber diese Stufe müssen sie durchlaufen. Befürworten und fördern sollten wir hier und jetzt den Rückzug Israels aus den besetzten Gebieten. Und akzeptieren und unterstützen sollten wir die inzwischen vollzogene Errichtung des palästinensischen Staates, weil sie untrennbar mit der Befreiung des palästinensischen Volkes verbunden ist. Von den Palästinensern zu verlangen, wie Luden es tut, sie sollen mit ihrer Befreiung warten bis der Anarchismus verwirklicht wird, haben wir kein moralisches Recht; - denn das würde sehr lange dauern, sowohl bei dem eher rechtsradikal und religiös fundamentalistisch tendierenden israelischen Volk als auch bei den Palästinensern. Solange die letzteren jedenfalls unter einer Besatzung leben müssen, sind sie nicht frei für die Entwicklung anarchistischer Ideen bzw. als erster Schritt wird die Befreiung von der fremden Besatzungsmacht notwendig werden, bevor, in einem zweiten Schritt, die Befreiung vom eigenen Staat Thema werden kann. Andere Gründe für die Errichtung eines palästinensischen Staates sind: Die betroffenen unterdrückten und geschmähten Palästinenser wollen es (Selbstbestimmungsrecht), die Friedensbewegung in Israel selbst und 20-30 Nationen der Welt sowie Weltorganisationen befürworten es. Inzwischen - nach der PLO-Erklärung von Algier, wurde der Palästinenserstaat von 60 Ländern anerkannt (Stand: 2.12.88)

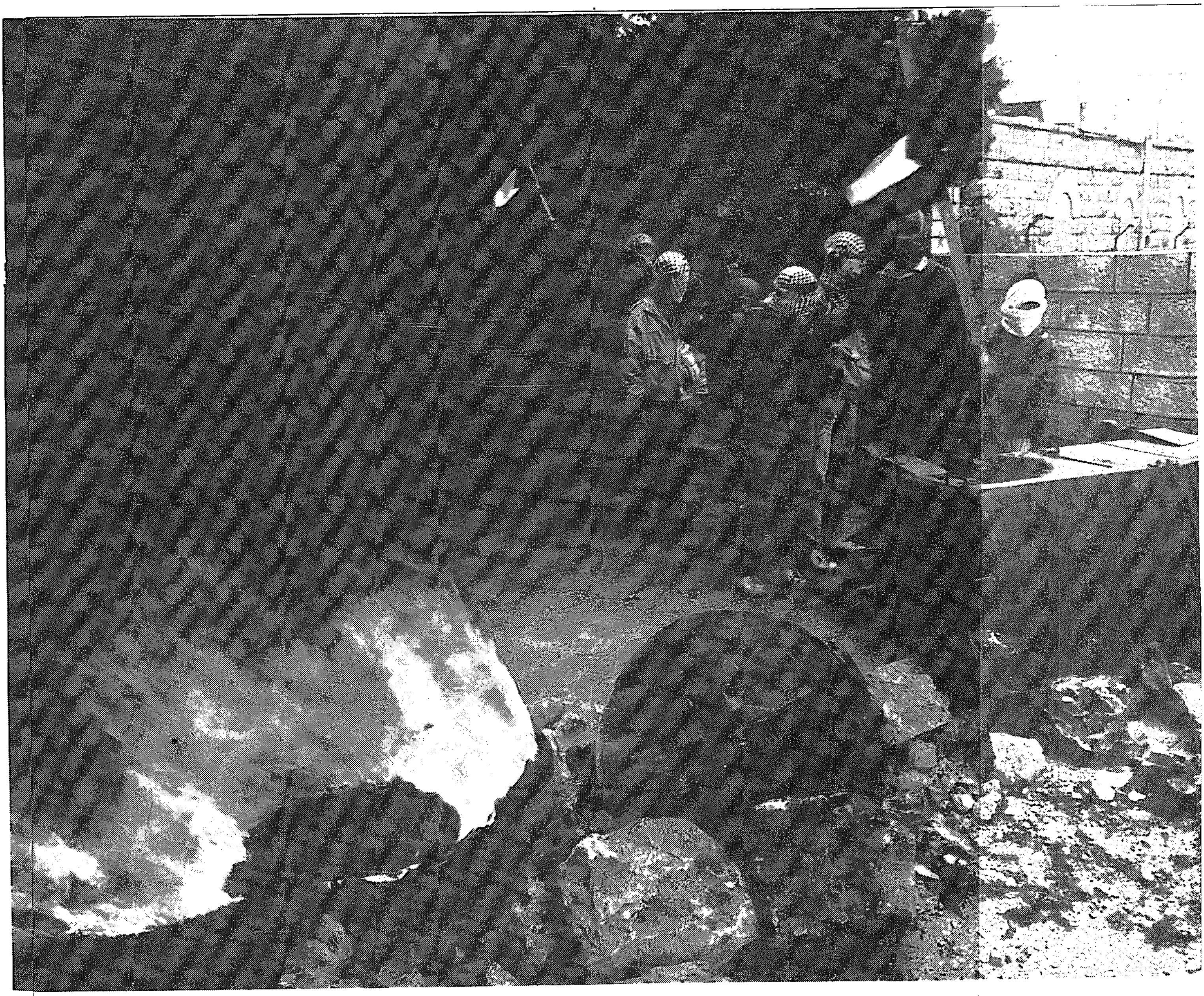
Wenn wir also Ludens Weg nicht befürworten, kommen wir zum "zweiten Schritt", der Propagierung anarchistischer Ideen. Eine Aufgabe, die anders angegangen werden muß, als dies Luden in seiner Pariser Rede 1986 übersetzt in Trafik Nr.28) und in diesem Interview tut. Und auch nicht wie Souchy es mit dem Kibbuzim-Mythos vom "Garten Eden" in seinem Buch "Reisen durch die Kibbuzim" und anderen Mythen ("Land der Urväter") getan hat (obwohl er kein Jude war). Souchy lobte sogar Herzl, den Erfinder der (jüdischen) Staatsidee; - das alles ist nur damit erklärbar, daß er ausschließlich vom Kibbuzim-Kollektivismus beeinflußt oder erfaßt worden war, dessen Mythos er selbst mitgeschaffen hat.

Ludens Behauptung, daß die anderen 21 arabischen Staaten Palästina nicht unterstützen werden, erweist sich bereits als falsch.

Daß die Palästinenser in Israel **materiell** bereits besser leben als in einem eigenen Staat stimmt natürlich nicht, weil sie in einem eigenen Staat eigene Landwirtschaft und Fabriken aufbauen können, was ihnen jetzt nicht erlaubt wird. Um zu leben, müssen sie jeden Tag nach Israel pendeln, um dort untergeordnete Arbeiten zu tun. Aber wichtiger als das Materielle ist - gerade für Anarchisten: - Freiheit und Menschenwürde. Hier verteidigt Luden indirekt den Zustand der Besatzung und somit den israelischen Staat. Auch werden den Palästinensern nicht nur die politischen Rechte, sondern die Menschen- und Bürgerrechte entzogen; - auch hier verteidigt Luden den Zustand der Besatzung.



Algier: Am 15. 11. 1988 ruft der Palästinensische Nationalrat den Staat Palästina aus



Barrikadenbau in Gaza

Frage: Ist es denn zu verantworten, gerade in diesem Spannungsgebiet die etwas experimentell anmutende staatenlose Gesellschaft zu propagieren? Wie könnte man die bestehenden Feindschaften zwischen beiden Völkern in solch einer Gesellschaft beseitigen?

Luden: Um auf die erste Frage zu antworten: die Idee der staatenlosen Gesellschaft ist nicht nur zu verantworten, sie ist sogar die einzig menschliche - also nicht machtpolitische - Lösung des Konflikts zwischen Arabern und Israelis. Wie man die Feindschaften beseitigen kann? Ihre Fragestellung ist falsch: Feindschaften werden nicht von Regierungen beseitigt. Die Antwort heißt nämlich: freies und kooperatives Zusammenleben beider Völker. Dies wird die heutige unnatürliche, nationalistische Disharmonie beider Nationen auf einen Schlag von selbst beseitigen.

Geschichte:

634 Eroberung des Gebietes Palästinas durch die Araber
1516 Einnahme Jerusalems durch das Osmanische Reich
1882 Beginn der zionistisch motivierten Einwanderung in Palästina
1918 Eroberung durch die Briten nach der Niederlage des Osmanischen Reiches
1933 Beginn der massiven jüdischen Einwanderung
1936 Arabischer Generalstreik. Unruhen dauern bis 1939

Eine staatenlose Gesellschaft kann noch Generationen dauern, Generationen von Leid und Leiden, Repression und Tötung. Eine solche Utopie auf der Grundlage der Kibbuzim muß berücksichtigen, daß diese seit vielen Jahren nur noch sozialliberal sind. Aber auch als ihre Mitglieder früher an der Macht waren (Ben-Gurion, Golda Meir und Moshe Dayan von der Arbeiterpartei) zählten sie nie mehr als 8% der Gesamtbevölkerung; heute zählen sie 3-4% und entscheidender: in den Fragen, die die Palästinenser angingen, gaben sie moralisch verwerfliche Antworten. (Vgl. SF-29) Moshe Dayan erlaubte den Palästinensern in Westjordanien nur teilweise eigene Landwirtschaft zu betreiben. Nach dem 6-Tage-Krieg 1967 zerstörte er dort planmäßig mehrere Dörfer sowie einen Großteil der Stadt Kalkilia und "beschlagnahmte den Grundbesitz von rund 250 000 palästinensischen Flüchtlingen, die 1967 ihre Heimat verließen. Diese Regierung (unter Golda Meir) wandte das britische Notstandsrecht von 1945 in den besetzten Gebieten rigoros an. Zwischen 1967 und 1973 (Ende der Regierung Meir) verbannte sie gemäß der "Deportation Order" mehr als 1000 Palästinenser über den Jordan." (Friedrich Schreiber und Michael Wolfson: "Nahost".) Auch dort, nicht nur im Gaza-Streifen, sind eigene (mit Ausnahme kleiner) Fabriken verboten . Im allgemeinen müssen sie israelische Ware kaufen, - aufgezwungener Markt. Westjordanien und Gaza-Streifen sind das zweitgrößte Importland für israelische Waren nach den USA (Hanna Siniora: "Journal of Palestine Studies", USA). Die jetzigen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse dort gelten seit der entsprechenden Verordnung Moshe Dayans. Und die ganze Gesellschaft in Israel tendiert nach noch mehr Fanatismus.

Die palästinensischen Araber und die palästinensischen Juden haben jahrtausendelang auf diesem einen Gebiet friedlich miteinander gelebt, gehandelt und geheiratet. Nach den ersten Alliyahs (also Anfang unseres Jahrhunderts; Anm.) traten aber immer mehr die machtpolitischen, imperialistischen Konfliktsituationen in den Vordergrund, die von den Kolonialmächten natürlich künstlich geschürt wurden. Meiner Ansicht nach wird der Konflikt heute in erster Linie von nationalistischen, religiös-orthodoxen Radikalen auf beiden Seiten geschürt. Natürlich haben die Palästinenser, genauso wie die Juden, das Recht auf Selbstbestimmung, auf Selbstverwaltung. Muß denn dies aber notwendigerweise einen staa tlichen Rahmen haben? Wir sagen: organisiert euch föderativ! Vermischt euch, heiratet untereinander! Bildet selbstverwaltete Gemeinden, Kantone oder was auch immer. Beide Völker müssen aber die gleichen Rechte besitzen.

1942 Biltmore-Programm der Zionisten, in dem erstmals offen die Gründung eines jüdischen Staates anvisiert wird
1947 UN-Teilungsresolution
1948 Ende des britischen Mandats, Ausrufung des Staates Israel. Erster arabisch-israelischer Krieg. Die Gründung eines Palästinastaates wird von Israel und Jordanien verhindert

Frage: Was halten Sie von der Intifada, dem palästinensischen Aufstand?

Luden: Natürlich haben die Palästinenser recht: sie kämpfen für ihre politische und soziale Emanzipation. Dies ist gar keine Frage. Ihr Aufstand entblößt die Engstirnigkeit und Dummheit der israelischen Regierung, die sich wohl bis vor kurzem auf eine jahrhundertelange Besetzung der Gebiete eingerichtet hat. Das Problem ist nur: viele "Radikale" innerhalb der PLO wollen nicht nur den Gaza-Streifen und die West Bank, sondern auch das gesamte Gebiet Israels unter ihre Führung bringen. Das geht selbstverständlich nicht. Wie gesagt: hier haben zwei Völker ihre Rechte geltend zu machen. 1948 haben die Araber die Bildung eines palästinensischen Staates abgelehnt. Zwanzig Jahre lang hätten sie Zeit gehabt, diesen Staat aufzubauen. Sobald Israel die besetzten Gebiete zurückgegeben hat, müßten die Palästineneser eigentlich sehr bald Jordanien in ihrem Sinne politisch umfunktionieren. Wir Anarchisten meinen: Der Gedanke der Selbstverwaltung muß noch in sehr viele Köpfe eindringen. Sowohl das palästinensische, als auch das jüdische Volk muß sich gegenseitig Garantien geben können. Dazu gehören nicht nur gleiche, sondern auch kooperative, und sogar freundschaftliche Bedingungen.

Frage: Gibt es heute bereits Beispiele dafür?

Luden: Aber sicher. Ich möchte nur ein Beispiel nennen: Nazareth. Die Stadt ist heute ein Musterbeispiel des friedlichen und freundschaftlichen Zusammenlebens zwischen Juden und Arabern. Wichtig hierfür war die materielle Gleichstellung der arabischen Einwohner, wodurch sich sehr viele soziale Konflikte einfach erübrigen. Diese arabischen Familien leben, arbeiten und lernen zusammen mit jüdischen. Auch ist unter beiden Volksgruppen die Kinderzahl niedrig. Die Lebensbedingungen haben einfach eine andere Form des Zusammenlebens hervorgebracht. Verstehen Sie? Es ist einfach kein Problem. Der Frieden ist möglich. Nur ist der Friedensschluß eben nur zwischen zwei Völkern möglich, nicht zwischen zwei taktisch-manövrierenden Regierungen. Keine internationale Konferenz, kein Regierungsbeschluß vermag zwei Völker miteinander zu verbinden, sie in Freiheit und in wirklichem Frieden miteinander leben zu lassen. Sobald die israelische Regierung bereit ist, den Palästinensern die faktische Gleichberechtigung anzuerkennen, wird die Pest des Nationalismus und des Chauvinismus aus dieser Region verschwinden. genauso, wie sie zwischen Deutschland und Frankreich verschwand, nach all den gegenseitigen Feindschaften

Das stimmt. Bis die Zionisten kamen und den Palästinensern ihr Land weggenommen haben. Deshalb konnte natürlicherweise der ehemalige Zustand der Harmonie nicht weiterexistieren.

Die Intifada ist nicht abhängig von religiös-orthodoxen Fanatikern. Luden diskreditiert die Intifada ohne sie beim Namen zu nennen und vollzieht zudem eine Gleichstellung zwischen dem Lager der Unterdrücker und dem der Unterdrückten. Auch steht es im Widerspruch zu seiner positiven Antwort auf die Frage, wie er zur Intifada steht.

Das ist eine Illusion. Es gibt in Israel einzelne Fälle, wo jüdische Mädchen Palästinenser geheiratet haben oder umgekehrt; die Jüdinnen wurden von ihren eigenen Familien verstoßen. Wie die letzten Wahlen in Israel gezeigt haben, ist die Zahl der stark religiösen Juden kräftig gestiegen, und die würden sich niemals mit den Arabern vermischen. Die Palästinenser wollen ihre Gemeinden oder Kantone nicht unter israelischer Besatzung "selbst verwalten"; sie wollen nicht: von Israel jede Entwicklungsmaßnahme erbitten, die dann verweigert würde. Sie wollen nicht unter israelischer Aufsicht stehen sondern die **Selbstbestimmung;** diese **bleibt** also die **Voraussetzung für eine Selbstverwaltung.**

1956 Israelisch-britisch-französischer Krieg gegen Ägypten
1964 Gründung der PLO
1967 Junikrieg. Besetzung der Westbank, des Gaza-Streifens, der Sinai-Halbinsel und der Golan-Höhen durch Israel
1970 Vertreibung der PLO aus Jordanien

Zwar verkündete die PLO ihren Staat in der West Bank und im Gaza-Streifen erst am 15.11.88, also gut drei Monate nach dem Gespräch mit Josef Luden, aber mit diesem beschränkten Gebiet war sie schon längst einverstanden, wie Arafat in seinen Gesprächen mit Uri Avnery deutlich machte. Aber diese Signale wurden vom Staat Israel stets ignoriert. Und auch wenn es nicht so gewesen wäre, wäre es kein "Problem", weil nicht "viele Radikale" in einem Staat zählen, sondern die Mehrheit.

1973 August: Gründung der Palästinensischen Nationalfront (PNF) in den besetzten Gebieten
1973 Oktoberkrieg
1974 Die Arabische Liga erkennt die PLO als einzige legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes an. Beobachterstatus bei der UNO. 12. PNC beschließt ein Etappenprogramm
1976 Sieg der PLO-Anhänger bei Kommunalwahlen in den besetzten Gebieten
1978 Separatabkommen von Camp David zwischen den USA, Israel und Ägypten

Als Musterbeispiel fürs Zusammenleben zwischen Juden und Palästinensern nennt Luden **Nazareth.** Ein Blick in den Merian-Reiseführer macht dies fragwürdig: "In Nazareth leben heute überwiegend christliche und mohammedanische Araber und wenige Angehörige christlicher Orden, die die Pilgerstätten besuchen. Juden wohnen im Norden der Stadt, in dem (1957) neugegründeten Stadtteil Illit" (d.h. das Obere; "Nazereth Illit" = das obere Nazareth). Sie leben also getrennt!
Und im "Blauen Führer Molden" lesen wir: "Es arbeiten zwar alle zusammen in den Feldern und in den Fabriken, doch leben tut jeder für sich" und "in der Altstadt ist die offizielle Sprache Arabisch", und nicht etwa arabisch und hebräisch.

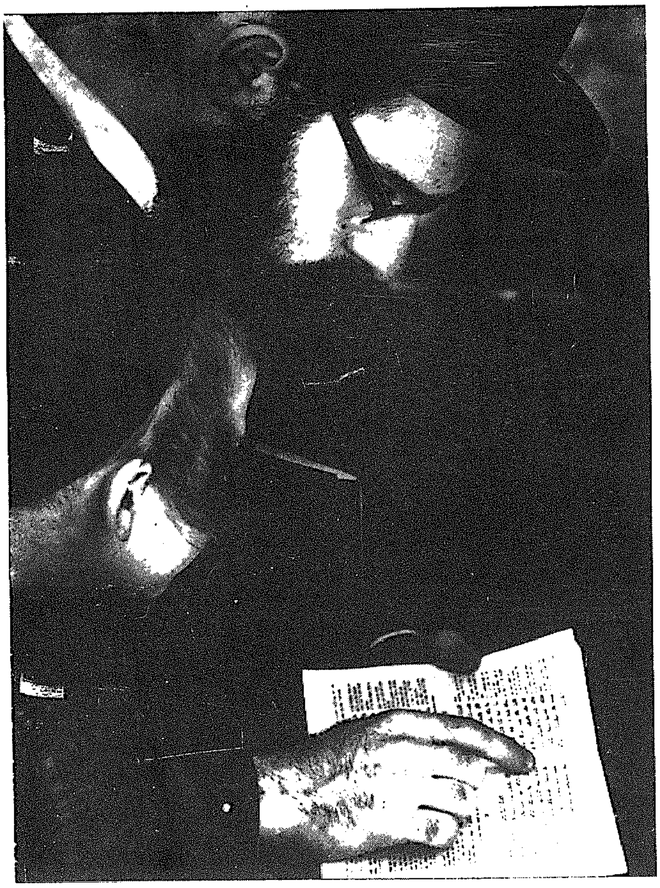
Natürlich ist der Frieden dort möglich: Nazareth liegt ja auch im Kernstaat Israel, wo Frieden herrscht und nicht in den besetzten Gebieten.

1982 Israelische Invasion im Libanon, u.a. um die PLO zu zerschlagen
1983 Spaltung der PLO
1985 Israelische Politik der „eisernen Faust" in den besetzten Gebieten

und Kriegen. Warum sollte das nicht auch hier möglich ein? Es war ja auch eine der wichtigsten Grundlagen des Zionismus, daß die Juden in Frieden und auf gleichberechtigter Basis mit den Nachbarvölkern leben müssen. Die heutige israelische Regierung verkrüppelte aber die hohen Ideale des Zionismus, genauso wie das die sowjetische Regierung seit siebzig Jahren mit den Ideen des Sozialismus tut.

Frage: Was bedeutet es eigentlich für Sie als Anarchist, Jude zu sein?

Luden: Ich sehe meine politische und meine Volkszugehörigkeit nicht im Widerspruch, im Gegenteil. Bereits Kropotkin hat sich für die nationale und territoriale Selbstverwaltung der Juden ausgesprochen. Auch die Bundisten (= jüdische radikal-sozialistische Partei im früheren Rußland; Anm.) waren, obwohl Nicht-Zionisten, dieser Meinung. Für mich zählt der Wille des einzelnen: ich bin als Anarchist der Ansicht, die Juden sollen frei wählen können, wo und wie sie leben möchten, ob sie eine Heimat brauchen. Israel ist ein wichtiger Schutzort für dieses Volk, diese Funktion muß das Land auch weiterhin erfülen. Nur eben ohne Staat.



Frage: Zum Schluß bleibt noch eine Frage: wie sehen Sie Israels Zukunft?

Luden: Optimistisch. Ich bin zwar kein Marxist, der an historische Gesetzmäßigkeiten glaubt, aber ich glaube, früher oder später wird sich auch hier die einzig vernünftige Idee vom Zusammenleben beider Völker durchsetzen. Was zählt ist, was in den Köpfen abläuft. Menschen werden immer bereit sein, sich zu ändern. Auch die Intifada bewirkte große Veränderungen in diesem Land. Überall in der Welt ist der schrittweise Abbau autoritärer Gedanken und Verhaltensweisen zu beobachten. Das kommt hier auch noch einmal. Schauen Sie: Dieses Land hat gleich zwei Utopien verwirklicht: Den Juden eine Heimat gegeben und die Keimzellen einer freiheitlichen Lebensform in den Kibbuzim und Moshavim begründet. Warum könnte es nicht eine dritte, universellere Utopie verwirklichen: die des brüderlichen Zusammenlebens zweier, freier, gleichberechtigter Völker?

Das stimmt nicht. Der ursprüngliche Zionismus als solcher hat, wenn auch ohne Gesinnungschauvinismus, die Palästinenser nicht als gleichberechtigt betrachtet, sondern verdrängte sie und sprach von "unserem Land", "unserem Vaterland" und anderen zionistischen Phrasen. Außerdem war er generell für einen jüdischen Staat. Und wenn er Frieden unter diesen Umständen angeboten hat, so war es Frieden, der auf Ungerechtigkeit basiert. Hier ertappe ich mich bei einer Untertreibung: wenn man jemanden Land und Arbeit wegnimmt, so ist es mehr als "ungerecht", denn es geht um seine Existenz.

Um ehrlich zu sein: nicht imer und überall hab n die Kibbuzim Araber verdrängt: Jesreeltal (wo sich auch der erste Moschaw Nahalal befindet, gegründet 1920), war ein sumpfiges Gebiet und dort lebten keine Araber. Die Siedler litten viel unter Malaria. Aber weil sie Zionisten waren, handelten auch sie ihrem Ideal entsprechend und boykottierten arabische Waren. Nach der Trockenlegung der Sümpfe kooperierten auch sie nicht mit den Arabern und erzeugten eine tiefe Kluft ihnen gegenüber.

Welche **"hohen Ideale" des Zionismus** hätte die *heutige* Regierung (im Gegensatz zu früheren der Arbeiterpartei, die Luden damit indirekt rechtfertigt!) verkrüppelt? Die des Sozialismus innerhalb der Kibbuzim? Hat sie nicht. Sie hat sich in das innere Leben der Kibbuzim nicht eingemischt, sondern im Gegenteil, sie hat sie subventioniert und tut es natürlich noch immer. Auch nicht die "hohen Ideale" der Zusammenarbeit in Gleichheit mit den Palästinensern? Solche existierten auch während der *früheren* Regierungen von den Ex-Kibbuzniks Ben-Gurion und Golda Meir nicht. Mit dem reinen Sozialismus ist der Zionismus nicht zu vergleichen. Sein Ideal ist nicht Internationalismus, sondern Nationalismus. Weil seine Prämisse "Land ohne Volk für ein Volk ohne Land" eine Lüge war, hat sich diese Pflanze als nationale Diskriminierung und rassistische Unterdrückung entwickelt.

Die Juden sollen **nicht "frei wählen können"** in den besetzten Gebieten zu siedeln - mit oder ohne Staat, mit oder ohne Verdrängung der Palästinenser - solange sie sich "Zionisten" nennen, wie Luden und die seinen es tun, weil es ein Reizwort und eine Provokation für die Palästinenser ist. Zionismus ist jüdischer Nationalismus, auch wenn er von links kommt. Und wenn Luden sagt "vermischt euch" und sich trotzdem Zionist nennt, so schafft er nur eine Verwirrung der Begriffe und des Denkens. Und in der Tat, wenn das Gespräch zu den Punkten kommt, verteidigt er den israelischen Staat und verwirft nur den der Palästinenser.

1987 Wiedervereinigung der PLO. Beginn der Intifada im Dezember 1987
1988 Ausrufung des Staates Palästina auf dem 19. PNC am 15. November

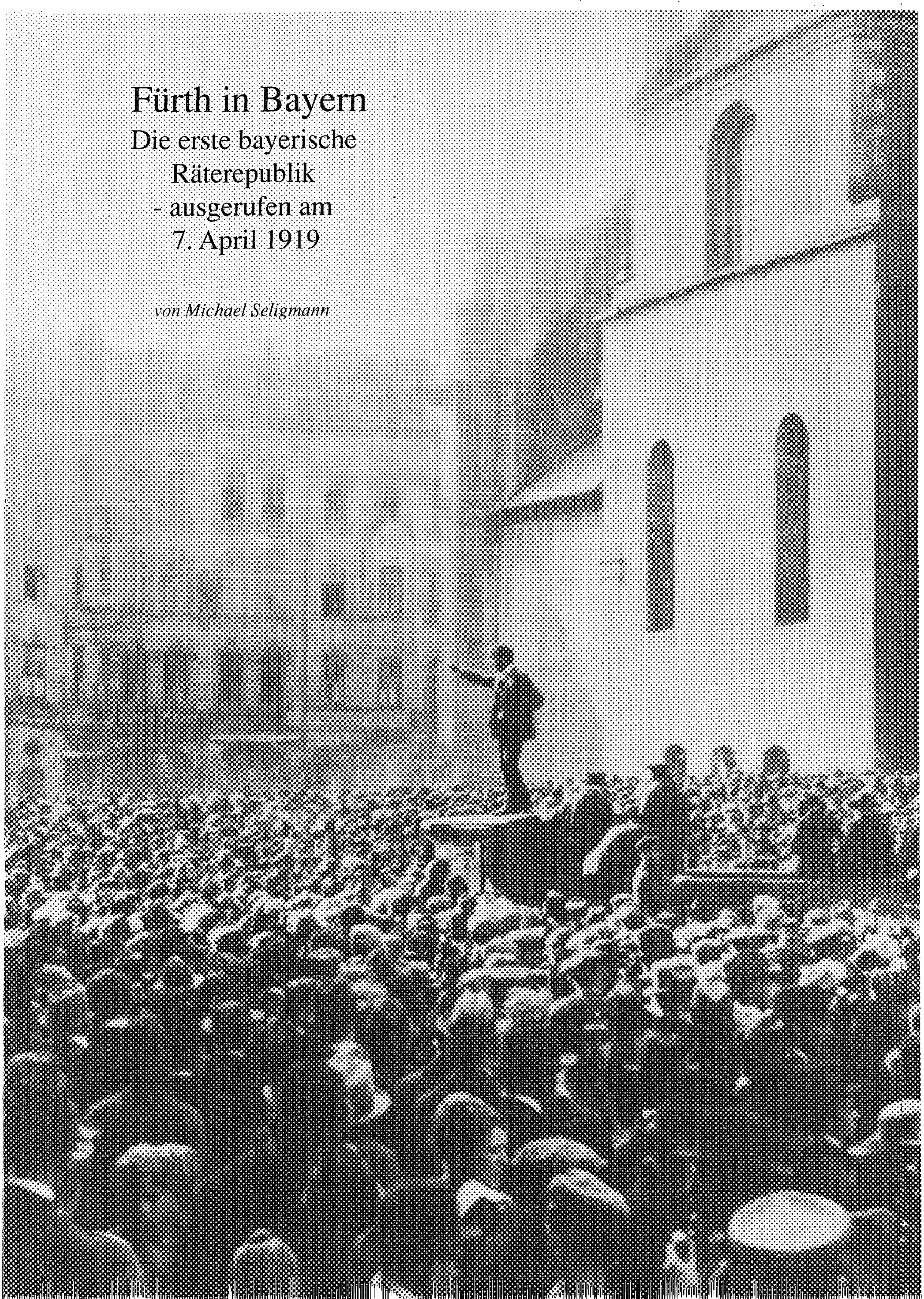
Luden sieht Israels Zukunft optimistisch. Ich - nur bedingt. Ludens Optimismus vom Abbau autoritärer Verhaltensweisen trifft nur auf einige Staaten des Ostens zu. In den USA, z.T. Europa, Süd-Afrika ist es umgekehrt.

Die **Utopien** Israels haben den Israelis und den Palästinensern, dem Libanon und den arabischen Nachbarstaaten seit Israels Gründung nur Unsicherheit und Kriege beschert und die Kibbuzim sind schon längst im Prozeß der Abbröckelung. Trotzdem wird die Grundidee der Egalität bleiben -, aber nicht gegen, sondern in Zusammenarbeit mit anderen Völkern.

Fürth in Bayern

Die erste bayerische Räterepublik - ausgerufen am 7. April 1919

von Michael Seligmann



Fälschlicherweise führte die Geschichtsschreibung sie als "anarchistische" oder "Schein"räterepublik, reduzierte sie auf die bayerische Hauptstadt München und einige dort lebende Anarchisten und Schriftsteller: Erich Mühsam, Gustav Landauer und Ernst Toller. Aber sie war genausogut anarchistisch, wie sozialistisch oder kommunistisch, sie ist auch in Kempten, Würzburg, Burglengenfeld, Landshut und vielen anderen Städten Bayerns ausgerufen worden. An ihr beteiligt haben sich ebenso die Hausfrau Maria Niedermayer aus dem niederbayrischen Regen wie der Lindauer Ingenieur Groll, der als lokaler SPD-Vorsitzender die Kunde von der Räteherrschaft bis ins österreichische Bregenz trug und zu diesem Zweck die Zöllner mit der Waffe überzeugte, ihn doch einreisen zu lassen; an ihr beteiligten sich SozialdemokratInnen, KommunistInnen, der gerade vier Monate alten KPD und Bauernräte. In Ingolstadt währte sie nur einen halben Tag, in Altdorf bei Nürnberg einen Tag und in Passau neun. Ihre entschiedensten Gegner neben den reaktionären Studenten, dem Bürger- und Beamtentum kamen aus den Reihen der bayerischen SPD und der Münchner Ortsgruppe der KPD.

Im SF soll deshalb der 70 Jahrestag der Räterepublik nicht am Beispiel Münchens, sondern in einem kleineren Ausriß, einem Mosaiksteinchen, über die Ereignisse in der Industrie- und Arbeiterstadt Fürth in die Erinnerung zurückgeholt werden.

Als am 7.November 1918 eine nur wenige Köpfe zählende, aber entschlossene Gruppe führender Mitglieder der bayerischen USPD um Kurt Eisner den Anstoß zur Novemberrevolution gab und in Bayern am nächsten Morgen die Monarchie abgeschafft und die Republik ausgerufen worden war, konnte noch niemand ahnen, daß damit der Grundstein für eine bayerische Sonderentwicklung innerhalb der deutschen Revolution von 1918/19 gelegt worden war, die fünf Monate später zum ersten Versuch führte, die Räterepublik und damit die Regierungsform der Rätedemokratie in einem ganzen Teilstaat des Reiches zu proklamieren.[1] Die Entwicklung der ersten Monate der Revolution in Bayern war gekennzeichnet durch die Regierung Eisner/Auer, in der die USPD, anders als innerhalb der Reichsregierung, zunächst den größeren Einfluß auf die Politik zu nehmen glaubte. Die Aktion der Münchner USPD-Führung entsprach dem Willen der kriegsmüden Menschen; eine zögerliche, dem revolutionären Bruch durch und durch abgeneigte Führung der bayerischen Sozialdemokraten konnte sich dem nur noch fügen. Trotz dieser schwächeren Ausgangsposition gelang es den Ministern der MSPD, insbesondere Erhard Auer als Innenminister, Albert Roßhaupter als Militärminister und Johannes Timm als Justizminister die ungewollte Räterevolution zurückzuschrauben. Schon nach wenigen Wochen, Ende 1918 wurden die Befugnisse der zahllosen, in den allermeisten Orten des Landes gebildeten Arbeiter-, Soldaten - und als bayerische Besonderheit - Bauernräte weitgehend eingeschränkt; ihnen sollte nurmehr beratender Charakter in lokalen Angelegenheiten zukommen. Die Entscheidungskompetenzen lagen wieder in den Händen der noch zu Zeiten der Monarchie unter den diskriminierenden Beschränkungen des Drei-Klassenwahlrechts gewählten Selbstverwaltungsorgane der Kommunen. Die nach wie vor arbeitende monarchistische Beamtenschaft beherrschte die Exekutive.

Die Landtagswahlen am 12.Januar 1919, gegen den Widerstand eines Teils der Räte durchgeführt, brachten den bürgerlichen Parteien landesweit die parlamentarische Mehrheit, der USPD des Ministerpräsidenten Eisner aber eine bestürzende Niederlage. Im Landesdurchschnitt erhielt die SPD 33%, die USPD nur 2,5%, der sozialdemokratisch orientierte Bayerische Bauernbund 9,1% und die bürgerlichen Parteien knapp 55% der abgegebenen Stimmen bei einer hohen Wahlbeteiligung der Bevölkerung.

Die Wahlen zeigten aber auch einen großen Unterschied zwischen Stadt und Land. In den Stadtgebieten Bayerns erhielten die beiden sozialistischen Parteien SPD und USPD zusammen 48,6% der abgegebenen Stimmen, in den ländlichen Regionen dagegen nur knapp 28%. Das Wahlergebnis erschütterte die Hoffnungen vieler Anhänger der sozialistischen Parteien auf Bildung einer sozialistischen Regierung durch eine parlamentarische Mehrheit. Während auf Seiten der bürgerlichen Parteien und der Führung der SPD die Vorbereitungen auf die Konstituierung eines bayerischen Landtags den gewünschten Verlauf nahmen, blieb der bayerischen USPD nur die verstärkte Hinwendung zu den Räten und damit zur außerparlamentarischen Arbeit.

Abseits dieser Wahlvorgänge radikalisierte sich seit dem Dezember 1918 zunehmend ein Teil der bayerischen Räte. Die Gründe dafür lagen in der unverändert desolaten sozialen und wirtschaftlichen Lage der Bevölkerung; der harte Winter, die Demobilisierung der Soldaten und die mit der Einstellung der Rüstungsproduktion einhergehenden Massenentlassungen verschärften sie noch. Hoffnungen auf einen radikalen Bruch mit dem monarchistischen Herrschaftssystem lösten sich angesichts der Anstrengungen der sozialdemokratischen Minister die Kontinuität zu wahren immer mehr in Wohlgefallen auf. Alarmierende Anzeichen für ein Wiederaufleben der durch die Wucht der Revolution zunächst verstummten bürgerlich-reaktionären Kreise um die alte Militär- und Beamtenkaste waren die Affaire um die Gründung einer Bürgerwehr mit Unterstützung Auers und Timms im Dezember 1918 sowie die zunehmende Hetze in den Zeitungen gegen den "galizischen Juden" Eisner, der das Vaterland verrate.

Als Eisner dann auf dem Weg zur ersten Sitzung des Landtags am 21. Februar 1919 vom Grafen Arco-Valley ermordet wurde, brach ein Proteststurm los, der sich von München aus über das ganze Land ausbreitete. Mit dem Protest gegen die schändliche Tat verband sich an vielen Orten des Landes der Protest gegen die skizzierte allgemeine Entwicklung der Revolution. Die sich an das Attentat anschließende Flucht des bayerischen Landtags und die Übernahme der politischen Macht durch den Zentralrat in München führte in vielen Orten Bayerns zu einer Stärkung des Selbstvertrauens der lokalen Räteorgane. Dieses gestiegene Selbstvertrauen der bayerischen Räte fand seinen Ausdruck dann im Verlauf des ersten Kongresses der bayerischen Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte in München, der vom 25. Februar bis zum 8. März 1919 tagte. Trotz großer Unterschiede zwischen der eher pro-parlamentarischen und der eher rätedemokratischen Fraktion der bayerischen Räte und trotz der eindeutigen Ablehnung der Ausrufung der Räterepublik durch eine Zweidrittelmehrheit, zeigten die mit überwältigender Mehrheit angenommenen Kompromisse, daß die bayerischen Räte selbstverständlich an der zukünftigen Gestaltung des politischen Lebens des Landes entscheidenden Anteil zu nehmen gedachten.

Schienen am 20. Februar die Tage der bayerischen Räte ebenso gezählt wie die er Räte im übrigen Reichsgebiet, so veränderte die nach der Ermordnung Eisners einsetzende "zweite Revolution" die Szenerie entscheidend.

In den sechs Wochen zwischen der "zweiten Revolution" und der Ausrufung der Räterepublik am 7.April 1919 beschleunigte sich diese Entwicklung. Die Führungen der bürgerlichen Parteien und der SPD einigten sich auf die Bildung einer rein sozialistischen Minderheitsregierung unter Ministerpräsident Johannes Hoffmann (SPD). Angesichts der gespannten Lage, der zahlreichen Demonstrationen und bewaffneten Aktionen anläßlich der Ermordung Eisners blieb der bürgerlichen Mehrheit zunächst nichts weiter übrig. Als diese Regierung, die von Anfang an auf schwachen Füßen stand, in den ersten Wochen ihrer Tätigkeit keine einschneidenden Reformen des bayerischen Staatsapparates und des Gesellschaftssystems erreichte, der andauernd harte Winter zu einer weiteren Verschlechterung der Lebensmittelversorgung und Belieferung mit Heizmaterial sorgte, in Ungarn am 20. März 1919 die Räterepublik und die Vereinigung der sozialistischen Parteien erklärt wurde, im Ruhrgebiet und in Württemberg Generalstreiks ausbrachen, fehlte nur noch ein Tropfen, das bayerische Faß zum Überlaufen zu bringen.

In der Einberufung des Landtags zum 8. April witterte ein großer Teil der bayerischen Räte den Versuch der bürgerlichen Parteien, die Regierungspolitik nunmehr endgültig durch ihre parlamentarische Mehrheit bestimmen zu wollen, den noch verbliebenen Errungenschaften der Revolution, so fiktiv sie oft in der Realität geblieben waren, den Garaus zu machen. Zeitgleich

zeigte ein in Augsburg ausbrechender Generalstreik, wohin es gehen sollte. Ausrufung der Räterepublik! Am 7. April 1919 war es dann soweit: nachdem die Landtagssitzung durch den Zentralrat verboten, die Münchner Garnison dem Landtag ihren Schutz entzogen und aus allen Teilen des Landes der Ruf nach einer Räteherrschaft zugenommen hatte, wurde dieser Montag zum Nationalfeiertag aus Anlaß der Ausrufung der Räterepublik in Bayern erklärt.

Fürth

Auch in Fürth schloß man sich der Ausrufung an. Wie der Verlauf der lokalen Ereignisse insbesondere in den letzten Tagen vor der Ausrufung zu diesem Entschluß führte, wer den Anschluß der Stadt an die Räteherrschaft mittrug und wie sich die Herrschaftsform in den wenigen Tagen ihrer Existenz in Fürth gestaltete, soll exemplarisch vorgestellt werden:

Der Fürther Vollzugsausschuß des Arbeiter- und Soldatenrats (ASR) setzte sich bereits im November 1918 paritätisch zusammen: Gleichberechtigte Vorsitzende waren der Uhrmacher Julius Haller von der USPD und der Möbelschreiner Friedrich Kuntermann von der SPD. Der achtköpfige Soldatenrat wurde angeführt vom Unabhängigen Oberstleutnant Mayer, der zugleich gewählter Garnisonskommandant der Fürther Volkswehr war. Mit ihm als militärischem Führer der Anfang April 1919 rund tausend Mann starken Volkswehr und Arbeiterrat Wenzel Dirscherl (USDP) als zivilem Leiter der Truppe, verfügten die Unabhängigen über die wichtigsten militärischen Posten in Fürth.

In der fünfgrößten Stadt Bayerns besaßen die beiden sozialistischen Parteien nach den Lantagswahlergebnissen über eine stabile Mehrheit: Die SPD erhielt 57,4%, die USPD noch einmal 6,6% der abgegebenen Stimmen; zum Vergleich, in der großen Nachbarstadt Nürnberg waren es zusammen rund 7 Prozent weniger.

Die Probleme des ganzen Landes zeigten sich in den Wintermonaten 1918/19 auch in Fürth. Im Dezember 1918 waren 4000 Arbeitslose offiziell registriert worden, Mitte Februar 1919 bereits 7000 und Anfang April waren es immer noch knapp 5400 Menschen, die sich arbeitslos gemeldet hatten. Bei einer Gesamteinwohnerzahl von etwa 70 000 im Jahre 1919 eine erhebliche Belastung des sozialen Klimas, zumal die Arbeitslosenunterstützung eher einem Almosen glich, denn einem wirklichen Lebensunterhalt: Bei einem Tageshöchstsatz an Arbeitslosenunterstützung der in etwa einem durchschnittlichen Stundenlohn für einen über 21jährigen Arbeiter entsprach, konnte sich die Familie eines Arbeitslosen pro Tag wahlweise entweder ein gutes Pfund Butter oder anderthalb Pfund Schweinefleisch oder 3 Kilogramm Weizenmehl oder 3 Pfund Käse kaufen; ein Paar Herrenstiefel hätten die Unterstützung von sechs Wochen verschlungen.

So verwundert es nicht weiter als Anfang März etwa 2000 Menschen demonstrierend vor das Rathaus zogen; zumeist Frauen und Männer aus Familien, die von der Arbeitslosigkeit betroffen waren. Vom Bürgermeister forderten sie eine sofortige Aufbesserung der ihnen zugestandenen Lebensmittelrationen. Vor dem Sitz der Volkswehr im Parkhotel verlangten sie darüberhinaus stürmisch die sofortige Haussuchung bei einer langen Liste von reichen Bürgern der Stadt und die Beschlagnahme der dort aufzufindenden Lebensmittelvorräte und deren Verteilung an die Armen. Unter dem Druck der protestierenden Menschen mußte die Volkswehr-Führung nachgeben.

Erst Stunden nach der Demonstration brachen die ersten Durchsuchungskommissionen der Schutzmannschaft in Begleitung einiger Arbeitsloser zu den ersten Haussuchungen in Bürgerhäusern auf. Die rechtzeitig gewarnten Hausbesitzer erwarteten sie bereits, froh über die offizielle Haussuchung; vor ihren Häusern hatten sich viele der Menschen aus der Demonstration versammelt und drohten die Häuser selbständig zu durchsuchen, d.h. zu plündern, falls die zugesagten Durchsuchungen nicht stattgefunden hätten.

Am Samstag, den 5. April 1919, erreichte den Vollzugsausschuß des ASR ein Telegramm aus München, das vielversprechend verkündete:

> An alle Arbeiterräte, an alle Bauernräte, an alle Soldatenräte, an alle öffentlichen Gebäude anschlagen. Bedeutsame politische Entscheidungen stehen bevor. Leitsätze für das Verhalten der Räte und der Beamtenschaft sollen sein:
> 1) Staats- und Gemeindebeamte tun weiterhin ihre Pflicht.
> 2) Die A.u.S. Räte treten sofort in Fühlung mit der Beamtenschaft.
> 3) Die A.B.S. Räte übernehmen den Schutz der Beamtenschaft, die bereit sind ihre Pflicht zu tun.
> 4) Regierungsgewalt können nur Beamte ausüben, die vorbehaltlos sich auf den Boden der neuen Verhältnisse stellen. Beamte! Die sozialistischen Parteien haben sich geeinigt; laßt Euch nicht von reaktionären politischen Rufern verführen und stellt Euch geschlossen hinter die freie Beamtengewerkschaft.A.B.u.S.Räte tretet für die im sozialistischen Staat berufstreuen Mit-Arbeiter der Beamtenschaft ein. Die Bayerische Beamtengewerkschaft, gez. Wilf, Schmid, Nieß. Revolutionärer Zentralrat Bayern, gez. Doldmann.

Zusammen mit dem Telegramm erhielt der Rat die Nachricht, am Sonntagmorgen käme ein Vertreter des Zentralrates aus München, um die Räte vor Ort zu informieren. Die Fürther USPD mobilisierte daraufhin für den nächsten Morgen zu einer großen Versammlung im Evorasaal.

Das zentrale Referat hielt der Unabhängige Peter Koch über das programmatische Thema "Deutschland und die russische Republik":

> "Die Stunde der Abrechnung ist gekommen, das Spiel in Weimar verloren und die Geduld der Arbeiterschaft zu Ende. Die monarchische Regierung hat den Arbeitern gegenüber nicht gehaust, wie Noske, Ebert und Scheidemann die streikenden Arbeiter niederkartätschen lassen ... Die wirtschaftliche Macht in die Hände zu bekommen, ist das Ziel und dazu gehört das Räte-System."

Wie im vergangenen November, so müsse auch dieses Mal Bayern vorangehen; nur richte sich die Revolution nun gegen die Bürgerschaft. Daher werde sich die Fürther USPD für die Bildung einer sozialistischen Arbeitsgemeinschaft aller drei sozialistischen Parteien der Stadt - gemeint waren SPD, USPD und KPD - einsetzen, die notfalls auch über die Köpfe der sozialdemokratischen Funktionäre hinweg gebildet werden müsse. Für seine starken Worte erhielt er den ungeteilten Beifall der Versammlung, zu der sich neben den AnhängerInnen der USPD auch ParteigängerInnen von SPD und KPD versammelt hatten.

Nach ihm ergriff der vom Zentralrat gesandte Unabhängige Carl Kröpelin das Wort, der am Morgen aus Bayreuth kommend in Fürth eingetroffen war:

> "Die Proklamierung der Räterepublik ist auf Montagmittag um 12 Uhr festgesetzt. (...) Schneppenhorst (Militärminister der Regierung Hoffmann) hat durch Handschlag versprochen, daß er dafür eintreten werde, daß spätestens bis Montagmittag die Räterepublik auch von den Mehrheitssozialisten ausgerufen wird. (...) Die Vollsozialisierung muß diktatorisch durchgeführt werden. (...) Die Diktatur des Proletariats soll nicht für immer bestehen; sobald sich auch die Gegner überzeugt haben, daß der Sozialismus ist, dann werden wir wieder demokratisch miteinander leben, nicht bloß wirtschaftlich, sondern auch politisch."

Am Ende seiner Rede berichtet er von österreichischen Genossen, die in München die bevorstehende Ausrufung der Räterepublik auch in ihrem Land angekündigt hätten, um überzeugt und voller Optimismus abzuschließen:

> "Es wird sicherlich auch noch zur Weltrevolution in England, Italien, Frankreich, Schweiz usw. kommen."

In der sich anschließenden Diskussion sicherten Vertreter der KPD, Mitglieder der Fürther SPD und zwei Sprecher der städtischen Beamten- und Arbeiterschaft ihre einhellige Unterstützung der Räterepublik zu. So wurde am Ende der Versammlung, nach rund zweieinhalb Stunden und unter allgemeinen Beifall und Jubel eine 15-köpfige Kommission aus den Versammelten heraus gewählt, je fünf Mitglieder der drei sozialistischen Parteien, die die Vereinigung der Sektionen zu einer einzigen sozialistischen Arbeitsgemeinschaft vorbereiten sollten.

Am Nachmittag des sechsten April versammelte sich der ASR zu einer Sondersitzung. Von den 200 Mitgliedern des Rates waren zwar fast alle Unabhängigen anwe-

send, ein Teil der Mehrheitssozialisten jedoch fehlte, weil er nicht mehr rechtzeitig unterrichtet werden konnte. So setzte die USPD-Mehrheit gegen den Protest der MSPD die Anwesenheit von Vertretern der Nürnberger KPD durch, deren Forderungskatalog sie unterstützten; - u.a. die sofortige Bewaffnung der Arbeiterschaft.

Arbeiterrat Heinlein berichtete den Räten von der ablehnenden Haltung der Nürnberger Vertrauensmännerversammlung der Nünberger SPD, die am Samstag bereits beschlossen hatte, eine Räterepublik zwar abzulehnen, sich einer erfolgten Ausrufung gegenüber jedoch neutral zu verhalten. Der ASR-Vorsitzende Haller drängte auf die sofortige Verabschiedung eines Begrüßungstelegramms durch die Fürther Räteversammlung und unterbrach dafür auch die laufende Diskussion. Gegen die Stimmen der SPD beschloß die unabhängige Mehrheit ein solches Telegramm, das dann sofort nach München zum Zentralrat geschickt worden ist. Im Namen der Fürther Arbeiterschaft begrüße der ASR Fürth die bevorstehende Ausrufung, hieß es darin.

Erst danach meldeten sich Vertreter von Bahn, Post und Schutzpolizei zu Wort und sicherten ihre ununterbrochene Weiterarbeit zu; für die politische Führung der Stadtverwaltung hatte Bürgermeister Kaufmann sich bereits am Samstag "auf den Boden der Tatsachen" gestellt, wie die hübsche Formulierung regelmäßig lautete, ganz so wie er es bereits im November 1918 getan hatte. Als schließlich noch Garnisonskommandant Mayer die unbedingte Loyalität der Volkswehr bestätigt und damit die Unterordnung unter die Befehlsgewalt des Nürnberger Generalkommandos ablehnte, war die Ausrufung der Räterepublik in Fürth gesichert.

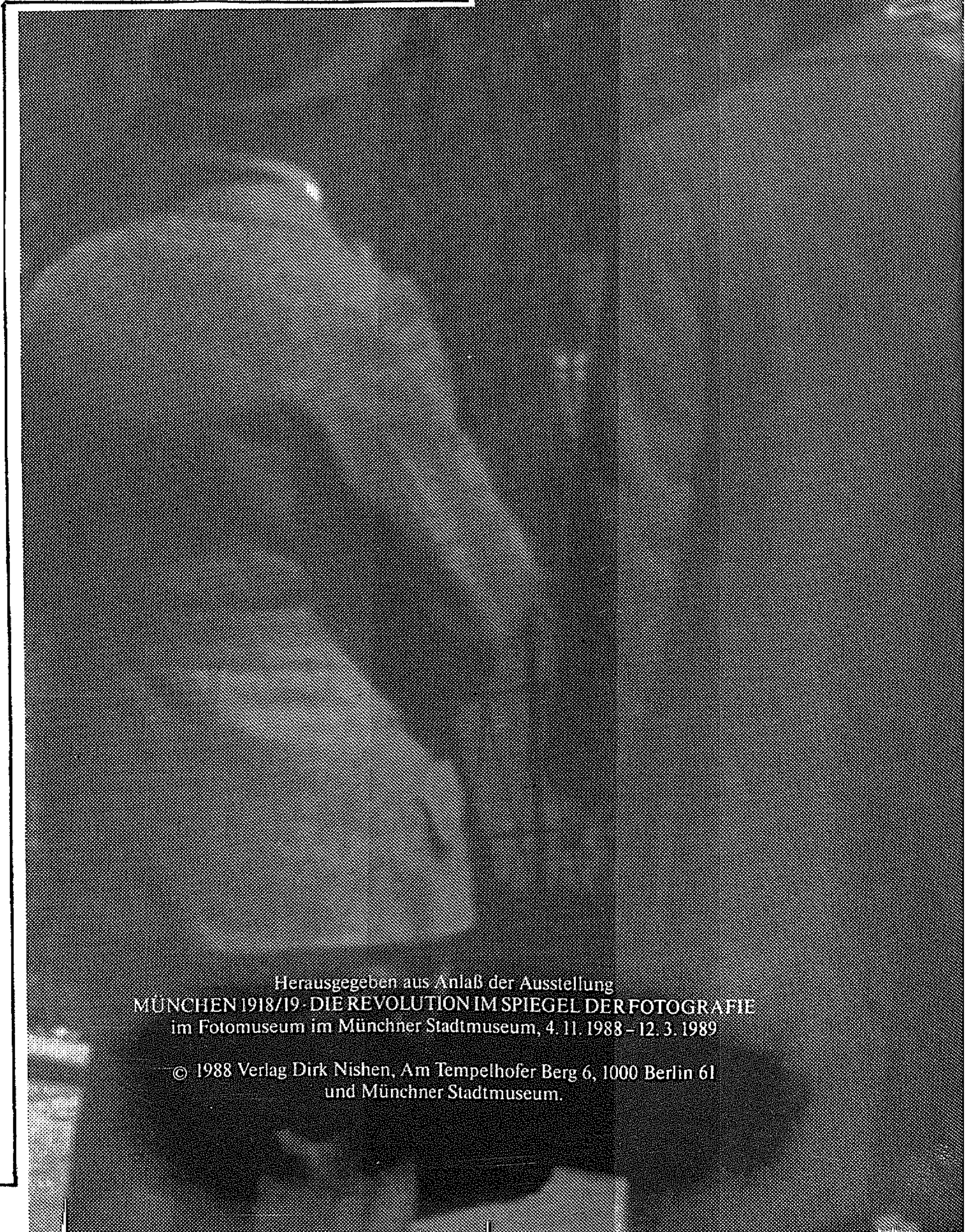
In der benachbarten Großstadt Nürnberg war die Situation entgegengesetzt: Sowohl SPD-Führung wie ASR und die Führung des Nürnberger Militärs hatten sich entschieden gegen die Ausrufung ausgesprochen.

Der Nationalfeiertag

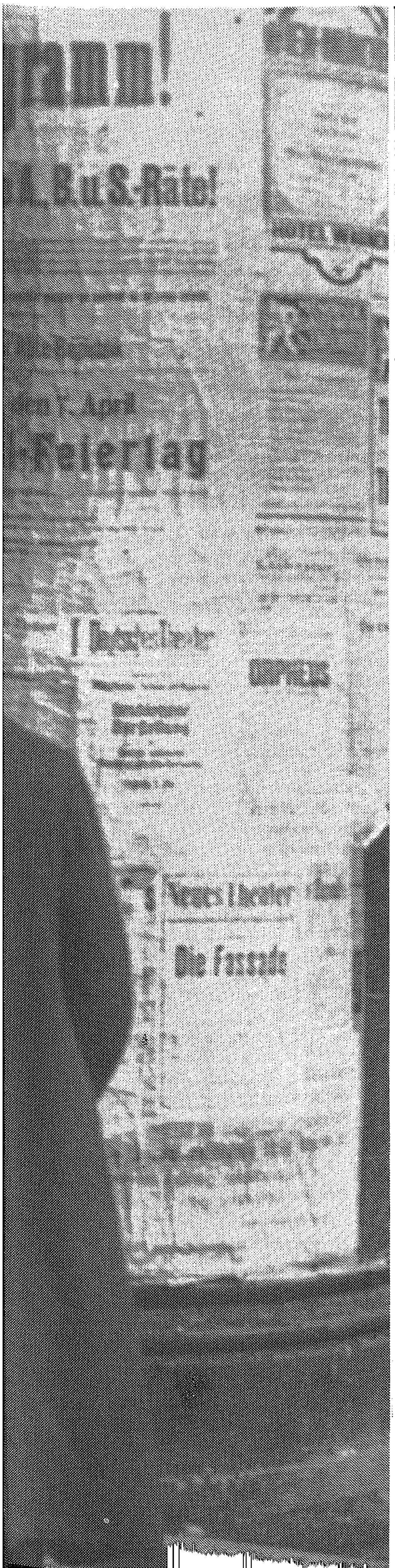
In der Nacht zum Montag, den 7. April kamen die unabhängigen Mitglieder des Vollzugsausschusses der Fürther Räte und die Führung der Volkswehr kaum zum Schlafen. Bereits um vier Uhr morgens traf das erste Telegramm aus München ein, daß die Ausrufung der Räterepublik durch den Zentralrat verkündete. Die vom Postamt unterrichtete Wache im Parkhotel telefonierte den Garnisonskommandanten und die Räte herbei. Nachdem Mayer die Echtheit des Telegramms bei der Post selbst nocheinmal überprüft hatte, traf bereits ein weiteres Telegramm aus München ein, das genauere Anweisungen enthielt, wie sich die lokalen Räte verhalten sollten:

> "Die Ausrufung der Räterepublik erfolgt am 7.April mittags 12 Uhr. Sie ist rechtzeitig durch Plakate der Öffentlichkeit bekanntzugeben. Ferner läuten von mittags 12 bis 1/2 1 Uhr sämtliche Glocken. Außerdem sind alle Fabriken und öffentliche Gebäude rot zu beflaggen."

Während sich am frühen Morgen immer mehr Arbeiterräte im Parkhotel versammelten, wurden die ersten Maßnahmen bereits umgesetzt. Plakate mit dem Text der Proklamation wurden gedruckt, telefonisch benachrichtigte man die Unternehmer und Ladenbesitzer davon, daß nicht gearbeitet würde. Für neun Uhr rief man die Volkswehr ins Parkhotel, die Sicherheitswehr in der Kaserne an der Moststraße zusammen, um drei Mann starke Patrouillen zu bilden, die stündlich durch die Straßen patrouillieren sollten. Für zehn Uhr organisierte man eine große Versammlung auf dem Schießanger. in einem ersten Erlaß des Vollzugsausschusses begrenzte man die Barabhebungen von Privatkonten auf 1000 Mark wöchentlich, Abhebungen von Depots in den Banken und die Ausgabe von Wertpapieren bedürften der Genehmigung der Vollzugsräte. Ansonsten wolle man, so betonten die Räte in dieser Anweisung, den Geldverkehr für bereits eingegangene Verpflichtungen keineswegs behindern, ebensowenig die Ausgabe der Lohngelder. Die Maßnahme solle lediglich vor ungerechtfertigten Angstabhebungen schützen und stellte keine Beschlagnahme dar. Eine Maß-



Herausgegeben aus Anlaß der Ausstellung
MÜNCHEN 1918/19 · DIE REVOLUTION IM SPIEGEL DER FOTOGRAFIE
im Fotomuseum im Münchner Stadtmuseum, 4. 11. 1988 – 12. 3. 1989



nahme übrigens, die in anderen Städten auch die Zustimmung von Bankdirektoren fand.

Während sich das Militär in den Kasernen versammelte, begab sich eine Abordnung des Arbeiter- und Soldatenrats zu Oberbürgermeister Wied. Ihm erklärten die Räte, daß nunmehr sie die öffentliche Gewalt übernommen hätten, die städtischen Kollegien, also Magistrat und Gemeindebevollmächtigtenkollegium daher nicht mehr tagen dürften. Daraufhin erklärte er seinen Rücktritt, während Polizeiobersekretär Kern als Vertreter der Beamtenschaft noch einmal versicherte, die Beamten würden sich mit der neuerlichen Umwälzung abfinden und ruhig weiterarbeiten.

Unterdessen waren in der ganzen Stadt schon die Plakate aufgehängt worden, die neben der Ankündigung die Räterepublik prolamierten:

> "An das Volk in Bayern!
> Die Entscheidung ist gefallen. Baiern ist Räterepublik. Das werktätige Volk ist Herr seines Geschickes. Die revolutionäre Arbeiterschaft und Bauernschaft Baierns, darunter auch unsere Brüder, die Soldaten sind, durch keine Parteigegensätze mehr getrennt, sind sich einig, daß von nun an jegliche Ausbeutung und Unterdrückung ein Ende haben muß. Die Diktatur des Proletariats, die nun zur Tatsache geworden ist, bezweckt die Verwirklichung eines wahrhaft sozialistischen Gemeinwesens, in dem jeder arbeitende Mensch sich am öffentlichen Leben beteiligen soll, einer gerechten sozialistisch-kommunistischen Wirtschaft. Der Landtag, das unfruchtbare Gebilde des überwundenen bürgerlich-kapitalistischen Zeitalters, ist aufgelöst, das von ihm eingesetzte Ministerium zurückgetreten. Von den Räten des arbeitenden Volkes bestellte, dem Volk verantwortliche Vertrauensmänner erhalten als Volksbeauftragte für bestimmte Arbeitsgebiete außerordentliche Vollmachten. (...)
> Das System der Bureaukratie aber wird unverzüglich ausgetilgt. Die Press wird sozialisiert. Zum Schutz der baierischen Räterepublik gegen reaktionäre Versuche von außen und von innen wird sofort eine Rote Armee gebildet. (...)
> Die baierische Räterepublik folgt dem Beispiel der russischen und ungarischen Völker. Sie nimmt sofort die brüderliche Verbindung mit diesen Völkern auf. Dagegen lehnt sie jedes Zusammenarbeiten mit der verächtlichen Regierung Ebert-Scheidemann-Noske-Erzberger ab, weil diese unter der Flagge einer sozialistischen Republik das imperialistisch-kapitalistisch-militaristische Geschäft des in Schmach zusammengebrochenen deutschen Kaiserreichs fortsetzt. (...)
> Es lebe das freie Baiern! Es lebe die Räterepublik! Es lebe die Weltrevolution!"

Um zehn Uhr versammelten sich mehrere tausend Menschen auf dem Schießanger, unter ihnen die vom Nationalfeiertag überraschten Arbeiter und Arbeiterinnen, die Soldaten der Garnison, Schüler und Schülerinnen, deren Unterricht ausfiel und Beamte, die ihre Büros verschlossen vorfanden; neben den geklebten Plakaten des Vollzugsausschusses tat die Mund-zu-Mund-Propaganda ein übriges. Von vier Seiten der Versammlung aus sprachen die USPD-Räte Haller, Koch, Dirscherl und Gleixner zu den Menschen. Sie hielten nur kurze Reden über die Notwendigkeit der Räterepublik und endeten mit der immer wieder betonten Hoffnung, diese neuerliche Revolution werde sich auf ganz Deutschland ausbreiten. Am Schluß formierten sich zwei Demonstrationszüge durch die Stadt, an deren Spitze jeweils eine der beiden Militärmusikkapellen voranmarschierten und traditionelle Arbeiterbewegungslieder intonierten. An den Seiten der Demonstrationen sicherten berittene Soldaten die Menge vor möglichen Übergriffen aus der Bürgerschaft. Am Schluß lösten sich die beiden Züge friedlich auf, die Menschen gingen auseinander, spazierten durch die Straßen der Stadt, um bei dem schönen Wetter den freien Tag zu genießen, die neue Lage zu besprechen und neugierig die Anschläge auf den Plakatsäulen zu lesen. Dort war bereits die Ankündigung des Vollzugsausschusses zu lesen, daß für den zurückgetretenen Oberbürgermeister und den ebenfalls zurückgetretenen Bürgermeister Kaufmann am Dienstag zwei Stadtkommisasare durch den Vollzugsrat ernannt werden würden.

Um elf Uhr fand bereits wieder eine Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats statt. Haller als Vorsitzender des Vollzugsrates drängte in seiner Eröffnungsrede darauf, dem Vollzugsrat diktatorische Vollmachten zu geben, da nach der Übernahme der öffentlichen Gewalt und besonders nach dem Rücktritt der beiden Verwaltungsspitzen der Stadt, die bevorstehenden Aufgaben sonst nicht zu bewältigen seien. Außerdem solle am den Vollzugsrat erweitern und seine Mitglieder neu wählen, damit er der veränderten politischen Situation gerecht würde.

Der Unabhängige Dirscherl ergänzte ihn warnend:

> "Wir sitzen heute zum dritten Male zusammen, um uns über die Durchführung der Revolution zu unterhalten. Ich glaube, daß die Macht aus der heraus diese neue Revolution geboren wurde, so mächtig sein wird, um über jene Leute, die sich noch im Unklaren über die Ziele sind, welche sich das Proletariat seit tausend Jahren gestellt, hinwegzufegen. Ein großer Teil des Proleatriats hat versagt. Nur dadurch war es möglich, daß das Blutbad in Norddeutschland, in Bremen usw. stattfinden konnte. (∞) Es ist zu befürchten, und es geht dies auch aus der Haltung eines Teils der bürgerlichen Zeitungen hervor, daß das Bürgertum Stellung gegen uns nehmen wird. Ich möchte das Bürgertum warnen, einen solch gigantischen Kampf zu beginnen, es hätte die Konsequenzen selbst zu tragen."

Und an die Sozialdemokratie gerichtet fuhr er fort:

> "Sind Sie bereit an der Räte-Republik mitzuarbeiten. Wenn ja, seien Sie herzlich willkommen. Sind Sie aber nicht bereit, ernste Arbeit zu leisten, so bleibt den revolutionären Arbeitern und jenen

"... geistigen Arbeitern, die den Ernst der Situation erkannt haben, nichts anderes übrig, als die Arbeiten allein zu übernehmen, und alles das zu leisten, was im Interesse des Weltproletariats notwendig ist."

Einige der anwesenden Sozialdemokraten antworteten ihm eher zurückhaltend. So sagte Genosse Zwiebel laut Bericht der Fürther Zeitung unter anderem:

> "Die Verwirklichung des Sozialismus ist unser aller Gedanke. (...) Es fragt sich, ob es nicht richtiger gewesen wäre, die Räterepublik erst dann auszurufen, wenn der Friede bekannt gewesen wäre, der nie günstig für uns ausfallen wird. Dann hätten wir auch Teile des Bürgertums und der Bauern hinter uns gehabt und nicht wie heute nur einen Teil des Proletariats. Der Räte-Gedanke ist nicht aufzuhalten. (...) Wir werden nicht gegen die Räte-Republik sprechen und auch nicht dagegen wirken. Dirscherl ist auf dem Irrweg, wenn er meint, daß wir uns dagegen stemmen. Uns soll es freuen, wenn das Proletariat zum Sozialismus durchdringt. Momentan halte ich die Ausrufung der Räte-Republik für verfrüht, aber geht es gut, soll es mich freuen.

Auf den Einwand eines anderen Sozialdemokraten, er müsse erst seine Partei befragen, ob er in der neuen Situation noch als Vertreter im ASR bleiben solle, wies der Anarchist Oerter (Fürther Buchhändler; im Vollzugsausschuß des A.u.S.Rat für die USPD; vor dem Weltkrieg in der Anarchistischen Föderation Deutschlands um den "Freien Arbeiter" organisiert; nach 1919 in der FAUD; Fritz Oerter ist im September 1935 gestorben; SF-Red.) darauf hin, daß sie in erster Linie Räte und nicht Parteivertreter seien und gerade darin der zentrale Gedanke des Rätesystems liege:

> "Wir brauchen Leute, die das Vertrauen der Arbeiterräte besitzen. Nur wenn die Parteiinteressen ausgeschaltet werden, kann gedeihliche Arbeit möglich sein."

Schließlich wurde ein neuer auf elf Mann erweiterter Vollzugsrat gewählt. In ihm saßen nun sechs USPDler, drei SPDler, ein Kommunist und ein Beamter als Vertreter der geistigen Arbeiter. Dem neu gewählten Vollzugsrat gestand man dann ganz im Sinne Hallers diktatorische Vollmachten zu, um die Geschäfte der Stadt zu führen. In Fragen der Organisation der Verwaltung solle der Vollzugsrat einvernehmlich mit einer in der Nacht zuvor angesichts der bevorstehenden Umwälzung gewählten 7er-Kommission der Beamtengewerkschaft zusammenarbeiten.

Während die Räte noch tagten, erklangen die Glocken sämtlicher Kirchen der Stadt zu Ehren der Ausrufung der Räterepublik. Lediglich Stadtpfarrer Fronmüller weigerte sich zunächst, die Glocken um 12 Uhr läuten zu lassen. Nachdem er die Anweisung erhalten hatte, hatte er in Nürnberg beim Generalkommando angerufen und die Auskunft erhalten, der Aufforderung nicht Folge zu leisten, da die Ausrufung weder vom Generalkommando noch von der geflohenen Regierung Hoffmann anerkannt worden sei. Auf seine Weigerung hin beauftragte Haller den Oberstleutnant Lippert von der Volkswehr mit der Verhaftung des renitenten Pfarrers, woraufhin Fronmüller es vorzog, doch läuten zu lassen.

Spannend sollte es am Abend dieses 7.April werden. Die Fürther SPD hatte zu einer Mitgliederversammlung in den Evorasaal gebeten; die KPD zu 19 Uhr zu einer Massenversammlung über "Die politische Lage und den Bolschewismus" in den Geismannssaal. Mehrere hundert Mitglieder der SPD, aber auch verschiedene Unabhängige fanden sich im Evorasaal ein. Parteisekretär Zorn eröffnete die Versammlung mit einem Bericht über die Gründe, die die SPD-Führung bewogen hatten, die Räterepublik abzulehnen. Die Wirtschaft könne eine neuerliche radikale Umwälzung nicht verkraften und müsse zuerst einmal wiederaufgebaut werden. Außerdem könne die Räterepublik nur ausgerufen werden, wenn das gesamte bayerische Volk sich mehrheitlich dafür aussprechen würde. Eine Diktatur aber, auch eine des Proletariats, käme für die Partei sowieso nicht in Frage. Unterstützt wurde er von den beiden Nürnberg-Fürthern Landtagsabgeordneten der SPD, Hans Vogel und Endres, die eigens angereist waren. Besonders heftig angegriffen wurde diese Haltung vom neugewählten Vollzugsratsmitglied Hans Schmidt, der der Führung der Partei vorwarf, die Zeichen der Zeit und den Willen des Proleatriats zu mißachten. Der Beifall, den beide Seiten von der Versammlung erhielten, zeigte, daß etwa die Hälfte für, die Hälfte gegen die Räterepublik eingestellt war. Als es schließlich nach über vier Stunden zermürbender Diskussion endlich zur Abstimmung über den Antrag Heinleins auf Anerkennung der Räterepublik und die ablehnende Rsolution der Nürnberger SPD kommen sollte, war ein erheblicher Teil der Versammlung bereits entnervt nach Hause gegangen. Mit 193 gegen 178 Stimmen wurde eine Bejahung der Räterepublik abgelehnt und die Neutralität gegenüber der Räteregierung erklärt, der keine Schwierigkeiten bereitet werden sollten. Allerdings dürfe kein Mitglied der Partei irgendeinen Posten innerhalb der Räteregierung übernehmen, war dem Beschluß hinzugefügt worden.

Auf der KPD-Versammlung zeigte sich ein anderes Bild. Der Nürnberger KPD-Vorsitzende Boenheim titulierte die Räterepublik als "Scheinräterepublik", die, am grünen Tisch entworfen, jeglicher Grundlage in den Betriebsräten entbehre. Die wichtigsten Forderungen seien die sofortige Einführung des Achtstundentages, die Aufstellung einer Roten Armee und eines Revolutionstribunals. Gegen seine Äußerungen erhob auch keiner der anwesenden USPDler Protest. Fritz Oerter betonte, man müsse in Fürth selbständig vorgehen und nicht etwa erst auf Anweisungen aus München warten. Und erscheine die Ausrfuung zunächst noch als "Schein", so dürfe man doch hoffen, daß dieser sich lüfte und die wahre Räterepublik innerhalb der nachfolgenden Wochen das Licht der Welt erblicken würde.

Ohne Resolution ging die Versammlung nach drei Stunden Diskussion zu Ende.

Am zweiten und dritten Tag der Räterepublik formierte sich der Widerstand der bisherigen politischen Führung der Stadt. Das Gemeindebevollmächtigtenkollegium und der Magistrat Fürths beschlossen am Dienstagabend bzw. Mittwochmorgen, ihre Tätigkeit sofort einzustellen. Sie würden nach wie vor nur die bisherige sozialdemokratische Landesregierung Hoffmann anerkennen; da die Gewalt in der Stadt aber nunmehr in die Hände des ASR übergegangen sei, sähen sie sich gezwungen, ihre Tätigkeit einzustellen. Damit gerieten die Unabhängigen in Zugzwang.

Haller berief für Donnerstag den 10.April den ASR zu einer weiteren Vollsitzung ein, um dem drohenden Zusammenbruch der Stadtverwaltung begegnen zu können. Mittlerweile hatten auch die Vorstände der Fleischversorgungsstelle Fürth ihre Weiterarbeit aufgekündigt und in den Kasernen fehlte die Löhnung für die Soldaten, da das Nürnberger Generalkommando die Auszahlung verweigerte. Ohne die aktive Unterstützung auch der sozialdemokratischen Räte wäre die desolate Lage kaum noch zu meistern gewesen.

Zuvor ging die Führung der Fürther USPD noch einmal in die politische Offensive. Kurzfristig mobilisierten die Unabhängigen für Mittwochabend zu einer Volksversammlung zum Thema: "Streik der bürgerlichen und mehrheitssozialistischen Gemeindebevollmächtigten gegen die schaffende Bevölkerung Fürths".

Als Koch für die USPD das Wort ergriff, hatten sich im Geißmannsaal zwischen 4000 und 5000 Personen versammelt; anwesend waren auch Vertreter von SPD und bürgerlichen Parteien, um ihre Haltung zu rechtfertigen.

Die Stimmung der Versammlung war gegen SPD und Bürgertum, alle Unabhängigen erhielten begeisterte Zustimmung für ihre Redebeiträge. Koch sagte u.a., die Räte-

republik dürfe nicht nur erklärt, sondern müsse auch bald durchgeführt werden.

> "Wir haben uns allerdings die Sache etwas anders vorgestellt. Wir haben geglaubt, daß die Herrn der Mehrheitssozialisten im Stadtrat, Armenrat, Waisenrat usw. ihre Tätigkeit im Interesse der Bevölkerung Fürths beibehalten und sich nicht von ihrem politischen Standpunkt leiten lassen. Die Mehrheitssozialisten wissen ebensogut wie die Bürgerlichen, daß sich unsere Lage auch ohne Räterepublik von Tag zu Tag verschlechtert. (...) Von den bürgerlichen Herren ist dies (der Boykott der Räterepublik) noch begreiflich, nicht begreiflich aber ist der Standpunkt der Mehrheitssozialisten, die gewählt sind vom werktätigen Volk."

Dann schilderte er die Lage aus der Sicht des ASR:

> "Die Milchversorgung ist keine rosige. Die Versorgung mit Lebensmitteln und anderen Bedarfsartikeln wird schwierig sein, aber wir werden über diese schwierige Situation hinwegkommen, wenn jeder seine Pflicht und Schuldigkeit tut. Wir wollen kein Blutvergießen. (...) Sollte auch in der Durchführung der Räterepublik eine Unterbrechung eintreten müssen, aufgehalten kann sie nicht werden."

Rechtfertigungsversuche der Magistrats- und Gemeindekollegiumsvertreter aber gingen in den Buhrufen der Menge unter. So stimmten alle Anwesenden gegen nur zehn Stimmen für einen scharfen Protest gegen die Verweigerungshaltung der Verwaltung und für die Räterepublik. Die Versammlung war damit ein voller politischer Erfolg der Räterepublikaner geworden.

Donnerstag, 10.April 1919. Abends gegen sechs Uhr versammelten sich die Unabhängigen Mitglieder des ASR im Gasthaus "Grüner Baum". Erst da erfahren sie von dem Entschluß der SPD-Fraktion des Rates, getrennt im Jugendheim zu tagen. Nach anderthalb Stunden des Wartens schließlich kehrte Oerter, ins Jugendheim gedandt, um die Genossen von der SPD zu drängen, doch gemeinsam zu beraten, mit der Antwort zurück, innerhalb der nächsten Stunde würde den Unabhängigen Räten die Beschlüsse der SPD kundgetan werden. So begannen die USPDler notgedrungen, unter sich zu diskutieren.

Trotz des politischen Erfolgs der Versammlung vom Vortag beantragten Haller und Koch mit dem Hinweis, daß die praktische Umsetzung nicht zu sichern sei, die Räterepublik wieder aufzuheben, solange sich die Fürther SPD nicht daran beteiligen würde und einem eventuellen Beamtenstreik keine eigenständig arbeitende Verwaltung entgegengesetzt werden könne. Besonders angesichts der ausbleibenden Lohn- und Soldgelder aus Nürnberg, sowie der mehr als schlechten Lebensmittelversorgung seien beide dafür, die Verwaltung wieder in die Hände von Magistrat und Gemeindekollegium zurückzulegen.

Mitten in diese Beratungen platzten die Sozialdemokratern mit ihrer, die Räterepublik entschieden ablehnenden Haltung. Am Sonntag sei die mehrheitssozialistische Mehrheit des ASR von den Unabhängigen übergangen worden. Die Räterepublik brächte nur weitere Not, Elend und Erwerbslosigkeit über die armen Bayern. Der Vollzugsausschuß des ASR müsse umgehend paritätisch besetzt werden.

Eine solche, grundsätzlich formulierte Ablehnung der Räterepublik aber wollten die USPDler nicht mittragen. Als die SPD-Mehrheit ihre eigenen Forderungen annahm und damit die Räterepublik praktisch zu Ende war, erklärten Haller und Oerter ihren sofortigen Austritt aus dem Vollzugsausschuß.

Am Morgen des 11. April nahm der Magistrat wieder offiziell seine Arbeit auf.

Die Folgen dieser Entscheidung der SPD-Mehrheit aber wirkten nach. Am Nachmittag des 11.April kam es noch einmal zu einer längeren Diskussion im ASR, in der die Unabhängigen ihre Entscheidung für die Räterepublik nicht nur verteidigten, sondern auch daran festhielten, die Räterepublik werde früher oder später kommen müssen. Nach namentlicher Abstimmung zählte man 91 Stimmen gegen und 72 für die Räterepublik. Erzürnt und verärgert über diesen Ausgang erklärten die Unabhängigen nach einer kurzen getrennten Beratung ihren gemeinsamen Austritt aus dem ASR und die Gründung eines eigenständigen "Revolutionären Arbeiterrates". Zur Begründung verwiesen sie darauf, daß bei der Übernahme der öffentlichen Gewalt durch den Fürther ASR keinerlei Gewalt angewendet worden wäre. Die Hauptgründe für das Scheitern der Räteherrschaft seien der Nürnberger Geldboykott verbunden mit der militärischen Gegnerschaft des dortigen Generalskommandos sowie die Zusammenarbeit der SPD mit den bürgerlichen Parteien in der Stadtverwaltung gewesen.

> "Wir können aber mit Leuten, die Arm in Arm mit den Bürgerlichen an dem in solcher Weise gegen uns geführten Kampf teilnehmen, nicht zusammenarbeiten. (...) Im Übrigen sind wir der Überzeugung, daß die Räterepublik, wenn man sie jetzt erwürgt hat, doch wieder - vielleicht schon nach einigen Wochen - aufleben und sich durchsetzen wird. Trotz alledem!"

Mit der Absetzung des Unabhängigen Garnisonskommandanten Mayer und dessen Verhaftung durch das Nürnberger Generalkommando ging auch die Führung des Fürther Militärs in die Hände der antiräterepublikanischen SPD über.

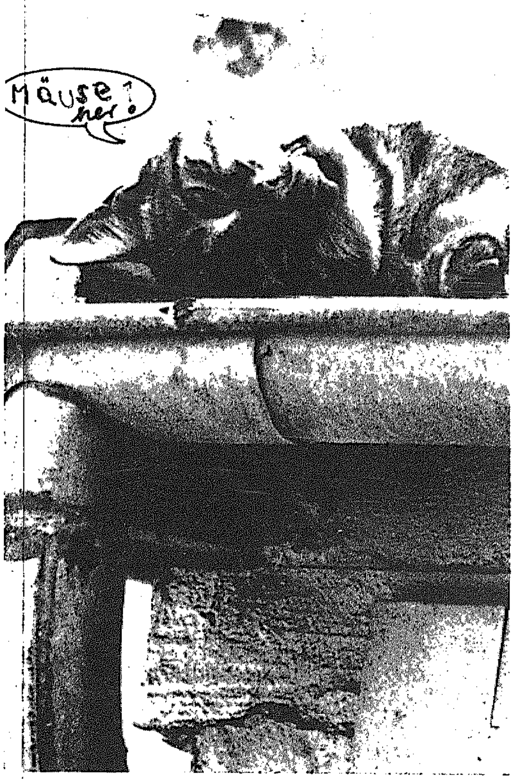
Die Räterepublik wurde nicht wieder eingeführt. Aber die bayerische SPD erhielt wenige Wochen später die Quittung für ihre Ablehnung der Räteherrschaft und ihre Unterstützung der militärischen Niederschlagung der letzten Räetestützpunkte in Bayern. Bei den ersten demokratischen Kommunalwahlen am 15. Juni 1919 verlor sie in ihren Hochburgen bis zu Zweidrittel ihrer Anhängerschaft, während die USPD erdrutschartige Gewinne verbuchen konnte. In Fürth machte der Anteil für die SPD nunmehr 38% aus gegenüber 25% für die USPD.

Die Ereignisse um die Ausrufung der Räterepublik in Bayern und in Fürth beschäftigten ihre Anhänger noch viele Jahre später. 1929 zog Fritz Oerter in einem Brief an Erich Mühsam ein kritisches Resumee:

> "Wir alle täuschten uns in der Psychologie der Massen. Wir glaubten sie fähig, sozialistisch zu denken und zu handeln. Ich glaube, ein von der Sozialdemokratie noch unverbildetes und ursprüngliches Volk wäre vielleicht zu besseren Resultaten gelangt. Aus der Perspektive von heute gesehen, war die Räterepublik ein Versuch am untauglichen Objekt. Immerhin offenbarte sich bei dieser Gelegenheit ein beispielloser Heroismus. (...) Die Räterepublik war ein kühner Aufschwung, der, weil er wenig oder keine Stütze fand, wieder zusammenbrechen mußte. (...) Auch wir in Fürth hatten vier Tage Räterepublik. bekannte Arbeiter fielen mir damals auf der Straße vor Freude um den Hals. 'Fritz, denk nur, wir haben die Räterepublik!'. 'Kinder', sagte ich, 'wir haben bis jetzt nur den Namen, die Räterepublik müssen wir erst schaffen.' Es ist nichts draus geworden und am vierten Tage wurden die Räterepublikaner von den Sozialdemokraten im Arbeiterrat überstimmt. Damit wurde die Räterepublik in Fürth höchst gemütlich begraben. Du siehst, was in München sich zu fürchterlicher Tragödie entwickelte, ward in Fürth zur Posse. (...) Die Bewegung vom Jahre 1919 war ein erster Anhieb. Aber auf den ersten Hieb fällt kein Baum, selbst wenn er durchmorscht und verfault ist. Die großen Opfer, die gebracht wurden, können nicht umsonst dargebracht worden sein."

Anmerkung:

1) In den Monaten vor der Ausrufung der Räterepublik in Bayern waren Räterepubliken ausdrücklich nur in einzelnen Städten ausgerufen worden: in Bremen am 10.Januar 1919, in Cuxhaven am 11.Januar, In Mannheim am 22.Februar, in Braunschweig am 28.Februar und am 9.April, jedoch in keinem Fall für einen Teilstaat des Deutschen Reiches.



Hinweis:
Anfang April erscheint im Trotzdem Verlag, Grafenau ein Buch **"Aufstand der Räte"**, das alle Vorkommnisse und Entwicklungen der bayerischen Räterepublik auch der übrigen Städte und Gemeinden beschreibt. Es behandelt die Ausrufung, die praktische Politik der Räte, die Gegenbewegungen etc. Es enthält Fotos, Karten, Register und Quellenhinweise. Ca. 740 Seiten. 48.-DM. Alle die das Buch bis zum 1.April bestellen und bezahlen, erhalten es für 35.-DM. Wer für das Buch werben will, kann bei uns Handzettel und Plakate anfordern! Die benötigte Anzahl bitte selbst einschätzen und durchgeben. Die Plakate eignen sich unserer Ansicht nach auch als allgemeine Erinnerung an die Rätezeit, so daß wir uns aus politischen Gründen wünschen, sie überall in Bayern und sonstwo plakatiert zu sehen! Wir liefern sie umsonst. Wer spenden will, kann das tun, wer subskribieren will etc. soll die Überweisungen bitte auf das Konto: Trotzdem-Verlag/W.Haug - Postgiro Stuttgart: 13874-706.einbezahlen. Eure Adresse nicht vergessen! Merci!

Wer will und kann anarchistische Literatur mitfinanzieren??

An Ideen, Angeboten, Wünschen seitens der LeserInnen fehlt es eigentlich nie. Am notwendigen Geld jedoch immer in einem anarchistischen Verlag; auch wenn es inzwischen 10 Jahre sind, die wir mit dem Trotzdem Verlag hinter uns haben.

Es blieb bislang bei zwei Finanzierungsformen, die beide an ihre Grenzen gestoßen sind: Entweder finanzierten die zwei Beteiligten Menschen die Bücher (mit dem Verkauf des Autos begann alles...) und jede erlöste Mark wurde in ein neues Buchprojekt gesteckt, Lohn für die imense Arbeit gab es dabei nicht *oder* es halfen die Kredite einiger weniger FreundInnen und nicht zuletzt ein Kreditrahmen von bis zu minus 15. 000 DM unserer Druckergenossen in Leverkusen über die Runden. Gelder aus anarchistischen/autonomen Erbschaften blieben (bis auf bislang immerhin zwei Ausnahmen!! Dank nach München und Wuppertal!) weitgehend aus, eine organisierte Bewegung (Föderation) gibt's leider nicht, die Projekte aus Beiträgen mitfinanzieren könnte und ebenso fehlt in der BRD die Tradition gelungener Enteignungsaktionen schwarzroter Bankräuber; zuletzt hinderte uns unsere eigene ideologische Verblendung bislang daran, einen Kreditantrag bei der Ökobank zu stellen.

Kurz: Wir würden uns für die Zukunft wünschen, daß die Finanzierung auf sehr viel mehr Schultern ruht als bislang. Wir stellen uns dies so vor, daß ihr uns 1000.-DM für mindestens ein Jahr als **Kredit** überlaßt, daß ihr bei einer Rückforderung uns Ratenzahlungen über 3 bis 5 Monate einräumt, uns also rechtzeitig über die gewünschte Rückzahlung informiert. Ihr erhaltet dafür (als "Zins") jedes im Zeitraum neu bei uns erscheinende Buch gratis. Und ihr könnt den Kredit nach Ablauf des ersten Jahres jederzeit zurückverlangen, wobei wir jedoch keine schlaflosen Nächte verbringen wollen, deshalb die Vereinbarung der Ratenzahlungen.

Wir wollen pro Jahr wenigstens 6, normalerweise jedoch 8 Bücher neu herausbringen. Für die nächsten Monate sieht das folgendermaßen aus:

Februar: Kleinspehn/Mergner: Mythen des Spanienkriegs, 180 S., 22.-DM
April : Seligmann: Aufstand der Räte, ca. 750 S., 48.-DM
Mai: Kropotkin: Eroberung des Brotes, mit VW, 17.-DM
Juni: Most, Schriften Band II, 22.-DM
Juli: Haug/Sachs (Hgg.): Medien- und Kulturkritik-Reader, 16.-DM
September: Grunder: Theorie und Praxis anarchist. Erziehung, erweit. Neuaufl., 20.-DM

In der weiteren Planung, aber noch ohne den Erscheinungs-Zeitpunkt, sind bereits sicher: ein Materialienband von und zu Augustin Souchy, ca.300 S., ca.34.-DM und der Werkstattbericht Pädagogik Band III zum Themenschwerpunkt Antipädagogik ca. 200S., 18.-DM.

Für ein Projekt "Linksradikale zu Europa" suchen wir Beiträge! Themen können sein: Binnenmarkt, politische Strukturveränderungen, Repressions-Anpassung, Germanisierung?, Reaktion von Anarchisten?, Organisierung?, internationale Zusammenarbeit, Gegenbewegungen, usw.

Auf den Spuren eines vergessenen Unversöhnlichen

Eine Portraitskizze von Carlo Tresca

von Jörg Auberg

Anarchism goes to Academia. Häufiger als je zuvor steigen Studenten, Doktoranden und längst im Wissenschaftsbetrieb etablierte Akademiker in die Katakomben anarchistischer Geschichte hinab, tauchen in ein "Vakuum der Exterritorialität" (Siegfried Krakauer), wo der historische Gegenstand sie von der Verantwortung der eigenen Existenz befreit, um nach ausgiebiger Leichenfledderei - "im Dienste der Wissenschaft" selbstverständlich - schließlich wieder in die akademischen Paradetruppen sich einzureihen. Nur selten sind sie bestrebt, "in den heute stattfindenden Auseinandersetzungen konstruktive freiheitliche Perspektiven aufzuzeigen", wie Horst Blume einmal schrieb. Aber trotz allem haben sie, wenn ihre Darstellungen über die Faksimiles der University Microfilms International hinauskommen, am Anarchismus interessierten Menschen eine gewaltige Menge an Wissen und Material zugänglich gemacht, ob dies nun ihre Absicht war oder nicht. Allerdings ist die akademische Arbeit auch von Moden (oder karrieristischen Kalkülen) geprägt: Manches wird in den verschiedensten Variationen untersucht; anderes findet kaum Beachtung. Folgt der wissenschaftlichen Erforschung eine Popularisierung, geht damit zuweilen ein "romantischer Kult" einher, wie Georg Woodcock kritisch bemerkt. Wenige historische Gestalten, aus der Obskurität geborgen, werden in die radikale Genealogie aufgenommen, als die "wahren Revolutionäre" idolisiert, welche zur Identifikation einladen. Exemplarisch hierfür ist Emma Goldman. Leistete Richard Drinnon mit seiner Biografie *Rebel in Paradise* (1961) noch aufklärerische Pionierarbeit, so ist Goldman heute längst Bestandteil einer "Anarcho-Industrie" und Paperback-Kultur, inzwischen mit sechs oder mehr biographischen und literarischen Studien bedacht. Einmal aus der Vergessenheit gezerrt und zum "Star" verschiedener Zirkel aufgestiegen, wird sie tranchiert und Stück um Stück vermarktet. "E.G.'s Gesicht ziert T-Shirts", schreibt Alix Kates Shulman", ihr Name prankt auf Postern, ihre Äußerungen werden auf Transparenten wiederholt. Es gibt eine Emma Goldman-Frauenklinik in Iowa City, eine Emma-Goldman-Brigade in Chicago, eine Emmatruppe in New York; über E.G.'s Leben wurden Drehbücher geschrieben und Theaterstücke produziert in Städten von Indianapolis über Denver bis hin zu Hollywood. Feminstinnen von so weit her wie Japan und Schweden sind zu mir gekommen, nach Material über Emma suchend. E.G. ist unzweifelhaft eine der Heldinnen der Frauenbewegung, als eine militante feministische Vorfahrin im Schrein verwahrt." ("Dancing in the Revolution: Emma Goldman's Feminism", *Socialist Review*, Nr.61, März-April 1982) Nicht nur der Frauenbewegung, ließe sich hinzufügen.

Solch ein Personenkult geht immer auf Kosten anderer. Die übergroße Projektion Emma Goldmans aus ihrer in die heutige Zeit verstellt den Blick auf eine großflächig verschüttete radikale Geschichte. Obgleich Goldman zweifelsohne eine herausragende Bedeutung im US-amerikanischen Anarchismus zukommt, ist sie doch lediglich eine Vertreterin einer überaus aktiven Generation von Radikalen, welche ohne taktische oder machtpolitische Manöver das bestehende System gemäß ihren libertären Idealen revolutionär verändern wollte.

Zu dieser Generation gehörte auch **Carlo Tresca**, ein italo-amerikanischer Anarchist, der Zeit seines Lebens mit einem breitkrempigen Hut und einem flatternden Schlips durch die Geschichte trottete und die Phantasie sowohl liberaler Intellektueller als auch radikaler Aktivisten erregte. Für Suzanne La Follette war er ein "am eindrucksvollsten aussehender Mann" mit "den freundlichsten blauen Augen hinter seiner Brille", und Max Eastman, bis Anfang der vierziger Jahre ein Anhänger Trotzkis und später ein reaktionärer Antikommunist, sah in ihm den legitimen Nachfolger Eugene Debs', den geschätztesten und respektiertesten Menschen in der antitotalitären Linken.

I
America
Are you being sinister or is this some form of practical joke?

1879 in der mittelitalienischen Stadt Sulmona geboren, wuchs Carlo Tresca als sechstes Kind in einer Grundbesitzerfamilie auf, deren Wohlstand freilich im Schwinden war. Rebläuse hatten die einst profitablen Weinberge ruiniert, und die Trescas mußten mehr und mehr Land verkaufen, um die Schulden begleichen zu können. Gerade als er die Schule hinter sich gebracht hatte und einem trostlosen Angestelltendasein entgegenblickte, erlebte Sulmona einen Zustrom militanter Sozialisten, welche aufgrund ihrer "unruhestiftenden" Aktivitäten in der Eisenbahnergewerkschaft in diesen Landstrich verbannt worden waren. Sogleich organisierten sie einen politischen Club, zu dem auch der junge Tresca stieß. Nach nicht allzu langer Zeit wurde er zum Club-Sekretär gewählt und gründete mit *Il Germe* seine erste Zeitung. Nachdem er einen Hauptmann der Carabinieri "beleidigt" hatte, verbrachte er zwei Monate im Gefängnis, und als er nach einer neuerlichen Verurteilung anderthalb Jahre Knast vor sich hatte, faßte er den Entschluß, sich auf den Weg zu seinem Bruder zu machen, der in New York als Arzt sich niedergelassen hatte.

In Genf Zwischenstation machend, traf er auf einen sozialistischen Lokalmatador, einen verbalradikalen Prahlhans und Schaumschläger namens Benito Mussolini, der das Exil der Einberufung zum Militär vorgezogen hatte. Nach langen nächtlichen Diskussionen verabschiedeten sie sich auf dem Bahnsteig, und der superrevolutionäre Maulheld meinte: "Nun, Genosse Tresca, ich hoffe, Amerika wird aus dir einen wirklichen Revolutionär machen", worauf Tresca erwiderte: "Ich hoffe, Genosse Mussolini, du wirst das Posieren aufgeben und zu kämpfen lernen."

Als er 1904 in New York ankam, erwartete ihn das Elend des Lebens im Exil, wo bereits in den Einwanderungsbaracken die Hoffnung der Immigranten "unter der Berührung grober Beamter" zerfloß, wie Bartholomeo Vanzetti schrieb. Amerika war keine wunderbare neue Welt, sondern lediglich eine schäbige Reproduktion der europäischen Klassengesellschaften. Tresca unternahm keine Anstrengungen, sich zu assimilieren; er blieb ein Italiener unter Italienern und ein Außenseiter unter Amerikanern. "Er spricht nicht Englisch mit einem italienischen Akzent", schrieb Max Eastman 1934, "er spricht Italienisch mit englischen Wörtern". In Philadelphia gab er die Wochenzeitung *Il Proletario* der Italian Socialist Federation heraus und wühlte sich als radikaler "muckraker" durch die kapitalistische Schlammgrube. Ständig die unmenschlichen Existenzbedingungen in den "italienischen Kolonien" in seiner Zeitung anklagend, arbeitete er in einem Bergwerk in Pennsylvania, bei Gleislegern in New Jersey, wo "rückkehrwillige Immigranten" (wie man sie im heutigen herrschenden Jargon nennen würde) im Schlaf erdrosselt und ihrer Ersparnisse beraubt wurden, nahm Bordelle in Augenschein, in denen italienische Immigrantenmädchen zur Prostitution gezwungen wurden. Es dauerte nicht allzu lange, und Tresca bekam wegen "Verleumdung" einen Platz in Uncle Sams Staatspensionat zugewiesen. Noch ehe der den Weg dorthin antrat, wandte er sich von der Italian Socialist Federation ab, deren Ideologie ihm zu rigide erschien. Von nun an betrachtete er sich als Anarchosyndikalisten.

Von Philadelphia zog er nach Pittsburgh, um den vielen italienischen Arbeitern näher zu sein, welche in den Bergwerken und Stahlfabriken sich verdingen mußten, und gab dort von 1906 bis 1909 die Wochenzeitung *La Plebe* heraus. Er schrieb gegen die bedrückenden Verhältnisse an, agitierte und organisierte Streiks in den grauen, trostlosen Arbeitersiedlungen der Bergwerksregionen in Pennsylvania, Ohio und West Virginia. Bei den Arbeiterfamilien war er ein gern gesehener

und geschätzter Gast, mit dem sie ihre wenigen Annehmlichkeiten teilten. "Er war ein netter Kerl, und er war für den Arbeiter", erinnert sich John Chessa. "Selbst die Amerikaner mochten ihn, weil er ein ehrlicher Mann war."

Doch Tresca beschränkte sich nicht allein auf das Organisieren italienischer Immigranten. Eine zweite Liedenschaft von ihm war das Attackieren des heuchlerischen Klerus, was ihn zuweilen hinter Gitter brachte. Manche Katholiken nahmen ihm seine Verhöhnungen derart übel, daß sie meinten, "Gottes Strafe" ausführen zu müssen. Als Tresca am Vorabend einer seiner Inhaftierungen eine Rede hielt, tauchte plötzlich hinter ihm ein Schatten auf, welcher ihm die Kehle aufzuschlitzen gedachte, jedoch mit einem tiefen Schnitt von den Lippen hinab zum Kinn sich begnügen mußte. Mit Glück und Geistesgegenwart dem Tod entkommen, war Tresca durch eine entstellende Narbe gezeichnet, so daß er von nun an einen Bart trug. Der Möchtegern-Attentäter wurde vom Gericht zwar freigesprochen, jedoch zwei Monate später von italienischen Bergarbeitern getötet.

II
America
I feel sentimental about the Wobblies

Nach seiner Entlassung eilte Tresca nach Lawrence (Massachusetts), wo die IWW einen ihrer großen Streiks organisiert hatte. Um die Streikenden ihrer Speerspitze zu berauben, hatte die Staatsgewalt zwei populäre Wobblies, Joe Ettor und den anarchistischen Poeten Arturo Giovannitti, wegen angeblicher Verstrickung in die Ermordnung der Arbeiterin Lo Pezzi verhaftet und angeklagt. Trotz aller Widrigkeiten konnte die IWW an großer Popularität gewinnen. Der Auszug der hungernden und von der Polizei verprügelten Arbeiterkinder zu sympathisierenden Familien in den umliegenden Städten wie auch die täglichen Berichte über Polizeiausschreitungen ließen eine landesweite Sympathie aufkommen, so daß das Unternehmen letzten Endes auf die Forderungen der Streikenden eingehen mußte.

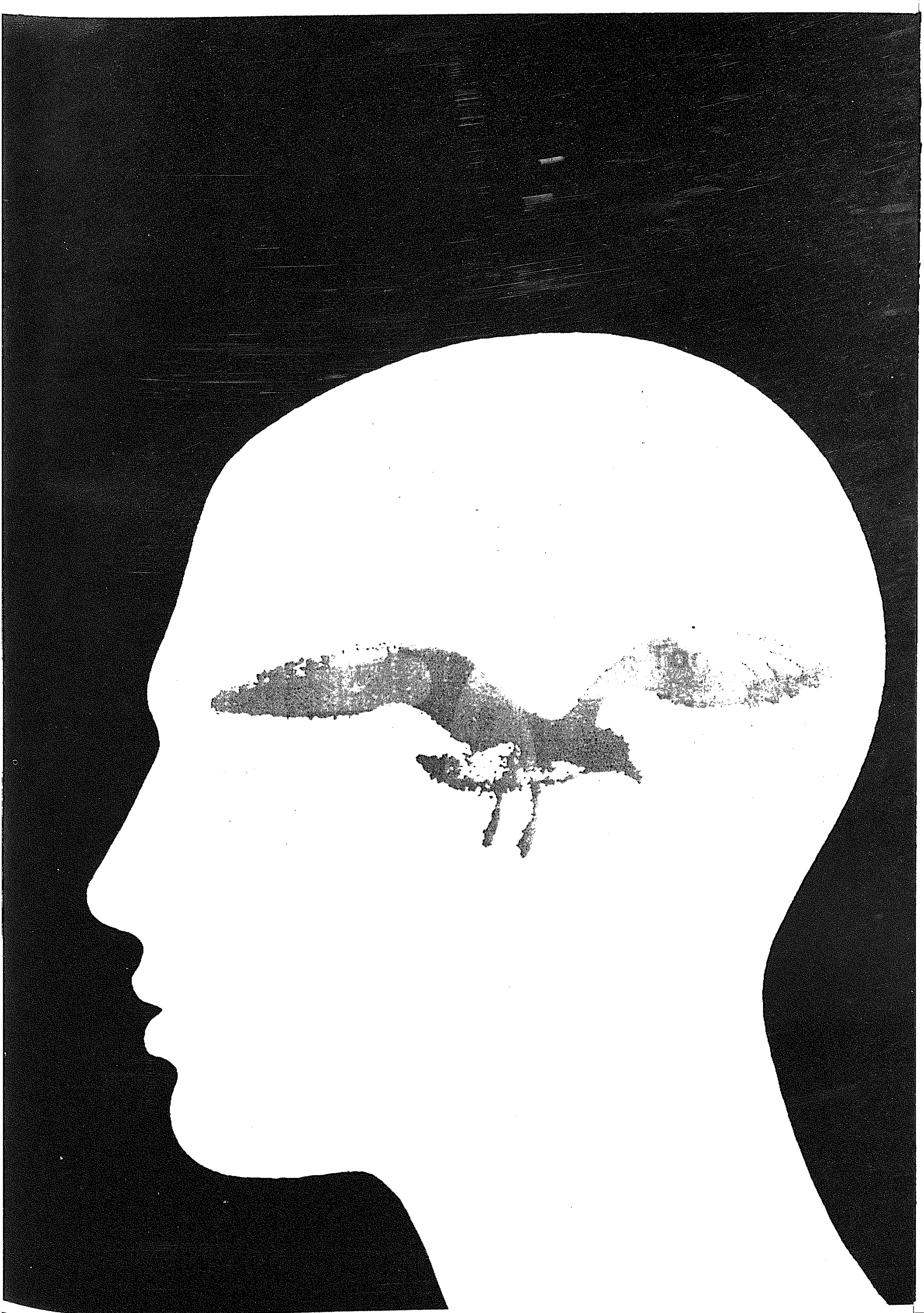
Allerdings hielt diese günstige Stimmung nicht allzu lange an. Als der Prozeß gegen Ettor und Giovannitti nach fünf Monaten eröffnet wurde, organisierte die IWW eine Parade zu deren Unterstützung, die jedoch nur unter Auflagen genehmigt wurde: Es mußte der Sternenbanner getragen, auf rote Fahnen und Musikkapellen verzichtet werden, und die Parade sollte ohne jegliche Störung ablaufen. Im Laufe des Vormittags trafen mehrere tausend Italiener aus der Umgebung ein, brachten eine Kapelle, fünzig rote Fahnen und ein großes Transparent mit der Aufschrift "Kein Gott, kein Herr" mit sich. Sie liefen unbehelligt durch die Straßen, bis eine Polizistenmeute Carlo Tresca, der die Parade anführte und Hauptredner des Tages sein sollte, zu verhaften suchte. Im anschließenden Aufruhr konnte Tresca entkommen, und zwei Polizisten wurden niedergestochen. "Das Ereignis wurde von der Presse im ganzen Land zur Mammutoffensive gegen die Wobblies aufgegriffen", schreibt der marxistische Historiker Philip S. Foner. "In Lawrence gab es den Widersachern der IWW den Vorwand, nach dem sie gesucht hatten." Es wurde die stereotype Kampage abgespult, die IWW sei eine "atheistische", "anarchistische" Organisation.

Lawrence zog Tresca nicht nur aus der Obskurität der Minencamps in Pennsylvania; hier entsponn sich auch eine für ihn außerordentlicjh lange Liebesbeziehung mit Elizabeth Gurley Flynn, der "Jeanne d'Arc der East Side", wie der Romancier Theodore Dreiser sie einmal nannte. Allerdings war dieses Verhältnis nie frei von Komplikationen, denn Tresca war für seinen hohen "Verbrauch" an Geliebten bekannt. "Ich mag eine Frau, und dann vergeht die Zeit, und ich mag eine andere", erzählte er Max Eastman. "Ich mache viele gute Freundschaften mit Frauen, weil ich immer sehr freimütig sage: 'Vertrau mir nicht. Mein Charakter ist sehr emotional. Ich habe jetzt eine große und wirkliche Leidenschaft, aber wenn die fort ist, bin ich auch fort!'" Mit Gurley blieb er jedoch dreizehn Jahre zusammen, und häufig litt sie unter seinen Absprüngen. Als Tresca mit der Flynn-Familie in der New Yorker Bronx lebte und Gurley auf einer Organisationstour durchs Land reiste, hatte er mit ihrer jüngsten Schwester Bina eine Liebesaffaire und einen Sohn, was unweigerlich zu Tumulten führte.

Während sich Tresca jegliche Freiheit zugestand, verlangte er von Gurley, so viel Zeit wie nur irgend möglich ihm zu widmen und ihr politisches Engagement ihm zuliebe etwas zurückzustellen. Als er einmal aus dem Gefängnis kam, war er schockiert, daß Gurley ihn "verließ", um Verteidigungsarbeit für andere Inhaftierte zu leisten. "Aber du bist jetzt draußen", protestierte sie, "und all diese Männer sind im Knast". Tresca war so verärgert, daß er ihr sechs Wochen lang nicht schrieb. Aber trotz allem blieben die beiden bis 1925 zusammen, häufig im Streit über persönliche und politische Angelegenheiten liegend. Während Gurley mehr und mehr leninistischen Vorstellungen sich näherte, beharrte Tresca auf seinem anarchosyndikalistischen Standpunkt, und hätten sie nicht gemeinsam in der Solidaritätskampagne für Sacco & Vanzetti gearbeitet, wäre die Trennung sicherlich eher erfolgt.

III
America
I've given you all and now I'm nothing

Der kalte New Yorker Winter von 1913-14 traf die Armee der Arbeitslosen, die nichts zu essen hatten und keinen Unterschlupf finden konnten, besonders hart. Durchfroren und ausgehungert hingen sie auf der Bowery herum, stundenlang wartend, daß ihnen irgendwelche Hilfsorganisationen ein Stück Brot oder eine Tasse heißen Kaffees zukommen ließen. Aber die Herrschaften, die mit vollgeschlagenen Bäuchen an den Tischen feiner Restaurants vor sich her rülpsten, speisten sie mit hohlen Phrasen ab. Tresca hatte in Harlem ein kleines Büro, wo er seine Zeitung *L'Avvenire* redigierte, und dies war der Treffpunkt junger Leute, die durch die IWW radikalisiert worden waren. Unter ihnen befand sich ein aufgeweckter, rastloser Jude namens Frank Tannenbaum, der nach fruchtlosen Appellen an die Stadtverwaltung "Invasionen" in die Kirchen organisierte, wo die Ausgestoßenen Obdach und Essen verlangten. Manche Kirchenherren duldeten die "Eindringlinge", andere ließen sie hinauswerfen. Die New Yorker Presse - ob nun liberal, konservativ oder reaktionär - entpuppte sich wieder einmal als großes Maul des Großkapitals und forderte ob dieser ungeheuerlichen Verletzung der heiligen Dreifaltigkeit von Eigentum, Gesetz und Ordnung die unverzügliche Vertreibung der Ruhestörer. Um dem Gesetz die nötige Achtung zu verschaffen, könnten ruhig die Köpfe der "Vagabunden" und "Spitzbuben" zertrümmert werden, und dies geschah dann auch. Ermutigt durch die Geiferer in den Redaktionsstuben schlugen Horden uniformierter Staatschergen bei der Räumung einer Kirche auf jeden Kopf ein, der ihnen unter die Ordnungsknüppel kam. Blut spritzte an die Wände, und in den angrenzenden Straßen blieben vor Schmerzen stöhnende Menschen liegen, bis die Ambulanz sich bequemte, sie abzutransportieren. In den folgenden Tagen veranstalteten Sondereinsatzkommandos regelrechte Hetzjagden auf alle, die wie "Vagabunden" aussahen. Wie oft nach solchen Polizeiausschreitungen, wenn die Grenze der akzeptierten staatlichen Brutalität überschritten ist und unansehnlich blutüberströmte Schädel ins Blickfeld rücken, regte sich das liberale Gewissen und das gute Herz. Dem verhafteten Tannenbaum wurde Kaution angeboten und ein Anwalt besorgt; viele Kirchen öffneten "im Namen des Herrn" den Arbeitslosen ihre Pforten; Suppenküchen wurden eingerichtet. Aber damit hatte sich das Problem nicht erldigt. Tresca stimulierte die Arbeitslosen zum weiteren Kampf mit einem einfachen Argument. In organisierten Gesellschaften sei der Mensch ein zahmes Tier geworden sagte er. Selbst den Drang zum Leben habe er verloren; dieser natürliche Instinkt sei unterdrückt worden. "Wenn die Arbeitslosen - und es gibt Millionen von ihnen - anstatt zivilisierte Arbeiter-Wölfe, hungrige Wölfe wären, würden sie ganz anders Handeln. Anstatt an Straßenecken zu betteln oder auf Barmherzigkeit an den Türen der Reichen oder vor den zu wenigen Hilfseinrichtungen zu warten,



CRONACHE SOVVERSIVE

würden sie geradewegs zu den Orten gehen, wo Kleidung und Lebensmitel gelagert wären, sie sich nehmen, und dann würden die 'Besitzenden' ganz anders über die 'Habenichtse' denken." Die Wobblies organisierten Geld- und Kleidersammlungen, beschafften Unterkünfte und Lebensmittel und gaben den von der Gesellschaft Entwürdigten ihre menschliche Würde zurück. Become a Wobbly and then we'll probably free ourselves from slavery, wie es in einem IWW-Song heißt. "Ein kleines Beispiel dafür, was klassenbewußte Arbeiter für sich selbst tun können", meinte Tresca. "Nicht viel, aber ein Anfang. Der Tag wird kommen, an dem sie viel mehr tun werden."

In der Folgezeit kappte Tresca jedoch seine Verbindung mit der IWW. Die Trennung resultierte aus Ereignissen während des Streiks in Mesabi Range (Minnesota) im Jahre 1916. Um fünf Organisatoren aus dem Gefängnis zu bekommen, überredeten Gurley, Tresca und Ettor drei Bergarbeiter, die Schuld für den Mord an einem Deputy Sherff auf sich zu nehmen. In einem Deal mit der Staatsanwaltschaft wurden sie zwar zu zwanzig Jahren Haft verurteilt, kamen jedoch nach drei Jahren wieder frei. Dieses Vorgehen stieß beim General Executiove Board (GEB) der IWW allerdings auf scharfe Kritik. Kurze Zeit später machten sie sich noch unbeliebter, als sie während der Prozesse gegen die Wobblies von der Verteidigungslinie des GEB abwichen. Big Bill Haywood befürwortete eine Strategie des Massenprozesses, in dem sich alle angeklagten Wobblies gemeinsam der Justiz stellen sollten. In seinen Augen (oder in seinem Auge, denn er hatte ja nur noch eins) war der ganze Fall dermaßen konstruiert, daß ein Freispruch, wie er ihn erwartete, einen ungeheuren propagandistischen Erfolg nach sich ziehen würde. Gurley Flynn dagegen war der Überzeugung, man müsse jede gesetzliche Möglichkeit ausschöpfen, um die gefährliche Zeit der nationalen Hysterie zu überbrücken, und der Lauf der Dinge sollte ihr recht geben: Gurley, Tresca, Giovannitti und Ettor erreichten durch diese Taktik, daß die Anklagen gegen sie fallengelassen wurden, während jene, die Haywoods Weg folgten, zu Haftstrafen bis zu 20 Jahren und Geldstrafen bis zu 20000 Dollar verurteilt wurden.

Auch wenn Tresca mit der IWW brach, wurde er doch kein politischer Renegat. Wie viele Wobblies widersetzte auch er sich der imperialistischen Politik, was zur Folge hatte, daß *L'Avvenire* 1917 vom Postvertrieb ausgeschlossen wurde und er unter ständiger Polizeiüberwachung stand.

IV
America
I refuse to give up my obsession

Carlo Tresca ist nicht als typischer Vertreter des italo-amerikanischen Anarchismus zu betrachten, denn dieser formierte nie einen monolithischen Block mit einem einzig anerkannten "Führer". Wie so oft in der Geschichte anarchistischer Bewegungen waren sich die verschiedenen Flügel nicht unbedingt freundschaftlich gesonnen. Dem Anarchosyndikalisten Tresca stand als Rivale der Anarchokommunist Luigi Galleani gegenüber, der mit seiner Strömung, bekannt als anti-organizzatori, eine starke Aversion gegen alle Formen politischer Organisation hegte, da er darin die Erstickung individueller Freiheit sah. Stattdessen befürwortete er die Taten revolutionärer Individualisten. In seiner Zeitung *Cronaca Sovversiva* feierte Galleani, wie Tresca ein brillianter Propagandist und Polemiker, sowohl Leon Czolgosz, den Attentäter des US-Präsidenten McKinley, als auch Gaetano Bresci, der nach Italien zurückgekehrt war, um König Umberto zu töten. Galleani billigte auch die Expropriation, solange die Einnahmen solcher Aktionen der anarchistischen Bewegung zugutekamen. Aus Sympathie für diese Form der sozialen Rebellion veröffentlichte er in seiner Zeitung zwischen 1916 und 1917 die Memoiren des französischen Expropriateurs Clement Duval, doch fand die Expropriation unter italo-amerikanischen Anarchisten kaum Anklang. Der einzige espropriatore war offenbar Cesare Stami, ein individualistischer Anarchist (jedoch kein Galleanista), der die Untergrundzeitung *La Rivolta degli Angeli* herausgab und im Mai 1924 während einer Enteignungsaktion in einem Feuergefecht mit der Polizei erschossen wurde.

Die ideologischen Differenzen bezüglich des Syndikalismus führten 1915 zu scharfen Polemiken zwischen Tresca und Galleani, welche die Kluft zwischen den beiden Flügeln noch vertieften. Auch wenn Tresca Galleani nicht zu seinen Freunden zählte, zollte er doch dem älteren Anarchisten stets Respekt. Galleani dagegen vermochte nie über persönliche und politische Streitigkeiten hinausblicken und betrachtete seinen Rivalen mit Mißbilligung und Herablassung. Während des Krieges wurde die *Cronaca Sovversiva* aufgrund ihrer Aufrufe zur Kriegsdienstverweigerung verboten, und im Mai 1919 wurde Galleani deportiert. Bald danach explodierten Bomben in acht Städten, und Carlo Valdinucci wurde in der Luft zerfetzt, als er dem Generalstaatsanwalt Palmer eine Bombe ins Haus legen wollte.

In den Jahren nach dem Krieg nahmen die Streitigkeiten zwischen den beiden Flügeln an Heftigkeit noch zu. Tresca, der die seit 1917 erscheinende vierseitige, großformatige Wochenzeitung *Il Martello* redigierte, trat für ein breites Bündnis radikaler Antifaschisten ein. Die um die Zeitung *L'Adunata dei refrattari* gescharten Galleanisti lehnten dagegen jegliche Zusammenarbeit mit Sozialisten, Kommunisten und anderen Marxisten strikt ab. Sie attackierten nicht allein diese Gruppierungen, sondern setzten auch eine Kampagne in Gang, welche Trescas Ansehen in der Bewegung nachhaltig schädigen sollte. Diese Angriffe, welche 1925 begannen und 1938 ihren Höhepunkt erreichten, bewirkten bei Tresca Enttäuschung und Verbitterung über die Anarchisten, welche doch eigentlich seine Genossen hätten sein sollen, nun aber nur Verachtung für sein langes Engagement für die Sache der Arbeiterklasse zeigten.

V
America
Sacco&Vanzetti must not die

Am 15. April 1920 wollten in South Braintree (Massachusetts) ein Kassierer und ein Wächter Lohngelder im Werte von 16000 Dollar vom Büro zu ihrer Fabrik bringen, als ihnen zwei Männer auflauerten und sie erschossen. Das Geld an sich nehmend, sprangen sie in einen Wagen und rasten davon.

Drei Wochen später wurden Nicola Sacco und Bartholomeo Vanzetti verhaftet, als sie ihren anarchistischen Freund Mike Boda, welcher der Verstrickung in das Verbrechen verdächtigt wurde, begleiteten, um dessen Wagen aus einer Reparaturwerkstatt abzuholen. Zu dieser Zeit hatte Tresca, der innerhalb der italienischen radikalen Bewegung über die besten Verbindungen zu Anwälten, Politikern und anderen einflußreichen Amerikanern verfügte, zusammen mit seinen Genossen der Martello-Gruppe das Comitato Italiano Pro-Vittime Politiche ins Leben gerufen, um den Opfern der Radikalenhatz zu helfen. Es war dieses Komitee, zu dem im April 1920 Vanzetti von den Bostoner Anarchisten geschickt worden war, um etwas über den Verbleib der beiden Genossen Andrea Salsado und Roberto Elio in Erfahrung zu bringen. Zwei Komiteemitglieder warnten Vanzetti vor neuerlichen Überfällen auf Radikale und drängten ihn, inkriminieren-

des Material wie Pamphlete und andere anarchistische Literatur zu verstecken. Damit waren Sacco, Vanzetti und ihre Freunde wohl am Abend ihrer Verhaftung beschäftigt, nachdem Salsado in der Nacht zum 3. Mai 1920 aus dem Fenster des Polizeigefängnisses "gefallen" war. Tresca setzte sich unmittelbar mit seiner Zeitung und seinem Prestige für die beiden Angeklagten ein, um Geld und öffentliche Unterstützung zu erhalten. Zusammen mit Gurley Flynn gewann er den erfahrenen Wobbly-Anwalt Fred Moore für den Prozeß, der bald schon ein cause célèbre werden sollte.

Obwohl Tresca in all der Zeit zwischen dem Prozeß und der Hinrichtung der beiden Anarchisten seine Talente als engagierter Journalist, öffentlicher Redner, glühender Agitator und unermüdlicher Geldsammler für das Verteidigungskomitee einsetzte, war es doch nie eine Vollzeitbeschäftigung für ihn. Ein Grund hierfür mag sein, daß er und der Sekretär des Komitees, Emilio Coda, einander haßten. Da seine direkte Teilnahme an den Aktivitäten des Komitees von Coda und wahrscheinlich anderen Galleanisti unterbunden wurde, beschränkte sich Tresca auf die Öffentlichkeitsarbeit. Nachdem alle rechtlichen Möglichkeiten erschöpft waren und die Exekution bevorstand, startete er eine Kampagne zur Organisierung eines landesweiten Generalstreiks, um dies zu verhindern. Doch all dies nutzte nichts. Am 23. August 1927 wurden Sacco & Vanzetti ermordet.

Obwohl Tresca nicht zum engeren Kreis des Komitees gehörte, wird er von revisionistischen Historikern als Kronzeuge für die Schuld zumindest eines Anarchisten herangezogen, als der "eine Mann in Amerika, zu dem man gehen würde, um Informationen aus erster Hand darüber zu erhalten, was bei den italienischen Anarchisten vor sich ging", wie es der nach rechts gewendete Max Eastman ausdrückte. Kurz vor Trescas Tod habe er, Eastman, Tresca nach der "Wahrheit" über Sacco & Vanzetti gefragt, worauf dieser erwidert haben soll: "Sacco war schuldig, aber Vanzetti war es nicht." Auf dieses Statement, das Eastman erst 19 Jahre später in einem Artikel in der reaktionären *National Review* veröffentlichte, stürzte sich der Populärhistoriker Francis Russell, der drei Jahrzehnte lang nach Spuren, Beweisen und Zeugen suchte, um die beiden Anarchisten des Verbrechens zu "überführen". In den Augen Russells war Tresca der "Schutzengel oder Großvater" des Sacco & Vanzetti-Prozesses, der "anerkannte und bewunderte Führer" der italo-amerikanischen Anarchisten, welcher die "Wahrheit" wissen müsse. Betrachtet man Eastman als fragwürdige und nicht gerade verläßliche Gestalt, so ist andererseits zu beachten, daß auch der Sozialistenchef Norman Thomas, welcher eine durchaus integre Persönlichkeit war, im privaten Kreis ein solches Statement Trescas gehört haben will. Was ist also davon zu halten?

Trescas Tochter, Beatrice Tresca Rapport, ist der Überzeugung, ihr Vater habe in diesem Fall nur wegen des theatralischen Effekts so geredet. In der Tat war Tresca ein Mann mit glühendem Temperament, welcher im Rampenlicht stehen mußte und manchmal in Effekthascherei sich erging, um dieses Verlangen zu stillen. Aber würde er nur um eines grellen Effekts wegen Sacco zum Schuldigen erklären? Ein anderer Grund könnte sein, daß Tresca aufgrund der fortwährenden Attacken der Galleanisti verbittert war, daß die Angriffe in ihm Zweifel und Verdächtigungen gegen Sacco, der wahrscheinlich zu den Bostoner Galleanisti gehörte, nährten, auch wenn diese nur Projektionen waren, für die es in der Realität keine Grundlage gab. Nach der Meinung Russells fühlte sich Tresca betrogen, und aus dieser Quelle speise sich sein Drang zu reden, denn die "Wahrheit" sei zu bitter für ihn gewesen, um sie für sich zu behalten. Aber warum vertraute er diese "Wahrheit" Amerikanern und nicht seinen italienischen Freunden, nicht einmal seiner Tochter an, die in engster Beziehung zu ihrem Vater stand? Dies sind freilich alles Spekulationen, und Trescas Statement - ist es denn gemacht worden - sollte keine zentrale Bedeutung zukommen.

Was bei der ganzen Angelegenheit nachdenklich stimmt, ist die Sorte von Leuten, welche sich auf dieses Statement stürzen. Unter dem Vorwand, der "historischen Wahrheit" auf den Grund gehen zu wollen, will Russell, ein auf Geschichtsdetektiv getrimmter Rambo, gegen das "Dogma liberaler Intellektueller" von der Unschuld von Sacco & Vanzetti anstürmen, als Obersturmführer das linke Pantheon am liebsten dem Erdboden gleichmachen. Seit den fünfziger Jahren ist eine reaktionäre Polit-Soldateska mit einer Meuchelkampagne beschäftigt, deren Sinn darin liegt, Sacco & Vanzetti noch einmal vor Gericht zu stellen, zu verurteilen und hinzurichten. Für den reaktionären Chefschwadroneuer William F. Buckley jr., den Herausgeber der *National Review* (in der die Anti-Sacco & Vanzetti-Kampagne mit besonderer Penetranz geführt wurde) war der Fall, wie er 1960 schrieb, "ein menschliches Vehikel, durch das die bestehende Ordnung angeklagt, unsere Institutionen verdammt, die Sache des proletarischen Sozialismus dramatisiert, die puritanische Ethik weggekratzt, die Nation zerrissen und durch die Seiten der Geschichte bluten lassen" werden solle. Das Ziel der Operation ist klar: Buckleys Historikerkorps wollen die Autorität und Unfehlbarkeit des Systems wiederherstellen, zementieren und unangreifbar machen, den radikalen Geist exorzieren, die Legende zerstören, das Terrain einnehmen und kontrollieren. Indem die ideologischen Revisionisten Sacco & Vanzetti ihrer angeblichen Tatbeteiligung im nachhinein "überführen", hoffen sie, den vom Staat ausgeführten Mord zu rechtfertigen, und wenden sich damit einer Strategie zu, wie sie schon in ähnlich gelagerten Fällen wie des Wobbly-Barden Joe Hill (1915 ermordet) oder der angeblichen kommunistischen Atomspione Julius & Ethel Rosenberg (1947 ermordet) angewandt wurde.

VI
America
When will you be angelic?

Schon während des I. Weltkriegs begann innerhalb der italo-amerikanischen Welt ein italienischer Patriotismus sich auszubreiten, welcher das Fundament für eine starke faschistische Strömung legte, nachdem Mussolini 1922 in Rom die Macht ergriffen hatte, und selbst einzelne Radikale wurden vom Faschismus angezogen. Die Karriere von Edmondo Rossoni zeigt auf, wie der Weg von der radikalen Linken zur extremistischen Rechten verlaufen kann. In der Vorkriegszeit war Rossoni Redakteur bei der anarchosyndikalistischen Zeitung *Il Proletario* in New York und organisierte die Seeleute in der IWW. Zu dieser Zeit bewies er noch seinen Haß auf den Patriotismus, indem er auf die italienische Fahne spuckte. Als er später nach Italien zurück-



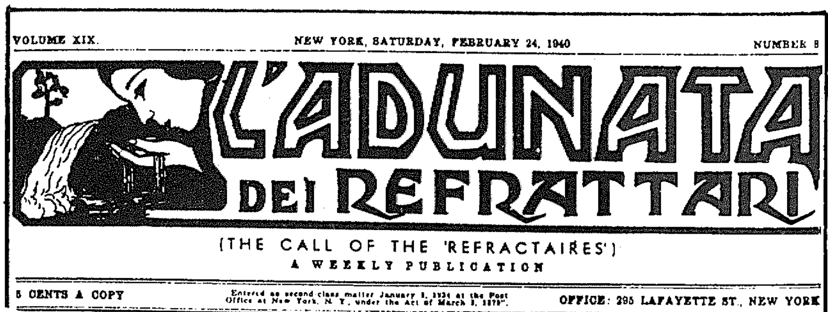
kehrte, organisierte er in Genua unterprivilegierte Hafenarbeiter, welche ähnliche Merkmale wie Teile der IWW-Anhänger in den USA aufwiesen, und führte sie in die Arme des Faschismus. 1925, inwischen zu Mussolinis Korporationsminister aufgestiegen, erklärte er den Arbeitern der Welt, der Faschismus sei der elementarste Ausdruck der syndikalistisch-nationalistischen Idee.

Es gehört zu den Absurditäten der Geschichte, daß Mussolini selbst in der italoamerikanischen Linken kein Unbekannter war. In seinen frühen Jahren schrieb er flammende Artikel für *Il Proletario* und nutzte während des Streiks in Lawrence seine eigene Zeitschrift *Lotta di Classe,* um die US-Mittelklasse, "das brutale Volk des Dollars", in Grund und Boden zu verdammen und die Republik als kriminelles Operationsgebiet zu demaskieren, wo die Millionäre Morgan und Rockefeller die "Verbrechen des Kapitalismus" begingen. Zehn Jahre später posierte der "sozialistische" Krakeeler freilich als Held der US-Bourgeoisie und klopfte an die Stahltüren der Schatzkammern des Morgan-Bankimperiums. Das nennt man dann wohl Realpolitik.

Carlo Tresca führte von Beginn an einen kompromißlosen Kampf gegen den Faschismus. Exemplare seines *Martello* schmuggelte er nach Italien und organisierte in New York "Guerillaaktionen" gegen die Schwarzhemden. In der Bronx hatten die Faschisten eine Organisation namens Fascio Mario Souzini gegründet, welche im Schutz der Kirche agierte und von der Polizei unbehelligt blieb. Mit Knüppeln bewaffnet zogen sie in Horden durch die Straßen und verprügelten Antifaschisten, die allein und unbewaffnet unterwegs waren. Um diesem Treiben Einhalt zu gebieten, war es notwendig, den Faschisten entschlossen entgegenzutreten. "Wir argumentieren nicht mit den Faschisten", erklärte Tresca. "Wenn sie sich der Diskussion mit uns stellen wollen, sagen wir, daß wir diskutieren werden, wenn unsere Brüder in Italien eine freie Presse und das Recht haben, reden zu halten und auf den Straßen sich zu treffen. Bis dahin tragen wir unseren Disput mit Waffen aus." Tresca rechnete es sich als Verdienst an, daß die Faschisten seit 1925 nicht mehr offene Versammlungen abzuhalten gewagt hätten, und er verbuchte den starken Polizeischutz bei Besuchen italienischer Regimemitglieder als persönlichen Sieg im "Bürgerkrieg". Was Tresca zum antifaschistischen Kampf vor allem beitrug, war eine zähe Integrität, welche auch nicht durch Bedrohungen seines Lebens erschüttert werden konnte.

Dem Mussolini-Regime war Trescas Widerstand ein Dorn im Auge, und es versuchte mit aller Macht, den unliebsamen Anarchisten zum Schweigen zu bringen.

Im Mai 1923 richtete die italienische Botschaft eine diplomatische Note an das US-Außenministerium, in der sie sich über die



"berüchtigten italienischen Arbeiteragitatoren Carlo Tresca, Arturo Giovannitti ... und andere sozial-kommunistische Elemente in New York" beschwerte, welche im Auftrag Moskaus die italienische Regierung verleumden würden. Botschafter Caetani legte den US-Behörden nahe, den "giftsprühenden" *Martello* vom Postvertrieb auszuschließen und seinen Herausgeber vor Gericht zu stellen. Außenminister Hughes konferierte daraufhin mit dem Postminister, dem Generalstaatsanwalt und dem New Yorker Bezirksanwalt, und einige Wochen später wurde Tresca tatsächlich angeklagt. Aus einer zweizeiligen Anzeige für ein Buch über Geburtenkontrolle wollte man ihm einen Strick drehen und verurteilte ihn zu einem Jahr Gefängnis. Doch mußte er "nur" vier Monate einsitzen, denn die liberale Presse ergirff Partei für ihn, so daß Präsident Coolidge sich gezwungen sah, Trescas Entlassung anzuordnen.

Auch in der Folgezeit blieb Tresca die Zielscheibe heimtückischer Nachstellungen. nachdem "legale" Manöver auf diplomatischer Ebene nicht viel gefruchtet hatten, besannen sich die Machthaber in Rom ihrer kriminellen Energie und heuerten einen Killer an. Tresca kam bald zu Ohren, daß ihm jemand an den Kragen wollte, und es entspann sich ein Katz-und-Maus-Spiel. Da Tresca an seinem Leben hing, schlief er aus Vorsicht jede Nacht in einem anderen Zimmer, doch schließlich tauchte der Killer bei ihm auf, und es stellte sich heraus, daß die Faschisten eine schlechte Wahl getroffen hatten. Der Killer sagte, er wolle Tresca nicht töten, und verlangte stattdessen 4000 Dollar, um das Land verlassen zu können. Etwas später trafen sie sich in einem italienischen Restaurant im Greenwich Village, wo der Killer im Beisein einiger Mafiosi Trescas Hand küssen mußte, und damit war die Angelegenheit aus der Welt geschafft. Auch wenn bei weitem nicht alle Italo-Amerikaner in New York Trescas politische Ansichten teilten, hielt dies sie doch nicht davon ab, Tresca eine gewisse Protektion zu gewähren.

Die Faschisten ließen sich allerdings dadurch keinesfalls abschrecken und unternahmen weitere Mordversuche. Als Tresca eines Abends während einer antifaschistischen Versammlung in East Harlem eine Rede hielt, wurde er plötzlich von einem donnernden Lärm jäh unterbrochen. Unweit des Versammlungsortes war eine für ihn bestimmte Bombe frühzeitig in einem Auto explodiert, in dem drei Männer saßen, von denen zwei später als Angehörige einer faschistischen Organisation identifiziert wurden. Als man ihm mit weiteren Morddrohungen das Leben schwermachte, legte er sich 1931 schließlich einen Revolver zu, doch schoß er sich damit nur in den eigenen Fuß.

Die antifaschistische Arbeit in den zwanziger und dreißiger Jahren, die fraktionsübergreifende Bündnisse erforderte, wurde von sektiererischen Rivalitäten innerhalb der Linken überschattet. Die Anti-Fascist Alliance of North America (AFANA), in den Zwanzigern ins Leben gerufen, war ein Versuch, die verschiedenen Gruppierungen der Linken in ein Bett zu bringen, doch schon bald machten Eifersüchteleien und Besserwisserei gemeinsame Aktionen unmöglich. Die IWW beispielsweise beschuldigte die AFL-Gewerkschaften, den faschistischen Geist zu nähren, und Ende 1926 zog sich eine Reihe von Gewerkschaften aus dem Bündnis zurück, weil sie die Kommunisten verdächtigten, sie würden Tarngruppen aufstellen, um die Zahl ihrer Delegierten zu erhöhen. In den dreißiger Jahren war die Zusammenarbeit nicht besser. Zwar hatte der VII. Kongreß der Komintern im Juli 1935 eine Politik der Volksfront gegen Krieg und Faschismus gefordert, welche alle progressiven Kräfte sammeln sollte, doch verfolgten die KP-Kader ein machtpolitisches Kalkül, um die antifaschistischen Organisationen in ihrem Sinne zu dominieren, was anderen Linken verständlicherweise nicht gefiel.

VII
America
When will we end the human war?

Wie viele seiner Generation hatte Carlo Tresca die Oktoberrevolution enthusiastisch gefeiert, doch die Einkerkerung vieler Anarchisten und anderer Revolutionäre ernüchterte ihn, und er nannte Lenin den "Totengräber der russischen Revolution". In einer 1928 gehaltenen Rede gab er seiner Überzeugung Ausdruck, nach der alle revolutionären Bewegungen gegen die Tyrannei im allgemeinen mit der Machtergreifung neuer Kräfte der Unterdrückung enden. Seiner Meinung zufolge würden die italienischen Kommunisten ebenfalls ein repressives Regime errichten, wenn Mussolini einmal gestürzt sei, und die Anarchisten würden weiterhin gegen jegliche Autorität, auch jene der italienischen Kommunisten, agitieren. Nichtsdestotrotz stellte Tresca seine Vorbehalte gegenüber den stalinistischen Kommunisten angesichts der faschistischen Bedrohung zunächst zurück.

Mitte der dreißiger Jahre trat Tresca jedoch in offene Opposition zu den Stalinisten. 1934 nahm er am Dewey-Komitee teil, das die angeblichen Verbrechen Trotzkis, wie sie bei den Moskauer Schauprozessen aufgelistet worden waren, untersuchte und den alten Revolutionär rehabilitierte. Tresca hatte keine Scheu, für ihn sich einzusetzen, ganz im Gegensatz zu Emma Goldman und Alexander Berkman, die aufgrund ihrer Kronstadt-Erfahrungen kein gutes Haar am "Schlächter" ließen. ("Würde ihm recht geschehen, wenn ihn jemand erschösse", schrieb Berkman 1932.) Trotz vieler Divergenzen in politischen Fragen blieb Trotzki dem Anarchisten in Dankbarkeit verbunden und sah in ihm "einen Mann, der jeder Zoll ein Kämpfer" war. "Ihr sechzigster Geburtstag wird von Ihren Freunden gefeiert", schrieb er im April 1939 an Tresca, "und ich nehme mir die Freiheit, mich zu ihnen zu zählen. Ich hoffe, daß ihre moralische Kraft und revolutionäre Glut für eine lange künftige Zeit erhalten bleiben werden." Die Kommunisten urteilten weniger freundlich: Sie nannten Tresca einen Faschisten, einen agent provocateur, einen Freund der Polizei und einen Feind des Volkes.

Besonders die Ereignisse in Barcelona im Mai 1937 ließen Tresca einen scharfen antikommunistischen Kurs einschlagen, und er versuchte die italo-amerikanische Linke zu überzeugen, daß es moralisch falsch sei, mit den Kommunisten zusammenzuarbeiten. Ein grausiges Entsetzen packte ihn, als er erfahren mußte, daß der POUM-Mitbegründer Andres Nin von Enea Sormenti alias Vittorio Vidali alias Carlos Contreras alias Major Carlos, einem der bedeutendsten Auslandsagenten des russischen Geheimdienstes, ermordet worden war. Ironischerweise waren Tresca und Sormenti in den zwanziger Jahren Freunde gewesen, hatten zusammen in der AFANA gearbeitet, und Tresca hatte ihn damals vor der drohenden Deportation bewahrt.

Als die Niederlage des Mussolini-Faschismus sich abzeichnete, drängten KP-Kader an die Spitze der italo-amerikanischen antifaschistischen Organisationen, um auf diese Weise ihre Aussichten auf entscheidende Posten in der künftigen Regierung Italiens zu verbessern. Tresca allerdings wollte ihren Einfluß so gering wie nur irgend möglich halten und den Eintritt der Stalinisten in den Italian-American Victory Council und die Mazzini-Gesellschaft, zwei einflußreiche Antifaschisten-Organisationen in New York, verhindern, soweit dies in seinen Kräften stand.

VIII
America
When will you look at yourself through the grave?

Am Abend des 11. Januar 1943 verließ Tresca zusammen mit seinem Freund Guiseppe Callabi, nachdem ein Treffen mit einem Unterkomitee der Mazzini-Gesellschaft geplatzt war, sein Büro in der Fifth Avenue. Als sie die dunkle Straße hinuntergingen und an der Ecke auf das Umspringen einer Ampel warteten, tauchte plötzlich ein dunkler Wagen auf. Ein Mann sprang heraus und feuerte aus dichter Nähe drei Schüsse auf Tresca ab, welche ihn in den Kopf und den Rücken trafen. Der Attentäter sprang zurück in den Wagen, der sogleich davonraste. Tresca ging noch einige Schritte und fiel schließlich blutüberströmt in den Rinnstein. Diesmal konnte er dem Tod nicht entkommen.

Der Mord an Carlo Tresca blieb unaufgeklärt. Zahlreiche Spekulationen machten in der Stadt den Umlauf, ob er von Faschisten, stalinistischen Agenten oder der Mafia getötet worden war. Der Schriftsteller John Dos Passos (der nach seinem Engagement für Sacco & Vanzetti im Orbit der KP agierte und nach den Ereignissen im spanischen Bürgerkrieg zur Rechten driftete, um schließlich in den Sechzigern den erzreaktionären Präsidentschaftskandidaten Barry Goldwater zu unterstützen) vermutete, sein Freund Tresca sei auf Weisung der "gleichen Bande, die Trotzki in Mexiko tötete", ermordet worden, obgleich es dafür, wie Dos Passos eingestehen mußte, keinen Beweis gab. In seinen Augen wurde Tresca als "ein Kämpfer für die amerikanische Freiheit" niedergeschossen. In seinen letzten zehn Lebensjahren, im Kampf gegen Faschisten und Stalinisten sei er "im besten Sinne des Wortes" ein Konservativer geworden: "Gegen die Bandenführer, die die Italiener Amerikas für die Zerstörung unserer Regierungsform und Existenz zu organisieren suchen, hielt Carlo Tresca einen schwierigen und unbarmherzigen Krieg aufrecht. Wie die meisten guten Generäle hielt er Angriff für die beste Verteidigung." Aber Tresca war nie ein "General", der eine Armee befehligte, und es ging ihm auch nie um irgendein "Amerika", dessen "Werte" er hätte verteidigen müssen. "Ich strebe nach Freiheit, nicht nach Anarchie", hatte er einmal gesagt, und ihm war klar, daß diese Freiheit in einer Klassengesellschaft nicht zu erreichen war. So blieb er ein "Unversöhnlicher", wie er sich einmal beschrieb, jemand, der verändern, nicht wie gewendete Ex-Radikale am Erhalt des bestehenden Systems mitwirken wollte. Er starb, wie es die Schlagzeile auf der Titelseite der New York Times unterstrich, als Radikaler.

Für Leute wie Russell ist Tresca der "letzte der Anarchisten", sozusagen ein schwarzroter Unkas in den Schluchten New Yorks, mit dessen Tod auch der Anarchismus in den USA untergegangen sei. Aber mit Tresca starb nicht die Idee. Kurz nach seinem Tod übernahm ein sozialphilosophischer Künstler namens Holley Cantine jr. Trescas Druckmaschine, um in den vierziger Jahren damit seine anarchistische sozialphilosophische Zeit-schrift *Retort* herzustellen, als deren Setzer, Drucker, Binder, Geschäfts- und Vertriebs-leiter er in einer Person fungierte. "Wir haben einen unserer geschätztesten Rat geber und Lehrer verloren", schrieb Can-tine in seiner Reminiszenz an Tresca, "aber wir können dennoch aus seinem Leben Nutzen ziehen. Unsere Hochachtung an seine Erinnerung ist eine neuerliche Hin-gabe an die Ideale, die er für uns lebendig hielt." Etwa zur gleichen Zeit gab der ehemalige Trotzkist und spätere Anarcho-Pazifist Dwight MacDonald seine Zeit-schrift *Politics* heraus, welche ihr Leben unter anderem der finanziellen Zuwendung Margaret de Silvers, der Witwe Carlo Tres-cas verdankte. In ihr erschienen Artikel von Simone Weil, Albert Camus und George Orwell. So wirkte in gewisser Weise Carlo Tresca fort, auch wenn er heute weitgehend vergessen ist, wahrscheinlich mehr von den Anarchisten als alten Italo-Amerikanern.

Anmerkungen

Die unübersetzten Zwischentitel sind Zitate aus Allen Ginsbergs Gedicht "America", veröffentlicht in Howl and Other Poems (1956)

Literatur

Erik Amfitheatrof: The Children of Columbus. An Informal History of the Italians in the New World. Boston: Little, Brown and Company, 1973

Rosalyn Fraad Baxandall: "Elizabeth Gurley Flynn: The Early Years", *Radical America*, Nr.1 (Jan.-Febr. 1975), S.97-115.

Holley Cantine jr.: "Carlo tresca", *Retort*, Nr.4 (Frühjahr 1943), S.2-4)

John P. Diggins: Mussolini and Fascism: The View from America. Princeton: Princeton University Press 1972

John Dos Passos: The Theme Is Freedom. Freeport, NY: Books for Libraries Press, 1956.

Max Eastman: Heroes I Have Known. New York: Simon and Schuster, 1942.

Eric Foner: "Sacco and Vanzetti: The Men and the Symbols", The Nation, 20.8.1977, S.135-141.

Philip S. Foner: History of the Labor Movement in the United States IV: The Industrial Workers of the Wold, 1905-1917. New York: International Publishers, 1965.

Luciano J. Iorizzo & Salvatore Mondello: The Italian-Americans. New York: Twayne 1971.

Nunzio Pernicone: "Carlo Tresca and the Sacco-Vanzetti Case", *Journal of American History*, Nr.3 (Dez. 1979), S.535-547.

Francis Russel: "The Last of the Anarchists: The Strange Story of Carlo Tresca", *Modern Age*, VIII (Winter 1963-64), S.61-76.

-: Sacco and Vanzetti: The Case Resolved. New York: Harper and Row 1986.

Carlo Tresca: "The Fascist Menace in the United States of America", *Labor Defender*, Nr.1 (Januar 1927), S.3-5.

- : "The Unemployed and the IWW", *Retort*, Nr.2 (Juni 1944), S.23-34.

- : "With Big Bill Haywood on the Battlefields of Labor", in Rebel Voices: An IWW Anthology, hg. Joyce L. Kornbluth. Ann Arbor: University of Michigan Press, 1968, S.208-209.

George Woodcock: Anarchism: A History of Libertarian Ideas and Movements. Harmondsworth: Penguin Books 1986.

"Soldaten sind Mörder" und "Die Kirschen der Freiheit"

von Thea A. Struchtemeier



Das Thema "Desertion" ist zur Zeit ein ausgesprochener "Renner" auf dem Markt des zivilen Ungehorsams. Im vergangenen nationalen und zivilen Trauermonat November inszenierte die Gelsenkirchener "Aktion gegen Krieg" in ihrer Ruhrgebietsstadt eine Ausstellung zu "Deutschen Deserteuren", der sich weitere Veranstaltungen anschlossen. Diese sollten eigentlich mitsamt der Ausstellung bis Mitte bzw. Ende November ihren Abschluß finden, doch die Ausstellung selbst wurde noch um einige Wochen verlängert, und sie wartet jetzt darauf, mitsamt ihren Exponanten zu "wandern".

Die Eröffnung begann mit einer Einführung in das Thema, bei der zwischen den Motiven von Deserteuren einerseits und den Verordnungen der bürokratischen Paragraphen andererseits unterschieden wurde. Auf der Seite der Deserteure kamen renommierte Flüchtige wie Ulrich Bräker (aus der Zeit des 7jährigen Krieges), Alfred Andersch und Heinrich Böll "zu Wort". Danach bezweckte ein Gitarrenduo, das Morden im Krieg in dramatischer und musischer Form nachzuvollziehen. Leider kam es m.E. nicht über eine Ästhetisierung hinaus. Im Anschluß daran folgte ein Performance, die durch ihre drastischen Methoden den Pegel des zivilen Ungehorsams im Publikum bemerkbar machen wollte. Es dauerte dann auch ziemlich lange, bis sich endlich jemand aus dem Publikum beschwerte und dem Treiben ein Ende bereitete, das aber die Darsteller bezweckten.

Ziel der Ausstellung ist es, so die Herausgeber des Kataloges auf dem Vorsatzblatt, "die Auseinandersetzung mit dem Problem "Desertion" in möglichst großer Vielfalt ästhetischen Ausdruck zu verleihen. Entsprechend dieser Maßgabe gab es keinerlei Einschränkung hinsichtlich Form, Inhalt, Professionalisierung der eingereichten Arbeiten." Die Anzahl und Aussagekraft der ausgestellten Exponate ist enorm, jedoch die Art der Motivik überraschenderweise einheitlich. Vorrangigste Motivwahl sind abgetrennte Gliedmaße und Skelette wie ebenso die in sich gekauerte und sich selbst schützende Haltung des Opfers. Dazwischen befinden sich immer wieder Gedichte gegen Krieg und Tod und Laudationes auf die Fahnenflucht. Von denen gefiel mir die auf S.90 des Katalogs zitierte von Hans-Jürgen Weßlowski am wenigsten, der die Deserteure für die "wahren Helden" hält, denen "Denkmäler gesetzt werden müßten". Helden im herkömmlichen Sinne waren aber unter den Fahnenflüchtigen die wenigsten, denn der Großteil setzte sich aus privaten Gründen von der Truppe ab und nicht aus heroischen.

Hier liegt auch die Schwierigkeit verborgen, ihnen offiziellerweise ein Denkmal zu setzen, denn damit verriete das Großkollektiv sich selbst an das Kleinkollektiv oder an das Individuum. Abgesehen davon, daß Denkmäler immer von ihrer Idee her konservativ sind, sind die wirklichen "Denkmäler" die getöteten und noch lebenden Deserteure selbst. ("Die Kirschen der Freiheit". Eine Ausstellung im Museum Gelsenkirchen-Buer. Katalog, 20.-DM)

In Abständen folgten nach der Eröffnung drei Diskussionsveranstaltungen, zu denen Gerhard Zwerenz, Norbert Haase und Ekkehart Krippendorf eingeladen waren.

Zwerenz - selbst ein später Deserteur von 1944 - las Passagen aus seinem neusten Buch vor ("Soldaten sind Mörder". Die Deutschen und der Krieg, München: Knesebeck & Schuler 1988), mit dessen Titel er sich schon offiziellerweise die Hände schmutzig machte, aber dessen Aussage nach einem Urteil des Frankfurter Landgerichts nicht strafbar ist.

Den Sieg der erstittenen Aussage, Soldaten seien "potenzielle Mörder" trug aber nicht Zwerenz davon, sondern ein Weißkittel namens Dr. Peter Augst.

Zwerenz dagegen beruft sich auf einen anderen "Herrn" und zwar auf Kurt Tucholsky, der am 4.8.1931 in der "Weltbühne" schrieb: "Sagte ich Mord? Natürlich Mord. Soldaten sind Mörder." Dem ging sogar m.E. noch früher datiert Albert Einstein voran: "Töten im Krieg ist nach meiner Auffassung um nichts besser als gewöhnlicher Mord." In diesem Sinne wandte sich Einstein 1932 an Sigmund Freud, daß dieser sein Fachwissen darauf verwenden möge, das Dilemma zwischen Raserei und Selbstaufopferung konstruktiv zu erhellen. Und Einstein fügte hinzu, daß die sogenannte "Intelligenz" noch mehr als die ungebildete Mehrheit dazu neige, diesen verderblichen kollektiven Suggestionen zu erliegen (vgl. Sigmund Freud 1932/33: Warum Krieg? Studienausgabe Bd.IX).

Natürlich bekam auch Carl von Ossietzky als Herausgeber der Weltbühne Ärger mit der Generalität, da er einen solchen Ausspruch von Tucholsky hatte drucken lassen. Der Prozeß endete jedoch mit einem Freispruch, da es sich bei ihm um "eine philosophisch-abstrakte Weisheit" gehandelt habe.

Als alter und rechtsstaatlicher SPDler unterschied Zwerenz zwischen dem Soldaten im Kriege und dem Soldaten im Frieden. In diesem Sinne seien die "friedensstiftenden" Bundswehrangehörigen auch nicht von dem Tucholsky-Zitat betroffen, jedoch umso mehr von demjenigen des Dr. Augst. Nicht also die Armee macht den Mörder, sondern erst der Krieg, so sagt Zwerenz sinngemäß. Also richtet sich sein Appell auch nicht gegen die Bundeswehr oder an die Wehrpflichtigen, diese zu verlassen, sondern gegen den Krieg selbst. Dabei scheint er aber vergessen zu haben, daß für die Bundesrepublik immer noch kein Friedensvertrag existiert.

Ein weiteres Anliegen Zwerenz' ist - im Sinne des Tucholsky-Urteils - sein Plädoyer für abstrakte Sätze, für die es in Demokratien kein Verbot geben dürfe. Sein Buchtitel sei z.B. so ein abstrakter Satz, für den die Kripo auf der Frankfurter Buchmesse mehr Interesse zeigte, als für das Buch selbst: sie kassierte nämlich nur den Schutzumschlag ein.

In *einem* aber hatte Zwerenz Recht, indem er die Fahnenflucht als den "Widerstand des kleinen Mannes" beschrieb, der "allein" und "unsolidarisch" handelt. Der Deserteur, so Zwerenz weiter, wähle den Umstand des "weder-noch", der eine "gnadenlose Wahl" darstelle, die er am biblischen Mythos von Kain und Abel nachzuvollziehen gedachte. Leider kam der getötete Abel bei diesem Beispiel zu gut weg, wogegen ich es lieber mit Erich Mühsam halte, der die Waffen des Gottesgünstlings besser erkannte als mancher andere (vgl. das Gedicht "Kain"). Abel nämlich opferte seinem Herrn blühende Gewächse und lebende junge Tiere, wogegen sich Kain widersetzte, der zum Gotteslob stattdessen schon abgestorbenes Gehölz niederlegte, was aber der verwöhnte Himmelsherrscher nicht akzeptierte. Deswegen hänselte Abel seinen Bruder.

Leider muß man bei Zwerenz feststellen, daß ihn seine eigene Kriegs- und Militärzeit immer noch beeinflußt, denn sein Diskurs ist selber noch militaristisch zu nennen und davon vermochte er sich anscheinend noch nicht zu befreien.

Das Seminar mit *Norbert Haase* nachmittags im Museum verlief dagegen völlig anders, zu dem sich aber nicht so viele Kriegsdienstverweigerer eingefunden hatten, um ihre problematische Situation zu diskutieren, sondern eher Leute, die an der Geschichte von Desertion interessiert waren. Haase versuchte klarzumachen, daß der Begriff Desertion ein alter Begriff gemäß einer alten Kriegsform ist, der heute juristisch "Fahnenflucht" heißt. Diese aber sei in einem Massenkrieg gar nicht mehr möglich, denn es werde immer schwieriger, einfach abzuhauen. Die Frage an Haase, welche Diskursstrategien er vorschlüge, damit man mit dem Gebiet der Desertion weiterkäme, was gerade in der Erwachsenenbildung und Öffentlichkeitsarbeit wichtig sei, schien von ihm aber kaum beantwortbar. Damit war gemeint, welche sprachlichen und taktischen Möglichkeiten es geben könne, nicht im Konsens der PazifistInnen unter sich, sondern im Gespräch mit anderen und älteren Menschen zu erreichen, daß diese jetzt nicht blindlings einem Rechtsstaat folgen, so wie sie Jahre zuvor einem Unrechtsregime vertrauten und somit nur die Führung austauschten. So sollte nicht nur Ungehorsam erlernbar sein, sondern als seine notwendige Vorstufe die Akzeptanz von Ungehorsam als einem Prinzip der Desertion.



Ekkehart Krippendorf aus Berlin beendete die Veranstaltungsreihe mit einem Vortrag über "Staat und Krieg - Die historische Logik politischer Unvernunft". Dabei vernachlässigte er m.E. die Komponente der beginnenden Nationenbildung im 19. Jahrhundert, die im Austauschverhältnis für Schutz und Sicherheit den Bürger zum Soldaten machte. Dabei kam natürlich der Staat zuhilfe; die Idee jedoch, die hinter dem Staatsprinzip stand, war die einer geeinten, gefestigten und großen Nation. Für deren Verwirklichung lieferte der Staat die "Polizisten". Krippendorf fügte hinzu, daß man immer nach der konkreten Herrschaft fragen müsse, die z.B. während des Absolutismus brutal verlief, aber der man entwischen konnte. Dieses Entweichen gelang mit der Bildung von Staaten nicht mehr. Diesem politischen Organisationsprinzip der Neuzeit war jedoch schon eine quasimilitärische Befehlsstruktur vorangegangen, wo schon immer die Menschen als Mittel für fremde Belange mißbraucht wurden. Der Weg zum Staat war dennoch kontinuierlich. Hinsichtlich seiner Sympathien zur Befreiungsarmee befragt, antwortete Krippendorf, daß er emotional auf der Seite dieser Kämpfenden stehe, jedoch mit zunehmenden Bedenken. Gemäß der bekannten Zirkulationsmodelle (von Gaetano Mosca über Vilfredo Pareto zu Robert Michels) meinte er nämlich, daß sich immer wieder "neue politische Klassen" bildeten, die Herrschaft ausüben. Im Grunde genommen sei er "für einen bewaffneten Widerstand, aber gegen RAF-Methoden". Dagegen habe es ihm intellektuell Mahatma Ghandi angetan. Einen guten Einwurf machte ein Diskussionsteilnehmer, der aufgrund seiner Überlegungen über die Motive seines Sohnes, der Totalverweigerer ist, zu dem Schluß kam, daß auch der Zivildienst ein Kriegsdienst sei, der im Unterschied zum bewaffneten nur waffenlos sei. Wolle man sich aber alternativ, also entgegen dem staatlichen Kriegsdienst verhalten, so bleibe als Ausweg nur der Knast übrig. Kriegsdienst heißt also Bundeswehr und Zivildienst; dagegen wird ein "wahrhafter" Dienst am Zivilen mit dem Knast "geahndet".

Wie schon erwähnt, sind "die" Deserteure zur Zeit ein Modethema unter PazifistInnen und nicht nur alternativen Kulturschaffenden. Das mag der Aufklärung zugute kommen, die darüber nötig ist. Man sollte aber dabei aufpassen, den Deserteur weder zum Helden, noch zu seiner Kehrseite, zum Antihelden, zu stilisieren; geschweige denn zum bemitleidenswerten Opfer.

In Gelsenkirchen haben sich mittlerweile die GRÜNEN und sogar die Junge Union des deutschen Deserteurs und seiner Denkmalswürdigkeit angenommen. Die GRÜNEN reichten im Stadtrat einen Vorschlag zur Schaffung eines Denkmals ein, ohne dabei die konservative "Natur" von Denkmalen zu reflektieren. Solche Überlegungen müßten zumindestens in eine Konzeption miteinfließen. Die Junge Union dagegen plant ein Denkmal, das nur den deutschen Deserteuren des 2. Weltkriegs gewidmet sein soll.

Soldaten-Brevier

von Ulrich Bröckling

Der Berliner *Verlag Harald Kater* (Görlitzer Str.39, 1000 Berlin 36) hat eine anarchistische antimilitaristische Schrift aus dem Kaiserreich "in der Hoffnung neu aufgelegt, sie könne noch immer zur Wehrkraftzersetzung beitragen". Unter dem Titel "Nieder mit der Disziplin! Hoch die Rebellion!" erschien das Soldaten-Brevier Siegfried Nachts und zwei weitere antimilitaristische Schriften Johann Mosts; eingeleitet durch ein ausführliches Vorwort von Ulrich Bröckling, aus dem wir im folgenden zitieren. Dazu drucken wir im Faksimile ein Prozeßbericht gegen drei Anarchisten, der im Beiblatt des Berliner Tageblatts vom 2.3.1907 über die Verteilung und Beschlagnahmung eines Teils der Auflage Aufschluß gibt.

"Ständige Bespitzelung und massive Verfolgung durch die Staatsorgane zwangen die Anarchisten im Kaiserreich häufig zu konspirativem Vorgehen und behinderten die Ausbreitung ihrer Ideen. Gefängnis und Beschlagnahmungen waren an der Tagesordnung. So mußte allein in der anarchistischen Wochenzeitschrift "Der freie Arbeiter" zwischen 1904 und 1914 fünfzigmal der verantwortliche Redakteur wechseln, da er verhaftet worden war oder ihm dieses drohte.[1]

Antimilitaristische Agitation nahm in der anarchistischen Presse einen festen Platz ein; "Der freie Arbeiter" widmete ihr zeitweise sogar eine besondere Monatsbeilage.2 Anarchistischer Antimilitarismus richtete sich nicht allein gegen das stehende Heer preußisch-deutscher Provenienz mit adliger Offizierskaste, Rekrutenschinderei und langer Dienstzeit. Vielmehr bekämpften die Anarchisten das Militär als Fundament eines jeden Staates. Ohne Militär kein Gewaltmonopol, ohne dieses kein Staat....

Wieviele Exemplare des als offizielle Propagandaschrift des Kriegsministeriums getarnten "Soldaten-Breviers" wirklich in die Hände von Rekruten gelangten, ist nicht mehr festzustellen. Klar ist, daß die Tarnschrift Anfang 1907 in Berlin verteilt wurde. Dort fielen einige Exemplare in die Hände der Polizei und veranlaßten den preußischen Kriegsminister, in einem Brief an alle Generalkommandos vor diesere Broschüre zu warnen, die "nicht allein dazu bestimmt und in hohem Maße geeignet ist, Widerwillen gegen die Erfüllung der militärischen Pflichten zu erzeugen, sondern auch zu Fahnenflucht, Gehorsamsverweigerung und Meuterei auffordert."[3]...

Gedruckt worden war das "Soldaten-Brevier" in Holland, möglicherweise auch in London, wo sein Verfasser, Siegfried Nacht, seit 1906 lebte.[4]...

Das "Soldaten-Brevier" stellte nicht den ersten Versuch anarchistischer Kasernenagitation in Deutschland dar. Bereits 1880 war die aus London eingeschmuggelte Flug-

Gerichts-Zeitung.

Berliner Tageblatt 2.3.1907

Zwei Anarchistenprozesse.

Soldatenbrevier der Anarchisten.

Zwei umfangreiche Anarchistenprozesse kamen gestern vor der siebenten Strafkammer des Landgerichts I zur Verhandlung. Den Vorsitz führte Landgerichtsdirektor Dr. Menz, die Anklagebehörde wurde durch Staatsanwaltschaftsrat Dr. Lindow vertreten, die Verteidigung führte Rechtsanwalt Dr. Halpert. Es handelte sich um zwei Anklagen, die miteinander verbunden wurden. In dem ersten Fall richtete sich die Anklage gegen den aus der Untersuchungshaft vorgeführten 27jährigen Elektrotechniker Karl Sauter, der beschuldigt ist, im Sommer 1906 durch Verbreitung von Schriften zu strafbaren Handlungen aufgefordert und verschiedene Klassen der Bevölkerung zu Gewalttätigkeiten gegeneinander öffentlich angereizt zu haben. Fünf Dolmetscher waren zu diesem Falle geladen, und zwar: Dr. Junker für die spanische, Fräulein Gagliardi für die italienische, kaiserlicher Rat Paima für die tschechische, Geheimrat Grob für die russische und polnische und [illegible] Normann für [illegible] gegen Sauter, außerdem aber noch gegen [illegible] Schuhmacher Peter Schauf aus Krefeld und den flüchtig gewordenen Drechsler Arthur Malycha. Auch hier lautete die Anklage ebenso wie im ersten Falle; außerdem waren sie beschuldigt, unbefugt die

Abbildung des kaiserlichen Wappens

gebraucht zu haben. In diesem zweiten, zuerst verhandelten Falle handelte es sich um den ersten Versuch einer anarchistischen Propaganda unter den Soldaten des deutschen Heeres durch Verbreitung der Druckschrift „Soldatenbrevier", die in einem schwarz-weiß-roten, mit dem kaiserlichen Wappen geschmückten Umschlag sich präsentierte und angeblich vom preußischen Kriegsministerium herausgegeben sein sollte. — Der Angeklagte Schauf war in vollem Umfange geständig und gab unter dem Zeichen großer seelischer Erregung dem Gerichtshof die Versicherung, daß er sich und seiner Familie das heilige Versprechen abgegeben habe, von dem anarchistischen Getriebe abzulassen und nur seinem Handwerk und seiner Familie zu leben.

Er schilderte den zur Anklage stehenden Vorgang wie folgt: Am 4. Februar morgens, als er in Krefeld noch im Bett gelegen, sei seine Tochter an sein Bett gekommen und habe ihm einen aus Berlin eingegangenen Eilbrief, der mit Karl Sauter unterschrieben war, überbracht. Er sei darin aufgefordert worden, sich unverzüglich nach Duisburg zu begeben. Dort würde ihn eine genau beschriebene Persönlichkeit erwarten und ihm einige Pakete Drucksachen zur Beförderung nach Berlin übergeben. Auf dem Bahnhofe in Duisburg habe er dann den beschriebenen Mann in der Person des Genossen Lansing vorgefunden, der mit ihm in die Wohnung eines anderen anarchistischen Genossen namens Kloß ging. Dort sei noch ein „Einäugiger" aus Holland gewesen, und es sei besprochen worden, daß er, Schauf, Drucksachen in Empfang nehmen und per Bahn oder Post nach Berlin schaffen sollte. Lansing sei aber dagegen gewesen, und man kam dahin überein, daß er persönlich mit den Drucksachen nach Berlin fahren solle. Er sei dann zunächst nach Krefeld zurückgefahren und am nächsten Tage wieder bei Kloß in Duisburg erschienen. Dort nahm er

zwei schwarze Koffer

in Empfang, in denen die Drucksachen sich befanden. Lansing habe dann den Malycha avisiert, daß Schauf am 7. Februar früh kurz vor 5 Uhr auf dem Lehrter Bahnhof hier ankommen und sich durch Herausziehen eines weißen Taschentuches zu erkennen geben würde. Als er hier eingetroffen, habe ihn Sauter und Malycha auf dem Bahnhofe in Empfang genommen, diese hätten die beiden schwarzen Koffer getragen, und man habe sich nach der Wohnung der Mutter des Malycha, Steinmetzstraße 22, wo Malycha wohnte, begeben. Dort seien die

Koffer niedergesetzt worden. Dann habe er sich, nachdem er sich gewaschen, mit Sauter und Malycha zunächst in eine Restauration und dann zu dem Genossen Frauböse begeben, dann sei er in die Wohnung des Malycha zurückgegangen und habe dort genächtigt. Er und seine beiden Mitwisser hatten keine Ahnung davon, daß Schauf schon bei seiner Ankunft **in Berlin einem Kriminalbeamten** aufgefallen war und beobachtet wurde. Als er am nächsten Tage zusammen mit Malycha mit den beiden geleerten Koffern den Bahnhof Bülowstraße betreten wollte, wurden sie festgenommen und es wurde bei Malycha ein Exemplar des „Soldatenbrevier" vorgefunden. Während Schauf in dieser Weise geständig war, bestritt Sauter entschieden jede Schuld.

In dem Anklagefall, bei dem **Sauter** allein angeklagt ist, handelt es sich um das von der Londoner anarchistischen Gruppe herausgegebene

„Internationale Rebellenliederbuch",

in dem der „Haß gegen die Unterdrücker" geschürt und die „soziale Revolution" vorbereitet werden soll. Am 25. September fand bei Sauter eine **Haussuchung** statt, bei der ein Exemplar dieses Liederbuches, ferner elf auf dessen Vertreibung bezügliche hektographierte Anschreiben und neun Umschläge mit von der Hand des Sauter geschriebenen Adressen vorgefunden wurden. — Auch in diesem Falle bestritt Sauter die Täterschaft. — Der als Zeuge vernommene Kriminalkommissar **Kuntze** bestätigte bezüglich beider Anklagefälle im allgemeinen das bereits gesagte. In einem ganz verborgen liegenden Bodenverschlag seien 1232 Exemplare des Soldatenbreviers in einer Kiste vorgefunden worden. — Bezüglich des „Internationalen Rebellenliederbuches" stellte Rechtsanwalt Dr. **Halpert** durch Befragen des Kriminalkommissars Kuntze fest, daß in **London** ein vorwiegend aus **Deutschen** zusammengesetzter „**Kommunistischer Arbeiterbildungsverein**" der „K. A. V." firmiert und seine Propaganda vorzugsweise nach Deutschland betreibt. — Während der folgenden Verlesung der inkriminierten Stellen aus dem „Liederbuch" und dem „Soldatenbrevier" wurde die **Oeffentlichkeit ausgeschlossen.**

Der **Urteilsspruch** erfolgte erst um 9 Uhr abends. **Sauter** wurde zu **einem Jahr Gefängnis, Schauf zu drei Monaten Gefängnis**, unter Anrechnung von zwei Wochen Untersuchungshaft verurteilt. Außerdem wurde die Einziehung aller Exemplare der beiden Schriften verfügt.

schrift "An unsere Brüder in der Kaserne" per Post an Soldaten einer Berliner Garnison geschickt worden. In anderen Garnisonsstädten war sie von Zivilisten verteilt, auf Fensterbänken oder Kasernengängen abgelegt, in einigen Fällen sogar durch die Fenster der Mannschaftsstuben geworfen worden. Als Absender gab das Flugblatt die "Freiheit" an, jene seit 1879 in London erscheinende, von Johann Most herausgegebene Zeitschrift..."

Das neuaufgelegte Buch enthält auch Mosts Artikel und ist für 8,80DM zu haben!

1) Vgl. Ulrich Linse: Organisierter Anarchismus im Deutschen Kaiserreich von 1871, Berlin 1969, S.164.

2) Sie erschien unter dem Titel "Antimilitarismus" zwischen 1905 und 1906. Anfang 1907 wurde ihr Redakteur Rudolf Oestreich (in der Weimarer Zeit Mitbegründer der FKAD - Föderation kommunistischer Anarchisten Deutschlands) wegen zweier Artikel über den Hauptmann von Köpenick zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt. Er hatte geschrieben, beim Militär werde in den vielfach so ideellen jungen Männern der Mensch gemordet und nur ein willenloses Tier bleibe übrig - bereit, auf Kommando seine Menschenbrüder rücksichtslos niederzuschlagen. ("Menschenmord", in Antimilitarismus, 2.Jg., Okt. 1906).

3) Brief des preußischen Kriegsministers von Einem, v. 16.2.1907, zit. n. Reinhard Höhn: Sozialismus und Heer, Bd.3, Bad Harzburg 1969

4) Nettlau gibt als Druckort Holland an, während ein handschriftlicher Zusatz auf einem im IISG Amsterdam erhaltenen Exemplar London als Druckort nennt. Siegfried Nacht (pseud. Arnold Roller) wurde 1878 in Wien geboren, von Beruf Elektrotechniker, seit 1896 aktiv in der internationalen Anarchistenszene (Berlin, Paris, Amsterdam, Zürich, Österreich, Italien, England; meist endeten seine Aufenthalte unfreiwillig mit Ausweisungen; ab 1910 lebte er in Italien.



Photo: Theo Heimann

REZENSIONEN

Dittmar Dahlmann Land und Freiheit - Machnovscina und Zapatismo als Beispiele agrarrevolutionärer Bewegungen.

Stuttgart 1986. Franz Steiner Verlag Wiesbaden GmbH, Bd.35 Studien zur modernen Geschichte. 296 S.

Ein Vergleich beider agrarrevolutionärer Bewegungen erscheint angesichts zahlreicher Ähnlichkeiten trotz räumlicher Distanz und unterschiedlichen politischen und sozio-ökonomischen Entwicklungs bedingungen überfällig. Beide Bewegungen entwickelten ähnliche Strategien, gingen Bündnisse ein, nahmen anarchistische Theoriekonzepte auf, praktizierten den Guerillakrieg und wurden geprägt durch einen jeweils herausragenden charisma-tischen Anführer. Beide entstanden in agrarischen Gebieten, an der Peripherie von Staaten mit Zentralregierungen, und beide blieben auf diese Gebiete beschränkt. Ihre Träger waren Bauern, so daß sich ihre Revolutionsvorstellungen nicht an Klassenkampfkonzepten orientierten. Weder die Machnoviscina und noch weniger der Zapatismo können jedoch vorbehaltlos der Geschichte des Anarchismus zugeschlagen werden; dazu blieben zu viele für den Anarchismus konstitutive Elemente uneingelöst. Beispielsweise setzten sich die antiautoritären und egalitären Vorstellungen nicht durch; hinzu kommt die Abhängigkeit beider Bewegungen (und von Bauern-revolten allgemein) von einem charismatischen Anführer und vor allem das Primat der militärischen Instanzen über die politischen und sozialen.

Die Arbeit diskutiert die Unterschiede und Übereinstimmungen besonders an der Frage der Bedeutung von Entstehung und Funktion der Bündnisse für Aufstieg und Niedergang der Bewegungen. Es werden deren gesellschaftspolitische Zielvorstellungen heraus-gearbeitet und daraufhin überprüft, ob sich diese unter dem Praxisdruck verändern, ob sie scheitern oder sich durchsetzen lassen. Neben den lokalen und regionalen Wertvorstellungen, die föderative und auf Selbstverwaltung oder Genossenschaften hinzielende Orga-nisationsmodelle beinhalten, wurden in unterschiedlicher Intensität anarchistische Vorstellungen aufgenommen.



Zwar greift Dahlmann bei seiner Analyse des Anarchismus auf die umstrittenen Theorieentwürfe Lösches und Hobsbawns zurück, kann jedoch deutlich machen, daß deren Verständnis der Trägerschaft anarchistischer Ideen als "rückwärts gewandt" oder "millenaristisch" sich nicht - wie eigentlich zu erwarten gewesen wäre - auf die beiden behandelten Bewegungen beziehen läßt. Die These Lösches, wonach Anarchismus als Reaktion depravierter Schichten auf das Aufkommen des Kapitalismus entstehe, wird durch diese beiden Bauernbewegungen nicht bestätigt. Anarchismus als gesellschafts-verändernde Theorie wird vielmehr deshalb in diesen Bewegungen mehr oder weniger wichtig, weil seine Prinzipien - wie Dezentralisation, Selbstverwaltung, Ablehnung staatlicher Institutionen, Mißachtung von Gesetzen etc. - den momentanen Bedürfnissen der agrarrevolutionären Bewegungen ent-sprechen. Ein weiterer Grund dürfte darin liegen, daß der Anarchismus seine "revolutionären Subjekte" sehr vage mit "allen Unterdrückten" umschreibt und so einer Rezeption seitens einer Bauernbewegung keine theoretischen Hindernisse in den Weg legt. Falsch wäre es jedoch, daraus abzuleiten, daß die breite Masse der Bauern sich bewußt als Anarchisten identifiziert hätte, oder daß die Bewegungen als ganze anarchistisch gewesen wären und daher als für den Anarchismus typisch angesehen werden können. Lösches und Hobsbawns Analysen treffen allenfalls für den Bewußtseinszustand dieser Bauern zu, was jedoch keinen Schluß auf die politische Theorie des Anarchismus zuläßt. Denn die anarchistische Forderung, mit traditionellen Werten zu brechen, und ihr Verweis auf neu zu schaffende Verhaltens- und Lebensweisen verhindern gerade die Identifikation der breiten Bauernmassen und erklären gleichzeitig, warum es vor allem die intellektuellen Führungsgruppen waren, die nach anarchistischen Prinzipien zu handeln versuchten oder solche in ihre Programmatik einfließen ließen.

Aus der Analyse eines Abwehrkampfes gegen die Zerstörung bisheriger Existenzgrundlagen kann ebenfalls nicht zwingend auf "rückständige Wertvor-stellungen" geschlossen werden, wenn gleichzeitig Führungsgruppen Zielvorstellungen entwickeln, die über das Bestehende hinaus-weisen. Eine Führungs-gruppe und mit ihr den Anarchismus allgemein wegen seiner Verbindung mit der Bauernbewegung als "rückständig" zu be zeichnen, halte ich für unzulässig. Was auf diese Weise bei Dahlmanns Arbeit nebenbei deutlich wird, ist das Desiderat einer zu-reichenden sozialgeschichtlichen Theorie des Anarchismus.

Daß trotz des Bezugs auf politische Theorien die lokalen Bedingungen und ihre einseitige Ausrichtung auf den agrarischen Bereich für die Bewegungen prägender waren und blieben, verdeutlicht ihre Stärke und Schwäche zugleich. Selbst da, wo sie sich mit dem industriellen Sektor be schäftigten, geschah dies vornehmlich aus einem Interesse an der Umstrukturierung der Produktion für die Bedürfnisse des agrarischen Bereichs. Verschaffte diese Rückbindung den Bewegungen lokale Bestätigung, so behinderte sie gleichzeitig ihre Ausdehnung auf die Arbeiterschaft oder die Städte. Deshalb ist die Untersuchung der Bündnisse ein interessanter Ansatzpunkt, um über die Chancen und Versäumnisse der beiden Bewegungen Aufschluß zu geben und ihr Scheitern besser zu erklären, als dies bislang durch den Verweis auf fehlende politische Weitsicht oder ungenügende militärische Mittel geschehen ist.

Wolfgang Haug

Rezensionen

Das Sterben der Phantome
Verbrechen und Öffentlichkeit

von Klaus Bittermann
Edition Tiamat
Berlin 1988, 20.-DM

Hochstapler, Umstürzler, Verbrecher - millionenschwere Gauner, mächtige und ohnmächtige Phantome, oder respektlose Abenteurer geben sich in diesem Buch ein amüsantes Stelldichein. Ein unaufhaltsamer Aufstieg und ein tiefer Fall vereint sie bis auf einen im Totenreich. Ob Lacenaire oder Arthur Cravan, Serge Alexandre, Gerard Lebovici oder Albert Spaggiari im Leben Sympathien füreinander empfunden hätten, möchte ich stark bezweifeln. Sie hätten sich mit Sicherheit aufs Messer bekämpft. Ihre gegenseitige Hilfe hätte sich darin erschöpft den Anderen auf schnellstem Weg kaltzustellen oder ins Jenseits zu befördern.

Und doch können sie sich als außergewöhnliche Randfiguren die Hände reichen. Verblüffend wie Spaggiari sich als Rechtsradikaler entpuppt und der größte französische Filmmagnat (Lebovici) als Situationist und Linksradikaler. Ob diesseits oder jenseits der Grenze zur Legalität sind sie in der Öffentlichkeit schon zu Lebzeiten zu menschlichen Mythen geworden. Sie eröffnen uns einen Einblick in die Besonderheiten der Subkulturen, deren gesellschaftliche Bedeutung herkömmlich entweder in monströsen Übersteigerungen oder in den schmutzigen Niederungen des gesellschaftlichen Spektakels angesiedelt werden.

Nicht so in den fünf spannend geschriebenen Aufsätzen von Klaus Bittermann, der versucht hinter die Kulissen zu blicken und dabei Menschen entdeckt, die trotz "großer Gängstereien, politischen Korruptionsaffairen" und grandioser Kriminalfälle im "undurchdringlichen Gestrüpp" selbstherrlicher Machtverhältnisse hängen geblieben sind.

Bittermann zerrt die Irritationen hervor, die an jedem Mythos kleben, arbeitet an den Unterschieden in den Reaktionen der Öffentlichkeit, die in Frankreich "anders als in Deutschland vorstellbar, oftmals von Sympathie und Bewunderung geprägt ist."

Er untersucht die gesellschaftliche Entwicklung und die politische Situation, die psychische Befindlichkeit und die Suche nach einer Lebensweise, die die verlogene Harmonie der Herrschenden als Schwindel auffliegen läßt. Allesamt entziehen sie sich der Herrschaft staatlicher Reglementierung und werden so zu Außenseitern der Geschichte.

Beim Lesen entstehen durchaus Sympathien - wenn auch nur für wenige Momente - in denen man den sanften Schrecken der Sympathie für den Außenseiter, den Gesetzlosen, für die Brutalität, die Verschlagenheit, das ganz und gar Andersartige auskostet. Doch die Zerstörung, die Rebellion der Gefühle, die politische Haltung folgt auf dem Fuße - Bittermann demontiert die Identifikation, ja besser, er stellt die möglichen Verbindungslinien her: "Der Mord als Version der von einem Kleinbürger zu Ende gedachten Aufklärung. Der Abenteurer als moderner Flüchtling. Der Hochstapler als Verursacher einer Regierungskrise. Der Ganove als Ehrenmann, der Spießer als Krimineller und der Kapitalist als Linksradikaler!

Herby Sachs

Bolo'Bolo
p.m.

erweiterte und verbesserte Auflage
Paranoia City Verlag Zürich 1986

Wir leben in einem zeitalter kalten lichts, gefesselt von dicht vernetzten energien, die unsere lebenszeit rauben, unsere seelen zu maschinentakt zerhacken, unser bewußtsein mit scheinwelten betäuben, abgeschnitten vom lebenswissen, dabei begraben in sedimenten abgestorbener wissenschaft und gefangen in einem simulationsnetz der täuschungen.

Seit der jungsteinzeit haben wir den falschen weg eingeschlagen. Die geschichte des bewußtseins ist das ausbreiten der immer mächtiger werdenden weltarbeitsmaschine, die heute konkurrenzlos herrscht. Nur wenn der mensch das netz der weltmaschine zerschneidet und zu gesunden lebenseinheiten zurückkehrt, kann er den zusammenbruch abwenden. Das ist der grundgedanke von bolo'bolo.

"Sie sammelten uns auf den Straßen ein und sperrten uns in diese schmutzigen lärmigen Schuppen, wo uns Maschinen einen neuen Arbeitstakt diktieren."

'Planetare Arbeitsmaschine' nennt p.m. den heutigen zustand; Lewis Mumford hat das in "Mythos der Maschine" ausgeführt.

Die maschine frißt sich wie ein krebsgeschwür über die erde, macht jede bewegung sich dienstbar, lenkt jeden widerstand in profit um. Sie hat auf der ganzen welt die natürlichen lebenszusammenhänge zerstört und ganze völker in den prozeß der planetaren arbeitsteilung geworfen: weltweite menschenselektion nach 3 stufen von arbeitsqualität.

"Wir üben die Macht der Maschine gegeneinander aus: das ist wahre Demokratie."

Die weltbewohner haben einen deal mit der maschine geschlossen: lebenszeit gegen güter. Wenn güter an prestige verlieren, lernt die maschine schnell, andere deals anzubieten.

"Die Aufgabe der Reform-Realpolitiker besteht darin, Widerstände zu erkennen, sie zu formulieren, sie in die 'Maschinensprache' zu übersetzen, sich an die Spitze von rebellischen Bewegungen zu stellen und sie in 'konstruktive' Beiträge zur Weiterentwicklung der Maschine umzusetzen."

Auch die GRÜNEN fallen darunter: es gibt keine fundamentalpolitik. Selbst die radikalen forderungen werden zu vorschlägen, die Maschine funktionstüchtiger zu machen, die kontrolle zu verfeinern.

Gegen Buckminister Fuller etwa, der die rettung der maschine von der maschine erwartet, die, sich immer enger vernetzend, immer mehr und raffiniertere güter für immer weniger arbeit anbieten könne.

Die schattenwirklichkeit der zeitgesänge, träume, bewußtseinsablagerungen, die unhörbaren frequenzen des bewußtseins kann die maschine nicht zerstören, sie kann uns nur in der hoffnung halten, wir seien ihrer noch mächtig, so daß wir nicht weiter auf ihnen bestehn und sie langsam verblassen. Doch:

"Was die Maschine zerstört hat, hinterläßt Spuren in ihr."

Davon stellt sie eine traumindustrie her, die uns betäubt, das 'Spektakel', das Debord, Vaneigem u.a. beschrieben haben.

Zuletzt erpreßt uns die maschine mit ihrer selbstzerstörung und damit dem tod von uns allen.

Beim kampf gegen die maschine, durch sabotage, zeitdiebstahl, fehlplanung usw. bleibt uns nur, immer neue gegengeflechte zu knüpfen. p.m. nennt das Dysko.

Die Stadtguerilla, radikale antwort an die maschine, ist nur eine schwache gegenmaschine, die zwar schaden anrichtet, aber in der logik der maschine bleibt. Unsere einzige chance ist: eine diffuse guerilla, die nicht versucht, ein zentrum zu treffen, sondern überall angreift, deren kommunikation der maschine weitgehend verborgen bleibt, deren dasein schlechthin sie bedroht und auf die dauer schwächt.

Jedes einzelne ibu (lebewesen) kann hier und jetzt gegen die maschine kämpfen. Aber wenn sie die Dyskos nicht zu Trikos und weiter verbünden, die auf mehreren ebenen gleichzeitig angreifen, nützt dieser kampf nichts. "Global denken - lokal handeln" ist zu wenig.

Bolo'bolo versucht, ein planetares projekt, das die maschine zerfrißt und in kurzer zeit ersetzt, in grundzügen zu skizzieren.

Ein Bolo ist eine gemeinschaft von etwa 500 ibus, die sich selbst versorgt. Jedes ibu hat eine kiste mit persönlichen dingen, die unantastbar ist, sonst gehört alles allen gemeinsam. Jedes bolo organisiert sich nach seinen fähigkeiten und möglichkeiten. Der kreislauf von geld und zins ist abgeschafft,. ebenso die planetaren kommunikationsnetze.

In Callenbachs "Ökotopia" zirkuliert immer noch geld, produkte werden an arbeitszeit gemessen - anonyme kontrolle. p.m.'s lösung ist in diesem punkt die radikalste aller anarchistischen utopien der letzten jahre. Werte werden nebensächlich, der kampf um sie nutzlos.

"Wir sind ohnehin nur gäste auf diesem planeten". Hier wird das 10. gebot, verfälscht überliefert, rein verwirklicht: 'Du sollst kein Haus begehren auf dieser Erde'.

Die einzelnen bolos bauen, jedes nach seinem bedarf, vertragliche beziehungen mit anderen auf; außer ihnen gibt es keine kontrollen zwischen den einheiten. Bolo'bolo geht noch weiter als utopien von Räten regierter gesellschaften.

Die bolos übernehmen aus der maschinenzeit was nützlich ist: ein reduziertes telefonnetz, elektronische speicher und bestimmte maschinen. Die grundlagen des lebens sind landwirtschaft und handwerk.

Durch die lebensweise, die menschen nicht künstlich auseinander reißt und wieder zusammen spannt sinkt der energieverbrauch. Das heißt nicht, daß fehler von Maos Kulturrevolution wiederholt werden: "Ein sorgfältig geplantes und mit allen Umweltschutzschikanen versehenes mittelgroßes Stahlwerk (macht) die Natur weniger kaputt als ein Schmelzofen in jedem Hinterhof."

Über rechtsprechung ist wenig gesagt, wohl über die regeln des streits, Yaka genannt: es sind erweiterte duellregeln, für einen kampf auch bis zum tod eines gegners, aber auf abgegrenztem platz und bei gleicher chance für beide; und die parteien kommen für die kampfkosten auf.

Dreimal bisher hat sich eine weltzivilisation ausgefaltet, zwei mal zog die welt sich in einen winter zurück, ein zeitalter des dämmers und der

REZENSIONEN

ruhe, drei mal wurde altes wissen wieder entdeckt, die fahrtberichte früherer zeiten wiesen den neuen weltfahrern den weg. Bolo'bolo ist die utopie eines weltwinters, in dem die menschheit, in die wurzeln zurückgezogen, neu zu kräften kommt, das leben auf dem planeten ruhe finden kann. Eine zeit äußerer dunkelheit und inneren lichts, der unseren abgewandt.

AGA/hel

Marxta eta Borroka Widerstand und Repression

Video in Farbe, 60 min, vhs/u-matic, 1987/88, Medienwerkstatt Freiburg/ EKIN u.a.

Marxta eta Borroka im Baskenland ist ein eindrucksvolles filmisches Dokument eines Kampfes um Autonomie und Identität eines unterdrückten europäischen Volkes.

Die Geschichte und der Alltag von Euskadi (Baskenland) das mehrmals innerhalb von 100 Jahren von fremden Völkern erobert wurde und noch heute mit brachialischer Gewalt im spanischen Zentralismus gefangen gehalten wird, erscheint in diesem Film in seiner empörenden Wahrheit.

Leider muß sich der/die Zuschauer/in eingangs der Darstellung einer kurzen, in der Vielfalt der Aussagen eher verwirrenden als verständlichen Geschichtsbelehrung durch die AutorInnen unterziehen, ehe er/sie zu dem tragischen Geschehen von Verlorenheit und Rebellion, der beiden Grundstimmungen des baskischen Existentialismus vordringt. Die authentische Darstellung des Kampfes der Basken um ihre Kultur, ihre Sprache, ihre Folklore, kurz um ihre Freiheit und Identität hätte nicht dieser geschichtspädagogischen Belehrung bedurft, um den Widerstand und die Repression theoretisch und politisch einordnen zu können.

Dem/der Interessenten/in sei jedoch empfohlen, sich mit Hilfe des Buches von **Joseph Lang, Das baskische Labyrinth**, ISP-Verlag oder anhand eines zusammenfassenden Beitrags, z.B. in: Mythen des Spanischen Bürgerkriegs, Trotzdem-Verläg, begleitend zu diesem Film über die Geschichte des baskischen Volkes sachkundig zu machen - er/sie kann dann diesen quälenden Filmpart besser verstehen und einordnen.

Der/die Zuschauer/in braucht nämlich seinen/ihren ganzen Verstand, um nicht beim Anblick der Polizeiaktionen im Baskenland des spanischen Nachfaschismus wütend und hilflos auf den Monitor einzuschlagen, der die Bilder übersendet, die stellvertretend für die tatsächliche Gewalt im baskischen Alltag stehen. Da greift die Guardia Civil baskische Kulturfeste militärisch gewappnet an. Löst einen Trauerzug auf und beschlagnahmt den Sarg, aus Sorge um eine Solidarisierung der Trauernden mit dem toten baskischen Widerstandskämpfer, der im französischen Teil des Baskenlandes durch ein spanisches Killerkommando ermordet wurde, da werden streikende Arbeiter mit Panzerfahrzeugen angegriffen, da wird ein Demonstrant gegen das AKW Lemoniz erschossen, Hausbesetzer verhaftet und Gefangene gefoltert. Der Film zeigt Dokumente, wie wir sie aus dem "Europa der Händler" aus fast allen fremdbeherrschten Regionen von Irland bis Korsika kennen. Eiskalt überkommt es einen bei den Aussagen eines übergelaufenen Folterers, der über die grauenhaften Taten der Guardia Civil berichtet, an denen er zum Teil mitgewirkt hat.

Diese Folterungen an baskischen Widerstandskämpfern haben eine lange Tradition. Francos Häscher verfolgten ab 1937 baskische Flüchtlinge bis nach Frankreich, folterten sie, erpreßten aus ihnen Geständnisse für Anschläge, die auf das Konto franquistischer Verbrecher gingen. Ab 1968 wehrte sich ein Teil des organisierten baskischen Widerstands militant gegen dieses brutale Vorgehen der Guardia Civil. Die ETA setzte ihre "Aktion-Repressions-Aktions"-Spirale in Gang. Txema Montero, einer der heutigen politzischen Repräsentanten der baskischen Partei Herri Batasuna macht in einem Interview mit den FilmemacherInnen deutlich, daß der Ursprung und die Verantwortung für die Aktionen der Basken in dieser Spirale allein beim spanischen Repressionsapparat liegt und weist dies an bekannten Beispielen nach.

Es tut gut, angesichts der Ausrottung oder Vergrünung der grundsätzlichen Opposition in den europäischen Metropolen von den politischen Widerstandsbewegungen der Peripherien zu erfahren, was das hier zuweilen vergessende klassenkämpferische Moment in der Auseinandersetzung gegen AKW's, Raketen, Arbeitslosigkeit, Spekultantentum u.a. ist, nämlich der Widerstand gegen die Degradierung großer Teile der Bevölkerung zu einer europäischen industriellen Reservearmee, zu leben in Armut und unter Besatzern.

MARXTA eta BORROKA ist ein Fim, der auch für den/diejenigen sehenswert ist, die glauben man/frau könne am Baskenland vorbei den Kampf um Identität und Freiheit und deren Zerstörung durch den Staat studieren.

Hanna Nehring

Kurzes/Kleinanzeigen (solche pro Zeile: 2.-DM)

Broschüre zu "Die **FAP** - politische Partei oder kriminelle Vereinigung? Die Entwicklung der FAP in NRW am Beispiel Duisburg erschienen. *Bestelladresse: Neofaschismus-Kommission der VVN-BdA Duisburg, Zum Lith 115, 4100 Duisburg 1*

Trotz massiven Drohungen seitens neofaschistischer Gruppen und Skinheads und trotz plötzlicher Auflagen und Polizeischikanen seitens der Behörden fand in Weißenburg im Jugendzentrum eine **antifaschistische Woche** statt. Wen die Erfahrungen mit der Allianz zwischen Staat und Neofaschisten interessieren, sowie Perspektiven für eine lokale Weiterarbeit wende sich an: *Antifa Plenum, c/o Markus Bauer, Dinkelsbühler Str.6, 8832 Weißenburg.*

Internationale Solidarität: **El Salvador**-Plakat 5.-DM und El Salvador-Postkarten, 4-Farbdruck, von Radio Farabundo Marti herausgegeben 15.-DM. *Bestelladresse: El Salvador Komitee, Daiserstr. 9, 8000 München-70.*

Tiempo de Victoria heißt die neuste Videoproduktion von **Sistema Radio Venceremos**, die im Oktober 1988 entstand. 68 min lang, VHS. Bezug: *Radio Venceremos, Scharnhorststr.6, 5000 Köln-60.*

Videofilm "**Intifada**- Road to Freedom"; produziert von der Musik- und Theatergruppe In A'd Rifaki. 20min, VHS, Solidaritäts-Kaufpreis: 100.-DM. *Bestelladresse: In A'd Rifaki, Nauynstr.57, 1000 Berlin-36.*

Ganz schön **Mühsam**. Theaterstück mit Musik und Texten von Erich Mühsam von der Gruppe 3Plus. Wer Auftrittsmöglichkeiten organisieren kann, wende sich an *Ulrich Penquitt, Augustin-Wibbelt-Str.39, 4650 Gelsenkirchen, Tel. 0209-39169.*

Doku zu den Münchner Aktionen gegen **IWF** und Weltbank erschienen. Versuch einer Einschätzung. 36 S., A-4, 3.-DM, ab 10 Ex. 2,50DM zzgl. 1,50DM Porto. Bestellungen an: *ZEF, Pariserstr.7, 8000 München-80.*

Abteilung P^U_N K

Neuerscheinungen:

The Ex: The Spanish Revolution, 11.-DM nachgepreßt. Zur Unterstützung der kriminalisierten Rara-AktivistInnen und des immer noch eingeknasteten René wurde die Single "Rara-rap/Contempt" produziert. 3,50DM. Der Erlös geht an eine holländische Gefangenenhilfegruppe.

Chumbawamba: Smash Clause 28/Fight the Alton Bill; Benefit-Single, 3,50DM. Inhaltlich geht's der Gruppe aus Leeds um den Kampf gegen den neuesten Abtreibungsparagraphen in England (Alton Bill, mittlerweile zurückgezogen, um ihn vermutlich zu einem späteren Zeitpunkt verschärft wiedereinzubringen) und gegen die Section 28, die jedes "öffentliche Zuschaustellen" von Homosexualität verbietet. Im Beiheft sind ausführliche Informationen zu beiden Repressionsgesetzen abgedruckt. Der Erlös geht an Gay Switchboard und Women's Reproductive Rights Campaign.
Bestelladresse: Unter Schwarzer Flagge Antimedien (USFA), c/o Umweltzentrum, Scharnhorststr.57, 4400 Münster (Gute Flugblätter gegen die KünstlerInnen, die Kunst an sich und über nackte Kaiser gibt's dort auch, anfordern!!)

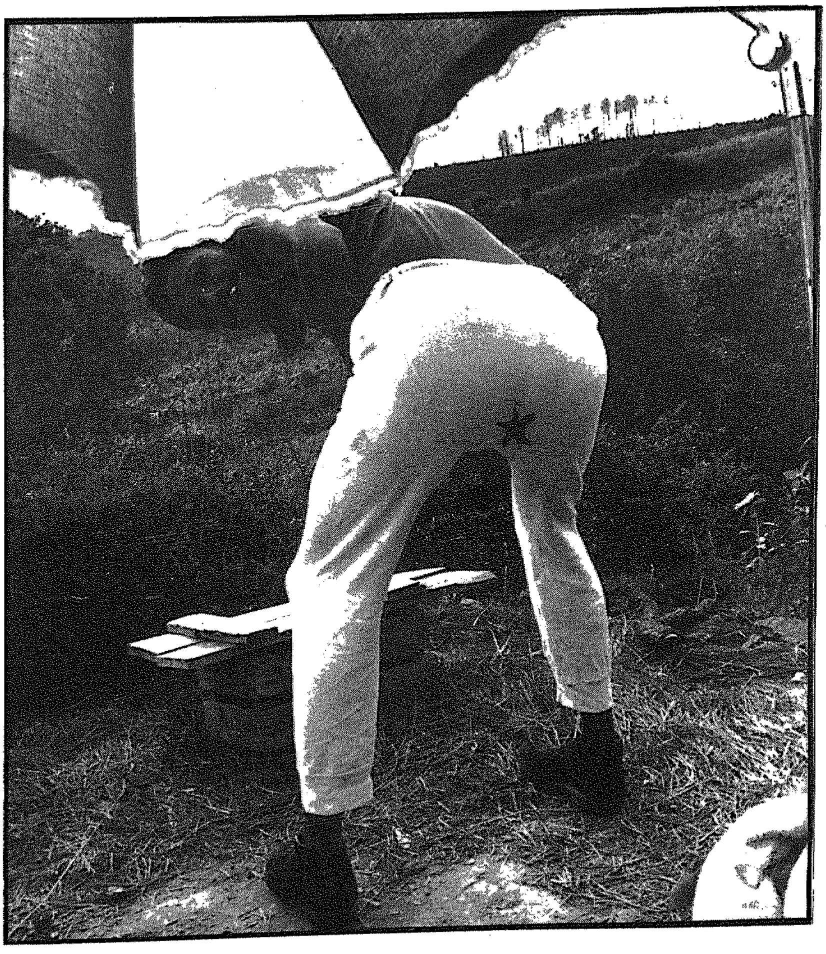


Photo: Herby Sachs

Aufklären durch Abbilden - Erinnern durch Abbilden

Gerd Arntz 1900-1988

von Peter Walter

Der letzte Künstler, der dem engeren Kreis der Gruppe der sogenannten "Rheinischen Progressiven" angehörte, ist Anfang Dezember 1988 in Den Haag gestorben. Wie sehr für diesen Menschen Überzeugung, künstlerisches Arbeiten, politisches Handeln und Kontakt zu anderen Menschen eine Einheit gebildet haben, soll dieser Nachrufartikel deutlich machen.

Geboren im Dezember 1900 wurde Gerd Arntz in Remscheid als einziger Sohn einer reichen Fabrikantenfamilie. Mit 17 Jahren wurde er Soldat und mußte in den letzten Monaten des 1. Weltkriegs hauptsächlich an der - allerdings im Rheinland halbherzigen - Bekämpfung von "Spartakisten" teilnehmen. Rückblickend stellte Arntz einmal fest, daß die erste Begegnung mit den Arbeiter- und Soldatenräten, zu deren Ideen er erst später finden sollte, keinen besonderen Eindruck auf ihn gemacht hätte.

Nach dem Krieg kam er in die Lehre in die Fabrik seines Vaters. Einige Arbeitsunfälle zwangen ihn zu einer Arbeitspause, in der er beschloß Zeichenlehrer zu werden. 1919 kam er in den Vorbereitungskurs einer Düsseldorfer Zeichenlehrerschule. In der Düsseldorfer Kunstszene bekam er rasch Kontakt zu den Radikalen und lernte die literarischen und künstlerischen Nachkriegsströmungen kennen. Besonderen Einfluß übte auf ihn der Expressionismus aus. Er wurde regelmäßiger Leser solcher Zeitschriften wie "Der Sturm", "Die Aktion" und "Der Ziegelbrenner". Ein beliebtes Ausdrucksmittel der Expressionisten war der Holzschnitt, weil dieses "primitive" Mittel durch den Zwang zur Einseitigkeit und Eindeutigkeit (Schwarz/Weiß) eine besondere Ausdruckskraft ermöglichte. Arntz tendierte ebenfalls zum Holzschnitt, und er ist zusammen mit dem Linolschnitt der späteren Jahre sein künstlerisches Hauptausdrucksmittel geblieben. Arntz' erste Holzschnitte entstanden 1920, und in der Auseinandersetzung mit verschiedenen Richtungen (Dadaismus/Konstruktivismus: Der Mensch in Bauwerken u.a.) entwickelte er seinen unverwechselbaren persönlichen Stil: Flächiger Wechsel von Schwarz und Weiß, geometrische Grundformen, stilisierte Menschen in oft angedeuteten Gebäuden und schließlich immer mehr den gesellschaftlichen Klassengegensatz herausarbeitend.

Das Jahr 1920 wurde darüberhinaus besondes prägend für den jungen Arntz: Im März schloß er sich einer Düsseldorfer Gruppe nichtorganisierter Arbeiterspartakisten an, demonstrierte mit ihnen gegen den Kapp-Putsch und beschaffte Waffen aus geräumten Kasernen. Nachdem sich Arntz ebenfalls 1920 mit Jankel Adler, einem polnischen Maler und Grafiker, angefreundet hatte, kam er durch diesen in ersten Kontakt mit der Kölner Künstlergruppe "stupid", die um Franz W. Seiwert die erste Generation der später als "Rheinische Progressive" bekanntgewordenen Künstlervereinigung darstellte. [Vgl. Seiwert-Grafiken in SF-Nr.22] In einem Manuskript beschrieb Arntz rückblickend die ersten Kontakte zu den Kölnern:

> "Es kam zu einem reichen Ideen- und Grafikaustausch. Die beiden Kölner (das sind Seiwert und H. Hoerle, Anm. d. A.) machten neben ihrer Malerei viel Druckgrafik Beide arbeiteten noch für "Die Aktion", waren politisch engagiert und maßen der Grafik eine Rolle zu in der Verbreitung ihrer Anschauungen über die Gesellschaft und die Notwendigkeit ihrer Veränderung. Unsere Meinungen trafen sich in großem Maße und ihr Einfluß auf mich brachte mir eine stärkere Hinwendung auf die Darstellung der Umwelt hervor..."

Und noch 1920 gab Arntz die Kunstschule auf, verbrachte im folgenden Jahr 6 Monate in Karlsruhe und machte von 1922-1924 eine Volontärsausbildung in einer Hagener Buchhandlung. In dieser Zeit in Hagen las er sehr viel. Im Frühjahr 1924 kehrte er nach Düsseldorf zurück. Arntz dazu:

> "Ein neues, nun sehr produktives Leben begann. Alles, was sich in mir aufgestaut hatte, konnte ich jetzt in Form umsetzen, in Holzschnitte... Diese Grafik war nicht mehr so abstrakt-konstruktivistisch, sondern wurde nun figürlich-konstruktivistisch..."

Gleichzeitig begann eine Zeit der intensiven Hinwendung zum Kölner Kreis der "Progressiven", nachdem Arntz endlich ein passendes Atelier in der ehemaligen Wohnung von Otto Dix gefunden hatte. Zu den Kölner Progressiven gehörten neben Arntz der Maler und Bildhauer Otto Freundlich (1878-1943), im späteren Faschismus als Prototyp des "entarteten Künstlers" gebrandmarkt [und im KZ ermordet], sowie der Maler und Grafiker Heinrich Hoerle (1895-1936), die Malerin und Dada-Künstlerin Angelika Hoerle-Fick (1899-1923), der Maler Stanislaw Kubicki (1889-1943), der Fotograf August Sander (1876-1964) und als treibende Kraft der Maler, Bildhauer, Typograf und revolutionäre Kunsttheoretiker Franz Wilhelm Seiwert (1894-1933). Besonders enge Freundschaftsbande bestanden zu Anton Raederscheidt, Martha Hegemann, Peter Alma und Raoul Hausmann.

Parallel zu den ersten größeren Ausstellungen dieser Gruppe 1925 und 1926, darunter die erste Arntz-Einzelausstellung in Köln in "Der neue Buchladen", entwickelte Arntz seinen Stil weiter: Zuerst wandte er sich den Themen "Straße" und "Fabrik" zu; diese Phase hatte in Arntz' Mappe "Zwölf Häuser der Zeit" (1927) ihren Höhepunkt und Abschluß.

Nach 1924 hatten sich die politischen Verhältnisse in Deutschland verändert: Die revolutionäre Phase der Jahre nach dem 1. Weltkrieg wurde durch die der kapitalistischen Stabilisierung abgelöst - die Aktivitäten der linken Radikalen (Räte-Marxisten, Syndikalisten und Anarchisten, in deren Spannungsfeld Arntz politisch seine Heimat hatte) waren gescheitert. Auch erkannte Arntz, daß seine immer radikaler werdenden künstlerischen Arbeiten nicht den Widerhall bei den Massen fanden, den er sich erhofft hatte und auf den hin seine Arbeit ausgerichtet gewesen war.

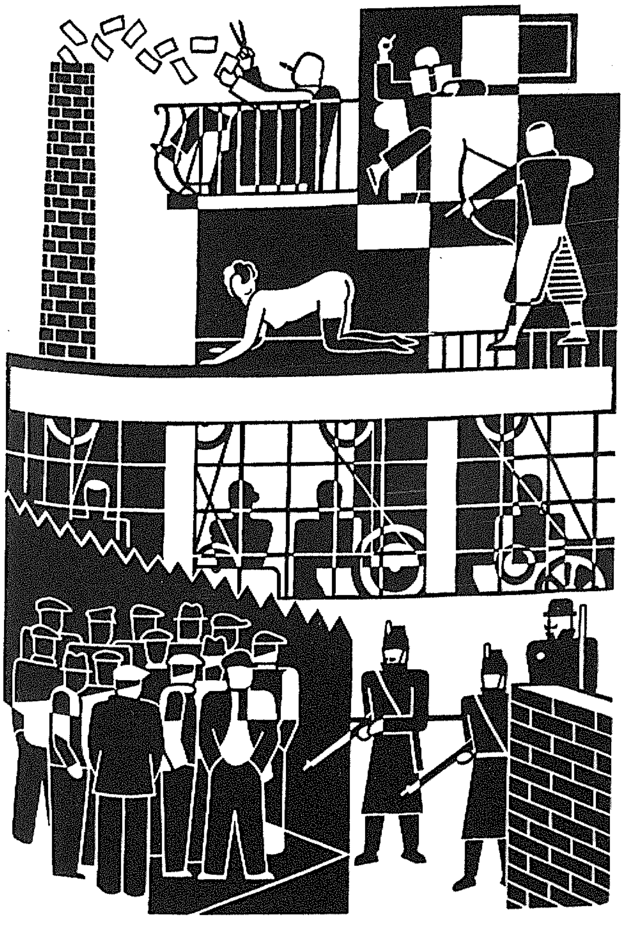
Sein erstes Meisterwerk war der größte Holzschnitt, den Arntz in dieser Zeit herstellte, das Werk "Bürgerkrieg" von 1928. In diesem Bild (das er später als Abschluß seiner Düsseldorfer Zeit bezeichnet hat, hat er die Ereignisse zwischen 1918 und 1923 in Deutschland zusammengefaßt: Reaktion (Staat, Kirche, Unternehmer, sexuelle Unterdrückung der Frau, Armee etc.) gegen die Arbeiterschaft, die sich teilweise in einem Fabrikgebäude bewaffnet verschanzt hat - teilweise aber auch untätig - von bestellten Demagogen beruhigt - abseits steht.

1929 brachte für Arntz eine erneute Veränderung: er zog endgültig nach Wien um und wurde dort grafischer Leiter des Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums. Dieses Museum (das nichts gemein hatte mit üblichen Museen) war 1925 von Otto Neurath gegründet worden. Otto Neurath (1882-1945), Ökonom, Philosoph und Historiker war 1919 in der Ersten Bayerischen Räterepublik Sozialisierungsbeauftragter und Mitglied des Vollzugsrates der Arbeiter- und Soldatenräte gewesen, nach seinem Prozeß (Urteil: 1,5 Jahre Festungshaft) aber nach seiner Heimatstadt Wien zurückgekehrt. 1926 hatte Neurath auf einer Reise im Rheinland Arntz kennengelernt und schon mit grafischen Aufträgen versehen. Mit der Arbeit im Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum erschloß sich für Arntz ein ganz neues Arbeitsfeld, das ihm gleichzeitig eine größere soziale Wirkung sicherte als es mit seinen Holzschnitten bis dahin gelungen war. Über seine neue Arbeit schrieb Arntz selbst:

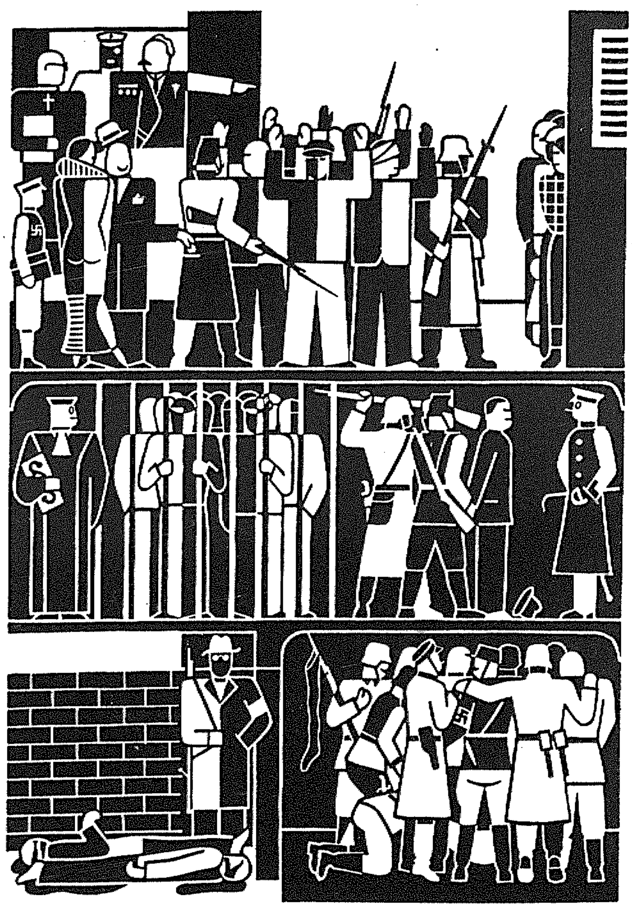
> "...Den Kern der Arbeit des neuen Museums und seiner Veröffentlichungen bildete das Aufzeigen statistischer Tatsachen ökonomischer und gesellschaftlicher Art. Um die abstrakten Kurven verschiedener Größe, die allgemein benutzt werden, zu vermeiden und den Inhalt dem Betrachter näher zu bringen, kam Neurath auf die Idee, die bildliche Darstellung zu benutzen, d.h. nicht etwa Abbildungen von Menschen, Tieren oder Maschinen und ihren Produkten je nach ihrer Masse in verschiedenen Größen vergleichbar zu machen, sondern durch



Bürgerkrieg 1928



Arbeitslose 1931



Weißer Terror 1932

ihre Anzahl. So entstanden Statistiken, geformt aus aneinander gereihten Symbolen oder Zeichen, abzählbar in ihrer Vielfalt und Zusammenstellung, dem Betrachter deutlich machend, fast ohne Text worum es sich handelt und wie ihre zahlenmäßigen Verhältnisse sind..."

In dem Organ der "gruppe progessiver künstler" (betitelt "a bis z"), das von Oktober 1929 bis Februar 1933 in 30 Ausgaben in Köln herausgebracht wurde, führte Arntz in zwei programmatischen Aufsätzen (1930) theoretisch die Ziele dieser Arbeit in Wien aus. Das neue Tätigkeitsfeld scheint Arntz einen neuen Schub an Schaffenskraft gegeben zu haben: 1931 nahm er das Holzschneiden wieder auf, und es entstanden bis 1938 seine bekanntesten Meisterwerke: Klare Abrechnungen mit Krieg, Kapitalismus, Wahlsystem, Reaktion und Faschismus (z.B. die Holzschnitte "Fabrikbesetzung" von 1931, "Wahldrehscheibe" von 1932, "Das Dritte Reich" von 1934, "Streik" von 1936 und "Spanien" von 1936 [abgedruckt in SF-Nr.17]). In Wien besuchten viele Linke Arntz, so 1930 August Sander, der Freund aus Köln, und 1931 Erich Mühsam, dem allerdings Arntz' Arbeiten stlistisch fremd blieben.

Er selbst reiste auch viel. Die längeren Aufenthalte in Moskau 1931-1934 bedeuteten eine Ausweitung der Bildstatistikarbeiten, da 1931 auf Wiener Anregung hin das Moskauer Institut "Isostat" mit gleicher Zielsetzung entstanden war. Die Arbeiten dieses Moskauer Instituts kamen hauptsächlich der Propaganda für den Fünfjahresplan zugute. In Moskau war es auch, wo sich Arntz mit Helios Gomez (1905-1956) anfreundete, einem der bekanntesten spanischen politischen Maler und Grafiker. Gomez hatte sich 1930 von den Anarchisten abgewandt und der PC angeschlossen. Später jedoch (1937) wurde er aus der Kommunistischen Partei Spaniens ausgeschlossen und fand zu den Anarchisten zurück. Der Stil von Gomez war demjenigen von Arntz verwandt, wenn auch der Spanier zeitlebens expressiver und pathetischer malte als Arntz.

1934 überstürtzten sich die Ereignisse - der Faschismus warf seine Schatten auch auf das Leben des Antifaschisten Arntz. Im Februar erlebte er in Wien den Schutzbundaufstand, dessen Scheitern nicht nur die faschistische "Wiedereingliederung" Österreichs von 1938 vorbereitete und möglich machte, sondern auch die sofortige Schließung des Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums in Wien zur Folge hatte. Wenige Monate danach emigrierte Arntz nach Den Haag, das zu seiner letzten Heimat wurde und wo er bis zu seinem Tode auch blieb. In Holland gelang es ihm, seine Arbeit der Bildstatistik fortzuführen, anfangs in Verbindung mit der rätekommunistischen Gruppe, die sich an den Theorien von Gorter und Pannekoek orientierte. In den 30er Jahren entfaltete er noch eine rege Reisetätigkeit, die ihn auch öfter nach Paris führte, wo er unter anderem die geflüchteten Mitstreiter der Kölner Progressiven (Otto Freundlich, Raoul Hausmann und Anton Raederscheidt) traf.



Wien 1934 1934

1940 wurde er grafischer Leiter der Niederländischen Stiftung für Statistik; 1943 wurde er zur Deutschen Wehrmacht eingezogen und im August 1944 ergab er sich der Resistance in Paris. Nach amerikanischer Kriegsgefangenschaft kehrte er im April 1946 nach Holland zurück. Von da an hatte sich sein grafischer Stil vollständig geändert: schon zu Ende der 30er Jahre hatte er sich dem Linolschnitt zugewandt und die konstruktive Struktur aufgegeben. Auch der Inhalt seiner Arbeiten hatte sich geändert - die scharfe Gesellschaftskritik war zugunsten allgemeiner symbolhafter Allegorien gewichen. Bis zum Ende seines künstlerischen Schaffens - 1971 - hat Arntz nicht mehr zum Stil und Inhalt der späten Zwanziger/frühen Dreißiger zurückgefunden. Deutlich schwingt zwischen den Zeilen seine Resignation mit, als er einmal seine Freundschaft mit dem Künstler M.C. Escher beschrieb:

> "Nur mit einem Künstler, mit M.C. Escher, kam ich in ein wirklich freundschaftliches Verhältnis, dessen Werk zweifellos auf einer ganz anderen Ebene lag als das meinige und es an Können und Präzision auch weit übertraf. Aber unser Außenseitertum verband uns in noch vielem mehr als bloß gegenseitiger Achtung. Auch er hatte sich zu allen Umwälzungen in der Kunst distanziert verhalten, er war nicht intolerant, ließ sich aber nicht beeinflußen. Mit feiner Ironie sah er zu, wie seine Grafik in Europa und Amerika ein Welterfolg wurde. Als er 1972 starb, verlor ich in ihm einen Freund meiner späten Jahre..."

Ende der 60er Jahre setzte die Entdeckung von Arntz ein, bezeichnenderweise durch die Einzelausstellung einer Kölner Galerie. Seitdem hat die Zahl der Ausstellungen, besonders in Zusammenhang mit der Darstellung der "Rheinischen Progressiven" und auch die Zahl der Publikationen und Artikel, in denen Arntz und sein Werk behandelt werden, sprunghaft zugenommen. Ein breites Interesse, aber auch der kommerzielle Kunstbetrieb hatte Gerd Arntz eingeholt. Rückblickend dazu stellte er fest:

> "Obwohl meine gesellschaftskritische Arbeit ohne größere Wirkung blieb, stellte es mich zufrieden, daß nach meinem 70. Lebensjahr noch eine stattliche Reihe von Ausstellungen folgte; durch sie konnte mein Leitsatz: 'Erinnern durch Abbilden' weiterhin deutlich werden."

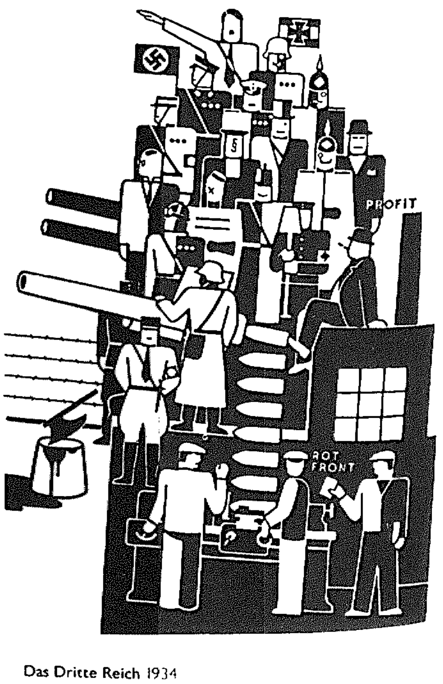
Zitierte Quellen:

Bohnen/Backes: Der Schritt, der einnmal getan wurde, wird nicht zurückgenommen (Karin Kramer Verlag, Berlin 1978)

Bohnen: Das Gesetz der Welt ist die Änderung der Welt (Karin Kramer Verlag Berlin 1976)

Arbeiterbildung in der Zwischenkriegszeit Otto Neurath/Gerd Arntz (Löcker Verlag Wien 1982)

Gerd Arntz: Zeit unterm Messer (ilv-leske Köln 1988; Ausstellungskatalog, dem die hier abgebildeten Holzschnitte entnommen wurden)



Das Dritte Reich 1934

ELSE LASKER-SCHÜLER



Weil ich mich nach dem Menschen sehnte

von Uli Klan

Else Lasker-Schüler wurde 1869 in Elberfeld geboren, Tochter eines Bankiers und einer sehr kunstliebenden Mutter. Else lebte bis zu ihrem 25. Lebensjahr in dem Haus Sadowastr.7, "am Fuße des Hügels. Steilauf gings von dort in den Wald. Wer ein rotes springendes Herz hatte, war in fünf Minuten bei den Beeren ... Immer strömte aus dem Wald frischer grüner Atem..."

Seit frühester Kindheit fing sie in ihren Gedichten Typisches aus dem Wuppertal ein, die bergischen Schieferhäuschen erscheinen als "schwarze Klippen", selbst Dauerregen und jene ewige Wolkenverhangenheit, die das Tal und die Menschen so oft so "zu" gemacht haben, werden von ihr ins Offene, Weite gewendet:

"Wenn die Gewitter kamen von den vier Himmelsrichtungen, die schwarzgezückten Reiter nahten, setzte sich meine teure Mama auf den Balkon, der zwischen Osten und Westen frei zu schweben schien(!). So wars einem. In einem kleinen Nachen glaubte man zu sitzen zwischen den Luftwellen, das bewog... zum Einsteigen..."

Else Lasker-Schüler lebte ab 1894 in Berlin. Sie war zweimal verheiratet, hatte einen Sohn (von keinem der beiden Ehemänner) und selten eine richtige Wohnung. Kompromißlos gegen jede Art von Abhängigkeit, das Geld verachtend und die Verleger, lebte sie in den Cafès der Boheme, in Hotels, Kellerabsteigen und auf der Straße in unvorstellbarer Armut.

Sie schrieb Gedichte, Romane und Theaterstücke - am bekanntesten ihr sozialkritisches Drama "Die Wupper". Ihre Themen waren häufig jüdisch, ihre Phantasie orientalisch, ihre Sprache deutsch.

Eine Frau, die in keinen "Rahmen" paßte - sie nannte sich selbst "Jussuf von Theben" und war im Berlin der 20er Jahre eine stadtbekannte Erscheinung: Das Haar kurz, oft in orientalischen, männlichen (!) Phantasiegewändern, den Dolch am Gürtel. Von deutschen Spießern erst "nur" belacht, wurde sie immer öfter zur Zielscheibe von persönlichen Angriffen der Nazis. Als sie von SA-Banden mit einer Eisenstange niedergeschlagen wurde, ging sie 1933 ins Exil - zunächst in die Schweiz, wo sie mit Berufsverbot belegt wurde, dann nach Palästina.

Else Lasker-Schüler starb 1945 in Einsamkeit und Armut in Jerusalem.

Sie war eine Einzelgängerin, die doch die herzlichsten Beziehungen zu den Menschen hatte - das Herz ist eines ihrer zentralen Motive, und sein Zerbrechen an der Kälte in der Welt.

Ihre Lyrik ist Dichtung im "dichtesten" Sinn des Wortes: Ehrlich, tief und genau. ihre Sprache so reich, daß mensch sich wundert, was sie aus "unserer" Sprache herausholt, aber sie läßt uns vollständig in der Gewißheit, daß es sich um unsere Sprache handelt: Nicht die Spur von jener fremden (oft genug männlichen) Eitelkeit, die das Klischee von der "Erhabenheit" des "Dichterfürsten" hervorgebracht hat, zu dem mensch "aufsehen" müsse...

Viele sagen: "Else Lasker-Schüler? Das war doch diese Verrückte mit den unverständlichen Gedichten..." Derlei "Urteile" spießerdeutscher "Normalität" hatte die Dichterin sogar gerichtsoffiziell: Ihr berühmtes Gedicht "Leise sagen" wurde von Amts wegen für ein Zeichen von "Gehirnerweichung" erklärt.

Sie wurde und wird als Jüdin, als Frau und als Dichterin als "abartig" von denen empfunden, die immer das "Abartige" aufspüren, um es niederzumachen, weil sie Andersartigkeit und Eigensinn um sich nicht ertragen können, weder bei Kindern noch bei Künstlern oder bei politischen Rebellen und Querdenkern.

Karl Kraus schrieb über diese Frau: "Nicht oft genug kann diese taubstumme Zeit, die die wahren Originale begrinst, durch einen Hinweis auf Else Lasker-Schüler gereizt werden ... Die stärkste und unwegsamste lyrische Erscheinung des modernen Deutschland."

Und der Berliner Dichter und Außenseiter Peter Hille nannte die Dichterin den "Schwarzen Schwan Israels, eine Sappho, der die Welt entzweigegangen ist. Strahlt kindlich, ist urfinster. in ihres Haares Nacht wandert Winterschnee. ihre Wangen feine Früchte, verbrannt vom Geiste" (1904).

Ob diese Frau "politisch" war?

Interessanterweise gehörte zu ihrem engsten Freundeskreis alles, was als Künstler oder als Oppositionelle dem linksradikalen, sozialistischen oder anarchistischen Ideengut nahestand: Erich Mühsam, Ernst Toller, Gustav Landauer, die Brüder Herzfeld u.a. An den Schriftsteller und Anarchisten Johannes Holzmann, der 1915 im zaristischen Gefängnis starb, richtete sie einige ihrer schönsten Liebesgedichte, nachdem sie - vergeblich - in letzter Minute durch eine Reise nach Rußland versucht hatte, seine Freilassung zu erreichen. Holzmann erscheint in ihren Gedichten (in Umkehrung seines Vornamens Johannes) als "Senna Hoy" oder "Prinz Sascha".

Von solchem politischen Engagement mag die Literaturschickeria nichts wissen. Else Lasker-Schülers Einsatz für Senna Hoy fällt als "Verbindung zu einem 'mutmaßlichen Terroristen'" allemal unter den Schreibtisch der literarischen Zunft - bestenfalls gilt sowas als "für die Lyrik ohne Belang".

Was schlicht unwahr ist - Johannes Holzmann war einer jener seltenen 'Drehpunktpersonen', die es vermochten, offene Strukturen für KünstlerInnen und politisch Radikale zu schaffen. Senna Hoy war innerlich groß genug um überzeugend eine Einheit aus Kunst und militantem Kampf, aus Denken, Schreiben und Handelns zu verkörpern, war neugierig und entschlossen zugleich. Daher die ungewöhnliche Aufmerksamkeit für seine "Zeitschrift für den gesunden Menschenverstand (Der Kampf)" - sowohl bei den 'bewegten' Menschen der Berliner Boheme, als auch bei der politischen Polizei. Senna Hoy's Blatt war nicht nur für Else's Gedichte und Kurzprosa ein erstes Forum - lange vor den später berühmt gewordenen Zeitschriften Franz Pfemferts (Aktion) und Herwarth Waldens (Der Sturm) tauschten sich hier SprachkünstlerInnen und AgitatorInnen für Generalstreik und direkte Aktion aus...



Senna Hoy wurde wegen seiner ungewöhnlich kombinierten Eigenschaften trotz seiner Jugend als das "politische Gewissen Berlins" bezeichnet - Else Lasker-Schüler formulierte das Ineinander des Kämpfers und des politischen Schriftstellers Senna Hoy so:

"Dem Dichter färbt er die Schläfe rot,
mit der Axt schlägt er den Ritter tot..."

Entsprechender Haß schlug ihm von Seiten der Herrschenden entgegen - und sein Schicksal steht in einer Linie mit dem Vernichtungswillen gegen zu auffällig begabte schreibende RevolutionärInnen bzw. revolutionär Schreibende in Deutschland: Rosa Luxemburg, Erich Mühsam, Gustav Landauer, Ulrike Meinhof...

Bei Else Lasker-Schüler brauchte es keine physische Gewalt, um ihr Politisch-Sein zu verdrängen. Wer überhaupt etwas von dieser Dichterin weiß, reduziert sie allzumeist auf die "dunkle Einsame" oder die "private Weltschmerz"-Else. Ihre bis zur Agitation politischen Texte sind 'vergessen' - etwa die Kampfschrift "Ich räume auf", die sie - im Selbstverlag - gegen den kapitalistischen Buchhandel und das Verleger(un)wesen verfaßte. Sie forderte dort nicht nur die Befreiung der politischen Gefangenen Erich Mühsam und Ernst Toller, sondern auch als eine der ersten (1924!) eine Gewerkschaft der Schriftsteller und Künstler! Dies 'entging' der ersten Else Lasker-Schüler-"Welle" der frühen 60er Jahre - die damals Jungen stützten ihre eigenen, vorpolitischen Träume auf diese vermeintlich nur "unpolitische" Frau - Kaum verwunderlich in einer Zeit, in der die politische Explosion von 1968 noch fern war und selbst ein Theaterstück wie Else Lasker-Schüler's "Die Wupper" als zu "politisch" und "anstößig" zensiert wurde, damit der Bundespräsident und Ex-Nazi Heinrich Lübke zur Einweihung des Wuppertaler Schauspielhauses nicht absagte...

Die derzeitige "3. Entdeckung" Else Lasker-Schülers opfert ihre politische Anstößigkeit 'postmoderner' literarischer Beliebigkeit oder der unterschiedslosen Einreihung in die Schublade "vergessene Frauen in der Kunst"...

Und nach wie vor liebt der Bürger/die Bürgerin an der Lyrik dieser Dichterin das "zerbrechende Individuum" - man liebt dieses hierzulande immer, vorausgesetzt es ist das Andere und vorausgesetzt, es ist 'gekonnt' ausgedrückt... Wer Else so 'liebt', ist schon so "zu" und blind geworden gegen Unterschiede jeder Art, daß er der Dichterin selbst auf diesem Sektor abermals Unrecht tut: Es wird kaum mehr bemerkt, daß diese Lyrik, wo sie Leiden und verzweifelte Einsamkeit zeigt, oft genug sich den 'Regeln der Kunst' verweigert - gerade dann wird Else Lasker-Schülers Sprache rauh, verläßt den 'sicheren' Boden der Grammatik und der 'Recht-'Schreibung, wird murmelnd, stotternd oder schreiend nah, spielend nicht mit den Sprachkonventionen, sondern mit denLeserInnen selbst, angreifend bis ins Körperliche, unzumutbar - also nicht geeignet für die Produktion von "Mitlied" (ein Begriff, den Else Lasker-Schüler haßte).

Immer ist diese Frau aufsässig - vermutlich wäre sie in die von ihr geforderte Gewerkschaft als Erste - nicht eingetreten. Sie schrieb zwar auch (im Januar 1931):

"Am 18. große Versammlung für Lenin, den sitzenden Napoleon, für die politische Dichterin (!) Rosa Luxemburg und für Karl Liebknecht. Ich gehe hin..."

Dennoch: Alles Organisierte war ihr wesensfremd. Ihr Politisch-Sein war eher instinktiv und individuell - heute würden wir das "Politik in der ersten Person" nennen.

Ihr Anderssein, jetzt und hier autonom nach ihren Vorstellungen leben - das war politisch. Wenn man eine "Einordnung" braucht (die bei Else Lasker-Schüler nie "aufgeht"): Sie war "politisch" am ehesten im Sinne des Anarchisten Max Stirner, der im 19. Jahrhundert bereits lehrte:

Bin ich einzigartig, unverwechselbar, nur mir treu und lebe aus meinen Antriebskräften, nicht denen der anderen, des "Systems" usw., so bin ich von den Herrschenden nicht vor ihren Karren zu spannen..."

Solche Menschen sind überhaupt für nichts und niemand einzuspannen - sie sind dem Stadium der Zugtiere schon am weitesten entwachsen.

Also griffe auch das Etikett "anarchistisch" noch zu kurz - Else Lasker-Schülers



Größe ist nur annäherungsweise zu beschreiben.

Völlig widersinnig aber den Versuch, diese Frau für eine Stadt oder eine "Heimat" zu vereinnahmen, in der sie niemand kennt - oder besonders "mutig" - als "berühmte" Namensgeberin für Schulen, die schon äußerlich, als Lernfabriken, ein Schlag in Else's Gesicht gewesen wären, und deren SchülerInnen doch ängstlich-pädagogisch von allen freizügigen, wilden Tiefen der Dichterin ferngehalten werden müßten...

Solche Anbiederungen enthalten Peinlichkeit und Heuchelei - ähnlich unsensibel, wie der Versuch, nach dem Feuerkopf Heinrich Heine ausgerechnet eine Universität zu benennen, und ausgerechnet die große Internationalistin Rosa Luxemburg zur "Nationalheldin" zu stempeln...

Als Kostprobe das Gedicht "Leise sagen". Es ist wie so viele an einen Mann gerichtet, an dessen Ignoranz ihre Liebe, ihre Sehnsucht nach Leichtigkeit, nach Zugehörigkeit, die nicht "angeklebt", nach Aufleben in der Beziehung, statt dann "unterzugehen", wieder einmal zerbrochen war:

Leise sagen

Du nahmst die alle Sterne
über meinem Herzen.
Meine Gedanken kräuseln sich,
ich muß tanzen.
Immer tust Du das, was mich aufschauen läßt, mein Leben zu müden.
Ich kann den Abend nicht mehr
über die Hecken tragen.
Im Spiegel der Bäche
Finde ich mein Bild nicht mehr

Dem Erzengel hast Du die
schwebenden Augen gestohlen.
Aber ich nasche vom Seim
Ihrer Bläue.
Mein Herz geht langsam unter
Ich weiß nicht wo -
vielleicht in deiner Hand
Überall greift sie an mein
Gewebe.

Unter den vielen großen Lieben Else Lasker-Schülers wirkt eine wie eine Wunde - wie vor den Kopf geschlagen waren davon nicht nur ihre Freunde (ihre jüdischen und, soweit das ein Unterschied war, ihre linken, politischen) sondern sie selbst am heftigsten: Die Liebe zu dem Arzt und Dichter Gottfried Benn! Sie konnte noch nicht wissen, wie er später zum Prototyp des ängstlich schwankenden deutschen Geistes-Mannes avancieren würde, der stets mit messerscharfer Intelligenz zuerst jegliches politische Engagement der Dichterin bekämpfen würde (1927), um dann (1933) für Goebbels nationalsozialistische Rundfunkreden zu halten.

Zu denken ist aber auch an den Ethusiasmus, mit dem Benn 1934 die "Dorische Welt" gepriesen hat, um den Zusammenhang von Kunst und Macht in voller Pracht zu zeigen:

"Ihr Traum ist Züchtung und
ewige Jugend,
Göttergleichheit, großer Wille, stärkster
aristokratischer Rassenglaube,
Die Erziehung geht nur auf dieses Ziel:
Schlachten und Unterwerfung.
Dorisch ist jede Art von
Antifeminismus.
Dorisch ist der Mann,
der die Vorräte im Haus verschließt
und den Frauen verbietet,
den Wettspielen zuzuschauen [...]
Dorisch ist die Knabenliebe,
damit der Held beim Mann bleibt.

Wie gesagt: Else Lasker-Schüler konnte um 1920 all das noch nicht wissen. Aber sie schien zu ahnen, wes Geistes Kind diese Mischung aus empfindsamster Feinheit und Blut- und Hodenlyrik, sensibelstem Gefühl und sezierend-"schneidiger" Sprache war. Else's Faszination und Enttäuschung von diesem Mann liest sich im Nachhinein wie eine prophetische Austragung der großen katastrophalen politischen Komplexe unserer Zeit: Faschismus und "Deutschtum" versus "die Anderen"; patriarchale Männlichkeit versus feministische Weiblichkeit; "natur"wissenschaftlicher Zugriff auf die Umwelt versus Ökologie; Analyse des distanzierten ("kühlen") Kopfes versus analytischer Blick des teilnehmenden Auges ...:

"Er ist aus den Nibelungen. Sein Gehirn ist ein Leuchtturm - meine Stadt Theben ist nicht erbaut davon ... Er ist halb Tiger, halb Habicht und steht im Keller seines Krankenhauses und öffnet die Leichen. Er liebt alles, was tot ist, was er wegschaffen kann. Er ist ein Barbar..."

Vor so grundsätzlicher Analyse (Jahrzehnte vor Theweleits "Männerphantsien" und anderen modernen Theorien des Faschismus) wird die bis heute andauernde Diskussion, ob Benn nun "Nazi" war oder nicht, gegenstandslos: Sie erweist bestenfalls die Rückwärtsgewandtheit und Blickverengung derer, die darum streiten.

Else Lasker-Schüler hat ihn viel tiefer angesehen - auch, indem sie sich auf ihn einließ, ihn "erkannte", wie die Bibel die Liebe umschreibt. Sie hat in Benn dem deutschen Faschismus auf den Weisheitszahn gefühlt - eine Weisheitszahn gefühlt - eine Wahrheit, die eben nicht mit selektiver Auswahl seiner feinsten, wildesten oder zartesten expressionistischen Gedichte aufgehoben wird und ebensowenig, daß er bei den Nazis sehr bald "untendurch" war.

Wie alt ist Else Lasker-Schüler?

"1002jährig - dem Märchen über den Kopf gewachsen", so schrieb sie selbst. Manche ihrer Texte muten wie Szenarien der modernen ökologischen Katastrophe an: "Als die Bäume mich wiedersahen" liest sich wie eine Prophezeihung der aktuellen Klimaveränderungen im Gefolge von Ozon-



loch und Abholzung der tropischen Regenwälder:

"...Die Unberechenbarkeit des Allzuheiß und Allzukalt ist eine Folge der aus den Fugen geratenen Pflanzenwelt ..." - und ihr Gedicht "Gott hör" scheint ganz weit zurück oder tief in die Zukunft zu greifen: Nachtrag zum Buch Hiob und/oder Lyrik nach Tschernobyl.

Gott hör...

Um meine Augen zieht die Nacht sich
wie ein Ring zusammen.
Mein Puls verwandelte das Blut in
Flammen
Und doch war alles grau und kalt
um mich.

O Gott und bei lebendigem Tage
Träum ich vom Tod.
Im Wasser trink ich ihn und würge
ihn im Brot.

Für meine Traurigkeit gibt es kein
Maß auf deiner Waage.

Gott hör... In deiner blauen
Lieblingsfarbe
Sang ich das Lied von deines
Himmels Dach -
Und weckte doch in deinem
ewigen Hauche nicht den Tag.
Mein Herz schämt sich vor die fast
seiner tauben Narbe.

Wo ende ich? - O Gott! Denn in
die Sterne.
auch in den Mond sah ich, in aller
deiner Früchte Tal.
Der rote Wein wird schon in seiner
Beere schal ...
Und überall - die Bitternis - in
jedem Kerne.

ECHO btr. SF-29:

Leserbrief von Peter Baumann

Eine radikale Kritik der Medien muß sich bewußt sein, daß sie - auch wenn sie über die besten Überlegungen und Argumente verfügte - kaum der Verdummung entgegenwirken kann, denn diese ist im Besitz gigantischer Mittel und Apparate. Eine solche radikale Kritik ist ein Akt der Verweigerung, des Nicht-Mitmachens, und daher muß sie sich auch gegen Versuche zur Wehr setzen, die in einer "linkspopulistischen" Anbiederung an den "Massengeschmack" Produkte der Kultur-/Bewußtseinsindustrie eingehend analysieren und "Widersprüche", "emanzipatorische", wenn nicht gar "revolutionäre" Elemente in ihnen aufspüren wollen. Beispiele hierfür sind die Debatten um Roots, Holocaust und andere TV-Serien. Medienkritik selbst wird medial verbraten, verkommt zur hilfreichen Nebenvorstellung, die sowohl den Produzenten als auch dem breiteren Publikum des kulturellen Spektakels dienlich ist. Da wird dieses Buch, jener Film, jene Fernsehsendung, jene Boris-Becker-Veranstaltung mal in der Luft zerfetzt, mal wohlwollend gelobt. Mögen diese Kritiken auch nett zu lesen sein, so tragen sie doch als ganzes nicht zu einer Theorie bei, welche aufzeigt, wie Formen der Massenkultur gehandhabt und reproduziert werden und wie sie sich verändern. Diese Kritik, indem sie sich auf einzelne Punkte im überdimensionalen Koordinatensystem beschränkt, degeneriert zu journalistischem Geschwätz oder geckenhafter Selbstbeweihräucherung. Genosse Kreimeier verfaßte 1971 "Grundsätzliche Überlegungen zu einer materialistischen Theorie der Massenmedien" (*Sozialistische Zeitschrift für Kunst und Gesellschaft*, Nr.7, Juni 1971); heute schreibt er monatlich Fernsehkritiken für *epd-Film*, die zweifelsohne interessant zu lesen, aber letztendlich nur das Äquivalent zu den Endlos-Serien des Fernsehens sind.

Adorno meinte einmal, die Kulturindustrie habe nicht nur die Produkte, sondern auch ihr Publikum hervorgebracht. Offenbar hat sie sich inzwischen auch die dem System nützlichen "Kritiker" aufgezogen, die ihre Kritik industriell produzieren und verwerten. Bücher von Leuten wie Postman oder Mander leben vor allem vermöge ihres Titels, ihres Themas und ihres Publikums, welches in muffig-modrigen Volkshochschulen in der Provinz über solchen populärwissenschaftlichen Muckefuck mit gewichtigen Mienen räsonieren kann. Kein Gedanke verläßt das Hirn dieser Marketing-Profis, der nicht zuvor auf dessen Marktverläßlichkeit hin überprüft worden wäre, und alles wird in einem bedeutungsschwangeren Jargon dargeboten, der die mangelnde Originalität verkleistern soll. Wenn jemand vier Argumente für die Abschaffung des Fernsehens vorbringt (oder sich irgendwo zusammengesucht hat), beweist er nur, daß er nichts begriffen hat und allenfalls Munition für das Arsenal bildungsbürgerlicher verbeamteter Kinderquäler liefert, welche noch immer die Standarte der abendländischen Kultur hochhalten. "Alle Kultur nach Auschwitz, samt der dringlichen Kritik daran, ist Müll." (T.W. Adorno)

Wer sich mit einer fundierten Kritik der Medien, Kultur und Ideologie auseinandersetzen möchte, sei auf Stuart Halls *Ausgewählte Schriften: Ideologie, Kultur, Medien, Neue Rechte, Rassismus* verwiesen, die im ersten Quartal 1989 im Hamburger Argument-Verlag (ca.24.-) erscheinen werden.

Jörg Auberg, Berlin



Photo: Welf Schröter

Veranstaltungen/Termine

Ab dem 2. März sendet das anarchistische **Freie Radio Bochum** regelmäßig montags und donnerstags auf UKW 106 Mhz von 22.00 - 22.15. *Postanschrift: ASTA der Ruhruniversität Bochum, Postfach 10 21 48, 4630 Bochum.*

Widerstand gegen den Krieg
Franz Pfemfert und die Bewegung des linken Expressionismus
Referent: Wolfgang Haug; Mi 8.März in der Volkshochschule Ulm, Außenstelle Lohensee bei Ulm.

Veranstaltungen zu Revolution und
Räterepublik 1919

Die Zeit der Räte
Während die SPD-Regierung im deutschen Reich im Verein mit den Militärs für eine Ordnung alten Stils sorgt, gewinnen in Bayern die Räte an Boden. Dr. Werner Bührer (Institut für Zeitgeschichte) spricht über die Übergangszeit zwischen Eisners Ermordnung und der Ausrufung der 1. Räterepublik.
Do, 9.März um 19.30 Uhr im Haus der ESG, Friedrichstr.25, 8000 München

Eugen Leviné - Leben und Sterben eines Revolutionärs
Leviné wird zur führenden Persönlichkeit in der KPD und der 2. Räterepublik im April.
Referent: Oskar Neumann; am Do, 23.März um 19.30 Uhr in der Westend-Halle, Westendstr.89, 8000 München

Die Räteregierungen im April
Die 3. Phase der Revolution wird eingeleitet durch die Etablierung eines Rätesystems in vielen Teilen Bayerns, während gleichzeitig die SPD unter Hoffmann in Bamberg eine Gegenregierung bildet.
Referent: Michael Seligmann; 6.4.89 um 19.30 Uhr im Kultur-Raum Milbertshofen, Schopenhauerstr.69, 8000 München

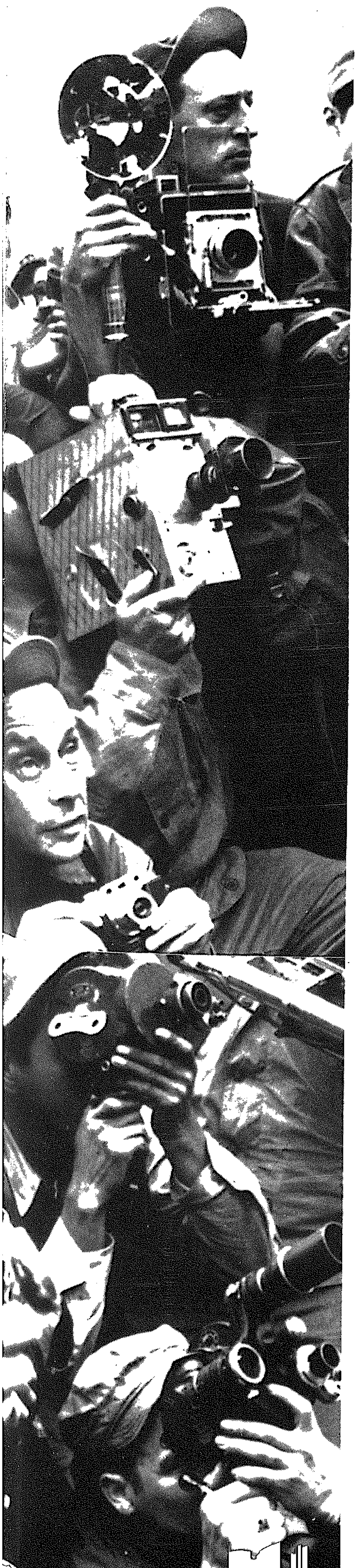
Die Räteregierungen im April
Vortrag von Michael Seligmann: 7.4.89 im KOMM, Saal, Königstr.93, 8500 Nürnberg

Die Aburteilung eines Aufstandes
Nach der blutigen Niederwerfung der Revolution zeigen die Prozesse gegen die Beteiligten jene Justizblindheit, die den Aufstieg der Rechten in der Weimarer Republik ermöglichte.
Do, 20.April um 19.30 Uhr im Forum 2, Olympiadorf, 8000 München

Eurotour
KriegsdienstgegnerInnen aus der BRD, Belgien und Frankreich unternehmen vom 28. April bis zum 16. Mai eine **Fahrraddemo**, die in Bonn starten soll und über die Niederlande, Belgien und Luxemburg bis nach Frankreich führen wird. In verschiedenen Städten (Maastricht, Lüttich, Verdun, Straßburg u.a.) sind Straßenveranstaltungen und Diskussionen zu den Themen Verteidigungsalternativen, Umstellung der Rüstungsindustrie, plurikulturelle Gesellschaft, Feminismus und Ökologie geplant. Die Demo ist südafrikanischen Kriegsdienstverweigerern gewidmet. Kontakt: Eurotour9 c/o SCI, 129 rue du Faubourg Poissoniere, F-77009 Paris; Tel. 1- 48 74 60 15

10. Mainzer Minipressenmesse
Vom 4. bis 7.Mai am Rheinufer in Zelten; beteiligt wie 1987 wohl wieder: SF, GWR, Trotzdem-Verlag, Weber&Zucht-Verlag Parallel findet eine Ausstellung im Gutenberg-Museum über experimentelle Bücher aus den USA statt.

Feministische Europäische Gesundheitskonferenz vom 22. bis 25. Juli in Madrid (Kontakt: Barquillo, 44-2° Isqda., [Tel. (int. Vorwahl) 341 (Madrid) - 419 36 89], 28005 Madrid)
Geplant: 1.Tag: Feministische Analyse und Kritik von Gesundheitspolitik (Rolle der Pharmaindustrie, Gynäkologie, Bevökerungskontrolle, Ausbeutung der Frauen in der 3. Welt u.a.)
2. Tag: Sicht der Frauen zu Gesundheitsfragen (Sexualität, Abtreibung, AIDS, Gewalt u.a.)
3. Tag: Unsere Erfahrungen und Aktivitäten (Selbsthilfegruppen, feministische Gesundheitszentren u.a.)
4. Tag: Allgemeine Themen und Wege zur Stärkung von Koordination und Solidarität (Beiträge der Teilnehmerinnen)
Übersetzungen in Spanisch und Englisch. Verbindliche Anmeldungen umgehend an die Kontaktadresse schicken



Alte SF-Nummern

Um neuen AbonenntInnen oder Interessierten die Gelegenheit zu geben, einen besseren Einblick in unsere bisherige Arbeit zu bekommen, machen wir folgendes Ange-bot: Für 3 alte Ausgaben nach Wahl schickt ihr uns einen 10.-DM Schein, Überweisung oder Briefmarken. Welche Nummern ihr haben wollt, schreibt ihr dabei. Zur besseren Orientierung hier die Inhaltsangaben der noch lieferbaren Nummern. Einzeln nicht mehr lieferbar Nr.0 bis Nr.15. (Teilweise bei Anares-Gummersbach noch vorhanden!)

Nr.16: Venedig-Berichte * Barbara Köster über Feminismus und Anarchismus * John Clark über Die Ware * Zur Wendepolitik * IWF-Kritik * Selbstverwaltung bei Indios * Atommüllpriester * Über Oskar Maria Graf * Fritz Scherer über die "Bakuninhütte" * Nachruf auf Otto Reimers

Nr.17: Günter Hartmann über Industrialismus-Kritik * Sozialstaat oder Marktanarchie * Murray Bookchin über Natur- und Evolutionsverständnis * Chile-Widerstandstage * Egon Meusel über den Fall Casas Viejas im Vorfeld des span. Bürgerkriegs

Nr.18: Herby Sachs über Theater * Medienwerkstatt Freiburg über Videofront * Wider die Vereinnahmung * Über Carl Einstein + Rede über Durruti * Jörg Auberg über das andere Amerika im Film * Jean Vigo: Ich sage Scheiße zu Ihnen! * CNT-Nachlaßstreit * Irische Knäste (I)

Nr.19: Unruhen in Griechenland * Murray Bookchin über libertären Kommunalismus * Anarchismus und Mystik * Uracher Kommune 1919 * Ulrich Klan über Frauen in der FAUD * Irische Knäste (II)

Nr.20: Anti-NATO-Kongreß * Militarisierung der UdSSR und USA * Horst Blume über Bruch mit den GRÜNEN * Lutz Bredlow über Unruhen in Spanien * Interview mit Clara Thalmann (I) * Gottfried Mergner über Deutschen Kolonialismus * Kritik an Barclays Anthropologieansatz

Nr.21: Kritik an GRÜNEN und Selbstkritik * Glotz Hegemoniemodell * VOBO * Staatskritik * Interview mit Clara Thalmann (II) * Martha Ackelsberg über Mujeres Libres * Stammheim (Buch, Film) * Franz Jung * Libertarians * Antisemitismus in der Linken

Nr.22: Wolfgang Haug über Tschernobyl und die Asylanten * Wolfgang Pohrt über Linke und Ausländerpolitik * Umbauprogramm der GRÜNEN * Appelscha-Treffen * Augustin Souchy über Kollektivierung in Aragon * CNT heute * Garcia Lorca * Vierfarbmitteldruck Mexikanische Malereien von Georg Janthur * Rolf Recknagel über unbekannte Marut-Traven-Stories * Exilliteraturreihe bei Fischer * Erich Mühsam in der DDR * Ulrich Klemm über Anarchismus und Antipädagogik

Nr.23: FLI/Libertäre Zentren * Lupus über Versuch einer Neubestimmung autonomer Politik * Spaßguerilla * A-Kongreß in Australien * Damals: NSDAP-Mengede = Ex-Syndikalisten * Spanienfilme und der politische Standort der Regisseure * Neokonservativismus am Beispiel Späths * Robert Reitzel - der arme Teufel * Libertarians

Nr.24: Clara Thalmann (Nachruf, Text) *Anarchoseminar Arnoldshain * Wuppertaler Häuserkampf * Knast (I) * Exil/"Asylantenbehandlung" in Berlin * Stefan Schütz über Künstler und Gesellschaft * Hans Litten in der DDR * über Karl Otten * Libertäre in Ungarn * US-Basen in Grönland

Nr.25: Libertäre Tage in Frankfurt * (Textauszüge von den Lib. Tagen) *Berlin Kreuzberg - 1.Mai * Ralf Reinders über die Bewegung 2. Juni * Klaus Bittermann über Gedenkfeiern der Linken zum 2. Juni * Neue Männer und Arbeit * Frauenknast * Französische Streiks * Wolfgang Haug über Ernesto Sabato

Nr.26: Grüne New Age Politik * Alltag - Klasse - Strukturen schaffen * Malik-Beschlag-nahmeaktion * Kulturkritik (I) * Rosella di Leo über Patriarchatskritik * Ökofeminismus? * Interview mit Murray Bookchin (I) * Geschichte der IWW (I) * Zukunft Osteuropas

Nr.27: Startbahn-danach * Strobl/Penselin * Amnestiedebatte * Deutscher Herbst (Bücherschwemme) * Detlef Hartmann über IWF * Wolfgang Haug über Alltag/Klasse * Interview mit Murray Bookchin (II) * Kulturkritik (II) über Jacob van Hoddis * Schriftstellerkongreß in Valencia

Nr.28: Panik und Politik (Kedichem-Antifa-Aktion) * Nationalrevolutionäre gescheitert * (Autonomes?) Selbstverständnis * Luciano Lanza über Utopie der Ökonomie * Geschichte der Wobblies, Teil II * Holger Jenrich über die Geschichte der Zeitschrift Befreiung * Jörg Auberg über Medienkritik * Filmkritik * Capek-Graphiker * Amnestiedebatte * Arbeitsdiskussion u.v.a.

Nr.29: Anti-IWF-Kampagne * Shell-Boykott * Putsch in Birma * Strobl - Beugehaft * Gegenöffentlichkeit * A-Szene (CNT, Themroc) * Kubat-Dreieck * DDR-Anarchos * Filmkritik * Medizinkritik * Interview mit Michel Foucault * Luciano Lanza über Ökonomie und Herrschaft * Mythos Kibbuzim * WRI-Treffen * Nachrufe (Bogerd, Guerin, Benner, Binder) * Diskussion - Vergewaltigung u.a.

In Köln fand am 21.1.1989 ein Plenum der **IAA** (= AIT) (Internationale Arbeiter-Assoziation) statt, an dem Delegierte anarchosyndikalistischer Gewerkschaften aus Dänemark (ASO), Bulgarien (CNT), Frankreich (CNT), Spanien (CNT), England (DAM), BRD (FAU), Norwegen (NSF) und Finnland (SAL) teilnahmen. Es wurde beschlossen eine Industriekonferenz, sowie eine Sachkonferenz zum Thema "Europäischer Binnenmarkt und Flexibilisierung" abzuhalten. Über die Situation in den einzelnen Ländern haben zwei Mitarbeiter des SF mit Delegierten Gespräche geführt, auf die wir in der nächsten Ausgabe zurückkommen wollen.



GEORG JANTHUR - ZWEI VERGESSENE -
BERLINER CAFE